



COMMUNE DE  
**Strassen**

05  
**21**

[strassen.lu](http://strassen.lu)

# **EIS GEMENG**

---

De Gemengebuuet vu Stroossen

# 05 21

## Séances du conseil communal du 10.11.2021, 08.12.2021 et 15.12.2021

### DE

Gemeinderatssitzung vom 10. November 2021	P04
Gemeinderatssitzung vom 08. Dezember 2021	P49
Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2021	P88

### FR

Séance du conseil communal du 10 novembre 2021	P20
Séance du conseil communal du 08 décembre 2021	P63
Séance du conseil communal du 15 décembre 2021	P104

### EN

Communal Council meeting of 10 November 2021	P35
Communal Council meeting of 08 December 2021	P76
Communal Council meeting of 15 December 2021	P119



COMMUNE DE

**Strassen**

- 1, Place Grande-Duchesse Charlotte  
B.P. 22, L-8001 Strassen
- +352 31 02 62 - 1
- [reception@strassen.lu](mailto:reception@strassen.lu)
- [www.strassen.lu](http://www.strassen.lu)
- Commune de Strassen
- Strassen\_Stroossen
- CityApp : Strassen

### IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :  
**brain&more**

Photos :  
101 Studios  
Martine Pinnel  
Commune de Strassen



## LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL

**PUNDEL Nico**

Bourgmestre - CSV



**WELTER-GAUL Betty**

Échevin - LSAP



**ROOB Jean Claude**

Échevin - LSAP



**BESTGEN-MARTIN Maryse**

Conseillère - Déi Gréng



**DIESCHBURG-NICKELS Martine**

Conseillère - DP



**DURRER Jean-Marie**

Conseiller - CSV



**EL KHOURY Victoria**

Conseillère - LSAP



**FISCHER Marc**

Conseiller - DP



**GLEIS François**

Conseiller - CSV



**GLESENER Laurent**

Conseiller - DP



**KANDEL Léandre**

Conseiller - DP



**KLENSCH Paul**

Conseiller - LSAP



**REMMY Claire**

Conseillère - Déi Gréng

# Gemeinderatssitzung vom 10. November 2021

## TAGESORDNUNG

1. Vorstellung des PINSS-Projektes.
2. Verabschiedung des Kostenvoranschlages für den Fußballkomplex.
3. Verabschiedung eines Kostenvoranschlags bezüglich des Pumpwerks Helfenterbrück.
4. Genehmigung der Musikschulorganisation für das Jahr 2021/2022.
5. Genehmigung der Super Senior-Vereinbarung.
6. Genehmigung der Naturpakt-Vereinbarung.
7. Genehmigung eines Mietvertrags.
8. Bestätigung von befristeten Verkehrsreglements.
9. Ernennungen in lokale Kommissionen und interkommunale Syndikate.
10. Urbanismus: Genehmigung des Teilbebauungsplans (PAP) „Am Bëschelchen“.
11. Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts.
12. Verschiedenes.
13. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):
  - a. Beschluss bezüglich eines Antrags auf Verlängerung der Probezeit.
  - b. Beschluss bezüglich eines Antrags auf Beendigung des Dienstverhältnisses.

## ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

## ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Marc Fischer (DP), Gemeinderatsmitglied.

## 1. Vorstellung des PINSS-Projekts.

Die Regionalbeauftragte für soziale Eingliederung (ARIS) Tamara Maia Romao stellt den Mitgliedern des Gemeinderates das „Projekt für Soziale Eingliederung in Strassen“ (Projet d’Inclusion Sociale à Strassen - PINSS) vor. Begleitet wird sie von Laurent Reyter und Danielle Bauer, beides Mitglieder von „Sustained.lu“, der Partnervereinigung des Projektes.

Tamara Maia Romao erläutert die Zielsetzung des Projektes, nämlich die Stärkung und Aufwertung der Kompetenzen von Beziehern des REVIS - des Einkommens zur sozialen Eingliederung - der Gemeinden Strassen, Mamer und Steinfort. Die beteiligten Akteure sind die Gemeinde Strassen, die die Anschubfinanzierung des Projektes leistete sowie Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, sowie das Sozialamt von Strassen und das Nationale Amt für soziale Eingliederung („Office National d’Inclusion Sociale“ - ONIS), welches die Regionalbeauftragten für soziale Eingliederung der Gemeinden Strassen, Mamer und Steinfort zur Verfügung stellt.

Tamara Maia Romao geht kurz auf die Vorgeschichte des Projektes ein, welches aus einer Projektausschreibung des ONIS im Mai 2019 hervorging. Sie hebt die Rolle von Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) und Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) hervor, die sich von Anfang an aktiv in die Gestaltung des Projekts eingebracht haben. Im Oktober wurde im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Integration („PAN Integration“) ein erstes Projekt „Traum'ACT“ mit dem Verein ohne Gewinnzweck „SOURRIRE“ („SOUTien entre Résidents et Réfugiés par l’Intégration, le Respect et l’Estime de soi“) ausgewählt. Dieses konnte jedoch aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit besagtem Verein nicht umgesetzt werden. Daraufhin wurde das Projekt „PINSS“ ins Leben gerufen und zusammen mit dem Ministerium für Familie, Integration und Großregion ein Antrag auf Förderung durch die Gemeinde gestellt.

Beim ersten PINSS Workshop, von Oktober bis Dezember 2020 ging es darum, Malerarbeiten in den neuen Räumlichkeiten durchzuführen. Im März 2021 schloss sich dann der Verein „Sustained.lu“ dem Projekt an.

Das Projekt bringt soziale und ökologische Elemente zusammen und zielt in erster Linie darauf ab, das Selbstwertgefühl, die Ausdauer und das Durchhaltevermögen der REVIS-Bezieher zu steigern, ihre soziale Isolation zu mildern und sie an eine geeignete Beschäftigungseinrichtung oder sogar an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Darüber hinaus setzt sich das Projekt für weniger Verschwendung, Abfallvermeidung und Upcycling ein und ist bestrebt, die sprachlichen und sozialen Fertigkeiten der Bezieher zu verbessern.

Laurent Reyter von „Sustained.lu“ erläutert, dass sein Verein im Januar 2017 gegründet wurde und derzeit 5 Mitglieder zählt. Hauptziel des Vereins ohne Gewinnzweck ist die Förderung des „Upcycling“, d. h. die Herstellung neuer Dinge aus wiederverwertetem Material, sowie damit verbundene Themen wie „Zero Waste“ und der Kampf gegen Verschwendung. Als Beispiel dafür nennt er Geldbörsen und Handtaschen aus Stoffresten oder ausgedienten Reklamebannern, Schmuck und Flaschenöffner aus alten Skateboards oder Dekorationsgegenstände aus Holz- oder Gummiresten.

Laurent Reyter erklärt, dass „Sustained.lu“ seit März 2021 als Partner mit dem „PINSS“ zusammenarbeitet, dies im Rahmen des Projektes „SuPi“ („Sustained.lu“ Projet d’inclusion sociale). Von März bis Mai wurden die Räumlichkeiten des Projektes vor allem mit Möbeln aus zweiter Hand ausgestattet oder Möbeln, die in den Recyclingzentren abgegeben wurden. Ab Juni dann wurden Workshops angeboten. Die vier Workshops werden von vier Freiwilligen des Vereins betreut.

Bei den Koch-Workshops geht es vor allem darum, Verschwendung zu vermeiden und, so weit dies möglich ist, nur Lebensmittel zu verwenden, die nicht verkauft wurden oder deren Haltbarkeitsdatum in Kürze überschritten sein wird. Diese werden bei lokalen Geschäften abgeholt, insbesondere dem „Pall City Market“ in Strassen. Die Holz-, Näh- und

Kreativworkshops arbeiten ebenfalls mit verschiedenen wiederverwerteten Materialien, wie z.B. Holzpaletten, Weinkisten, alten Jeans und anderen Stoffresten, Werbebannern, Papier oder Fahrradschläuchen. Zum Abschluss seiner Präsentation zeigt Laurent Reyter eine Reihe von Fotos zum Projekt. Danach eröffnet Bürgermeister Pundel (CSV) die Aussprache.

Auf die Frage von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erwidert der Bürgermeister, dass die Räumlichkeiten des Projektes sich in der ehemaligen Pförtnerwohnung der „Hueflach“-Schule befinden. Das Gemeinderatsmitglied erkundigt sich, wie die konkrete Ausgestaltung der Workshops aussieht und ob sie täglich stattfinden. Tamara Maia Romao erläutert, dass die verschiedenen Workshops über die Woche verteilt sind, von Montag bis Freitag, und dass es bei jedem Workshop jeweils 3 bis 5 Teilnehmer gibt. Sie betont, dass diese Art der Organisation auch deshalb notwendig ist, weil die Betreuer diese Aufgabe im Rahmen ihrer Freiwilligentätigkeit wahrnehmen. Bei diesem Projekt geht es auch darum, dass die Teilnehmer sich zu einer regelmäßigen Teilnahme und zur Einhaltung der Regeln verpflichten, und sie müssen diesbezüglich auch eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen. Martine Dieschburg-Nickels erkundigt sich, ob man nach Abschluss der Workshops eine Art Diplom erhält, welches den Einstieg auf den ersten Arbeitsmarkt erleichtern könne. Tamara Maia Romao schätzt, dass die derzeit Teilnehmenden noch sehr weit davon entfernt sind, auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden zu können. Bei dem Projekt geht es vor allem darum, ihre Befähigungen so weit zu verbessern, dass sie an Aktivierungsmaßnahmen teilnehmen können, wie z.B. gemeinnützigen Arbeiten („travaux d’utilité collective“ - TUC). Es bestünde die Möglichkeit, Bescheinigungen auszustellen, diese hätten jedoch keinerlei anerkannte Gültigkeit. Am Anfang sei es vor allem darum gegangen, die sprachlichen Fähigkeiten zu verbessern und das Einhalten von Regeln und vorgegebenen Zeiten einzuüben. Sie unterstreicht, dass das Projekt sich noch in seiner Anfangsphase befindet, und dass in Zukunft weitere Aktivitäten hinzukommen könnten.

Martine Dieschburg-Nickels fragt, wie viele Personen derzeit am Projekt teilnehmen. Tamara Maia Romao entgegnet, dass die Teilnehmerzahl des Projektes derzeit auf 15 Bezieher begrenzt ist. Dies sei vor allem

darauf zurückzuführen, dass die Räumlichkeit zu klein sind, um bei einer größeren Teilnehmerzahl eine Übertragung von Covid-19 auszuschließen. Sobald die Pandemie vorbei sei, könne man auch darüber nachdenken, die Teilnehmerzahl zu erhöhen. Sie ergänzt, dass bestimmte Personen auch an andere Schulungseinrichtungen weitervermittelt werden könnten, so dass mittelfristig eine Rotation bei den Teilnehmern möglich sein wird. In den drei Gemeinden, die sich an diesem Projekt beteiligen, könnten potenziell 140 bis 150 Begünstigte diese Maßnahme in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Nicolas Pundel betont die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Durchführung derartiger Projekte und lobt das Engagement der Mitglieder von „Sustained.lu“.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) erkundigt sich nach den Auswahlkriterien für die Teilnahme. Tamara Maia Romao erklärt, dass die Arbeitsagentur (ADEM) eine Beurteilung der Befähigungen der REVIS-Bezieher durchführt. Falls diese nicht geeignet sind für den ersten Arbeitsmarkt, werden sie von ONIS an die Regionalbeauftragten für Soziale Eingliederung (ARIS) verwiesen.

Bürgermeister Nicolas Pundel ist der Ansicht, dass derartige Aktivierungsmaßnahmen eine wertvolle Hilfe für die betroffenen Personen sind und betont, dass die Gemeinde regelmäßig REVIS-Bezieher im Rahmen von Verträgen für gemeinnützige Beschäftigung („Travaux d'utilité collective“ – TUC) einstellt.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) erkundigt sich, ob auch Teilnehmer selbst Workshops leiten. Tamara Maia Romao bestätigt, dass eine Person den Kochworkshop leitet, dass jedoch immer ein Regionalbeauftragter für soziale Eingliederung (ARIS) präsent ist, da eine Betreuung notwendig ist. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt fest, dass es nicht möglich ist, wie ursprünglich geplant, die Befähigungen der Teilnehmenden in nur wenigen Monaten so weit zu stärken, dass sie im Rahmen eines TUC-Vertrages für gemeinnützige Tätigkeiten eingestellt werden können.

Auf die Frage des Gemeinderatsmitglieds Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt Tamara Maia

Romao, dass die Sprachprobleme für die meisten Teilnehmer das größte Hindernis darstellen. Sie geht davon aus, dass es auch Hemmnisse gibt, die kulturell bedingt sind, insbesondere bei Frauen, die aus arabischen Ländern stammen und oft nie außerhalb des eigenen Heims gearbeitet haben. Unter den Teilnehmern gibt es auch Analphabeten sowie Personen mit gesundheitlichen Problemen.

Auf Anfrage von Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV), erläutert Tamara Maia Romao, dass unter den Teilnehmern nur eine Person mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit ist.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) erkundigt sich, ob die Teilnehmer auf lange Sicht in einer Einrichtung wie z.B. dem „Centre d'Initiative et de Gestion Local“ (CIGL) angestellt werden könnten. Der Bürgermeister schätzt, dass dies theoretisch möglich sei. Betty Welter-Gaul (LSAP) unterstreicht, dass die Stellen beim CIGL im Prinzip denjenigen vorbehalten sind, die in der Lage sind, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Tamara Maia Romao erklärt, dass dies nicht ausgeschlossen sei, dass in einem derartigen Fall aber ein spezielles Verfahren der ADEM eingehalten werden müsse. Sie glaubt, dass man mit den Verantwortlichen der ADEM eine Verkürzung dieser Prozedur aushandeln könne.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt das Projekt. Da Luxemburg viele Asylbewerber aus der ganzen Welt aufnehme, stehe es auch in der Verantwortung, diese Menschen zu begleiten, um sie dabei zu unterstützen, sich eine Zukunft aufzubauen. Er fragt auch, ob die Teilnehmer bei Arbeitsunfällen über eine Unfallversicherung verfügen. Tamara Maia Romao stellt klar, dass die Teilnehmer von der Versicherung des Vereins „Sustained.lu“ abgedeckt werden. Betty Welter-Gaul (LSAP) ergänzt, dass das Ministerium die Teilnehmer auch bei ihren Aktivitäten außerhalb der Räumlichkeiten des Projekts versichert, wie z.B. auf dem Arbeitsweg oder bei Sprachkursen.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer begrüßt das Projekt, fragt sich jedoch auch, ob nicht einige Personen über einen längeren Zeitraum hinaus betreut werden sollten, insbesondere was die Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse angeht. Tamara Maia Romao erklärt,

dass die Teilnehmer, die mehr Zeit brauchen, auch die Möglichkeit bekommen, über einen längeren Zeitraum teilzunehmen. Sie betont, dass die Alphabetisierung und die Sprachkurse immer von externen Einrichtungen angeboten werden müssen. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) weist darauf hin, dass die Chancengleichheitskommission vor drei Jahren vorgeschlagen hatte, ein Alphabetisierungsprojekt ins Leben zu rufen, dass jedoch der damalige Schöfferrat der Ansicht war, dass ein solches Projekt zu diesem Zeitpunkt in Strassen keine Priorität habe. Ihrer Ansicht nach gibt es in der Gemeinde eine steigende Nachfrage für ein solches Projekt. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass es mit Vertretern des Ministeriums Unterredungen zu derartigen Projekten gab, diese jedoch betont hätten, dass Sprachunterricht nicht unter das gleiche Ressort wie soziale Projekte falle und deshalb andere Instanzen diese Aufgabe übernehmen.

Auf die Frage von Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) antwortet Tamara Maia Romao, dass die aus dem Projekt entstandenen Waren bei einem der nächsten Weihnachtsmärkte verkauft werden könnten, da es für dieses Jahr noch nicht genügend fertiggestellte Ware gebe.

## **2. Verabschiedung des Kostenvoranschlags für den Fußballkomplex.**

Dem Gemeinderat wird ein Kostenvoranschlag für den neuen Fußballkomplex zur Genehmigung vorgelegt. Bürgermeister Nicolas Pundel erinnert kurz daran, dass der alte Fußballplatz ersetzt werden muss, weil Platz für die in der Nähe gelegenen Schulen und die Maison Relais benötigt wird. Er weist auch darauf hin, dass für den Bau eines neuen Fußballkomplexes ein Gelände in der Nähe des Erlebnisbades „Les Thermes“ ausgewählt wurde. Da es sich um eine sehr zentrale Lage handelt, geht der Bürgermeister davon aus, dass man hier eine gute Wahl getroffen hat.

Das Projekt umfasst zwei große Fußballfelder. Das Hauptfeld wird mit einem Hybridrasen aus Naturrasen und synthetischen Mikrofasern ausgestattet, während das zweite Feld ausschließlich aus Kunstrasen bestehen wird. Das Hauptfeld wird über ein Gebäude mit überdachter Tribüne und Umkleideräumen auf drei Ebenen verfügen. Im Untergeschoss befinden

sich Technik- und Lagerräume sowie Umkleiden. Die Umkleideräume der Heimmannschaft befinden sich im Erdgeschoss, wo auch ein Physiotherapieraum und ein Erste-Hilfe-Raum untergebracht sein werden. Die Umkleiden werden mit einem Kaltbad für die Muskelregenerierung durch Kältetherapie ausgestattet. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass solche Einrichtungen gerechtfertigt sind, da der FC Una Strassen mittlerweile auf sehr hohem sportlichem Niveau in der Nationaldivision spielt. Im Obergeschoss des Gebäudes werden sich Presse- und Tagungsräume sowie ein Ausschank befinden.

Die überdachte Tribüne bietet 348 Sitzplätze und das Spielfeld ist so ausgerichtet, dass die Zuschauer weder von Sonne, Wind oder frontal einfallendem Regen beeinträchtigt werden. Zusätzliche Tribünen mit 102 Sitzplätzen und 200 Stehplätzen befinden sich auf der gegenüberliegenden Seite des Hauptfeldes. Der Bürgermeister erklärt, dass am Spielfeldrand Platz für weitere Zuschauer vorhanden ist. Er schätzt, dass damit für das Hauptfeld eine maximale Zuschauerzahl von fast 1.000 Personen erreicht werden kann.

Das Gebäude ist barrierefrei und verfügt über einen Aufzug sowie rollstuhlgerechte Plätze auf der Tribüne. In einem zweiten, kleineren Gebäude sind der Kartenverkauf und ein Imbissstand untergebracht. Das Gelände ist vollständig umzäunt und verfügt über zwei Haupteingänge.

Der Bürgermeister berichtet, dass ein großer Parkplatz in der Nähe der Tribüne nicht in Frage kam, da man eine Verkehrsüberlastung befürchtete. Stattdessen werde ein kleinerer Parkplatz mit 30 normalen Parkplätzen, 3 Parkplätzen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Parkplätzen mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge und Fahrradstellplätzen gebaut. Dieser Parkplatz wird vor allem Spielern und Mitgliedern des Komitees vorbehalten sein und die Zufahrt wird durch eine Schranke begrenzt. Besucher müssen auf einem der 85 Parkplätze außerhalb des Geländes oder auf dem großen Parkplatz in der Nähe der Grundschule Antoine de Saint-Exupéry parken, der zu Fuß leicht zu erreichen ist.

Der durch den großen Parkplatz freiwerdende Platz wird genutzt, um einen Mehrzwecksportplatz zwischen den beiden großen Fußballfeldern zu bauen. Der

Bürgermeister erklärt, dass dieser Platz auch von den Jugendmannschaften für Trainingszwecke genutzt werden kann.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Umbauarbeiten im Umfeld des Komplexes recht umfangreich sein werden, da ein Bach kanalisiert und ein Rückhaltebecken gebaut werden muss. Das Kunstrasenfeld wird über einen Unterstand für die Spieler der Jugendmannschaften während der Spielpausen verfügen und eine nicht überdachte Zuschauertribüne mit 320 Stehplätzen. Zusätzlich wird es einen Sanitärblock und einen Imbissstand geben.

Nicolas Pundel erklärt, dass das Projekt vom Sportministerium genehmigt wurde, das nun auf die Genehmigung des Gemeinderats wartet, um die Höhe der Zuschüsse zu berechnen. Der Bürgermeister führt aus, dass der Staat in der Regel 35 % der Kosten erstattet, jedoch nur bei Einrichtungen, die keine Erträge erwirtschaften. Im Gegensatz zu den rein technischen und sportlichen Einrichtungen sind also die Zuschauertribüne oder der Ticketverkauf nicht zuschussfähig. Nicolas Pundel schätzt, dass die endgültige Höhe der Zuschüsse etwa 20 bis 25 % der Gesamtkosten ausmachen wird.

Die geschätzten Kosten für den Hybridrasenplatz liegen bei 1.642.000 Euro, für den Kunstrasenplatz liegen sie bei 1.040.000 Euro und für den Mehrzwecksportplatz bei 132.000 Euro. Die Kanalisierungsarbeiten im Umfeld des Komplexes werden mit 1.216.000 Euro veranschlagt, die Vorarbeiten mit Erdarbeiten und Verlegung von Netzwerken mit 2.036.000 Euro. Für Straßenbau und Parkplätze sind 1.735.000 Euro vorgesehen sowie 890.000 Euro für sämtliche Zäune, Handläufe, Stützkonstruktionen und Pforten. Die Kosten für das Hauptgebäude mit Tribüne belaufen sich auf 7.746.000 Euro, für den Ticketschalter mit Imbissstand auf 484.000 Euro und für den Sanitärblock in der Nähe des Kunstrasenplatzes auf 582.000 Euro. Die Kosten für die Außenanlagen und Bepflanzung belaufen sich auf 1.714.000 Euro.

Die Zwischensumme für die Baukosten beläuft sich somit auf 19.224.000 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer und 22.492.000 Euro inklusive Mehrwertsteuer. Hinzu kommen diverse Honorarkosten in Höhe von 2.318.000

Euro, so dass die geschätzten Gesamtkosten für das Projekt bei 24.810.000 Euro liegen. Der Bürgermeister betont, dass das Budget in Anbetracht der momentanen Preisschwankungen mit einer recht hohen Rückstellung für Sonstiges und Unvorhergesehenes in Höhe von 20% der Gesamtkosten erstellt wurde. Nicolas Pundel ist der Ansicht, dass es sich um ein sehr ehrgeiziges Projekt handelt, dessen Kosten angesichts des hohen sportlichen Niveaus des örtlichen Teams gerechtfertigt sind. Abschließend weist er darauf hin, dass der vorliegende Kostenvoranschlag niedriger ausfällt als ursprünglich geplant und dass einige Änderungen vorgenommen wurden, um die Kosten auf ein annehmbareres Niveau zu senken.

Der Bürgermeister geht auf die Frage von Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ein und teilt mit, dass auf einem Teil des Daches des Hauptgebäudes Sonnenkollektoren angebracht werden. Die übrigen Gebäude verfügen über begrünte Dächer. Der Komplex wird auch mit einer Auffanganlage für Regenwasser ausgestattet sein, das zur Bewässerung benutzt wird.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) drückt ihr Erstaunen angesichts des hohen Prozentsatzes der Rückstellung aus. Der Bürgermeister erklärt, dass bei solchen Projekten eine 10%ige Rückstellung als normal gilt, dass das Schöffengericht diese jedoch verdoppelt habe, nachdem die Preise aufgrund der Pandemie in die Höhe geschossen sind.

Das Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) erkundigt sich, ob die hohen Kosten des Projekts darauf zurückzuführen sind, dass besondere Maßnahmen getroffen wurden, um dessen Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren. Der Bürgermeister erläutert, dass die hohen Kosten vor allem durch das Ausmaß des Projektes bedingt sind. Er betont jedoch, dass die Umweltaspekte auf jeder Ebene des Projektes berücksichtigt wurden.

Nach Ansicht von Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) sind die Baukosten in Luxemburg sehr hoch, selbst unter Berücksichtigung der staatlichen Förderung. Er erkundigt sich, ob es möglich sei, zusätzliche Beihilfen bei der UEFA, der Vereinigung der Europäischen Fußballverbände, zu beantragen.



Der Bürgermeister erklärt, dass dies bei dieser Art von Projekten nicht möglich sei. Laurent Glesener bedauert, dass der Schöfferrat keine zweite „Großprojekt-Sitzung“ abgehalten hat, zumal einige Details noch erörtert werden müssen, wie z.B. die Tatsache, dass keine Überdachung für die Tribünen des Kunstrasenplatzes vorgesehen ist. Seiner Ansicht nach sollte für die Eltern, die ihre Kinder zum Training begleiten, ein Unterstand vorgesehen werden. Er ist außerdem der Meinung, dass das Hauptgebäude sich nicht gut in das Umfeld einfügt und den Blick auf das Erlebnisbad verdeckt, welches doch eine Art architektonisches Wahrzeichen der Gemeinde darstellt. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener ist der Meinung, dass man für dieses Gebäude einen Architektenwettbewerb hätte ausschreiben sollen. Außerdem hätte man die Anordnung des Komplexes aus städtebaulicher Sicht prüfen sollen, insbesondere, um das Ausmaß an Bodenverdichtung zu verringern. Er fragt sich ebenfalls, ob das Gelände auch für andere sportliche Aktivitäten oder Kulturveranstaltungen genutzt werden kann. Seiner Ansicht nach hätten all diese Fragen in einer zweiten „Großprojekt-Sitzung“ diskutiert werden müssen.

Bürgermeister Nicolas Pundel ist der Meinung, dass das Schöffenkollégium bereits viele Detailänderungen vorgenommen hat, um die Kosten zu senken. Er erklärt, dass ein Architektenwettbewerb mit Sicherheit höhere Kosten mit sich gebracht hätte und meint, dass ein solcher Wettbewerb normalerweise für prestigeträchtigere Bauten wie Schulen vorbehalten ist und nicht für bloße Zuschauertribünen. Er betont auch, dass die Gemeinde angesichts der guten Leistungen des Vereins hochwertige Anlagen benötige und merkt an, dass die Infrastrukturen vergleichbarer Vereine in Luxemburg oft in einem desolaten Zustand sind. Die Tatsache, dass sich das Hauptgebäude von seiner Umgebung abhebt, sei eine bewusste Entscheidung der Architekten gewesen, die sich gegen eine Angleichung an die Ästhetik des Erlebnisbads ausgesprochen hätten. Außerdem sei der Blick auf das Wassersportzentrum nicht vollständig versperrt. Zum Thema Bodenverdichtung erklärt der Bürgermeister, dass dieses Problem nur den Kunstrasenplatz betrifft, da der Hybridrasenplatz regenwasserdurchlässig ist. Hinsichtlich einer Überdachung der Tribünen oder anderer Details

erklärt er, dass das Schöffenkollégium sich solchen Änderungen nicht verschließen werde, falls die Mitglieder des Gemeinderats dies wünschen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich der Auffassung an, dass der Bau eines neuen Fußballfeldes notwendig war, bedauert jedoch, dass die Mitglieder des Gemeinderats nicht stärker in die Planung eingebunden wurden und beklagt einen Mangel an Transparenz bei der Arbeit des Schöffenkollégiums. Sie erkundigt sich, wie die Sachlage in Bezug auf einen Grundstücksstreifen im Randbereich des Komplexes ist, welcher der Gemeinde Bartringen gehört und mit der Gemeinde Strassen getauscht werden soll. Ihrer Einschätzung nach könnte man auf dieser Parzelle einen zusätzlichen Parkplatz bauen. Sie ist der Meinung, dass der Parkplatz bei der Schule den Nachteil hat, dass die Besucher das Dorf durchqueren müssen, um ihn zu erreichen. Der Bürgermeister erklärt, dass der Grundstückstausch läuft, dass dieses Grundstück jedoch nicht für den Bau eines Parkplatzes geeignet ist, da es sich am Straßenrand befindet, weshalb es nur für Anpflanzungen genutzt werden wird.

Martine Dieschburg-Nickels möchte genauere Angaben zu der Umzäunung des Geländes. Der Bürgermeister erklärt, dass die Spielfelder umzäunt werden sollen, während der Rest des Komplexes mit dem Mehrzwecksportplatz frei zugänglich bleibt. Das Mitglied des Gemeinderates erkundigt sich außerdem, ob das Schöffenkollégium sich vergewissert habe, dass die Kosten des Projekts realistisch veranschlagt seien. Der Bürgermeister erklärt, dass die Kosten entsprechend der derzeitigen Marktpreise berechnet wurden. Martine Dieschburg-Nickels fragt, ob das Gelände auch für andere Veranstaltungen wie Konzerte genutzt werden könne. Der Bürgermeister erwidert, dass dies zwar grundsätzlich möglich sei, dass aber ein solches Gelände in Anbetracht der Sicherheitsaspekte nicht unbedingt ideal für solche Veranstaltungen sei. Er merkt an, dass aus diesem Grund auch in dem neuen Stadion in Luxemburg keine Konzerte stattfinden. Martine Dieschburg-Nickels fragt auch, wie die Zuschauer im Notfall evakuiert werden können. Nicolas Pundel erklärt, dass es neben dem Haupteingang auch noch einen Notausgang seitlich des Hauptspielfelds gibt. Seiner Ansicht nach könnten bei Bedarf auch weitere Zugänge vorgesehen werden.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) merkt an, dass die Fenster der Saunaanlagen des Erlebnisbades etwa auf gleicher Höhe liegen wie die Tribüne. Der Bürgermeister erklärt, dass dieser Aspekt berücksichtigt wurde und dass die Fenster von der Tribüne aus nicht einsehbar sind. Er ergänzt, dass der Außenbereich des Wassersportzentrums auf dieser Seite ohnehin von einem Erdwall umgeben ist. Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitglieds bestätigt der Bürgermeister, dass die Wasserleitung, die für die Bewässerung des alten Platzes verwendet wird, an den neuen Komplex angeschlossen wird. Er erklärt, dass das Rückhaltebecken vor allem aufgrund seiner geringen Kapazität nicht für die Bewässerung genutzt werden kann.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin fragt, ob das Areal für Fahrräder zugänglich ist und ob die Gemeinde langfristig ein vollständiges Radwegenetz einrichten wird. Der Bürgermeister erklärt, dass der vom Schulgelände kommende Weg von Fahrrädern genutzt werden kann. Auch er ist der Meinung, dass die Gemeinde sich Gedanken darüber machen sollte, wie ein umfassendes Radwegenetz geschaffen werden kann.

Ratsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) findet es lächerlich, dass der Staat zuerst Zuschüsse gewährt, um dann über die Mehrwertsteuer wieder Geld einzufordern. Seiner Meinung nach macht diese Praxis keinerlei Sinn. Jean-Marie Durrer meint, dass das Schöffenkollégium darauf achten sollte, bei der Bepflanzung auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen, insbesondere bei der Auswahl der Pflanzenarten. Er misst der von den DP-Gemeinderatsmitgliedern geäußerten Kritik an den hohen Kosten des Projekts wenig Glaubwürdigkeit zu, da es dieselben Gemeinderatsmitglieder waren, die Extrawünsche wie einen zusätzlichen Unterstand vorbrachten. Jean-Marie Durrer ist auch strikt gegen den Bau eines zusätzlichen Parkplatzes, da PKWs im Dorfzentrum ohnehin nichts zu suchen hätten. Der Bürgermeister teilt die Auffassung, dass die Nutzung von PKWs weitestgehend eingeschränkt werden sollte, ist aber auch der Meinung, dass eine kleine Anzahl an Parkplätzen stets notwendig bleiben wird.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener erklärt, dass sich seine Bemerkung bezüglich der hohen Kosten vor

allem auf die Preisunterschiede zwischen Luxemburg und dem Ausland bezog. Er ist der Meinung, dass ein zusätzlicher Unterstand für die Tribünen des Kunstrasenplatzes zu keiner wesentlichen Erhöhung der Gesamtkosten führen würde und dass ein solcher Unterstand den Eltern, die ihre Kinder zum Training begleiten, doch ein großes Plus an Komfort bieten würde.

Das Mitglied des Gemeinderates Martine Dieschburg-Nickels stimmt den Anmerkungen des Gemeinderatsmitglieds Jean-Marie Durrer in Bezug auf die PKWs zu. Allerdings ist sie auch der Meinung, dass die Umstellung des Individualverkehrs nicht von heute auf morgen passieren wird. Nebenbei hebt sie lobend hervor, dass die „Flex“-Mietwagenstation der Gemeinde offenbar die am meisten genutzte des ganzen Landes ist. Dies zeigt ihrer Meinung nach, dass immer mehr Menschen dabei sind, ihre Gewohnheiten zu ändern.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde nun über zwei separate Sportkomplexe verfügen wird, mit der nationalen Kampfkunsthalle und dem nationalen Bogenschießzentrum auf der einen Seite und dem Erlebnisbad und dem Fußballkomplex auf der anderen Seite. Dadurch könnten auch Parkplatzprobleme bei Großveranstaltungen vermieden werden. Seiner Einschätzung nach ist der neue Komplex gut durchdacht und die Standortwahl nahe am Zentrum hervorragend. In Bezug auf die Diskussionen um zusätzliche Ausstattung, geht er davon aus, dass Änderungen auch zu einem späteren Zeitpunkt noch vorgenommen werden können, falls sie sich tatsächlich als notwendig erweisen sollten.

Der Kostenvoranschlag für den Fußballkomplex wird einstimmig angenommen.

### **3. Verabschiedung eines Kostenvoranschlages bezüglich des Pumpwerks Helfenterbrück.**

Dem Gemeinderat wird ein Kostenvoranschlag für den Bau eines neuen Rückhaltebeckens („Entlastungsanlage mit Siebrechen“) unterhalb des bestehenden Rückhaltebeckens in Helfenterbrück zur Annahme vorgelegt. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)

erläutert, dass das bestehende Becken das Regenwasser der Gemeinden Strassen und Bartringen sammelt, bevor es in die Kläranlage nach Beggen abgeleitet wird. Bei starken Regenfällen dient das Becken auch dazu, eine Überlastung des Netzes zu verhindern und Feststoffe zurückzuhalten, bevor das überschüssige Wasser in den nahe gelegenen Bach geleitet wird. Das Projekt wurde vom „Service Canalisation“, der Stadt Luxemburg in die Wege geleitet, der gleichzeitig auch die Netze von Strassen und Bartringen betreibt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,6 Millionen Euro und werden zwischen den beiden Gemeinden zu gleichen Teilen aufgeteilt. Der Anteil der Gemeinde Strassen beläuft sich somit auf 808.500 Euro. Planung und Durchführung des Projekts werden komplett von der Stadt Luxemburg übernommen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich, ob das Projekt in Zusammenhang mit den starken Regenfällen steht, die es jüngst im Monat Juli gab. Der Bürgermeister erklärt, dass es hier keinerlei Zusammenhang gibt und die neue Anlage bereits seit längerem geplant war. Das Gemeinderatsmitglied fragt, wie die von der Anlage herausgefilterten Feststoffrückstände verarbeitet werden und ob eine Weiterverarbeitung möglich sei. Der Bürgermeister erklärt, dass die Reststoffe alle möglichen Arten von Abfall enthalten und als solcher entsorgt werden müssen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) möchte wissen, ob das Projekt von staatlicher Seite oder von der EU bezuschusst wird. Der Bürgermeister erklärt, dass bestimmte Anlagen wie z.B. Kläranlagen und dergleichen förderfähig sind. Die Zuschussanträge werden vom „Service Canalisation“ der Stadt Luxemburg im Namen der Gemeinden bearbeitet. Er geht jedoch davon aus, dass das zu genehmigende Projekt nicht für eine Subventionierung in Frage kommt.

Der Kostenvoranschlag wird einstimmig angenommen.

#### **4. Genehmigung der Musikschulorganisation für das Jahr 2021/2022.**

Dem Gemeinderat wird die Musikschulorganisation für das Schuljahr 2021/2022 zur Genehmigung vorgelegt.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) führt aus, dass die Gesamtkosten für den Unterricht im laufenden Schuljahr 599.669 Euro betragen. 284 Schüler aus der Gemeinde sind derzeit an der Musikschule eingeschrieben, davon 155 in der Notenlehre (Solfège). Neu im Bereich Instrumentalbildung sind 11 Schüler für die Querflöte und 6 Schüler für die Klarinette. Außerdem gibt es 12 Schüler für Saxofonunterricht, 2 für kleinere Blechblasinstrumente, 4 für Posaune, 2 für große Blechblasinstrumente, 16 für Schlagzeug, 6 für Gesang, 37 für Gitarre, 2 für E-Gitarre und 63 für Klavier. Insgesamt sind also 161 Schüler aus der Gemeinde in der Instrumentalbildung eingeschrieben.

Der Bürgermeister merkt an, dass er nicht damit einverstanden ist, dass die Schule von den Schülern verlangt, dass sie über ein richtiges Klavier verfügen. Er ist der Ansicht, dass dies für Familien, die in einer Wohnung leben, ein großes Hindernis darstellt und dass die damit verbundenen Kosten für Anfänger zu hoch sind. Der Bürgermeister zeigt sich auch erfreut darüber, dass die „Fanfare Stroossen“ trotz der Pandemie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnte und mehrere öffentliche Auftritte hatte, wie z. B. beim traditionellen „Hämmelsmarsch“-Umzug. Nicolas Pundel ergänzt, dass die Musikschule auch an einem pädagogischen Projekt mit dem „Centre de logopédie“ teilnimmt, um die Musikerziehung in den Grundschulen zu fördern. Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass die Kosten unter den Gemeinden der „Museksschoul Westen“ anteilig nach Anzahl der Schüler pro Gemeinde aufgeteilt werden und dass der Beitrag der Gemeinde Strassen bei 30 bis 40% der Gesamtkosten liegt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt die Tatsache, dass in den Grundschulen Musikunterricht angeboten wird. Sie möchte wissen, wie sich der Gesetzentwurf Nr. 7907 über die Organisation des Musikunterrichts im kommunalen Sektor auf den Musikunterricht auswirken wird. Der Bürgermeister erklärt, dass das neue Gesetz vorsieht, dass der Unterricht bis zu einem bestimmten Niveau für Minderjährige kostenlos angeboten wird. Er geht davon aus, dass den Gemeinden künftig ein Teil der Kosten erstattet werden wird, merkt aber auch an, dass die Debatte zu diesem Gesetz noch nicht

abgeschlossen ist. Er persönlich befürchtet, dass aufgrund der Unentgeltlichkeit der Musikunterricht weniger wertgeschätzt werden könnte. Seiner Meinung nach sind 98% der Eltern durchaus in der Lage, die Kosten zu tragen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis freut sich, dass die Zahl der Schüler, die ein Instrument spielen lernen, wieder zunimmt. Er betont, wie wichtig der Musikunterricht in den Grundschulen ist.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) teilt die Einschätzung des Bürgermeisters, bezüglich der Notwendigkeit (oder nicht) eines richtigen Klaviers für die Ausbildung.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) ist der Ansicht, dass Klaviere zwischen Privatleuten zu einem niedrigeren Preis getauscht werden könnten, so wie es auch bei anderen Instrumenten der Fall ist. Der Bürgermeister erläutert, dass es diese Praxis in der Gemeinde seines Wissens nicht für Klaviere gibt. Die Musikschule verfügt über eine Reihe anderer Instrumente, die den Schülern zur Verfügung gestellt werden können. Das Mitglied des Gemeinderates erkundigt sich, ob auch Erwachsene für den Instrumentalunterricht eingeschrieben sind. Der Bürgermeister bestätigt dies, vor allem im Klavier- und Gitarrenunterricht, aber auch in der Notenlehre (Solfège). Die Schule bietet auch einen Kurs für Musikunterricht in englischer Sprache an.

Die Musikschulorganisation für das Jahr 2021/2022 wird einstimmig angenommen.

## **5. Genehmigung der Super Senior-Vereinbarung.**

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) stellt das neue Projekt „Super Senior“ vor, bei dem es darum geht, einen Pool von Senioren zu bilden, die eine Schulung zum Lernbegleiter erhalten haben und Nachhilfeunterricht für Schüler der Grundschule anbieten. Grundlage des Projekts ist eine Vereinbarung mit dem Verein „Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous“ (MEC a.s.b.l.), der sich um die Anwerbung und Schulung der Senioren kümmert und die Kontakte zwischen Eltern und Senioren vermittelt. Für diese Dienstleistung werden 0,8 Euro pro Einwohner der

Gemeinde und Jahr berechnet, so dass die jährlichen Gesamtkosten bei etwa 8.200 Euro liegen.

Bürgermeister Nicolas Pundel erklärt, dass der Verein darauf achtet, dass die Qualität des Unterrichts gesichert ist, indem er die Kompetenzen der Senioren prüft und ihnen eine grundlegende pädagogische Schulung zukommen lässt. Das Projekt läuft bereits in anderen Gemeinden, wie z. B. in der Region Müllerthal.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) fragt, wo die Nachhilfekurse stattfinden. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um Einzelunterricht handelt, der in der Wohnung des Schülers stattfindet. Dem Verein geht es darum, ein Vertrauensverhältnis zwischen Nachhilfelehrern, Eltern und Kindern zu schaffen und es gibt stets Vorgespräche. Bei dem Projekt handelt es nicht nur um reine Nachhilfe, sondern eher um ein regelrechtes Coaching.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) hält dieses Projekt für äußerst interessant, da es die Inklusion von Senioren fördert und gleichzeitig den Kindern die Möglichkeit gibt, aus deren Erfahrungsschatz zu lernen. Sie stellt die Frage, nach welchen Kriterien die Senioren ausgewählt werden und wer die Entscheidung bezüglich deren Einsatz trifft. Der Bürgermeister erklärt, dass der Verein die Auswahl anhand eigenständig festgelegter Kriterien trifft. Es wurde bereits ein Aufruf an alle Einwohner der Gemeinde, die über 50 sind, verschickt, mit der Bitte, sich zu bewerben. Die Auswahl erfolgt nach einem Gespräch zwischen den Bewerbern und Mitgliedern des Vereins. Hier geht es darum sicherzustellen, dass die Senioren über das notwendige Maß an moralischer Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz verfügen. Eine Einwohnerin der Gemeinde bietet bereits Französischunterricht an. Der Bürgermeister betont, dass der Verein ein schlüssiges Konzept vorgelegt hat und die Anwerbung sehr ernst nimmt. Darüber hinaus verfügt der Verein über ausgezeichnete Referenzen hinsichtlich seiner Tätigkeit in den Regionen Müllerthal und Mosel.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass der Verein Kopien der Diplome verlangt sowie einen Strafregisterauszug, um Vorstrafen auszuschließen. Außerdem wird das Kompetenzniveau der Bewerber

durch Tests in deutscher und französischer Sprache und in Mathematik überprüft. Es gibt auch regelmäßige Treffen der „Supersenioren“, bei denen diese sich austauschen können oder gemeinsame Aktivitäten außerhalb des Unterrichts organisieren können. Somit ist das Projekt auch ein Inklusionsprojekt für Senioren.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin fragt, wie Eltern ihre Kinder anmelden können. Der Bürgermeister erwidert, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt wird, da der Verein derzeit noch damit beschäftigt ist, einen Pool von Nachhilfekräften zusammenzustellen.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) weist darauf hin, dass das Kursangebot sich notgedrungen nach der Anzahl der zur Verfügung stehenden Ehrenamtlichen richten muss.

Das Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) geht davon aus, dass Kinder, die ihre Hausaufgaben in der Maison Relais machen, dieses Angebot nicht in Anspruch nehmen können. Der Bürgermeister bestätigt, dass der Verein nicht in der Maison Relais tätig wird. Das Konzept sieht lediglich eine Betreuung im häuslichen Umfeld vor. Er erklärt, dass ein weiteres Projekt in Ausarbeitung ist, bei dem Studierende für Hausaufgabenhilfe in der Maison Relais eingesetzt werden sollen. Jean-Marie Durrer fragt, warum das Angebot nicht auch auf die Sekundarstufe ausgeweitet wird. Laut dem Bürgermeister ist es schwierig, Senioren zu finden, die Unterricht auf diesem Niveau anbieten können.

Nicolas Pundel ergänzt, dass die Kurse kostenpflichtig sind und der Preis bei 10 Euro pro Stunde liegt. Davon gehen 2 Euro an den Verein und die Nachhilfekräfte erhalten den Rest. Er ist der Meinung, dass dies ein erschwinglicher Preis ist und dass es wichtig ist, die Kurse nicht kostenlos anzubieten, um Missbrauch zu vermeiden. Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) meint, dass die Tarife weit unter denen anderer Schulbegleitedienste liegen.

Das Mitglied des Gemeinderates Martine Dieschburg-Nickels (DP) bedauert, dass dieses Konzept nicht schon früher im Gemeinderat diskutiert wurde. Ihrer Meinung nach hätte die Organisation einer Hausaufgabenhilfe

in der Maison Relais Vorrang gehabt. Sie hätte es vorgezogen, bei diesem Vorhaben nur Senioren aus der Gemeinde einzubinden, und ist der Ansicht, dass es sich nicht um wirklich um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt, da die Betreuer eine Aufwandsentschädigung erhalten. Außerdem findet sie, dass die Sozial- und Seniorenkommission, der Club Senior und die Jugendkommission bei der Ausarbeitung eines solchen Vorhabens hätten einbezogen werden müssen. So hätte z.B. auch das Netzwerk „Hoplr“ genutzt werden können, um den Kontakt zwischen den Nachhilfekräften aus der Gemeinde und den Eltern herzustellen. Martine Dieschburg-Nickels ist der Ansicht, dass das Konzept des Vereins zu stark professionalisiert ist und dass dieses Angebot den Kindern in der Maison Relais nicht wirklich weiterhelfen wird. Für sie ist es inakzeptabel, dass das Schöffenkollégium die Vereinbarung unterzeichnet und das Projekt werbewirksam auf den Weg gebracht hat, ohne eine entsprechende Aussprache im Gemeinderat abzuwarten. Sie teilt mit, dass sie der Vereinbarung nicht zustimmen wird. Ihrer Ansicht nach hätte die Gemeinde ein eigenes Projekt auf die Beine stellen können, da sie über zahlreiche engagierte und kompetente Ehrenamtliche verfügt. Bürgermeister Nicolas Pundel betont, dass dieses Vorhaben nur eines unter vielen in diesem Bereich ist und dass die Gemeinde durchaus auch ihre eigenen Projekte ausarbeitet. Das Schöffenkollégium sei sich der Tatsache bewusst, dass auch für die Maison Relais eine Hausaufgabenhilfe eingeführt werden muss. Er erklärt, dass der Club Senior diesbezüglich eingebunden wurde. Er meint auch, dass es naiv wäre zu glauben, dass man das ganze Problemfeld der schulischen Begleitung in einer Kommission lösen könne. Das Projekt sei nur ein Angebot unter vielen.

Das Mitglied des Gemeinderates Paul Klensch (LSAP) beglückwünscht das Schöffenkollégium zur Entscheidung für dieses wichtige Projekt. Er begrüßt es, dass das Projekt von einer gemeinnützigen Organisation geleitet wird. Er ist der Meinung, dass die Nachbarschafts-App „Hoplr“ tatsächlich mehr hätte genutzt werden können, um die Kontaktaufnahme zwischen den Eltern und den vielen jungen Lehrern, die in Strassen leben, zu erleichtern. Er fragt auch, ob das Schöffenkollégium sich bei den Gemeinden,

in denen das Projekt bereits seit längerem läuft, nach deren Erfahrungen erkundigt hat. Der Bürgermeister erklärt, dass die Medien ausführlich über das Projekt berichtet haben und dass er einige derjenigen, die als „Super Senioren“ tätig sind, persönlich kennt und diese ihm von ihren Erfahrungen berichtet hätten.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer äußert sich grundsätzlich erfreut über das Projekt, ist jedoch der Meinung, dass eine so geringe Aufwandsentschädigung nicht sinnvoll ist. Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) meint, dass die Aufwandsentschädigung dazu dient, die Kosten zu decken und dass die Tatsache, dass die Nachhilfe nicht unentgeltlich angeboten wird, vor Missbrauch schützt.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) weist darauf hin, dass zu der Aufwandsentschädigung noch die Fahrtkosten hinzukommen. Der Bürgermeister betont, dass das Projekt, entgegen anderslautenden Behauptungen, sehr wohl vorsieht, Senioren aus der Gemeinde einzusetzen. Laurent Glesener meint, dass dies derzeit nicht der Fall sei, da der Verein erst dabei sei, einen Pool aufzubauen. Auch er ist der Ansicht, dass es wichtig ist, die Nachhilfe nicht kostenlos anzubieten, um so die Qualität des Angebots zu sichern. Das Projekt ist seiner Meinung nach positiv zu werten, da es ein Baustein zur Bewältigung des Problems der schulischen Begleitung sein könnte. Darüber hinaus stimmt er Martine Dieschburg-Nickels zu, dass ein lokales Projekt besser gewesen wäre. Er bedauert auch, dass das Vorhaben nicht schon früher im Gemeinderat diskutiert wurde.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) fragt, ob die Gemeinde über die Arbeit der Betreuer vor Ort auf dem Laufenden gehalten wird und ob sie eine regelmäßige Bewertung des Projekts vornehmen werde. Der Bürgermeister bestätigt, dass die Gemeinde informiert wird und nach einem bestimmten Zeitraum eine Evaluierung vornehmen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel ist ebenfalls der Meinung, dass eine regelmäßige Überprüfung durch die Gemeinde notwendig ist. Der Bürgermeister verspricht, dass diesem Aspekt Rechnung getragen wird und die Vereinbarung dahingehend angepasst wird.

Die Vereinbarung wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen aus der DP-Fraktion angenommen.

## 6. Genehmigung der Naturpakt-Vereinbarung.

Dem Gemeinderat wird eine Vereinbarung über den „Naturpakt“ mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung zur Genehmigung vorgelegt.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass dieser neue Pakt ein ähnliches Instrument wie der „Klimapakt“ sei und darauf abziele, die Artenvielfalt in Luxemburg wiederherzustellen. Der Staat sieht dabei die Gemeinden als unverzichtbare Partner an, da 14% des nationalen Territoriums sich in ihrem Besitz befinden. Die Gemeinden sollen dabei eine Vorreiterrolle übernehmen, indem sie bewährte Praktiken anwenden und die Bevölkerung sensibilisieren. Der Maßnahmenkatalog des Paktes umfasst Themen wie die Durchführung öffentlicher Anpflanzungen im Einklang mit der natürlichen Umgebung, Maßnahmen gegen die Bodenverdichtung und Lichtverschmutzung oder die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedürfnisse von Insekten. Damit leisten die Gemeinden einen Beitrag zum nationalen Naturschutzplan (PNPN), zu den umweltpolitischen Zielen im Bereich Wasserwirtschaft und zum Kampf gegen die Klimaerwärmung.

Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass der Pakt ein Zertifizierungssystem ähnlich dem des "Klimapakt" beinhaltet. Mit Hilfe des Maßnahmenkatalogs können maximal 233 Punkte erreicht werden. Die Basiszertifizierung wird bei 40% und 93 Punkten erreicht. Die „Bronze“-Zertifizierung wird mit 50% bzw. 116 Punkten erreicht, die „Silber“-Zertifizierung mit 60% bzw. 140 Punkten und die „Gold“-Zertifizierung mit 70% bzw. 163 Punkten. Die Höhe der Zuschüsse wird aufgrund der erreichten Punktezahl berechnet. Mit der Unterzeichnung des Paktes verpflichtet sich die Gemeinde, die Maßnahmen des Katalogs umzusetzen.

Die Maßnahmen des Katalogs umfassen mehrere Bereiche, unter anderem die Umsetzung einer Gesamtstrategie, den Siedlungsraum, das Offenland, Wasser, Wald sowie Kommunikation und Kooperation.

Im ersten Jahr nach der Unterzeichnung des Pakts wird ein obligatorisches Audit durchgeführt. Nach der ersten Zertifizierung wird alle drei Jahre ein Audit durchgeführt. Der Staat übernimmt die Kosten für die Dienste eines „Naturpakt“-Beraters bis zu einer Höhe von maximal 30.000 Euro. Das Schöffenkollegium hat bereits am 24. September eine Absichtserklärung zur Teilnahme unterzeichnet und gleichzeitig erklärt, dass es in Partnerschaft mit dem Interkommunalen Naturschutzsyndikat (SICONA) einen externen Naturberater einsetzen will. Der Ansprechpartner auf staatlicher Seite ist die wirtschaftliche Interessenvereinigung „myenergy“.

Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass, sobald die Gemeinde über einen Berater verfüge, ein „Naturpakt“-Team in Zusammenarbeit mit der Kommission für Umwelt und Energie gebildet werde. Mitglieder dieses Teams sind der Vertreter der Gemeinde bei SICONA, ein Gemeindebeamter, der Leiter des Forstdienstes, Mitglieder der Umwelt- und Energiekommission, ein Vertreter des Schöffenkollegiums und Experten. Der „Naturpakt“ läuft bis 2030. Nach Ansicht des Schöffen erfüllt die Gemeinde bereits von Anfang an zahlreiche Anforderungen des Pakts, so dass dieser zu einer weiteren Verbesserung des Naturschutzes beiträgt.

Auch Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist überzeugt, dass die Gemeinde Strassen bereits viele der Anforderungen erfüllt. Er bemängelt jedoch, dass der Staat einen Pakt nach dem anderen initiiert und dass dies für die Gemeinden mit großem Arbeitsaufwand verbunden ist. Dennoch ist er dafür, dass die Gemeinde den Pakt unterzeichnet.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) ist der Meinung, dass es in diesem Bereich tatsächlich schon eine Vielzahl an Initiativen gibt. Der Leiter des Forstdienstes leiste bereits jetzt hervorragende Arbeit, die Gemeinde arbeite mit SICONA zusammen und der neue Pakt werde keinerlei Neuerungen mit sich bringen, sondern nur zusätzliche Kosten und Arbeit verursachen.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) schließt sich der Sichtweise des Bürgermeisters und des Gemeinderatsmitglieds Léandre Kandel an. Er erkundigt sich, ob der staatliche Zuschuss in Höhe von

30.000 Euro reicht, um die Beraterkosten zu decken. Der Bürgermeister schätzt, dass dies ausreichen wird und erklärt, dass das Schöffenkollegium nicht beabsichtigt, zusätzliche Mittel aufzuwenden.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) bestätigt, dass die Forstwirtschaft in der Gemeinde hervorragend gehandhabt wird, ist aber auch der Meinung, dass viele andere Orte regelrechte Wüsten sind, was die Artenvielfalt angeht. Er ist der Meinung, dass ein Berater dabei helfen könnte, die natürlichen Ressourcen der Gemeinde besser zu bewirtschaften und dass der Plan eine neue Dynamik mit sich bringen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel ist der Ansicht, dass es bereits Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt gibt und dass die Unterzeichnung des Pakts nicht unbedingt notwendig ist.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) hingegen ist nicht der Meinung, dass der Pakt überflüssig sei. Sie findet, dass die Gefährdung der Artenvielfalt im Gegensatz zur globalen Erderwärmung von der Bevölkerung noch nicht als schwerwiegendes Problem wahrgenommen wird und ist überzeugt, dass der Pakt helfen wird, das Bewusstsein für diese Probleme zu schärfen.

Das Mitglied des Gemeinderats Maryse Bestgen-Martin ist der Ansicht, dass die verschiedenen vom Staat aufgelegten Pakte sehr wohl einen Nutzen haben und dabei helfen, eine neue Dynamik zu schaffen, um die Probleme in Angriff zu nehmen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich der Position des Schöffenkollegiums und von Gemeinderatsmitglied Claire Remmy an, was die Bedeutung des Naturschutzes und der Sensibilisierungsarbeit angeht. Allerdings seien die Mitglieder des Gemeinderates auch in der Pflicht, sorgsam mit den öffentlichen Mitteln umzugehen. Ihrer Meinung nach wurde der „Naturpakt“ vor allem deshalb geschaffen, um kleinere Gemeinden zu unterstützen, denen oft die notwendigen Fachkenntnisse fehlen, um eine komplexe Problematik wie den Erhalt der Artenvielfalt anzugehen. In Strassen sei dies nicht der Fall, da die Gemeinde über umfangreichere Mittel

verfüge. Trotz der Zuschüsse werde die Unterzeichnung des Pakts die Gemeinde Geld kosten, das anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnte. So leiste der Leiter des Forstdienstes hervorragende Arbeit und die Gemeinde solle stattdessen eigenen Projekte in Zusammenarbeit mit dem Forstdienst umsetzen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Leiter des Forstdienstes bereits eine sehr hohe Arbeitsbelastung hat. Er ist außerdem der Ansicht, dass der Pakt sich nicht allein auf den Wald beschränkt, sondern auf die Artenvielfalt in sämtlichen Lebensräumen abzielt. Die Umweltprobleme hätten ein solches Ausmaß angenommen, dass jede Unterstützung willkommen sei. Er glaubt auch, dass die Gemeinde Strassen sich diesbezüglich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen sollte und dass es immer Raum für Verbesserungen gibt.

Laut Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer kann der Pakt auch eine Symbolwirkung haben und eine wesentliche Rolle bei der Sensibilisierung spielen.

Für Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) ist der Schutz der Natur und der Artenvielfalt zwar wichtig, sie stellt aber auch fest, dass die in derartigen Pakten vorgesehenen Zertifizierungen die Gemeinden unter Druck setzen, weil diese befürchten, die angestrebten Ziele nicht erreichen zu können. Ihres Erachtens sollte die Gemeinde abwarten, ehe sie einen neuen Pakt unterzeichnet, insbesondere um zu sehen, ob die Resultate der bereits laufenden Pakte auch den Erwartungen der Gemeinde entsprechen. Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass die Gemeinde durch den „Klimapakt“ bereits viel erreicht hat und dass der „Naturpakt“ eine ähnliche Dynamik bewirken könnte. Er schildert, dass er persönlich sich nie durch das Niveau der Zertifizierung unter Druck gesetzt gefühlt habe. Seiner Ansicht nach besteht bei Umweltfragen dringender Handlungsbedarf und die Gemeinde sollte nicht abwarten, bevor sie mit der Umsetzung von Maßnahmen beginnt.

In diesem Punkt stimmt das Mitglied des Gemeinderats Léandre Kandel zu, ist aber der Meinung, dass die Gemeinde selbst solche Maßnahmen genauso gut, wenn nicht sogar besser, umsetzen kann. Er kündigt an, dass die DP-Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten wird.

Auch Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) streicht die Bedeutung des Naturschutzes hervor, ist aber der Meinung, dass die Gemeinde dann auch in der Verantwortung steht und ihr Budget hierfür deutlich aufstocken sollte.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) hält die meisten der vorgebrachten Argumente für stichhaltig. Er befürchtet, dass, falls die Gemeinde nicht unterzeichnen sollte, sie einen Imageverlust erleiden könnte, und dies trotz der umfangreichen Arbeit, die die Gemeinde Strassen bereits im Bereich des Naturschutzes geleistet hat. Er kritisiert hingegen das Zertifizierungssystem mit Punkten, das unnötig und würdelos sei und an die Schule erinnere.

Die „Naturpakt“-Vereinbarung wird mehrheitlich angenommen, bei vier Enthaltungen der Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels, Léandre Kandel, Laurent Glesener und Victoria El Khoury.

## **7. Genehmigung eines Mietvertrags.**

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass die Gemeinde beabsichtigt, eine Wohnung an eine junge Familie aus Reckingen zu vermieten, deren Haus kürzlich von den Überschwemmungen beschädigt wurde. Wegen der Instandsetzungsarbeiten müssen sie ihr Haus für mehrere Monate verlassen. Die Familie habe keine andere Unterkunft gefunden und die Gemeinde hat diese Lösung vorgeschlagen.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) weist das Schöffengericht auf eine Formulierung im Mietvertrag hin, die geändert werden sollte. Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) würdigt die Tatsache, dass die Gemeinde Solidarität mit einer Familie in Not zeigt.

Der Mietvertrag wird einstimmig genehmigt.

## **8. Bestätigung von befristeten Verkehrsreglements.**

Dem Gemeinderat werden mehrere befristete Verkehrsreglements im Zusammenhang mit Baustellen in der Route d'Arlon, der Rue du Bois, der Rue du Kiem und der Rue des Romains zur Bestätigung vorgelegt.



Die befristeten Verkehrsreglements werden einstimmig angenommen.

### **9. Ernennungen in lokale Kommissionen und interkommunale Syndikate.**

Dem Gemeinderat werden mehrere Ernennungen für lokale Kommissionen und interkommunale Syndikate zur Genehmigung vorgelegt.

Das Schöffenkollégium schlägt vor, Luc Reisdorffer durch Jens Stangier als Verwaltungssekretär und technischen Berichterstatter der lokalen Raumordnungskommission zu ersetzen.

Das Schöffenkollégium schlägt vor, Luc Speltz zum stellvertretenden Sekretär der Bautenkommission zu ernennen.

Da in der Integrationskommission der Posten eines stellvertretenden Mitglieds zur Vertretung des Gemeinderats vakant ist, hat das Schöffenkollégium interessierte Mitglieder des Gemeinderats aufgefordert, sich zu melden. Die Gemeinderatsmitglieder Laurent Glesener (DP) und Claire Remmy (déi Gréng) haben sich beworben.

Nachdem Betty Welter-Gaul (LSAP) ihre Posten als Vertreterin der Gemeinde Strassen im interkommunalen Syndikat SIGI niedergelegt hat, hat das Schöffenkollégium interessierte Mitglieder des Gemeinderats aufgefordert, sich zu bewerben. Gleichzeitig wird auch eine Entscheidung über die zusätzlich zu gewährende politische Freistellung getroffen. Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) hat seine Kandidatur eingereicht.

Die Partei DP schlägt vor, Salvador Fernandez durch Yannick Huss als Mitglied des Schulkomitees zu ersetzen.

Die Partei DP schlägt vor, Yannick Huss durch Marc Schmit als Mitglied des Raumplanungskomitees zu ersetzen.

Das Mitglied des Gemeinderates Claire Remmy (déi Gréng) wird mit 9 zu 3 Stimmen für Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) zum stellvertretenden

Mitglied des Gemeinderates in der Integrationskommission gewählt.

Das Mitglied des Gemeinderates Paul Klensch (LSAP) wird einstimmig zum Vertreter der Gemeinde Strassen im interkommunalen Syndikat SIGI gewählt. Der Gemeinderat gewährt ihm einstimmig 5 Stunden politische Freistellung zur Ausübung dieser Tätigkeit.

Der Gemeinderat stimmt den anderen Ernennungen und Neubesetzungen einstimmig zu.

### **10. Urbanismus: Genehmigung des Teilbebauungsplans (PAP) „Am Bëschelchen“.**

Dem Gemeinderat wird der Teilbebauungsplan „am Bëschelchen“ des Architektur- und Städtebaubüros Beiler Francois Fritsch im Auftrag des Bauherrn Real Estate Strassen zur Genehmigung vorgelegt.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass der Teilbebauungsplan „Nouveau quartier“ (PAP NQ) auf der Parzelle in der Rue Thomas Edison realisiert werden soll, wo sich derzeit noch der ehemalige Sitz von CREOS Luxemburg und ein Parkplatz befinden. Das Projekt sieht langfristig die Schaffung von 30.000 Quadratmetern Bürofläche vor. Das Grundstück befindet sich in einer Sonderzone „Verwaltung“. Der Bürgermeister erläutert, dass in dieser Zone jegliche Wohnungen, mit Ausnahme von Dienstwohnungen für Pfortner, verboten sind. Das Grundstück befindet sich in einer Lärmzone, von der jedoch die Gebäude nicht betroffen sind. Deshalb musste auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Wegen eines kleinen Biotops auf der Parzelle wird eine Ausgleichsmaßnahme notwendig sein, bei der acht hochstämmige Bäume gepflanzt werden.

Das Projekt wird in zwei Phasen ausgeführt, wobei das bestehende Gebäude mit 12.000 Quadratmetern erst zu einem späteren Zeitpunkt ersetzt wird. Letztendlich soll ein Campus mit fünf bis sechs neuen Gebäuden entstehen. Der Bürgermeister erläutert, dass das Projekt ein Landschaftskonzept umfasst, welches die Anpflanzung einheimischer Baumarten und den Bau eines Regenüberlaufbeckens vorsieht. Der Bürgermeister bedauert, dass beim Mobilitätskonzept immer noch der Pkw Vorrang hat, obwohl im Projekt die Nähe zur

künftigen Tramlinie herausgestrichen wird. Die Gebäude werden an die LuxEnergie-Kältezentrale angebunden, die sich auf dem angrenzenden Grundstück befinden wird. Außerdem sind Photovoltaikanlagen auf den Dächern und Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorgesehen. Ein akustisches Konzept soll mit Hilfe von Grünflächen zwischen den Gebäuden den Umgebungslärm dämpfen. Der 2,16 Hektar große PAP wurde von der Evaluierungsstelle der Gemeinde analysiert und für konform befunden. 25,5 % des Grundstücks werden an die Gemeinde abgetreten.

Auf Anfrage des Gemeinderatsmitglieds Léandre Kandel (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass ein Weg am Rand des Grundstücks für den Zugang zur Kältezentrale an die Gemeinde abgetreten wird.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) merkt an, dass im Text nur die Möglichkeit vorgesehen ist, Photovoltaikanlagen zu installieren. Der Bürgermeister führt aus, dass einige Gebäude Sonnenkollektoren auf den Dächern haben werden, während bei anderen die Dächer begrünt werden. Der Bürgermeister betont, dass das Projekt auf jeden Fall von der Bautenkommission abgenommen werden muss und dass die Bauordnung ausnahmslos eine bestimmte Fläche für Sonnenkollektoren vorschreibt.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) bemängelt die Tatsache, dass durch das Projekt eine große Fläche versiegelt werden soll. Der Bürgermeister geht davon aus, dass dies den geltenden Vorschriften entspricht.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bedauert, dass das Projekt die Verkehrsprobleme in der Nachbarschaft noch weiter verschärfen könnte, bevor der künftige Boulevard de Merl und die Erweiterung des LuxTram-Netzes eine Lösung hierfür bieten könnten. Sie erkundigt sich ebenfalls, warum im Mobilitätskonzept bis zu 600 Parkplätze vorgesehen sind, obwohl die Bauordnung für eine solche Fläche nur maximal 500 Parkplätze zulässt. Der Bürgermeister erklärt, dass diese Zahl ausdrücklich vorbehaltlich der noch zu definierenden Funktionen im Erdgeschoss angeführt wird, da die Bauvorschriften der Gemeinde auch eine bestimmte Anzahl von Stellplätzen für bestimmte Aktivitäten wie Cafés oder Arztpraxen

vorsehen.

Der Teilbebauungsplan PAP « am Béschelchen » wird einstimmig genehmigt.

#### **11. Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts.**

Das Schöffengericht schlägt vor, die Tagesordnung zu ändern und diesen Punkt an das Ende der Sitzung zu verschieben, um ihn unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu diskutieren.

#### **12. Verschiedenes.**

Das Mitglied des Gemeinderates Victoria El Khoury (LSAP) fragt, wie ein Verein vorgehen muss, um auf die Liste der Vereine und Clubs aufgenommen zu werden, die Zuschüsse von der Gemeinde erhalten. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass der Verein einen Antrag in Briefform an das Schöffengericht stellen muss. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ergänzt, dass die Gemeinde Zuschüsse fast ausschließlich an lokale Sport- oder Kulturvereine vergibt. Dies liegt vor allem daran, dass in Strassen eine große Zahl von Vereinen jeglicher Art ihren Sitz haben. Die Gemeinde versuche daher, nur die Vereine zu subventionieren, die sich auch tatsächlich in vollem Umfang ins gesellschaftliche Leben einbringen. Die Anträge werden deshalb individuell geprüft. Betty Welter-Gaul (LSAP) fügt hinzu, dass den Anträgen ein Begründungsschreiben und die Satzung des Vereins beigefügt werden müssen. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) findet, dass es nötig sei, diese Information stärker zu verbreiten. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Ansicht, dass die Gemeinde diesbezüglich eindeutige Kriterien festlegen sollte.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) merkt an, dass das Restaurant „Lion d'Or“ noch immer geöffnet ist und der Betreiber offenbar die Schließung für Ende Dezember angekündigt hat. Sie erkundigt sich nach Einzelheiten bezüglich der Klage der Gemeinde gegen den Pächter. Der Bürgermeister erklärt, dass eine Entscheidung in zweiter und letzter Instanz für den 21. Dezember erwartet wird. Das Mitglied des Gemeinderates fragt, ob die Gemeinde in diesem Fall Anspruch auf Schadenersatz habe. Der

Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, dass dies im Prinzip der Fall sei.

Maryse Bestgen-Martin fragt, wann der nächste Secondhand-Markt für Kinderkleidung in Strassen stattfinden wird. Der Bürgermeister erklärt, dass der nächste Markt im März 2022 stattfinden wird.

Maryse Bestgen-Martin schlägt vor, dass die Gemeinde sich dem Projekt „Klengschrëtt.lu“ anschließt, das von der „Emweltberodung Lëtzebuerg“, „Natur & Ëmwelt“ und „Youth for Climate“ ins Leben gerufen wurde. Es handelt sich um ein kostenloses Sensibilisierungsprojekt, das sich an Einzelpersonen richtet und ihnen eine Fülle von kleinen Aktionen vorschlägt zur Förderung von guten und leicht umsetzbaren Umweltpraktiken. Der Bürgermeister verspricht, dass das Schöffenkollégium Informationen über das Projekt einholen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (CSV) berichtet, dass die Gräbersegnung an Allerheiligen durch Personen gestört wurde, die sich auf dem Spielplatz neben dem Friedhof aufhielten. Seiner Meinung nach sollte der Platz für diesen Tag geschlossen werden. Das Schöffenkollégium verspricht, nach einer Lösung zu suchen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) berichtet, dass es beim nationalen Gedenktag am 10. Oktober 2021 aufgrund des Verkehrs ein ähnliches Problem gegeben habe. Er spricht sich dafür aus, dass der Place des Martyrs für die Dauer dieser Zeremonie vorübergehend gesperrt wird.

Nach Einschätzung des Mitglieds des Gemeinderates Laurent Glesener (DP) wird die Trauerhalle auf dem Friedhof den Anforderungen für Trauerfeiern nicht mehr gerecht. Er ist der Meinung, dass die Gemeinde darüber nachdenken sollte, diese zu ersetzen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde in der Tat dabei ist, ein solches Projekt mit dem Architekten, der den neuen Fußballkomplex entworfen hat, zu

prüfen. Der Entwurf würde ein modernes und größeres Gebäude am gleichen Ort vorsehen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um nähere Angaben zur Organisation des diesjährigen Nikolausfestes. Der Bürgermeister erklärt, dass aufgrund der Pandemie der Besuch des Heiligen Nikolaus im Kulturzentrum Barblé auch weiterhin nicht möglich ist. Die Kinder werden ihre Geschenke in der Schule bekommen. Martine Dieschburg-Nickels berichtet, dass Beschwerden wegen Lärmbelästigung aus der Nachbarschaft eines neuen Restaurants mit Bar an der Route d'Arlon bei ihr eingegangen sind. Abends würden die Betreiber die Musik auf volle Lautstärke aufdrehen. Der Bürgermeister erklärt, dass in diesem Fall die üblichen Vorschriften in Bezug auf Lärmbelästigung gelten. Er ist der Ansicht, dass die Gemeinde nicht viel Handhabe hat und die Nachbarn selbst die Polizei verständigen müssen, wenn es zu Problemen kommt.

Im Zusammenhang mit dem Nikolaustag macht das Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) den Gemeinderat auf die Polemik aufmerksam, die in den Niederlanden durch den „Zwarte Piet“ ausgelöst wurde. Der „Houseker“ sei eine ähnliche Figur, und sie erkundigt sich nach dem Standpunkt des Schöffenkollégiums zu diesem Thema. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass es eine solche Polemik in Bezug auf den „Houseker“ nicht gibt, weil die Figur sich vom „Zwarte Piet“ unterscheidet. Außerdem wird er nicht traditionellerweise von einer Person mit schwarzer Hautfarbe dargestellt.

### **13. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):**

- a. Beschluss bezüglich eines Antrags auf Verlängerung der Probezeit.**
- b. Beschluss bezüglich eines Antrags auf Beendigung des Dienstverhältnisses.**

# Séance du conseil communal du 10 novembre 2021

## ORDRE DU JOUR

1. **Présentation du projet PINSS.**
2. **Approbation du devis estimatif relatif aux installations de football.**
3. **Adoption d'un devis relatif à la station de pompage Helfenterbrück.**
4. **Approbation de l'organisation scolaire musicale pour l'année 2021/2022.**
5. **Approbation de la convention Super Senior.**
6. **Approbation de la convention Pacte Nature.**
7. **Approbation d'un contrat de bail à loyer.**
8. **Confirmation de règlements temporaires de circulation.**
9. **Nominations aux commissions locales et syndicats intercommunaux.**
10. **Urbanisme : Approbation du PAP « Am Bëschelchen ».**
11. **Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.**
12. **Divers.**
13. **Affaires de personnel (huis clos) :**
  - a. **Décision portant sur une demande de prolongation de stage.**
  - b. **Décision portant sur une demande de démission.**

## PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>er</sup> échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>e</sup> échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Laurent Glesener (DP) ; Jean-Marie Durrer (CSV) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

## ABSENTS (EXCUSÉS)

Marc Fischer (DP), conseiller.

## 1. Présentation du projet PINSS.

L'Agente Régionale d'Inclusion Sociale (ARIS) Tamara Maia Romao présente le « Projet d'Inclusion Sociale à Strassen » (PINSS) aux membres du conseil. Elle est accompagnée de Laurent Reyter et de Danielle Bauer, membres de l'association « Sustained.lu », partenaire du projet.

Tamara Maia Romao explique que l'objectif du projet est la valorisation des compétences des bénéficiaires du Revenu d'Inclusion Sociale (REVIS) des communes de Strassen, Mamer et Steinfort. Les acteurs impliqués sont la commune de Strassen, qui a financé le lancement du projet et mis à disposition des locaux, ainsi que l'office social de Strassen et l'Office National d'Inclusion Sociale (ONIS) qui mettent à disposition les agents régionaux d'inclusion sociale issus des communes de Strassen, Mamer et Steinfort.

Tamara Maia Romao décrit brièvement l'historique du projet, issu d'un appel à projet de l'ONIS en mai 2019. Elle souligne le rôle de l'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) et de la conseillère Victoria El Khoury (LSAP) dans l'élaboration du projet depuis le début. Un premier projet « Traum'ACT » avec l'a.s.b.l. « SOURRIRE » (SOUTien entre Résidents et Réfugiés par l'Intégration, le Respect et l'Estime de soi) a été choisi en octobre 2019 dans le cadre du « Plan d'Action National d'intégration » (PAN), mais n'a pas abouti à cause de divergences de vue avec ladite association. Le projet « PINSS » a alors vu le jour et une demande de subside communal a été formulée avec le Ministère de la Famille, de l'Intégration et à la Grande Région.

Le premier atelier « PINSS », entre octobre et décembre 2020, a eu pour objet des travaux de peinture dans les nouveaux locaux. En mars 2021, l'association « Sustained.lu » a rejoint le projet.

Le projet allie des aspects sociaux et écologiques et a pour objectif principal d'augmenter l'estime de soi, la persévérance et l'endurance des bénéficiaires du REVIS, de diminuer leur isolement social et de les orienter vers un organisme d'affectation adapté, voire vers le

premier marché de l'emploi. Accessoirement, le projet fait la promotion de l'anti-gaspillage, du zéro déchet et de l'« upcycling », et vise à renforcer les compétences linguistiques et sociales des bénéficiaires.

Laurent Reyter de « Sustained.lu » explique que son association a été créée en janvier 2017 et qu'elle comporte actuellement 5 membres. L'objectif principal de l'a.s.b.l. est la promotion de l'« upcycling », c'est-à-dire le fait de faire du neuf à partir de matériel récupéré, ainsi que des thématiques liées comme le « zéro déchet » et l'« anti-gaspillage ». Il cite en exemples des portefeuilles et sacs à main fabriqués à partir de restes de tissus ou de banderoles publicitaires obsolètes, des bijoux et des décapsuleurs fabriqués à partir de vieux skateboards ou des objets décoratifs fabriqués à partir de restes de bois ou de chutes de caoutchouc.

Laurent Reyter explique que « Sustained.lu » est partenaire du « PINSS » depuis mars 2021 et que ce partenariat s'inscrit dans le projet « SuPi » (« Sustained.lu » Projet d'inclusion sociale). Entre mars et mai, les locaux du projet ont été essentiellement aménagés avec du mobilier de seconde main ou récupéré dans des centres de tri. Ensuite a eu lieu la mise en place des ateliers qui ont débuté en juin. Les quatre ateliers en place sont encadrés par quatre membres bénévoles de l'association.

Les activités de l'atelier cuisine sont surtout axées sur l'anti-gaspillage et les participants travaillent le plus possible avec des aliments invendus ou bientôt périmés, récupérés auprès de magasins locaux, dont notamment le « Pall City Market » à Strassen. L'atelier bois, l'atelier couture et l'atelier créatif fonctionnent avec différents matériaux récupérés tels que les palettes en bois, les caisses à vin, de vieux jeans et d'autres restes de tissus, des banderoles publicitaires, du papier ou des chambres à air pour vélo. Laurent Reyter conclut sa présentation en montrant une série de photos du projet. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) ouvre ensuite le débat.

Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre précise que les locaux du projet se situent dans l'ancien appartement du portier de l'école « Hueflach ». La conseillère aimerait savoir

comment les ateliers sont organisés concrètement et s'ils ont lieu quotidiennement. Tamara Maia Romao explique que les différents ateliers sont répartis sur la semaine, du lundi au vendredi, et qu'il y a entre 3 et 5 participants par atelier. Elle souligne qu'une telle organisation est aussi nécessaire en raison du volontariat des accompagnateurs. Le projet vise un engagement régulier et le respect des règles par les participants qui doivent signer une charte d'engagement. Martine Dieschburg-Nickels veut savoir si la participation aux ateliers est sanctionnée par une sorte de diplôme pouvant faciliter l'accès au premier marché du travail. Tamara Maia Romao estime que les participants actuels sont très loin de pouvoir rejoindre le premier marché du travail. Le projet vise plutôt à améliorer leurs compétences afin de leur permettre de participer à des mesures d'activation comme les travaux d'utilité collective (TUC). La remise de certificats est possible, bien que ceux-ci n'aient aucune valeur officielle. Une grande partie du travail initial a consisté à développer les capacités linguistiques ainsi que le respect des règles et horaires. Elle souligne que le projet n'en est qu'à ses débuts et que d'autres activités pourront être envisagées à l'avenir.

Martine Dieschburg-Nickels demande combien de personnes participent actuellement au projet. Tamara Maia Romao explique que le projet se limite actuellement à 15 bénéficiaires, principalement en raison de l'exiguïté des locaux en relation avec le risque de transmission de la Covid-19. Une augmentation du nombre de participants est envisageable dès que la pandémie sera terminée. Elle souligne aussi que certaines personnes pourront être orientées vers d'autres organismes de formation, permettant ainsi un roulement des participants à moyen terme. Dans les trois communes qui participent au projet, 140 à 150 bénéficiaires pourront potentiellement en bénéficier.

Le bourgmestre Nicolas Pundel souligne l'importance du bénévolat dans le cadre de la réalisation de tels projets et salue l'engagement des membres de « Sustained.lu ».

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) aimerait savoir comment les participants sont sélectionnés. Tamara Maia Romao explique que les bénéficiaires du REVIS sont soumis à une évaluation de compétences

par l'Administration de l'Emploi (ADEM). S'ils ne sont pas prêts à rejoindre le premier marché du travail, ils sont redirigés par l'ONIS vers les Agents Régionaux d'Inclusion Sociale (ARIS).

Le bourgmestre Nicolas Pundel estime que de telles mesures d'activation apportent une aide précieuse à ces personnes et souligne que la commune emploie régulièrement des bénéficiaires du REVIS dans le cadre de contrats TUC.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) veut savoir s'il y a aussi des participants qui animent des ateliers. Tamara Maia Romao confirme qu'une personne anime effectivement l'atelier cuisine, mais qu'un ARIS est toujours présent car un encadrement est nécessaire. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) remarque que, contrairement aux plans initiaux, il n'est pas possible de développer suffisamment les compétences des participants en seulement quelques mois afin de leur proposer un engagement dans le cadre d'un contrat TUC.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Tamara Maia Romao confirme que les problèmes linguistiques constituent le plus grand obstacle pour la plupart des participants. Elle estime aussi qu'il y a des obstacles d'ordre culturel, notamment chez les femmes venant de pays arabes qui n'ont souvent jamais exercé de travail en-dehors du foyer familial. Il y a aussi des analphabètes parmi les participants, ainsi que des personnes présentant des problèmes de santé.

Sur demande du conseiller Jean-Marie Durrer (CSV), Tamara Maia Romao indique qu'il n'y a qu'une personne de nationalité luxembourgeoise parmi les participants.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) aimerait savoir si les participants pourraient à terme être employés par des structures comme le « Centre d'Initiative et de Gestion Local » (CIGL). Le bourgmestre estime que c'est possible en théorie. Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne que les postes du CIGL sont en principe réservés aux personnes capables d'intégrer le premier marché du travail. Tamara Maia Romao explique que ce n'est pas impossible, mais que, dans ce cas, une procédure

spécifique de l'ADEM est à suivre. Elle estime qu'une procédure plus courte pourrait être discutée avec les responsables de l'ADEM.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue le projet. Il estime que le Luxembourg accueille beaucoup de demandeurs d'asile du monde entier et qu'il a dès lors aussi la responsabilité d'encadrer ces personnes afin de leur permettre de se construire un avenir. Il aimerait aussi savoir si les participants sont couverts par une assurance contre les accidents du travail. Tamara Maia Romao explique que les participants sont couverts par l'assurance de l'association « Sustained.lu ». Betty Welter-Gaul (LSAP) ajoute que les participants sont aussi assurés via le ministère pendant leurs activités en-dehors des locaux du projet comme, par exemple, sur le chemin du travail ou pendant les cours de langue.

Le conseiller Jean-Marie Durrer salue le projet, mais se demande aussi s'il ne faut pas encadrer certaines personnes à plus long terme, notamment en développant leurs compétences linguistiques. Tamara Maia Romao explique que les participants ayant besoin de plus de temps peuvent participer sur une plus longue durée. Elle souligne que l'alphabétisation et les cours de langue devront toujours être assurés par des instances externes. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) rappelle que la commission de l'égalité des chances avait proposé la création d'un projet d'alphabétisation il y a trois ans, mais que le collège échevinal de l'époque n'avait pas jugé un tel projet prioritaire à Strassen à ce moment-là. Elle est d'avis qu'il y a une demande croissante pour un tel projet dans la commune. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que de tels projets ont été discutés avec les représentants du ministère. Ceux-ci auraient néanmoins souligné que l'enseignement linguistique ne relève pas du même ressort que les projets sociaux et qu'il y a d'autres instances qui s'occupent de cela.

Sur demande de la conseillère Victoria El Khoury (LSAP), Tamara Maia Romao explique que les produits issus du projet pourront être vendus lors d'une prochaine édition du marché de Noël. Il n'y a pas encore eu assez de produits confectionnés pour cette année-ci.

## **2. Approbation du devis estimatif relatif aux installations de football.**

Le conseil communal est appelé à approuver un devis estimatif relatif aux nouvelles installations de football. Le bourgmestre Nicolas Pundel rappelle brièvement que le remplacement de l'ancien terrain de football est nécessaire en raison du besoin d'espace pour les écoles et la maison relais qui se trouve à proximité. Il rappelle aussi qu'un site à proximité du centre aquatique « Les Thermes » a finalement été retenu pour la construction d'un nouveau complexe de football. Le bourgmestre estime qu'il s'agit d'un bon choix en raison de la position très centrale.

Le projet comporte deux grands terrains de football. Le terrain principal sera recouvert d'une pelouse hybride alliant gazon naturel et microfibres synthétiques, tandis que le deuxième terrain comportera uniquement du gazon synthétique. Le terrain principal disposera d'un bâtiment avec tribune couverte et vestiaires sur trois niveaux. Les locaux techniques et de stockage ainsi que des vestiaires se situent au sous-sol. Les vestiaires de l'équipe locale se situent au rez-de-chaussée qui accueillera aussi un local pour kinésithérapeutes et une salle de premiers soins. Le vestiaire sera équipé d'un bain froid pour la récupération musculaire par cryothérapie. Le bourgmestre estime que de tels équipements sont justifiés, car le FC Una Strassen joue désormais à un niveau sportif très élevé au sein de la division nationale. Le niveau supérieur du bâtiment accueillera les salles de presse, des salles de réunion et la buvette.

La tribune couverte offre 348 places assises et l'orientation du terrain est choisie de façon à ce que les spectateurs ne soient gênés ni par le soleil, ni par le vent, ni par la pluie de face. Des gradins supplémentaires avec 102 places assises et 200 places debout se trouvent sur le côté opposé du terrain principal. Le bourgmestre explique que les bordures de terrain peuvent accueillir des spectateurs supplémentaires. Il estime que le nombre maximal de spectateurs pour le terrain principal atteindra ainsi presque 1.000 personnes.

Le bâtiment est accessible aux personnes à mobilité réduite et est équipé d'un ascenseur et d'emplacements adaptés aux chaises roulantes sur la tribune. Un deuxième bâtiment plus petit accueille la billetterie et un stand de restauration. Le terrain est entièrement clôturé et présente deux entrées principales.

Le bourgmestre explique qu'un grand parking à proximité de la tribune n'a finalement pas été retenu par crainte d'engorgement. Un parking plus petit avec 30 emplacements normaux, 3 emplacements pour personnes à mobilité réduite, des emplacements équipés de bornes de recharge pour véhicules électriques et des emplacements pour vélos sera construit à la place. Ce parking sera surtout réservé aux joueurs et membres du comité et l'accès sera limité par une barrière. Les visiteurs devront se garer sur l'un des 85 emplacements à l'extérieur du terrain ou sur le grand parking à proximité de l'école fondamentale Antoine de Saint-Exupéry, facilement accessible à pied.

La place libérée par le grand parking permettra la construction d'un terrain multisports entre les deux grands terrains. Le bourgmestre explique que ce terrain pourra aussi être utilisé pour l'entraînement des équipes de jeunes.

Le bourgmestre explique que les travaux d'aménagement des abords du complexe seront assez conséquents en raison d'un ruisseau qui devra être canalisé et d'un bassin de rétention qui devra être construit. Le terrain synthétique disposera d'un abri pour les joueurs des équipes de jeunes pendant les pauses et de gradins non couverts avec 320 places debout. Un bloc sanitaire avec un stand de restauration sera également aménagé.

Nicolas Pundel explique que le projet a été approuvé par le ministère des sports qui attend désormais l'approbation du conseil communal pour calculer le montant des subsides. Le bourgmestre explique que l'État rembourse en principe 35 % des coûts, mais seulement pour les structures qui ne génèrent pas de revenus. La tribune ou la billetterie ne sont donc pas subventionnables, contrairement aux installations purement techniques et sportives. Nicolas Pundel estime que le niveau de subventionnement final devrait atteindre 20 à 25 % du coût total.

Le coût estimé du terrain hybride s'élève à 1.642.000 euros, celui du terrain synthétique à 1.040.000 euros et celui du terrain multisports à 132.000 euros. Les travaux de canalisation aux abords du complexe coûteront 1.216.000 euros, les travaux préliminaires

avec terrassement et installation de réseaux 2.036.000 euros. La voirie et les parkings coûteront 1.735.000 euros et l'ensemble des clôtures, mains courantes, soutènements et portails 890.000 euros. Le coût du bâtiment principal avec tribune s'élève à 7.746.000 euros, celui de la billetterie avec un stand de restauration à 484.000 euros et celui du bloc sanitaire près du terrain synthétique à 582.000 euros. Les aménagements extérieurs et plantations coûteront 1.714.000 euros.

Le sous-total des coûts de construction s'élève donc à 19.224.000 euros hors TVA et 22.492.000 euros TVA comprise. S'y ajoutent divers frais d'honoraires à hauteur de 2.318.000 euros, pour arriver à un coût estimé total pour le projet de 24.810.000 euros. Le bourgmestre souligne qu'en raison des fluctuations de prix actuelles, le budget a été établi avec une réserve pour divers et imprévus assez élevée de 20 % du coût total. Nicolas Pundel estime qu'il s'agit d'un projet très ambitieux dont le coût est justifié par le haut niveau de l'équipe locale. Pour conclure, il souligne que le montant du devis actuel est inférieur aux plans initiaux et que certains aspects ont été changés pour limiter les dépenses à un niveau plus raisonnable.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre indique que le bâtiment principal est en partie couvert de panneaux solaires. Le reste des bâtiments dispose de toitures végétalisées. Le complexe disposera aussi d'une installation permettant de capter l'eau de pluie pour l'irrigation.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) s'étonne du pourcentage élevé de la réserve. Le bourgmestre explique qu'une réserve de 10 % est considérée normale pour de tels projets, mais que le collège échevinal a doublé cette réserve après la flambée des prix causée par la pandémie.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) aimerait savoir si le coût élevé du projet se justifie par des mesures spéciales pour diminuer son impact environnemental. Le bourgmestre explique que le coût élevé s'explique principalement par l'ampleur du projet. Il souligne que des aspects écologiques ont été considérés à tous les niveaux du projet.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que les coûts de construction au Luxembourg sont considérables, même en considérant les subsides accordés par l'État. Il demande si un subventionnement supplémentaire pourrait être demandé à la Fédération Européenne de Football (UEFA). Le bourgmestre explique que ce n'est pas le cas pour des projets de ce type. Laurent Glesener regrette que le collègue échevinal n'ait pas organisé une deuxième réunion « grand projet », d'autant que certains détails restent à discuter comme, par exemple, le fait que les gradins du terrain synthétique ne seront pas couverts. Il estime qu'un abri devrait être prévu pour les parents qui accompagnent leurs enfants à l'entraînement. Il estime aussi que le bâtiment principal ne s'intègre pas bien à l'environnement et qu'il bloque la vue sur le centre aquatique qui constitue en quelque sorte un point de repère architectural de la commune. Le conseiller Laurent Glesener estime qu'un concours d'architectes aurait pu être organisé pour ce bâtiment. Il pense aussi que la configuration du complexe aurait dû être analysée d'un point de vue urbanistique, notamment afin de réduire la densification du sol. Il se demande aussi si le terrain pourra être utilisé pour d'autres activités sportives ou des manifestations culturelles. Il estime que toutes ces questions auraient dû être discutées dans une seconde réunion « grand projet ».

Le bourgmestre Nicolas Pundel estime que le collège échevinal a déjà adapté de nombreux détails afin de réduire les coûts. Il explique qu'un concours d'architectes aurait certainement mené à un coût supérieur et estime qu'un tel concours est normalement réservé à des structures plus prestigieuses comme des écoles et pas pour de simples gradins. Il souligne aussi que la commune a besoin de structures de haut niveau au vu des performances du club. Il remarque que les infrastructures de clubs comparables au Luxembourg sont souvent dans un état déplorable. Le fait que le bâtiment principal se démarque des alentours est un choix conscient des architectes qui se sont prononcés contre une adaptation à l'esthétique du centre aquatique. La vue sur le centre n'est d'ailleurs pas totalement bloquée. Au niveau de la densification du sol, le bourgmestre explique que ce problème concerne seulement le terrain synthétique, le terrain hybride étant perméable à l'eau de pluie. En ce qui concerne une couverture pour les gradins ou d'autres détails,



il déclare que le collège échevinal ne s'opposera pas à de telles modifications si les membres du conseil communal les souhaitent.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'accord avec le fait qu'un nouveau terrain était nécessaire. Elle déplore que les membres du conseil communal n'aient pas été impliqués davantage dans la planification et estime que le collège échevinal travaille de façon peu transparente. Elle aimerait savoir ce qu'il en est avec une bande de terrain en bordure du complexe, appartenant à la commune de Bertrange, et qui doit être échangée avec la commune de Strassen. Elle estime que cette parcelle permettrait l'aménagement d'un parking supplémentaire. Elle est d'avis que le parking près de l'école présente le désavantage que les visiteurs doivent traverser le village pour le rejoindre. Le bourgmestre explique que l'échange de terrains est en train d'être réalisé, mais que cette parcelle ne permettra pas la construction d'un parking puisqu'elle se situe en bord de route. Elle sera donc réservée à des plantations.

Martine Dieschburg-Nickels aimerait avoir des détails sur la façon dont le terrain sera clôturé. Le bourgmestre explique que des clôtures sont prévues autour des terrains, le reste du complexe avec le terrain multisports restant accessible. La conseillère aimerait aussi savoir si le collège échevinal s'était assuré du réalisme des coûts du projet. Le bourgmestre indique que les coûts correspondent aux prix du marché actuels. Martine Dieschburg-Nickels demande si le terrain pourra être utilisé pour d'autres manifestations comme des concerts. Le bourgmestre estime que c'est possible en principe, mais qu'un tel terrain n'est pas idéal pour de telles manifestations considérant les aspects de sécurité. Il remarque que le nouveau stade de Luxembourg ne permet pas d'y organiser des concerts pour cette raison. Martine Dieschburg-Nickels demande aussi comment les spectateurs peuvent être évacués en cas d'urgence. Nicolas Pundel explique qu'en-dehors de l'accès principal, il existe une sortie de secours sur le côté du terrain principal. Il estime que des accès supplémentaires pourront être aménagés en cas de besoin.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) remarque que les saunas du centre aquatique disposent de fenêtres

à peu près au niveau de la tribune. Le bourgmestre explique que cet aspect a été pris en considération et que les fenêtres ne sont pas visibles depuis la tribune. Il ajoute que le périmètre du centre aquatique est de toute façon entouré d'un remblai sur ce côté. Sur demande du conseiller, le bourgmestre confirme que la conduite d'eau utilisée pour l'arrosage de l'ancien terrain sera raccordée au nouveau complexe. Il explique que le bassin de rétention ne pourra pas être utilisé pour l'arrosage, principalement en raison de sa faible capacité.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin aimerait savoir si le site est accessible aux vélos et si la commune va à terme créer un réseau de voies cyclables complet. Le bourgmestre explique que le chemin venant depuis les écoles permet un accès à vélo. Il estime que la commune devra effectivement réfléchir à la manière de réaliser un réseau cyclable complet.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) remarque qu'il est ridicule que l'État accorde d'abord des subventions, pour ensuite redemander de l'argent via la TVA. Il estime que cette pratique ne fait aucun sens. Jean-Marie Durrer estime que le collège échevinal devra veiller à ce que les plantations soient réalisées de manière écologique, notamment en ce qui concerne les variétés de plantes. Il estime que la critique formulée par les conseillers DP à propos du coût élevé du projet est peu crédible puisque les mêmes conseillers exigent des extras comme un abri supplémentaire. Jean-Marie Durrer est aussi strictement contre l'aménagement d'un parking supplémentaire, estimant que la voiture individuelle n'a de toute façon rien à faire au centre du village. Le bourgmestre est également d'avis que l'utilisation de la voiture doit être réduite le plus possible, mais il estime aussi qu'un petit nombre de places sera toujours nécessaire.

Le conseiller Laurent Glesener explique que sa remarque à propos du coût élevé se référait surtout aux différences de prix entre le Luxembourg et l'étranger. Il estime qu'un abri supplémentaire pour les gradins du terrain synthétique n'augmente pas le coût final de façon significative et qu'un tel abri constitue un gain de confort non négligeable pour les parents qui accompagnent leurs enfants lors de l'entraînement.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels donne raison au conseiller Jean-Marie Durrer quant à ses remarques à propos des voitures individuelles. Mais elle estime aussi que la transformation du transport individuel ne se fera pas demain. Elle salue au passage le fait que la station de voitures de location « Flex » de la commune est apparemment la plus utilisée de tout le pays. Cela montre à ses yeux que de plus en plus de personnes sont en train de changer leurs habitudes.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue le fait que la commune aura désormais deux complexes sportifs distincts, avec le hall national des arts martiaux et le centre national de tir à l'arc d'un côté, et le centre de loisirs aquatiques et le complexe de football de l'autre côté. Il estime que cela permettra d'éviter des problèmes de stationnement lors de grandes manifestations. Il estime que le nouveau complexe est bien conçu et que le site choisi à proximité du centre est excellent. À propos des discussions sur des équipements supplémentaires, il estime que des changements pourront toujours être réalisés ultérieurement s'ils s'avèrent vraiment nécessaires.

Le devis estimatif relatif aux installations de football est approuvé à l'unanimité.

### **3. Adoption d'un devis relatif à la station de pompage Helfenterbrück.**

Le conseil communal est appelé à approuver un devis relatif à la construction d'un nouveau bassin de rétention avec dégrillage (« Entlastungsanlage mit Siebrechen ») en aval du bassin de rétention existant à Helfenterbrück. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le bassin actuel recueille les eaux de pluie des communes de Strassen et de Bertrange, avant que celles-ci ne soient évacuées vers la station d'épuration à Beggen. En cas de fortes précipitations, le bassin sert aussi à éviter une surcharge du réseau et à retenir les matières solides avant que l'excès d'eau ne soit évacué vers le ruisseau à proximité. Le projet a été initié par le service des canalisations de la Ville de Luxembourg qui gère également le réseau de Strassen et Bertrange. Le coût total s'élève à 1,6 millions d'euros et est partagé entre les deux communes à parts égales. La part de la commune de Strassen s'élève donc à 808.500 euros. La planification et l'exécution du

projet sont entièrement prises en charge par la Ville de Luxembourg.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) aimerait savoir si le projet est à mettre en relation avec la récente période de fortes précipitations en juillet. Le bourgmestre explique qu'il n'y a aucun rapport et que la nouvelle installation était déjà prévue depuis un certain temps. La conseillère demande comment sont traités les résidus solides filtrés par l'installation et s'ils ont une quelconque utilité. Le bourgmestre explique que les résidus contiennent toutes sortes de déchets et qu'ils doivent être éliminés en tant que tels.

Le conseiller François Gleis (CSV) veut savoir si le projet est subventionné par l'État ou par l'UE. Le bourgmestre explique que certaines installations comme les stations d'épuration et autres sont subventionnables. Les demandes de subventions sont gérées par le Service du canal de la Ville de Luxembourg au nom des communes. Il estime néanmoins que le projet à approuver n'est pas subventionnable.

Le devis est approuvé à l'unanimité.

### **4. Approbation de l'organisation scolaire musicale pour l'année 2021/2022.**

Le conseil communal est appelé à approuver l'organisation scolaire musicale pour l'année 2021/2022. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le coût total des frais de cours s'élève à 599.669 euros pour l'année scolaire en cours. 284 élèves issus de la commune sont actuellement inscrits à l'école de musique, dont 155 en cours de formation musicale (solfège). En nouveauté au niveau de la formation instrumentale, il y a 11 élèves pour la flûte traversière et 6 élèves pour la clarinette. Il y a aussi 12 élèves pour le saxophone, 2 pour les petits cuivres, 4 pour les trombones, 2 pour les gros cuivres, 16 pour les percussions, 6 pour le chant, 37 pour la guitare, 2 pour la guitare électrique et 63 pour le piano. Il y a donc en tout 161 élèves de la commune inscrits en formation instrumentale.

Le bourgmestre remarque au passage qu'il n'approuve pas le fait que l'école exige que les élèves disposent d'un vrai piano. Il estime que cela constitue un gros obstacle pour les familles qui habitent un appartement et que

la dépense est excessive pour des élèves débutants. Le bourgmestre se réjouit aussi que la « Fanfare Stroossen » a pu reprendre ses activités en dépit de la pandémie, avec plusieurs apparitions en public comme, par exemple, lors du traditionnel cortège du « Hämmelsmarsch ». Nicolas Pundel explique que l'école de musique participe aussi à un projet pédagogique avec le centre de logopédie, assurant la promotion de l'éducation musicale dans les écoles fondamentales. Pour conclure, le bourgmestre explique que les frais sont répartis entre les communes de la « Museksschoul Westen » proportionnellement au nombre d'élèves issus de chaque commune et que la part de Strassen se situe entre 30 et 40 % du coût total.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue le fait que des cours d'éducation musicale sont offerts dans les écoles fondamentales. Elle aimerait savoir comment l'enseignement musical sera impacté par le projet de loi N°7907 sur l'organisation de l'enseignement musical dans le secteur communal. Le bourgmestre explique que la nouvelle loi prévoit la gratuité des cours jusqu'à un certain niveau pour les mineurs. Il pense que le coût d'une partie des frais devrait à l'avenir être remboursé aux communes, mais remarque aussi que le débat à propos de cette loi n'est pas clos. Personnellement, il craint que la valeur perçue de l'enseignement pourrait baisser à cause de la gratuité. Il estime que près de 98 % des parents sont tout-à-fait capables de supporter les frais.

Le conseiller François Gleis se réjouit du fait que le nombre d'élèves dans la formation instrumentale est à nouveau en train d'augmenter. Il souligne l'importance de l'éducation musicale dans les écoles fondamentales.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) partage l'avis du bourgmestre en ce qui concerne la nécessité d'utiliser un vrai piano pour la formation.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) estime que les pianos pourraient être échangés entre particuliers à un prix plus bas, comme c'est le cas pour d'autres instruments. Le bourgmestre explique qu'à sa connaissance, cette pratique n'existe pas pour le piano dans la commune. L'école de musique possède un certain nombre d'autres instruments qui peuvent

être mis à disposition des élèves. La conseillère aimerait savoir s'il y a aussi des adultes inscrits dans l'enseignement instrumental. Le bourgmestre confirme que c'est le cas, surtout en piano et en guitare, mais aussi dans l'enseignement musical (solfège). L'école offre aussi un cours d'enseignement musical en langue anglaise.

L'organisation scolaire musicale pour l'année 2021/2022 est approuvée unanimement.

### **5. Approbation de la convention Super Senior.**

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) présente le nouveau projet « Super Senior » qui vise à mettre en place un pool de seniors formés en accompagnateurs scolaires pouvant dispenser des cours d'appui à des élèves de l'enseignement fondamental. Le projet repose sur une convention avec l'association « Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous » (MEC a.s.b.l.) qui s'occupe du recrutement et de la formation des seniors et qui gère les contacts entre parents et seniors. Ce service est facturé 0,8 euro par habitant de la commune et par année, le coût total annuel s'élevant ainsi à environ 8.200 euros.

Le bourgmestre Nicolas Pundel explique que l'association veille à la qualité de l'enseignement en évaluant les compétences des seniors et en leur donnant une formation pédagogique de base. Le projet est déjà en cours dans d'autres communes comme, par exemple, dans la région du Mullerthal.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) aimerait savoir où les cours sont dispensés. Le bourgmestre explique qu'il s'agit de cours individuels dispensés au domicile de l'élève. Il souligne que l'association vise à créer une relation de confiance entre formateurs, parents et enfants, et que des entretiens préalables ont toujours lieu. Le projet ne vise pas uniquement un simple appui scolaire, mais s'apparente à un véritable coaching.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) estime qu'il s'agit d'un projet très intéressant puisqu'il favorise l'inclusion des seniors tout en faisant profiter les enfants de leur expérience. Elle aimerait savoir quels sont les critères de sélection des seniors et qui

décide du recrutement. Le bourgmestre explique que l'association fait la sélection sur base de ses propres critères. Un appel à candidature a déjà été envoyé à tous les habitants de la commune âgés de plus de 50 ans. La sélection est réalisée après un entretien entre les candidats et les membres de l'association. Celle-ci vise à s'assurer de la fiabilité morale et du niveau de compétences des seniors. Une habitante de la commune dispense déjà des cours de français. Le bourgmestre souligne que l'association a présenté un concept cohérent et qu'elle prend le recrutement très au sérieux. L'association présente aussi d'excellentes références à propos de son travail dans les régions du Mullerthal et de la Moselle.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'association exige des copies de diplômes et un extrait de casier judiciaire vierge, et qu'elle vérifie le niveau de compétence des candidats par des tests en langues française et allemande, ainsi qu'en mathématiques. Il y a aussi des rencontres régulières entre « super seniors », permettant à ceux-ci d'échanger ou d'organiser des activités communes en-dehors des cours. Il s'agit donc aussi d'un projet d'inclusion pour seniors.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin veut savoir comment les parents peuvent inscrire leurs enfants. Le bourgmestre explique que cela sera communiqué dans une phase ultérieure, l'association étant actuellement en train de composer un pool d'accompagnateurs.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique que l'offre des cours devra nécessairement s'adapter au nombre de bénévoles recrutés.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) estime que les enfants qui font leurs devoirs à la maison relais ne pourront pas profiter de cette offre. Le bourgmestre confirme que l'association ne travaillera pas dans la maison relais, mais que le concept prévoit uniquement un accompagnement à domicile. Il explique qu'un autre projet est en préparation, visant à engager des étudiants pour dispenser de l'aide aux devoirs à la maison relais. Jean-Marie Durrer demande pourquoi l'offre n'est pas étendue à l'enseignement secondaire. Le bourgmestre estime qu'il est difficile de trouver des seniors pouvant assurer un enseignement à ce niveau.

Nicolas Pundel explique que les cours sont payants et que le tarif est fixé à 10 euros de l'heure. L'association touche 2 euros et l'accompagnateur le reste. Il estime qu'il s'agit d'un tarif abordable et que la non-gratuité est nécessaire afin d'éviter des abus. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) estime que les tarifs se situent largement en-dessous d'autres services d'accompagnement scolaire.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) regrette que le projet n'ait pas été débattu au conseil communal plus tôt. Elle estime que l'organisation d'une aide aux devoirs à la maison relais aurait dû être prioritaire. Elle estime qu'un projet se limitant aux seniors de la commune aurait été préférable et qu'il ne s'agit pas d'un vrai bénévolat puisque les accompagnateurs sont dédommagés. Elle pense aussi que la commission sociale et du 3e âge, le club senior et la commission de la jeunesse auraient dû être impliqués dans l'élaboration d'un tel projet. Elle estime aussi que le réseau « Hoplr » aurait pu servir à mettre en contact des accompagnateurs de la commune et les parents. Martine Dieschburg-Nickels est d'avis que le concept de l'association est trop professionnalisé et que l'offre ne résoudra pas le problème des enfants à la maison relais. Elle trouve inacceptable que le collège échevinal ait signé la convention et lancé le projet en faisant sa publicité, sans attendre un débat au conseil communal. Elle annonce qu'elle n'approuvera pas la convention. Elle est d'avis que la commune aurait pu lancer son propre projet puisqu'elle dispose de nombreux bénévoles motivés et compétents. Le bourgmestre Nicolas Pundel souligne que le projet ne constitue qu'un élément parmi d'autres dans ce domaine et que la commune développe bien ses propres projets. Le collège échevinal a bien conscience du fait qu'il faut aussi créer une aide aux devoirs pour la maison relais. Il explique que le club senior a bien été consulté. Il estime aussi qu'il serait naïf de penser qu'on pourra résoudre la problématique de l'accompagnement scolaire au sein d'une commission. Le projet est à voir comme une offre parmi d'autres.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) félicite le collège échevinal pour avoir choisi ce projet, qu'il juge très important. Il salue le fait que le projet soit mis en œuvre par une association sans but lucratif. Il pense que l'application de voisinage « Hoplr » aurait effectivement

pu être utilisée davantage pour favoriser la prise de contact des parents avec de nombreux jeunes enseignants habitant à Strassen. Il aimerait savoir si le collège échevinal s'est renseigné auprès des communes où le projet existe déjà depuis longtemps, afin de savoir quelles ont été les expériences. Le bourgmestre explique que le projet a été largement couvert par les médias et qu'il connaît personnellement des personnes actives en tant que « super seniors » qui lui auraient fait part de leurs expériences.

Le conseiller Jean-Marie Durrer salue le principe du projet, mais estime qu'un dédommagement aussi faible ne sert à rien. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) estime que le dédommagement est censé couvrir les frais et que la non-gratuité protège des abus.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) remarque que des frais de route s'ajoutent au dédommagement. Le bourgmestre souligne que le projet prévoit bien d'engager des seniors de la commune, contrairement à ce qui a été dit. Laurent Glesener estime que ce n'est pas le cas actuellement, puisque l'association est seulement en train de créer un pool. Il est d'accord avec le fait que la non-gratuité est importante pour sauvegarder la qualité de l'offre. Il trouve que le projet est à saluer comme un élément qui pourra contribuer à résoudre le problème de l'accompagnement scolaire. Par ailleurs, il est d'accord avec Martine Dieschburg-Nickels sur le fait qu'un projet local aurait été préférable. Il regrette également que le projet n'ait pas été débattu plus tôt au conseil communal.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) aimerait savoir si la commune sera informée du travail des accompagnateurs sur le terrain et si elle fera une évaluation régulière du projet. Le bourgmestre confirme que la commune sera informée et qu'elle fera une évaluation après un certain temps.

Le conseiller Léandre Kandel pense également qu'une évaluation régulière par la commune est nécessaire. Le bourgmestre promet que cet aspect sera pris en compte et que la convention sera adaptée dans ce sens.

La convention est approuvée majoritairement avec trois votes contre de la fraction DP.

## 6. Approbation de la convention Pacte Nature.

Le conseil communal est appelé à approuver une convention relative au « Pacte nature » avec le Ministère de l'Environnement, du Climat et du Développement durable.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que le nouveau pacte est un instrument similaire au « Pacte climat », et qu'il vise à rétablir la biodiversité au Luxembourg. Elle explique que l'État considère que les communes sont des partenaires incontournables, puisqu'elles détiennent 14 % du territoire national. Les communes sont appelées à jouer un rôle de modèle en respectant des bonnes pratiques et en sensibilisant la population. Le catalogue des mesures du pacte touche à des thématiques comme la réalisation de plantations publiques en accord avec l'environnement naturel, la lutte contre la densification des sols et la pollution lumineuse ou la sensibilisation de la population aux besoins des insectes. Les communes contribuent ainsi au plan national de protection de la nature (PNPN), aux objectifs écologiques de la gestion de l'eau et à la lutte contre le réchauffement climatique.

Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que le pacte comporte un système de certification similaire au « Pacte climat ». Le catalogue des mesures permet de remporter 233 points au maximum. Le seuil de certification de base est atteint à 40 % avec 93 points. La certification « bronze » est atteinte avec 50 % soit 116 points, la certification « argent » avec 60 % soit 140 points et la certification « or » avec 70 % soit 163 points. Le montant des subsides est calculé sur base de ce score. La signature du pacte engage la commune à transposer les mesures du catalogue.

Les mesures du catalogue sont réparties entre plusieurs domaines, dont la mise en œuvre d'une stratégie générale, le milieu urbain, le milieu des paysages ouverts, le milieu aquatique, le milieu forestier, ainsi que la communication et la coopération. Un audit obligatoire sera fait au cours de la première année suivant la signature du pacte. Après la première certification, un audit sera fait tous les trois ans. L'État couvrira les frais pour les services d'un conseiller « Pacte nature » jusqu'à un montant maximal de 30.000 euros. Le collège échevinal a déjà signé

une déclaration d'intention de participation le 24 septembre, tout en déclarant vouloir recourir à un conseiller nature externe en partenariat avec le Syndicat Intercommunal pour la conservation de la nature (SICONA). L'interlocuteur du côté étatique est le groupement d'intérêt économique « myenergy ».

Betty Welter-Gaul (LSAP) explique qu'une équipe « Pacte nature » sera créée dès que la commune disposera d'un conseiller. Cette équipe sera créée en collaboration avec la commission de l'environnement et de l'énergie. Elle comportera le représentant de la commune auprès du SICONA, un fonctionnaire communal, le responsable du service forestier, des membres de la commission de l'environnement et de l'énergie, un représentant du collège échevinal et des experts. Le « Pacte nature » sera valable jusqu'à 2030. L'échevin estime que la commune remplira dès le début de nombreuses exigences du pacte, et que celui-ci contribuera davantage à la protection de la nature.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) est également persuadé que la commune de Strassen remplit déjà un grand nombre d'exigences. Il critique néanmoins le fait que l'État lance un pacte après l'autre et que cela génère beaucoup de travail pour les communes. Il est cependant persuadé que la commune devrait signer le pacte.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) estime qu'il existe effectivement un nombre important d'initiatives dans ce domaine. Il estime que le responsable du service forestier fait déjà un excellent travail dans ce domaine, que la commune travaille avec le SICONA et que le nouveau pacte n'apportera rien de nouveau tout en générant des frais et une charge de travail supplémentaires.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) se rattache à la position du bourgmestre et du conseiller Léandre Kandel. Il aimerait savoir si la subvention de l'État d'un montant de 30.000 euros suffira à couvrir les frais d'un conseiller. Le bourgmestre estime que cela sera suffisant et explique que le collège échevinal n'a pas l'intention d'engager plus d'argent.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) confirme que la gestion des forêts dans la commune est excellente,

mais estime aussi que beaucoup d'autres endroits constituent de véritables déserts au niveau de la biodiversité. Il pense qu'un conseiller pourrait aider à mieux gérer les ressources naturelles de la commune et que le plan apportera une nouvelle dynamique.

Le conseiller Léandre Kandel est d'avis que des mesures de protection de la biodiversité sont déjà en place. Il estime que la signature du pacte n'est pas une nécessité.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) ne partage pas l'opinion que le pacte est superflu. Elle estime que, contrairement au réchauffement climatique, la biodiversité menacée n'est pas encore perçue comme un problème important par la population. Elle est persuadée que le pacte aidera à susciter une meilleure prise de conscience de ces problèmes.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin estime que les divers pactes lancés par l'État ont bien une utilité et qu'ils aident à créer une dynamique nouvelle pour résoudre des problèmes.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) partage la position du collège échevinal et de la conseillère Claire Remmy en ce qui concerne l'importance de la protection de la nature et de la sensibilisation. Elle estime néanmoins que les membres du conseil communal ont aussi la responsabilité de veiller à la manière dont les deniers publics sont dépensés. Elle est d'avis que le « Pacte nature » a surtout été créé pour aider les petites communes qui ne disposent souvent pas des compétences nécessaires pour s'attaquer à une problématique complexe comme la préservation de la biodiversité. Elle estime que ce n'est pas le cas à Strassen et que la commune dispose de moyens plus importants. Elle remarque qu'en dépit des subventions, la signature du pacte obligera la commune à engager des frais qui pourraient être mieux utilisés à d'autres fins. Elle estime que le responsable du service forestier fait un travail remarquable et que la commune devrait plutôt mettre en œuvre ses propres projets en collaboration avec le service forestier.

Le bourgmestre explique que le responsable du service forestier est déjà surchargé de travail. Il estime aussi que le pacte ne concerne pas seulement la forêt, mais

la biodiversité dans tous les milieux. Il estime que les problèmes environnementaux ont pris une telle ampleur que toute aide est la bienvenue. Il pense aussi que la commune de Strassen ne doit pas se reposer sur ses lauriers dans ce domaine et qu'il est toujours possible d'améliorer les choses.

Le conseiller Jean-Marie Durrer estime que le pacte peut aussi avoir une fonction symbolique et qu'il peut jouer un rôle de sensibilisation important.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) estime que la protection de la nature et de la biodiversité est certes importante, mais remarque aussi que les certifications prévues par de tels pactes mettent aussi les communes sous pression par crainte de ne pas atteindre les objectifs escomptés. Elle pense que la commune pourrait attendre avant de signer un nouveau pacte, notamment pour voir si les résultats des pactes existants correspondent bien aux attentes de la commune. Le bourgmestre estime que la commune a déjà fait beaucoup de progrès grâce au « Pacte climat » et que le « Pacte nature » pourrait apporter une dynamique comparable. Il explique que, personnellement, il ne s'est jamais senti mis sous pression à cause du niveau de la certification. Il est d'avis que les problèmes environnementaux constituent un problème urgent et ne pense pas que la commune devrait attendre pour mettre en œuvre des mesures.

Le conseiller Léandre Kandel est d'accord sur ce point, mais estime que la commune peut tout aussi bien, sinon mieux, mettre en œuvre de telles mesures. Il annonce que la fraction DP s'abstiendra lors du vote.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) est d'accord sur l'importance de la protection de la nature, mais estime aussi que la commune devrait alors prendre ses responsabilités en augmentant substantiellement son budget dans ce domaine.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime que la plupart des arguments avancés sont pertinents. Il craint qu'en cas de non-signature, la commune pourrait subir un déficit d'image en dépit de l'important travail déjà accompli dans le domaine de la protection de la nature à la commune de Strassen. Il critique par contre

le système de certification avec des points, inutile, indigne et qui rappelle l'école.

La convention relative au « Pacte nature » est approuvée majoritairement avec quatre abstentions des conseillers Martine Dieschburg-Nickels, Léandre Kandel, Laurent Glesener et Victoria El Khoury.

## **7. Approbation d'un contrat de bail à loyer.**

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune compte louer un appartement à une jeune famille de Reckange-sur-Mess, dont la maison a été touchée par les récentes inondations. Ils doivent quitter leur maison pendant plusieurs mois pour la remise en état. La famille n'a pas trouvé d'autre logement et la commune a proposé cette solution.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) attire l'attention du collègue échevinal sur une formulation dans le contrat de bail qui devrait être modifiée. Le conseiller François Gleis (CSV) salue le fait que la commune se montre solidaire envers une famille dans le besoin.

Le contrat de bail est approuvé à l'unanimité.

## **8. Confirmation de règlements temporaires de circulation.**

Le conseil communal est appelé à confirmer plusieurs règlements temporaires de circulation concernant des chantiers dans la route d'Arlon, la rue du bois, la rue du Kiem et la rue des Romains.

Les règlements temporaires de circulation sont approuvés unanimement.

## **9. Nominations aux commissions locales et syndicats intercommunaux.**

Le conseil communal est appelé à approuver plusieurs nominations aux commissions locales et syndicats intercommunaux.

Le collège échevinal propose de remplacer Luc Reisdorffer par Jens Stangier en tant que secrétaire administratif et rapporteur technique de la commission d'aménagement locale.

Le collègue échevinal propose de nommer Luc Speltz en tant qu'adjoint au secrétaire de la commission des bâtisses.

Attendu qu'un poste de membre suppléant représentant le conseil communal au sein de la commission d'intégration est vacant, le collègue échevinal a invité les membres du conseil communal intéressés à se manifester. Les conseillers Laurent Glesener (DP) et Claire Remmy (déi Gréng) ont déposé leur candidature.

Suite à la démission de Betty Welter-Gaul (LSAP) de son poste de représentante de la commune de Strassen au sein du syndicat intercommunal SIGI, le collègue échevinal a invité les membres du conseil communal intéressés à déposer leurs candidatures. Une décision sur le congé politique supplémentaire à allouer sera prise en même temps. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) a déposé sa candidature.

Le parti politique DP propose de remplacer Salvador Fernandez par Yannick Huss en tant que membre de la commission scolaire.

Le parti politique DP propose de remplacer Yannick Huss par Marc Schmit en tant que membre de la commission d'aménagement.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) est élue en tant que membre suppléant représentant le conseil communal au sein de la commission d'intégration avec 9 voix contre 3 voix pour le conseiller Laurent Glesener (DP).

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) est élu unanimement comme représentant de la commune de Strassen au sein du syndicat intercommunal SIGI. Le conseil communal lui accorde unanimement 5 heures de congé politique en relation avec cette fonction.

Le conseil communal approuve unanimement les autres nominations et remplacements.

## **10. Urbanisme : Approbation du PAP « Am Bëschelchen ».**

Le Conseil est appelé à approuver le projet d'aménagement particulier « am Bëschelchen » du

bureau d'architecture et d'urbanisme Beiler Francois Fritsch pour le compte du maître d'ouvrage Real Estate Strassen.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le PAP NQ doit être réalisé sur la parcelle dans la rue Thomas Edison qui est actuellement encore occupée par l'ancien siège de CREOS Luxembourg et par un parking. Le projet prévoit à terme la création de 30.000 mètres carrés de bureaux. Le terrain se situe dans une zone spéciale « Administration ». Le bourgmestre explique que, dans cette zone, tout logement est interdit en-dehors des logements de fonction de portier. Le terrain se situe dans une zone de bruit, mais celle-ci ne concerne pas les bâtiments. Une étude d'impact n'a donc pas été nécessaire. Une mesure de compensation sera nécessaire sous forme de plantation de huit arbres à tige haute en raison d'un petit biotope présent sur la parcelle.

Le projet sera réalisé en deux phases, le bâtiment existant avec 12.000 mètres carrés n'étant que remplacé dans une phase ultérieure. Le projet prévoit à terme la construction d'un campus de 5 à 6 nouveaux bâtiments. Le bourgmestre explique que le projet inclut un concept paysager qui prévoit la plantation d'essences indigènes et la construction de bassins d'orage. Le bourgmestre regrette que le concept de mobilité repose toujours principalement sur la voiture individuelle, bien que le projet souligne la proximité de la future ligne de tram. Les bâtiments seront reliés à la centrale de froid LuxEnergie qui se situera d'ailleurs sur le terrain voisin. Des panneaux photovoltaïques sur les toitures et des bornes de recharge pour véhicules électriques sont également prévus. Il existe aussi un concept acoustique visant à atténuer les bruits ambiants grâce à des espaces verts entre les bâtiments. Le PAP de 2,16 hectares a été analysé par la cellule d'évaluation de la commune qui l'a jugé conforme. 25,5 % du terrain sont cédés à la commune.

Sur demande du conseiller Léandre Kandel (DP), le bourgmestre confirme qu'un chemin en marge de la parcelle sera cédé à la commune pour l'accès à la centrale de froid.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) remarque que le texte prévoit seulement la possibilité



d'installer des panneaux photovoltaïques. Le bourgmestre explique que certains bâtiments seront couverts de panneaux, tandis que d'autres auront une toiture végétalisée. Le bourgmestre souligne que le projet devra de toute façon passer en commission des bâtisses et que le règlement des bâtisses prescrit une surface déterminée de panneaux photovoltaïques sans exception.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) regrette que le projet envisage de sceller une grande surface. Le bourgmestre estime que c'est conforme aux réglementations en vigueur.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) regrette que le projet risque d'augmenter encore les problèmes de trafic dans le quartier, avant que le futur boulevard de Merl et l'extension du réseau LuxTram ne puissent apporter une solution à ce problème. Elle aimerait aussi savoir pourquoi le concept de mobilité prévoit de créer jusqu'à 600 emplacements de parking alors que le règlement des bâtisses ne prévoit qu'un maximum de 500 emplacements pour une telle surface. Le bourgmestre explique que ce chiffre est explicitement avancé sous réserve des fonctions encore à définir en rez-de-chaussée, les réglementations de la commune prescrivant également un nombre déterminé d'emplacements pour certaines activités comme des cafés ou des cabinets médicaux.

Le PAP « am Bëschelchen » est approuvé à l'unanimité.

#### **11. Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.**

Le collègue échevinal propose de changer l'ordre du jour en reportant ce point à la fin de la réunion, afin d'en débattre en huis clos.

#### **12. Divers.**

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) aimerait savoir quelle est la démarche à suivre par une association pour être reprise dans la liste des associations et clubs subventionnés par la commune. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'association doit faire une demande par courrier au collègue échevinal. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la

commune subventionne presque exclusivement des clubs sportifs ou culturels locaux, surtout en raison du nombre élevé d'associations en tout genre domiciliées à Strassen. La commune essaie donc de subventionner uniquement les clubs qui participent pleinement à la vie sociale. Les demandes sont dès lors traitées au cas par cas. Betty Welter-Gaul (LSAP) ajoute que les demandes doivent être accompagnées par une lettre de motivation et par les statuts de l'association. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) estime que ces informations devraient être mieux diffusées. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que la commune devrait définir des critères précis dans ce cadre.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) remarque que le restaurant « Lion d'Or » est toujours ouvert et que le gérant a apparemment annoncé la fermeture pour fin décembre. Elle demande des détails sur l'action en justice de la commune contre le gérant. Le bourgmestre explique qu'une décision en deuxième et dernière instance est attendu pour le 21 décembre. La conseillère demande si la commune aura droit à des dommages-intérêts dans cette affaire. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique que c'est le cas en principe.

Maryse Bestgen-Martin demande quand le prochain marché d'occasion pour vêtements d'enfants sera organisé à Strassen. Le bourgmestre explique que le prochain marché aura lieu en mars 2022.

Maryse Bestgen-Martin suggère que la commune se rattache au projet « Klengschrëtt.lu » créé par « Umweltberodung Lëtzebuerg », « Natur & Ëmwelt » et « Youth for Climate ». Il s'agit d'un projet de sensibilisation gratuit proposant aux particuliers une multitude de petites actions visant à promouvoir de bonnes pratiques écologiques facilement réalisables. Le bourgmestre promet que le collègue échevinal s'informerera sur le projet.

Le conseiller Léandre Kandel (CSV) explique que la cérémonie de bénédiction des tombes de la Toussaint a été perturbée par des personnes occupant le terrain de jeu à côté du cimetière. Il estime que l'aire devrait être fermée ce jour-là. Le collègue échevinal promet de chercher une solution.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime qu'il y a eu un problème similaire lors de la Journée de commémoration nationale, le 10 octobre 2021, en raison du trafic. Il est d'avis que la place des Martyrs devrait momentanément être fermée pendant la durée de cette cérémonie.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que la morgue au cimetière ne correspond plus vraiment aux exigences des cérémonies et estime que la commune devrait réfléchir à la remplacer. Le bourgmestre explique que la commune est effectivement en train d'étudier un tel projet avec l'architecte qui a dessiné le nouveau complexe de football. Le projet prévoirait une construction moderne et plus grande au même endroit.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande des détails sur l'organisation de la fête de Saint-Nicolas de cette année. Le bourgmestre explique que la visite de Saint-Nicolas au centre culturel Barblé ne pourra toujours pas avoir lieu en raison de la pandémie. Les enfants recevront leur cadeau à l'école. Martine Dieschburg-Nickels explique qu'elle a reçu des plaintes du voisinage d'un nouveau bar-restaurant à la route d'Arlon en raison de nuisances sonores. En

soirée, les exploitants mettraient la musique à fond. Le bourgmestre explique que la législation normale sur les nuisances sonores s'applique dans ce cas. Il estime que la commune ne peut pas faire grand-chose et que les voisins doivent eux-mêmes contacter la police en cas de problème.

Dans le contexte de la fête de Saint-Nicolas, la conseillère Claire Remmy (déi Gréng) attire l'attention du Conseil sur la polémique suscitée par le « zwarte Piet » aux Pays-Bas. Elle estime que le personnage du « Houseker » est similaire et aimerait avoir l'opinion du collègue échevinal sur ce sujet. Le bourgmestre estime qu'une telle polémique n'existe effectivement pas à propos du « Houseker », parce que le personnage est assez différent du « Zwarte Piet ». Il ne représente d'ailleurs pas traditionnellement une personne de couleur noire.

### **13. Affaires de personnel (huis clos) :**

- a. Décision portant sur une demande de prolongation de stage.**
- b. Décision portant sur une demande de démission.**

# Communal Council meeting of 10 November 2021

## AGENDA

1. Presentation of the Strassen Social Inclusion Project (PINSS).
2. Approval of the estimate for the football grounds.
3. Approval of an estimate for the Helfenterbrück pumping station.
4. Approval of the Music School plan for 2021/2022.
5. Approval of the “Super Senior” agreement.
6. Approval of the “Nature Pact” agreement.
7. Approval of a rental lease.
8. Confirmation of temporary traffic regulations.
9. Appointments to the local committees and intercommunal associations.
10. Urban planning – Approval of the “Am Bëschelchen” Special Development Plan (PAP).
11. Decision on the exercise of a right of pre-emption.
12. Any other business.
13. Staff matters (in camera):
  - a. Decision on a request for the extension of an internship.
  - b. Decision on a request for resignation.

## PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>st</sup> Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>nd</sup> Alderman. Martine Dieschburg-Nickels (DP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Victoria El Khoury (LSAP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

## ABSENT (EXCUSED)

Marc Fischer (DP), Councillor.

## 1. Presentation of the Strassen Social Inclusion Project (PINSS).

The Regional Social Inclusion Officer (ARIS) Tamara Maia ROMAO presents the Strassen Social Inclusion Project (PINSS) to the members of the Council. She is accompanied by Laurent Reyter and Danielle Bauer, members of the “Sustained.lu” association, partner of the project.

Tamara Maia ROMAO explained that the objective of the project was to enhance the skills of the beneficiaries of the Social Inclusion Income (REVIS) scheme of the communes of Strassen, Mamer and Steinfort. The players involved are the Commune of Strassen, which financed the launch of the project and made the premises available, as well as the Strassen Social Office and the National Social Inclusion Office (ONIS), which provide the regional social inclusion officers from the communes of Strassen, Mamer and Steinfort.

Tamara Maia ROMAO briefly described the history of the project, following an ONIS call for projects in May 2019. She stressed the role played by Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) and Councillor Victoria El Khoury (LSAP) in the preparation of the project from the beginning. A first “Traum’ACT” project with “SOURRIRE” a.s.b.l. (“Resident-Refugee Support through Integration, Respect and Self-Worth”) was selected in October 2019 as part of the “National Integration Action Plan” (PAN), but diverging views meant that the project was never brought to fruition. The “PINSS” project was then launched and a request was made for a communal subsidy from the Ministry of Family Affairs, Integration and the Greater Region.

The first “PINSS” workshop, between October and December 2020, focused on painting the new premises. In March 2021, the association “Sustained.lu” joined the project.

The project combines social and ecological aspects. Its main objective is to increase the self-esteem, resilience and endurance of REVIS beneficiaries, reduce their social isolation and direct them to the appropriate

assistance bodies or even to the primary labour market. Incidentally, the project promotes anti-waste, zero waste and upcycling. It also aims to enhance the linguistic and social skills of the beneficiaries.

Laurent Reyter from “Sustained.lu” explained that his association was established in January 2017 and currently has 5 members. Its main objective is to promote upcycling, i.e. the creation of new products from recovered materials, but it also focuses on related issues such as zero waste and anti-waste. He gives examples of wallets and handbags made from product remnants or outdated advertising banners, as well as jewellery and bottle openers made from old skateboards, and decorative objects made from wood or rubber cuttings.

Laurent Reyter explained that “Sustained.lu” has been a partner of “PINSS” since March 2021 as part of the “SuPi” project (the social inclusion project launched by “Sustained.lu”). Between March and May, the project premises were mainly fitted out with second-hand furniture or items collected from sorting centres. The workshops were then organised. They began in June. The four workshops in place are supervised by four volunteers from the association.

The activities of the kitchen workshop focus on anti-waste. The participants work as much as possible with food recovered from local shops because it is reaching its sell-by date. Shops from which they collect food include the Pall City Market in Strassen. The wood, sewing and creative workshops make use of various recovered materials such as wooden pallets, wine cases, old jeans and other remnants of fabrics, advertising banners, paper or bicycle inner air tubes. Laurent Reyter concludes his presentation by showing a series of photos of the project. Mayor Nicolas Pundel (CSV) then opens the floor for discussion.

At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor states that the premises of the project are located in the former “Hueflach” school’s doorman’s apartment. The Councillor would like to know how the workshops are organised in practice and whether they take place daily. Tamara Maia ROMA O explains that the different workshops are spread over the week from Monday to Friday and there were

between 3 and 5 participants per workshop. This schedule is partly the result of the fact that it involves volunteer work. The project aims for participants to attend regularly and comply with the rules: they must sign an agreement stating they will commit to the workshops. Martine Dieschburg-Nickels wants to know whether participation in the workshops results in the award of a diploma or the like that could potentially make access to the primary labour market easier. Tamara Maia ROMA O says that the current participants are very far from entering the primary labour market. The goal is to improve their skills to enable them to contribute to society via community work (TUC), for example. It is possible to issue certificates, but they have no official value. Many of the initial tasks consist of developing language skills and compliance with rules and timetables. She stresses that the project is still at an early stage and that other activities may be considered in the future.

Martine Dieschburg-Nickels asks how many people are currently involved in the project. Tamara Maia ROMA O explains that the project is currently limited to 15 beneficiaries, mainly due to the small size of the premises and the risk of COVID-19 transmission. An increase in the number of participants will be possible as soon as the pandemic is over. She adds that some people could be directed to other training organisations, thus allowing participants to rotate in the medium term. A total of 140 to 150 beneficiaries may potentially benefit from the project across the three participating communes.

Mayor Nicolas Pundel underscores the importance of volunteering in such projects and praises the commitment of the members of “Sustained.lu”.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) asks how participants are selected. Tamara Maia ROMA O explains that REVIS beneficiaries are subject to a skills assessment by the Employment Administration (ADEM). If they are not ready to enter the primary labour market, ONIS redirects them to the Regional Social Inclusion Agents (ARIS).

Mayor Nicolas Pundel considers that such reintegration measures provide valuable assistance to these individuals and points out that the Commune regularly

employs REVIS beneficiaries under community work (TUC) contracts.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) wants to know whether participants themselves also run some of the workshops. Tamara Maia ROMAO confirms that one person is running the kitchen workshop, but that a Regional Social Inclusion Agent (ARIS) is still present on site for mentoring purposes. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) comments that, contrary to the initial plans, it was not feasible to sufficiently develop the participants' skills in just a few months to offer them community work (TUC) contracts.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Tamara Maia ROMAO confirms that language problems are the biggest obstacle for most participants. She also believes that there are cultural obstacles, particularly among women from Arab countries who have often never worked outside the family home. There are also some illiterate participants, as well as people with health problems.

At the request of Councillor Jean-Marie Durrer (CSV), Tamara Maia ROMAO says that there is only one Luxembourger among the participants.

Councillor Laurent Glesener (DP) asks if the participants may eventually be employed by structures such as the Local Initiative and Management Centre (CIGL). The Mayor believes that in theory, this is a possible outcome. Betty Welter-Gaul (LSAP) points out that CIGL posts are in principle reserved for people able to enter the primary labour market. Tamara Maia ROMAO explains that it is indeed not impossible, but that in such cases, a specific ADEM procedure must be followed. She thinks that a shorter process could be discussed with ADEM officials.

Councillor François Gleis (CSV) welcomes the project. Luxembourg welcomes a large number of asylum seekers from across the globe and the country is therefore also responsible for helping them get on their feet to plan their future. He would also like to know whether the participants are covered by insurance against accidents at work. Tamara Maia ROMAO responds that the participants are covered by the insurance of "Sustained.lu". Betty Welter-Gaul (LSAP)

adds that participants are also insured via the Ministry during their activities outside the project premises, such as when they are on route there or during language courses.

Councillor Jean-Marie Durrer welcomes the project, but also wonders whether some participants should receive support in the longer term, in particular to develop their language skills. Tamara Maia ROMAO explains that participants who need more time can take courses over a longer period of time. She says that literacy and language courses should always be provided by external bodies. Councillor Victoria El Khoury (LSAP) recalls that the Equal Opportunities Committee had proposed the creation of a literacy project three years ago, but the then College of Aldermen had not considered it a priority in Strassen at the time. She is of the opinion that there is a growing demand for such a project in the Commune. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explains that such projects had been discussed with the Ministry's representatives, but that they had pointed out that language teaching does not fall under the scope of social projects and that other bodies deal with such matters.

At the request of Councillor Victoria El Khoury (LSAP), Tamara Maia ROMAO explains that the products resulting from the project could be sold at a future Christmas market. So far, however, the amounts of products were insufficient.

## **2. Approval of the estimate for the football grounds.**

The Communal Council is called upon to approve an estimate for the new football grounds. Mayor Nicolas Pundel briefly recalls that the replacement of the former football pitch is necessary because the schools and nearby "Maison relais" need more space. He also points out that a site near the "Les Thermes" aquatic centre had finally been selected for the construction of a new football complex. The Mayor believes that this is a good choice because it is very central.

The project comprises two large football pitches. The main pitch will be covered by a hybrid lawn combining natural grass and synthetic microfibres, while the second one will only be made of synthetic turf. The main pitch will have a building with a covered gallery and

changing rooms on three levels. On the basement level, there will be the technical and storage rooms, as well as some changing rooms. The changing rooms of the local team will be located on the ground floor, where there will also be a physiotherapy room and first-aid facility. The changing rooms will be equipped with cold baths designed for muscular recovery by cryotherapy. The Mayor considers that such equipment is justified, as the FC Una Strassen now plays at a very high level in the national division. The upper level of the building will accommodate the press and meeting rooms as well as the snack bar.

The covered grandstand has 348 seats from which spectators will be protected from direct sunlight, wind and rain. An additional 102 seats and 200 standing places will be located on the opposite side of the main pitch. The Mayor explains that more spectators can watch matches from the sides of the field. He estimates that the maximum number of spectators for the main pitch will thus reach almost 1,000 people.

The building will be accessible to persons with reduced mobility and will be equipped with a lift and wheelchair-adapted seats on the stands. A second, smaller building will house the ticket booths and a snack bar. The plot will be fully enclosed, with two main entrances.

The Mayor explains that the fear of excessive congestion is the reason why no large car park will be built near the pitch. Instead, a smaller car park with 30 normal parking spaces, 3 spaces for persons with reduced mobility, some spaces equipped with charging points for electric vehicles, and bicycle racks will be built. This car park will be reserved primarily for the players and members of the Committee. Access will be restricted by means of a barrier. Visitors will have to park in one of the 85 spaces outside the grounds or in the large car park near the “Antoine de Saint-Exupéry” school, which is easily accessible on foot.

The decision not to build a large car park freed up the space that will allow for the construction of a multi-sports facility between the two pitches. The Mayor explains that it could also be used to train youth teams.

The Mayor explains that the works on the surroundings of the complex will be quite substantial because a

canal and retention basin will have to be dug for the passing stream. The synthetic pitch will have a shelter for young players during breaks and uncovered stands with 320 standing places. Bathrooms and a snack bar will also be built.

Nicolas Pundel says that the project had been approved by the Ministry of Sport, which was now awaiting the confirmation of the Communal Council to calculate the subsidies. The Mayor explains that in principle, the State reimburses 35 % of the costs, but only for structures that do not generate income. The podium or ticketing sections are therefore not eligible for subsidies, unlike the purely technical and sporting facilities. Nicolas Pundel estimates that the subsidies should cover 20 to 25 % of the total expenditure.

The estimated cost of the hybrid pitch is 1,642,000 EUR, that of the synthetic pitch is 1,040,000 EUR and that of the multi-sports plot is 132,000 EUR. Pipeline works around the complex will cost 1,216,000 EUR, and preliminary works with earthworks and the installation of networks will total 2,036,000 EUR. The roads and car parks will cost 1,735,000 EUR and all fences, handrails, supports and gates will amount to 890,000 EUR. The cost of the main building with the grandstand is 7,746,000 EUR, that of the ticketing booths and snack bar is 484,000 EUR and that of the bathrooms next to the synthetic pitch is 582,000 EUR. Outdoor developments and gardening work will cost 1,714,000 EUR.

The sub-total of construction costs is therefore 19,224,000 EUR (excluding VAT) and 22,492,000 EUR (including VAT). When adding the remaining costs, which should total 2,318,000 EUR, the grand total estimated for this project is 24,810,000 EUR. The Mayor adds that due to the current price fluctuations, the budget was established with a reserve of 20% of the total cost for unforeseen events. Nicolas Pundel feels this is an ambitious project, the cost of which is justified by the local team’s success. In conclusion, he underscores that the current estimate is lower than the initial plans and that certain aspects had been changed to reduce expenses.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor states that the main building

will partly be covered with solar panels. The other buildings will have green roofs. The complex will also have an installation to capture rainwater for irrigation.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) is surprised by the high percentage of the reserve. The Mayor tells the members that a reserve of 10 % is considered normal for such projects, but that the College of Aldermen doubled it due to the price surge caused by the pandemic.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) asks whether the high cost of the project is justified by special measures to reduce its environmental impact. The Mayor explains that the high cost is mainly the result of the scale of the project. He stresses that ecological aspects were considered at all levels of the project.

Councillor Laurent Glesener (DP) says that construction costs in Luxembourg are quite high, even with State subsidies. He asks whether additional subsidies can be requested from the European Football Federation (UEFA). The Mayor explains that it is not possible for such projects. Laurent Glesener says he is disappointed that the College of Aldermen did not schedule a second “large-scale project” meeting, especially as some of the details remain to be discussed, such as the fact that the stands of the synthetic pitch will not be covered. He believes shelter should be provided for parents who take their children to football practice. He also feels that the main building does not fit in with its surroundings and that it blocks the view of the aquatic centre, which is an architectural point of reference for the Commune. Councillor Laurent Glesener considers that a competition for architects could have been organised for this building. He also believes that the configuration of the complex should have been analysed in terms of urban planning, in particular in order to reduce soil densification. He also wonders whether the land could be used for other sporting activities or cultural events. He considers that all these issues should have been discussed at a second “large-scale project” meeting.

Mayor Nicolas Pundel responds that the College of Aldermen has already adapted many aspects of the project to reduce expenditure. He explains that a competition for architects would have led to a higher

cost and considers that such processes are normally reserved for more prestigious structures such as schools and not for simple stands. He also stresses that the Commune needs good football facilities because of the club’s results. He notes that the infrastructures for similar clubs in Luxembourg are often deplorable. The fact that the main building stands out was the architects’ conscious choice: they decided not to adapt its style to the aquatic centre’s aesthetics. Moreover, the view of the centre is not completely blocked. In terms of soil densification, the Mayor explains that this problem concerns only the synthetic pitch, because the hybrid one will be permeable to rainwater. As regards coverings for the stands and other details, he says that changes can be made if the members of the Communal Council so wish.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agrees that new grounds are needed. She is disappointed that the members of the Communal Council were not more involved in the plans. She thinks that there is a lack of transparency in the Communal Council’s work. She wants to know what the status quo is concerning the strip of land bordering the complex, as it belongs to the Commune of Bertrange and must be transferred to the Commune of Strassen. She thinks that this plot would allow for an additional car park. She is of the opinion that the car park near the school presents the disadvantage that visitors will have to cross the village in order to reach it. The Mayor explains that the plot of land transfer is underway, but that no car park can be built there because it is on the roadside. The plot will therefore be reserved for greenery.

Martine Dieschburg-Nickels wants further information on how the land will be fenced in. The Mayor explains that fences will be erected around the land, while the rest of the complex with the multi-sports terrain will remain open. The Councillor also asks whether the College of Aldermen has ensured that the costs of the project are realistic. The Mayor states that the costs correspond to current market prices. Martine Dieschburg-Nickels asks if the land could be used for other events such as concerts. The Mayor believes that this is possible in principle, but that such grounds are not ideal for such events due to security-related aspects. He notes that Luxembourg’s new stadium does not allow concerts to be organised there for that precise reason. Martine

Dieschburg-Nickels also wants to know how spectators will be evacuated in the case of an emergency. Nicolas Pundel explains that in addition to the main entrance, there will be an emergency exit on the side of the main pitch. He thinks that additional exits can be arranged if needed.

Councillor Léandre Kandel (DP) notes that the saunas in the aquatic centre have windows on approximately the level of the stands. The Mayor explains that this has been taken into account and that spectators cannot see through the windows from the stands. He adds that the perimeter of the aquatic centre is protected by an embankment on that side anyway. At the request of the Councillor, the Mayor confirms that the pipes used to water the old plot will be connected to the new complex. He explains that the retention basin cannot be used for watering the grounds, mainly because of its low capacity.

Councillor Maryse Bestgen-Martin would like to know whether the site is accessible to bicycles and if the Commune will eventually create a complete network of cycle lanes. The Mayor explains that the path from the schools will allow access to the site by bicycle. He feels that the Commune should indeed consider how to create a comprehensive cycle path network.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) says it is ridiculous for the State to grant subsidies before then requesting funds via VAT. In his view, this practice makes no sense. Jean-Marie Durrer feels that the College of Aldermen should ensure that the vegetation is planted in an ecological fashion, particularly as regards plant species. He thinks that the criticism from DP councillors about the high cost of the project is not realistic, since they are also demanding more shelters, amongst others. In addition, Jean-Marie Durrer is strictly opposed to the development of an extra car park, arguing that private cars should not enter the centre of the village anyway. The Mayor is also of the opinion that the use of cars should be brought down to an absolute minimum, but he thinks that a small number of spaces will always be necessary.

Laurent Glesener explains that his comment on the high costs referred to price differences between Luxembourg and abroad. He considers that an

additional shelter for the stands for the synthetic pitch will not significantly increase the final cost and that this would simply make it more convenient for parents to take their children to football practice.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels agrees with Councillor Jean-Marie Durrer concerning private cars. However, she also believes that people's personal transport habits will not change in the immediate future. In passing, she welcomes the fact that the Commune's "Flex" car rental station is apparently the one that is the most used in the country. In her view, this proves that an increasing number of people are indeed changing their habits.

Councillor François Gleis (CSV) welcomes the fact that the Commune will now have two sports complexes, with the National Martial Arts Hall and the National Archery Centre on the one hand, and the aquatic leisure centre and football complex on the other. He believes that this will prevent parking problems at major events. He thinks that the new complex is well designed and that the site chosen near the centre is excellent. With regard to the discussions on additional equipment, he feels that changes can still be made at a later stage if they are truly necessary.

The estimate for football facilities is approved unanimously.

### **3. Approval of an estimate for the Helfenterbrück pumping station.**

The Communal Council is called upon to approve an estimate relating to the construction of a new spillway with screening units downstream of the existing retention basin at Helfenterbrück. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the current basin collects rainwater from the communes of Strassen and Bertrange before they are discharged to the treatment plant in Beggen. In the event of heavy rainfall, the basin is also used to prevent an overload on the network and to retain solid materials before the excess water is evacuated into the nearby stream. The project was launched by Luxembourg City's department responsible for pipelines, which also manages the Strassen and Bertrange networks. The total cost is 1.6 million EUR and is shared equally between the two



communes. The share of the Commune of Strassen therefore amounts to 808,500 EUR. The planning and execution of the project is entirely the responsibility of the City of Luxembourg.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asks if the project is linked to the recent heavy rainfalls in July. The Mayor explains that there was no report concerning that specific matter and that the new installation had already been planned for some time. The Councillor asks how the solid residue filtered by the plant will be treated and if it may be of any use. The Mayor explains that the residue contains all kinds of waste and must be disposed of.

Councillor François Gleis (CSV) wants to know whether the project is subsidised by the State or the EU. The Mayor explains that some installations such as sewage treatment plants and others are eligible for subsidies. Grant applications are managed by the Luxembourg City Canal Service on behalf of the communes. However, he believes that the project to be approved is not eligible for funding.

The estimate is approved unanimously.

#### **4. Approval of the Music School plan for 2021/2022.**

The Communal Council is asked to approve the Music School plan for 2021/2022. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the total cost of classes is 599,669 EUR for the current school year. 284 students from the Commune are currently enrolled at the Music School, of which 155 are in musical theory (“solfège”). As to instrument classes, there are 11 new pupils for the flute and 6 new pupils for the clarinet. There are also 12 pupils for the saxophone, 2 for small brass instruments, 4 for the trombone, 2 for large brass instruments, 16 for the drums, 6 for singing, 37 for the guitar, 2 for the electric guitar and 63 for the piano. That makes a total of 161 pupils from the Commune enrolled to learn how to play an instrument.

The Mayor notes in passing that he does not agree with the fact that the School requires students to have a real piano. He believes that this is a major obstacle for families living in apartments and that it represents excessive expenditure for beginners. The Mayor also

welcomes the fact that the “Fanfare Stroossen” was able to resume its activities despite the pandemic, with several public appearances such as the traditional “Hämmelsmarsch” fanfare. Nicolas Pundel explains that the Music School is also involved in an educational project with the speech therapy centre to promote music education in primary schools. In conclusion, the Mayor explains that the costs are shared between the communes involved in the “Museksschoul Westen” and that the expense is divided proportionally according to the number of pupils from each commune. Strassen’s share is between 30 and 40 % of the total cost.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomes the fact that music education classes are offered in primary schools. She asks how music education will be affected by the draft Law no. 7907 on the organisation of music education in communes. The Mayor explains that the new law provides for free courses up to a certain level for minors. He believes that part of the expense would be reimbursed to the communes in future, but also notes that the debate on this law was not yet over. Personally, he fears that the income from classes may fall because classes are intended to be free. He estimates that almost 98 % of parents are in a position to bear the costs.

Councillor François Gleis welcomes the fact that there are more pupils learning how to play an instrument again. He highlights the importance of music education in primary schools.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) agrees with the Mayor concerning the use of real pianos for practice.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) considers that pianos can be purchased second-hand from private sellers at lower prices, just as is the case for other instruments. The Mayor explains that, to his knowledge, this is not done in the case of pianos in the Commune. The Music School has a number of other instruments that can be made available to students. The Councillor asks if there are also adults enrolled in classes to learn how to play an instrument. The Mayor confirms that this is the case, especially for piano and guitar classes, but also for music theory (“solfège”). The Music School also offers a class in English.

The Music School plan for the year 2021/2022 is unanimously approved.

### 5. Approval of the “Super Senior” agreement.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) presents the new “Super Senior” project, which aims to set up a team of senior citizens trained to provide tuition for primary school pupils. The project is based on an agreement with the association “Movement for Equal Opportunities for All” (MEC a.s.b.l.), which deals with the recruitment and training of the seniors and connects the parents with the tutors. This service is invoiced at 0.8 EUR per inhabitant of the Commune. Per year, the total cost is approximately 8,200 EUR.

Mayor Nicolas Pundel explains that the association ensures the quality of tuition by assessing the seniors’ skills and providing them with basic teacher training. The project is already underway in other communes such those from the Mullerthal region, for example.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) wants to know where the tuition is given. The Mayor responds that the lessons are private and given at the pupils’ homes. He adds that the association aims to create a relationship of trust between the tutors, parents and children, and that interviews always take place beforehand. The project does not only aim to support children for schoolwork, the intention being to make the classes more akin to coaching.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) thinks this is a very interesting project because it fosters the inclusion of older citizens while at the same time getting children to benefit from their experience. She asks what the selection criteria are for the tutors and who decides on their recruitment. The Mayor explains that the association selects the candidates on the basis of its own criteria. A call for applications has already been sent to all inhabitants of the Commune over the age of 50. Pre-selection interviews with the candidates take place before their recruitment to ensure their moral reliability and assess their skills. A resident of the Commune already provides French lessons. The Mayor says that the association has presented a solid concept and that it takes recruitment very seriously. It also has excellent

references for its work in the Mullerthal and Moselle regions.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explains that the association requests copies of diplomas and a clean criminal record and that it checks the candidates’ skills by means of French, German and maths tests. There are also regular meetings between the “Super Seniors”, allowing them to exchange and organise joint activities outside class. This means it also acts as an inclusion project for older people.

Councillor Maryse Bestgen-Martin asks how parents can enrol their children for tutoring. The Mayor explains that this will be communicated at a later stage, as the association is currently in the process of forming a pool of tutors.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explains that the offer will have to be adapted to the number of volunteers recruited.

Jean-Marie Durrer (CSV) thinks that children who do their homework at the “Maison relais” will not be able to take advantage of this offer. The Mayor confirms that the association will not work there. The concept only provides for home tutoring. He explains that another project is under preparation to hire students to provide tutoring for homework at the “Maison relais”. Jean-Marie Durrer asks why the offer is not extended to secondary education. The Mayor believes it is difficult to find older people who can provide tutoring at that level.

Nicolas Pundel explains that the tutoring must be paid for at the rate of 10 EUR per hour. The association receives 2 EUR and the tutor gets the remaining 8 EUR. He believes that this is affordable and that the lessons cannot be free or the service will be taken advantage of. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) says that the rates are well below other educational support services.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) regrets that the project was not discussed in the Communal Council sooner. In her view, priority should have been given to organising homework support at the “Maison relais”. She considers that a project limited to seniors in the Commune would have been better and that it

is not real volunteering because the tutors receive payment. She also believes that the Social Committee and the Committee for Elderly Citizens, the Senior Club and the Youth Committee should have been involved in the preparation of this project. She also thinks that the “Hoplr” network could be used to connect tutors in the Commune and parents. Martine Dieschburg-Nickels is of the opinion that the concept of the association is too business-like and that the offer will not solve the problem of children at the “Maison relais”. She finds it unacceptable that the College of Aldermen signed the agreement, then launched and publicised the project without waiting for a debate in the Communal Council. She announces that she will not approve the agreement. She thinks that the Commune could have launched its own project because it has many motivated and competent volunteers itself. Mayor Nicolas Pundel stresses that the project is only one of several in this field and that the Commune is setting up its own projects too. The College of Aldermen is well aware that there is also a need to provide homework tutoring at the “Maison relais”. He explains that the “Senior Club” was consulted. He also feels that it would be naive to think that the problem of tutoring can be solved within a committee. The project should be seen as one offer among several.

Councillor Paul Klensch (LSAP) congratulates the College of Aldermen for choosing this project, which he thinks is very important. He welcomes the fact that the project is implemented by a non-profit organisation. He believes that the “Hoplr” app could indeed have been used more to encourage parents to reach out to the many young teachers living in Strassen. He would like to know whether the College of Aldermen has enquired about the communes where the project has been in place for a long time to find out about their experience. The Mayor explains that the project has been widely covered by the media and that he personally knows people who act as “Super Seniors” who have recounted their experiences to him.

Councillor Jean-Marie Durrer welcomes the principle of the project but feels that such low pay is of no use. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) considers that the pay is intended to cover expenses and the fact it is not free will prevent the misuse of the service.

Laurent Glesener (DP) notes that travel costs are added to the pay. The Mayor points out that, contrary to what has been said, the project does plan to hire senior citizens from the Commune. Laurent Glesener considers that this is not the case at present, as the association is currently only in the process of creating a pool of tutors. He agrees that it is important that such services should not be free in order to ensure the quality of the offer. He feels that the project should be welcomed because it will help solve the problem of tutoring needs. He also agrees with Martine Dieschburg-Nickels that a local project would have been preferable. He also regrets that the project was not discussed sooner in the Communal Council.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) would like to know whether the Commune will be informed about the tutors’ work after they have begun teaching and if regular evaluations of the project will be performed. The Mayor confirms that the Commune will be kept in the loop and that it will carry out an evaluation after a certain period of time.

Councillor Léandre Kandel also believes that a regular assessment by the Commune is necessary. The Mayor promises that this will be done and that the agreement will be amended accordingly.

The agreement is approved by a majority, with three votes against it from the DP.

## **6. Approval of the “Nature Pact” agreement.**

The Communal Council is called upon to approve an agreement on the “Nature Pact” with the Ministry of the Environment, Climate and Sustainable Development.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explains that the new pact is a similar instrument to the “Climate Pact”. It aims to restore biodiversity in Luxembourg. She explains that the State considers the communes to be indispensable partners in the matter, since they own 14 % of the national territory. Communes are expected to act as models by adopting good practices and raising public awareness. The catalogue of measures in the Pact covers issues such as creating public green spaces in line with the natural environment, combating soil densification and light pollution, and raising

public awareness regarding insects and their needs. The communes will thus contribute to the National Nature Protection Plan (PNPN), to the ecological water management objectives and to the fight against global warming.

Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the Pact includes a certification system similar to that of the “Climate Pact”. The catalogue of measures makes it possible to win a maximum of 233 points. The basic certification threshold is reached at 40 %, with 93 points. “Bronze” certification is awarded for 50 % or 116 points, “Silver” certification for 60 % or 140 points and “Gold” certification for 70 % or 163 points. The subsidies provided are calculated on the basis of the scores. By signing the Pact, the Commune will commit to transposing these measures.

The measures in the catalogue are divided into several areas, including the implementation of a general strategy, as well as one on the urban environment, open landscapes, water, forests, and communication and cooperation. A mandatory audit will be carried out in the first year after the signature of the Pact. After the first certification, an audit will be carried out every three years. The State will cover the costs of the services of a “Nature Pact” adviser up to a maximum of 30,000 EUR. The Communal Council already signed a declaration of intent to participate on 24 September, stating that it wished to use an external adviser in partnership with the Nature Conservation Association for Central and Western Luxembourg (SICONA). The partner on behalf of the State is the economic interest group “myenergy”.

Betty Welter-Gaul (LSAP) explains that a “Nature Pact” team would be set up as soon as the Commune has an adviser. This team will be formed in collaboration with the Committee on the Environment and Energy. It will include the representative of the Commune to SICONA, a municipal official, the head of the Forestry Department, members of the Committee on the Environment and Energy, a representative of the Communal Council and experts. The “Nature Pact” will be valid until 2030. She believes that the Commune will meet many of the requirements of the Pact from the outset and that the Pact will contribute to environmental protection.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) is also convinced that the Commune of Strassen already meets many of the requirements. However, he criticises the fact that the State is launching one pact after the other. This generates a lot of work for the communes. However, he believes that Strassen should sign the pact.

Councillor Léandre Kandel (DP) believes that there are indeed a significant number of initiatives in this area. He says that the head of the Forestry Department is already doing an excellent job, that the Commune is working with SICONA and that the new Pact will not bring about anything new. Instead, it will only generate additional costs and workload.

Councillor Paul Klensch (LSAP) supports the position of the Mayor and Léandre Kandel. He asks if the State subsidy of 30,000 EUR will be sufficient to cover the costs of an advisor. The Mayor thinks it will indeed and explains that the College of Aldermen does not intend to invest any more into the project.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) confirms that forest management in the Commune is excellent but adds that many other places are true deserts in terms of biodiversity. He believes that an advisor could help to better manage the Commune’s natural resources and that the Pact will drive momentum in this domain.

Councillor Léandre Kandel is of the opinion that biodiversity protection measures are already in place. He thinks that signing the pact is not required.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) does not share the view that the Pact is superfluous. Contrary to global warming, she feels that the population does not yet perceive threatened biodiversity as a major problem. She is convinced that the Pact would help raise awareness of these problems.

Councillor Maryse Bestgen-Martin believes that the various pacts launched by the State are useful and help drive problem-solving.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) shares the position of the College of Aldermen and Claire Remmy on the importance of protecting nature and awareness raising. However, she believes that the members

of the Communal Council are also responsible for ensuring how public money is spent. She is of the opinion that the “Nature Pact” was created above all to help small communes that often lack the necessary skills to tackle complex issues such as biodiversity. In her opinion, this is not the case of Strassen and the Commune has resources. She notes that despite the subsidies, the signature of the Pact would incur costs for the Commune and that the money could be better used for other purposes. She thinks that the head of the Forestry Department is doing a remarkable job and that the Commune should instead implement its own projects in collaboration with the Forestry Department.

The Mayor explains that the head of the Forestry Department is already overworked. He adds that the Pact concerns not only forests, but biodiversity in all areas. He believes that the environmental problems are such that any assistance is welcome. He also believes that Strassen should not rest on its laurels and that there is always room for improvement.

Jean-Marie Durrer thinks that the Pact could also play a symbolic role and be important in raising awareness among the public.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) considers that the protection of nature and biodiversity is important, but she also notes that the certifications provided for in such pacts put pressure on communes, because of their fear of failing to achieve the desired objectives. She believes that the Commune could wait before signing a new pact, in particular to see whether the results of the existing agreements are in line with the Commune’s expectations. The Mayor believes that the Commune has already made a lot of progress thanks to the “Climate Pact” and that the “Nature Pact” could create a comparable dynamic. He explains that he had never personally felt under pressure because of certification. He is of the opinion that environmental problems are a pressing issue and he does not believe that the Commune should wait to implement measures.

Councillor Léandre Kandel agrees on this point but thinks that the Commune could apply such measures

just as well, if not better. He announces that the DP would abstain from voting.

Laurent Glesener (DP) agrees on the importance of nature protection, but considers that the Commune should then take its responsibilities more seriously by substantially increasing its budget in this area.

Councillor Paul Klensch (LSAP) says that most of the arguments put forward are relevant. He fears that the Commune’s image may suffer from not signing the Pact despite the significant work already undertaken in the field of environmental protection in Strassen. On the other hand, he criticises the certification system with points. He feels this is unnecessary, childish and reminiscent of school.

The “Nature Pact” agreement was approved by the majority, with four abstentions from Martine Dieschburg-Nickels, Léandre Kandel, Laurent Glesener and Victoria El Khoury.

## **7. Approval of a rental lease.**

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the Commune intends to rent an apartment to a young family from Reckange-sur-Mess whose house was damaged by the recent floods. They must leave their home for several months while it is repaired. The family did not find alternative housing and the Commune has proposed this solution.

Councillor Laurent Glesener (DP) draws the attention of the College of Aldermen to some wording in the contract which should be amended. Councillor François Gleis (CSV) welcomes the fact that the Commune is showing solidarity with a family in need.

The agreement is approved unanimously.

## **8. Confirmation of temporary traffic regulations.**

The Communal Council is called upon to confirm several temporary traffic regulations concerning construction sites on the Route d’Arlon, Rue du Bois, Rue du Kiem and Rue des Romains.

The temporary traffic regulations are approved unanimously.

### **9. Appointments to local committees and intercommunal associations.**

The Communal Council is called upon to approve several appointments to local committees and intercommunal associations.

The College of Aldermen proposes replacing Luc Reisdorffer with Jens Stangier as Administrative Secretary and Technical Rapporteur for the Local Planning Committee.

The College of Aldermen proposes to appoint Luc Speltz as Deputy Secretary of the Buildings Committee.

Since an alternate member position representing the Communal Council on the Integration Committee is vacant, the Communal Council invites interested members of the Communal Council to come forward. Members Laurent Glesener (DP) and Claire Remmy (déi Gréng) apply.

Following the resignation of Betty Welter-Gaul (LSAP) from her position as representative of the Commune of Strassen to the SIGI intercommunal association, the Communal Council invites interested members of the Communal Council to submit their applications. A decision on the additional political leave to be granted will be taken at the same time. Councillor Paul Klensch (LSAP) applies.

The DP proposes to replace Salvador Fernandez with Yannick Huss as a member of the Schools Committee.

The DP proposes to replace Yannick Huss by Marc Schmit as a member of the Planning Committee.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) is elected as alternate member representing the Communal Council on the Integration Committee with 9 votes in favour, against 3 in favour of Laurent Glesener (DP).

Councillor Paul Klensch (LSAP) is unanimously elected as representative of the Commune of Strassen to the SIGI intercommunal association. The Communal

Council unanimously grants him 5 hours of political leave in connection with this post.

The Communal Council unanimously approves the other appointments and replacements.

### **10. Urban planning – Approval of the “Am Bëschelchen” Special Development Plan (PAP).**

The Communal Council is called upon to approve the “Am Bëschelchen” Special Development Plan, designed by the architectural and urban planning firm Beiler Francois Fritsch on behalf of Real Estate Strassen.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the PAP for the new neighbourhood must be built on the plot in Rue Thomas Edison, which is currently still occupied by the former headquarters of CREOS Luxembourg and by a car park. The project will eventually create 30,000 square metres of office space. The land is located in a special “Administration” area. The Mayor explains that, in this area, all housing is forbidden with the exception of porter’s dwellings. The land is located in a so-called “noise zone”. However, it does not concern buildings. An impact assessment is therefore not necessary. A compensation measure will be required in the form of planting eight high-stem trees due to the reduced biotope present on the plot.

The project will be carried out in two phases, with the existing 12,000 square metre building only being replaced at a later stage. Eventually, there will be 5 to 6 new buildings. The Mayor explains that the project includes a landscape concept involving the planting of indigenous species and the construction of storm basins. The Mayor regrets that the mobility concept is still mainly based on the use of private cars, although the plot is close to the future tram line. The buildings will be connected to the LuxEnergie cooling plant, which will be located on the neighbouring site. Photovoltaic panels on roofs and charging points for electric vehicles are also planned. There is also an acoustic concept to mitigate ambient noise through green spaces between buildings. The Special Development Plan (PAP) of 2.16 hectares was analysed by the assessment unit of the Commune, which found it to be compliant. 25.5 % of the land is transferred to the Commune.

At the request of Councillor Léandre Kandel (DP), the Mayor confirms that a road outside the plot would be transferred to the Commune for access to the cooling plant.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) notes that the text only provides for the possibility of installing photovoltaic panels. The Mayor explains that some buildings will be covered with panels, while others will have a green roof. The Mayor says that the project will have to be approved by the Buildings Committee and that building regulations require a specific surface for photovoltaic panels, without exception.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) regrets that the project plans to seal off a large area. The Mayor considers this to be in line with the regulations in force.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) says that the project risks further increasing traffic problems in the neighbourhood before the future Merl Boulevard and the extension of the LuxTram network can provide a solution to this problem. She also asks why the mobility concept foresees the creation of up to 600 parking spaces, whereas the building regulations only provide for a maximum of 500 spaces for such a surface. The Mayor explains that this figure is explicitly subject to the functions of the ground floors, which yet have to be determined. The Commune's regulations also prescribe a certain number of spaces for cafés or doctor's practices, amongst others.

The "Am Bëschelchen" PAP is approved unanimously.

## 11. Decision on the exercise of a right of pre-emption.

The College of Aldermen proposes to change the agenda by postponing this item to the end of the meeting, in order to discuss it in camera.

## 12. Any other business.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) asks what associations must do to be included on the list of associations and clubs subsidised by the Commune. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explains that associations must submit their request by post to the College of Aldermen. Mayor Nicolas Pundel

(CSV) explains that the Commune almost exclusively subsidises local sports or cultural clubs, especially because of the large number of associations of all types in Strassen. The Commune is therefore trying to subsidise only clubs which fully contribute to the citizens' social lives. Applications are therefore dealt with on a case-by-case basis. Betty Welter-Gaul (LSAP) adds that requests must be accompanied by a letter of motivation and by the statutes of the association. Councillor Victoria El Khoury (LSAP) says that this information should be made more readily available to the public.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) considers that the Commune should define specific criteria in this context.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) notes that the "Lion d'Or" restaurant is still open although the manager had apparently announced its closure by the end of December. She asks for details about the Commune's legal action against the manager. The Mayor explains that a decision at second and final instance is expected on 21 December. The Councillor asks whether the Commune is entitled to damages in this case. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explains that in principle, this is indeed the case.

Maryse Bestgen-Martin asks when the next second-hand market for children's clothing will be organised in Strassen. The Mayor explains that the next market will take place in March 2022.

Maryse Bestgen-Martin suggests that the Commune should be linked to the project "Klengschrëtt.lu" created by "Emweltberodung Lëtzebuerg", "Natur & Ëmwelt" and "Youth for Climate". It is a free awareness-raising project offering individuals a multitude of simple, small-scale activities to promote good environmental practices. The Mayor promises that the College of Aldermen will enquire about the project.

Councillor Léandre Kandel (CSV) explains that the blessing of tombstones on All Saints' Day was disrupted by people in the playground next to the cemetery. He believes that the area should be closed off on that day. The College of Aldermen promises to seek a solution.

Councillor Paul Klensch (LSAP) says that there was a similar problem on National Memorial Day on 10 October 2021. In this case, it was caused by traffic. He was of the opinion that the Place des Martyrs should be temporarily closed for the duration of the ceremony.

Laurent Glesener (DP) feels that the morgue in the cemetery no longer really meets the requirements of the ceremonies held there and that the Commune should consider replacing it. The Mayor explains that the Commune is indeed studying such a project with the architect who drew up the new football complex. The project would provide for a modern and larger construction in the same place.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asks for details about the organisation of this year's Saint Nicolas party. The Mayor explains that the visit of Saint Nicolas to the Barblé cultural centre cannot take place due to the pandemic. Children will receive their gifts at school. Martine Dieschburg-Nickels explains that she had received complaints from the neighbours of a new

restaurant on Route d'Arlon because of very loud music in the evenings. The Mayor explains that the normal noise legislation applies in this case. He says that the Commune cannot do much and that neighbours should contact the police directly in case of problems.

In the context of the Saint Nicolas party, Councillor Claire Remmy (déi Gréng) draws the Council's attention to the controversy caused by the "Zwarte Piet" in the Netherlands. She believes that the character of the "Houseker" is similar and she wants the opinion of the College of Alderman on this matter. The Mayor thinks that there is no such controversy about the "Houseker", because it is quite different from the "Zwarte Piet". Moreover, it does not traditionally represent a black person.

### **13. Staff matters (in camera):**

- a. Decision on an application for the extension of an internship.**
- b. Decision on a request for resignation.**



# Gemeinderatssitzung vom 8. Dezember 2021

## TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 06.10.2021 und vom 20.10.2021.**
2. **Vorstellung des Zeitplanes der Gemeinderatssitzungen für das Jahr 2022.**
3. **Vorstellung des berechtigten Haushaltsentwurfes 2021 und des Haushaltsentwurfes 2022.**
4. **Genehmigung eines Abkommens mit dem Naturschutzsyndikat SICONA.**
5. **Bestätigung des vorübergehenden Verkehrsreglements.**
6. **Genehmigung einer notariellen Urkunde.**
7. **Genehmigung des Budgets des Sozialamtes für das Jahr 2022.**
8. **Beschluss im Rahmen der Ausübung des Vorkaufsrechtes.**
9. **Ernennungen und Rücktritte in lokalen Kommissionen.**
10. **Stadtplanung:  
Beschluss über die Parzellierung eines Grundstückes.**
11. **Genehmigung eines Verkaufsvorvertrages.**
12. **Verschiedenes.**
13. **Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):**
  - a. **Beschluss über eine Änderung der Gruppe.**

## ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister, per Videokonferenz; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe.

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP), per Videokonferenz; Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglied, per Videokonferenz. Sekretär: Christian Muller.

## ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Jean-Marie Durrer (CSV); Marc Fischer (DP), Gemeinderatsmitglieder, kann nicht der kompletten Sitzung beiwohnen.

## 1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 06.10.2021 und vom 20.10.2021.**

Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, die Protokolle der Sitzungen vom 06.10.2021 und vom 20.10.2021 zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) beantwortet eine Frage des Gemeinderatsmitgliedes Martine Dieschburg-Nickels (DP) das Protokoll des 20.10.21 betreffend.

Die Protokolle werden ohne weitere Bemerkungen genehmigt.

## 2. **Vorstellung des Zeitplanes der Gemeinderatssitzungen für das Jahr 2022.**

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erläutert einige Details zum Zeitplan der Gemeinderatssitzungen für das Jahr 2022.

## 3. **Vorstellung des berechtigten Haushaltsentwurfes 2021 und des Haushaltsentwurfes 2022.**

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) beginnt mit der Vorstellung des berechtigten Haushaltsentwurfes 2021 und des Haushaltsentwurfes 2022. Den berechtigten Haushaltsentwurf 2021 betreffend, belaufen sich die Grundsteuereinnahmen auf 1.038.171 Euro. Für 2022 werden diese Einnahmen auf 1.100.000 Euro geschätzt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer liegen mit 5.143.491 Euro über der erwarteten Summe - dieselbe Summe wird für 2022 erwartet. Die Summe der Einnahmen aus beiden Steuern beläuft sich also auf 6.181.661 Euro. Für 2022 wird die Summe auf 6.243.491 Euro geschätzt.

Die Einnahmen aus dem Fonds für die globale Ausstattung der Gemeinden (FDGC) belaufen sich auf 29.817.021 Euro für den berechtigten Haushalt 2021. Die Schätzungen für 2022 belaufen sich auf 30.978.723 Euro. Die Summe aus beiden Steuern und der Gemeindefinanzierung belaufen sich also auf 35.998.684 Euro für 2021, also weit über den erwarteten 33.445.905 Euro. Dieselbe Summe wird auf 37.222.214 Euro für den Haushalt 2022 geschätzt. Der Bürgermeister Nicolas

Pundel (CSV) begrüßt, dass diese Einnahmen über den Erwartungen blieben und dass sie nicht negativ von der Pandemie beeinflusst wurden. Diese Summe wird noch einmal erhöht durch eine Auszahlung im Rahmen des Pacte Logement 1.0 in Höhe von 850.941 Euro. Die Summe der Haupteinnahmen des berichtigten Haushaltes 2021 beziffern sich also auf 36.849.625 Euro, statt auf die zunächst geplanten 34.296.846 Euro. 2022 sollte diese Summe 37.222.214 Euro erreichen.

Rechnet man nun alle weiteren Einnahmen der Gemeinde hinzu, beträgt die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen 43.044.903 Euro im Jahr 2021 statt der geplanten 40.324.676 Euro, liegt also 2.061.040 Euro über der zunächst geplanten Summe. Eine weitere Erhöhung von 1.199.170 Euro ist im Haushaltsentwurf 2022 vorgesehen, dessen Gesamtsumme 44.244.073 Euro betragen sollte.

Der Bürgermeister erläutert anschließend die hauptsächlichen ordentlichen Ausgaben und beginnt mit der Beteiligung an den kommunalen Zweckverbänden. Der Anteil für das Schwimmsportzentrum „Les Thermes“, welcher zunächst mit 1.695.500 Euro vorgesehen war, wurde 2021 überstiegen und betrug somit 2.401.500 Euro. Laut Nicolas Pundel ist dies auf die Verluste im Rahmen der Pandemie zurückzuführen aber auch auf nötige Reparaturarbeiten. Für 2022 beziffern sich die geplanten Ausgaben auf 1.546.000 Euro. Der Bürgermeister betont, dass diese Prognose auf der Hoffnung basiert, dass sich die Einnahmen wieder im Laufe des Folgejahres nach Krisenende normalisieren.

2021 entsprachen die Ausgaben des kommunalen Zweckverbandes für IT (SIGI) exakt den geplanten 310.380 Euro. Diese Summe sollte sich 2022 auf 349.180 Euro belaufen. Die Ausgaben des kommunalen Zweckverbandes für Wasserversorgung der Region Zentrum (SEC) betrug 2021 wie 2022 700.000 Euro für den Ankauf von Trinkwasser bei der SEBES. Für das Naturschutzsyndikat SICONA beliefen sich die Ausgaben auf die geplanten 98.188 Euro. Dieser Posten wird 2022 erhöht und kommt auf eine Summe von 160.264 Euro. Der Bürgermeister erklärt diese Erhöhung durch die Tatsache, dass der Staat das Finanzierungssystem verändert hat. Die Gemeinde wird so zunächst in Vorkasse gehen müssen, um dann später eine Erstattung der Summe zu erhalten.

Die Ausgaben für den kommunalen Zweckverband zur Müllentsorgung SIDOR entsprechen genau den 2021 geplanten 280.000 Euro. Diese Summe wird sich 2022 nicht verändern. Die Ausgaben für den kommunalen Zweckverband SYVICOL für das Jahr 2021 entsprechen ebenfalls den geplanten 14.832 Euro. Die geplante Summe für 2022 liegt bei 20.498 Euro. Die vorgesehene Summe für den kommunalen Zweckverband zur Errichtung, Unterhaltung und Betreibung eines interkommunalen Krematoriums (SECEC) belaufen sich auf 1.235 Euro statt der 2021 geplanten 900 Euro. Dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen.

Nicolas Pundel führt anschließend weitere gewöhnliche Ausgaben der Gemeinde auf. Die Ausgaben für die politischen Gremien beliefen sich exakt auf die 2021 geplanten 100.999 Euro. Eine leichte Erhöhung auf 102.561 Euro ist für 2022 vorgesehen. Die beratenden Kommissionen kosteten 2021 65.000 Euro, dieselbe Summe wird für 2022 erwartet. Mit 127.000 Euro haben die Ausgaben für Rechtskosten nicht die 2021 geplanten 185.741 Euro erreicht. 2022 sind 132.000 Euro vorgesehen. Die Kosten für den Datenschutzbeauftragten und Verantwortlichen zur Einhaltung der DSGVO beliefen sich 2021 auf 12.300 Euro, dieselbe Summe ist für 2022 geplant. Die Gemeinde plant 10.000 Euro des Haushaltes 2022 für die strukturelle Analyse und die Prüfung der Gemeindeverwaltung ein.

Die Ausgaben für Immobilien- und Haftpflichtversicherungen haben 2021 eine Summe von 88.000 Euro erreicht und bleiben unter den zunächst geplanten 101.000 Euro. Für 2022 sind für diesen Posten 95.000 Euro vorgesehen. Die geplante Summe von 173.000 Euro für Versandkosten und Telekommunikation wurde 2021 komplett aufgebraucht, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Die Kosten für IT-Hardware, Software und Kopiergeräte beliefen sich auf 376.800 Euro, statt der geplanten 429.927 Euro. Dieser Posten ist vorläufig mit 384.950 Euro für 2022 vorgesehen. Die geplante Summe von 44.500 Euro für das kabellose Netzwerk „Hot City“ wurde im Jahr 2021 komplett genutzt und wird für 2022 auf 50.500 Euro erhöht. Die Webseite der Gemeinde hat 2021 47.000 Euro gekostet. Die Kosten werden sich 2022 auf 60.000 Euro belaufen aufgrund eines technischen Updates. Die 2021 geplanten 25.000 Euro für Zeitungsanzeigen wurden komplett aufgebraucht, dieselbe Summe ist für

nächstes Jahr vorgesehen. Die geplanten Ausgaben für die Anschaffung digitaler Anzeigetafeln belaufen sich 2021 auf 75.000 Euro der geplanten 100.000 Euro. 2022 sind ebenfalls 75.000 Euro für diesen Posten vorgesehen. Der Bürgermeister erläutert, dass zwei Anzeigetafeln bestellt wurden, um in der Nähe des Gemeindehauses aufgestellt zu werden. Zwei weitere Tafeln sind für die Route d'Arlon vorgesehen, konnten aber noch nicht bestellt werden, da eine Erlaubnis der Straßenbauverwaltung noch ausbleibt. Vom vorgesehenen Budget von 142.000 Euro zur Öffentlichkeitsinformation wurden 2021 lediglich 70.000 Euro ausgegeben. Dieser Posten ist vorläufig auf 170.000 Euro für 2022 festgelegt. 2021 kostete das kommunale soziale Netzwerk „Hoplr“ 9.000 Euro, dieselbe Summe ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Das Budget für die kommunalen Ordnungshüter wurde 2021 leicht überschritten, da statt der geplanten 483.704 Euro eine Summe von 485.098 Euro ausgegeben wurde. Für 2022 ist dieser Posten vorläufig auf 492.835 Euro festgelegt. Der Bürgermeister erklärt, dass einer der vier Ordnungshüter ausgeschieden ist. Die Gemeinde wartet auf das neue Gesetz bezüglich der Kompetenzen der kommunalen Ordnungshüter bevor ein neuer Mitarbeiter eingestellt wird. Die Einnahmen des Dienstes sind leicht zurückgegangen gegenüber der Prognosen und haben 144.600 statt 156.300 Euro erreicht.

Der Feuerwehr- und Rettungsdienst für welchen 2021 413.665 Euro geplant waren, hat schlussendlich 421.084 Euro gekostet. Dieser Posten wird 2022 auf 516.940 Euro erhöht. Die Einnahmen von 27.813 Euro beziehen sich auf die Miete des Gebäudes der CGDIS, welches der Gemeinde gehört.

Der Bürgermeister Nicolas Pundeler erläutert anschließend die Ausgaben im Bereich des Sozialschutzes. Mit 209.075 Euro hat das Sozialamt die 2021 geplanten 200.520 Euro leicht überschritten. 2022 wird dieser Posten auf 210.475 Euro erhöht. Der Bürgermeister bewertet dieses Budget als relativ bescheiden gegenüber der exzellenten Arbeit, die das Sozialamt leiste. Die Teuerungszulage „Aide à la vie chère“ belief sich 2021 auf 92.000 Euro und wird 2022 100.000 Euro erreichen. Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Gemeinde dazu entschlossen hat, ihren Anteil dieser

Zulage von 25 auf 30% zu steigern aufgrund der Krise, welche diese Erhöhung zugrunde liegt. 2021 kostete der Mietzuschlag 80.000 Euro, dieselbe Summe ist für 2022 geplant. Die Summe für das CIGL erhöht sich von 100.000 Euro im Jahr 2021 auf 200.000 Euro für das Jahr 2022. Die kommunale Strategie für Menschen mit Behinderung stand im Jahr 2021 kein Budget zur Verfügung, eine Summe von 25.000 Euro ist aber für 2022 vorgesehen. Ein Absatz betrifft die staatlichen Beihilfen des Beschäftigungsfonds in Höhe von 20.356 Euro im Jahr 2021 sowie dieselbe Summe für das Jahr 2022. Die Ausgaben für Spenden an NGOs, Vereine und humanitäre Zuwendungen, welche sich 2021 auf 75.000 Euro beliefen, sind 2022 auf 50.000 Euro festgelegt. Die Ausgaben für integrationsfördernde Maßnahmen betragen 333.974 Euro statt der 2021 geplanten 402.974 Euro. Für das Jahr 2022 steigt dieser Posten auf 403.845 Euro. Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Gemeinde dieses Jahr ihre Integrations-Charta geschaffen hat und dass zahlreiche Projekte derzeit durchgeführt werden.

Was die ordentlichen Ausgaben für Jugendliche und Kinder betrifft, beläuft sich der Posten für die Kinderkrippe und Kindertagesstätte „Pescher“ und „WibbeldeWapp“ 2021 auf 748.851 Euro, von denen 675.750 Euro ausgegeben wurden. 2022 beläuft sich dieser Posten auf 822.437 Euro. Der Bürgermeister erläutert, dass sich die Veränderungen dieses Postens auf die Personalkosten beziehen. Für die Maison relais wurden 2.356.700 Euro der 2021 geplanten 2.387.900 Euro ausgegeben. Dieser Posten wird auf 2.429.000 Euro im nächsten Jahr erhöht. Die ordentlichen Einnahmen der Maison relais belaufen sich auf 1.024.000 im berichtigten Haushalt 2021 und im Haushaltsentwurf 2022 auf 1.027.800 Euro. Die Ausgaben für den Fachbereich Kinder und Jugendliche und das Jugendzentrum, die auf 172.830 Euro geschätzt wurden, belaufen sich auf 134.330 Euro im Jahr 2021. Dieser Posten wird 2022 auf 200.430 Euro erhöht. 175.000 Euro sind im Jahr 2022 für die Aktivitäten des neuen Verantwortlichen des Fachbereiches Kinder und Jugendliche Ben Boulanger vorgesehen. Im Jahr 2021 wurden für die Aktivitäten während der Schulferien 30.000 der geplanten 40.000 Euro ausgegeben. Hier sind wieder 40.000 Euro geplant. 2021 haben die Studentenjobs 46.000 Euro gekostet, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Die 110.000 Euro

für den Posten Prämie für schulischen Erfolg wurden 2021 komplett genutzt, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen.

Der Bürgermeister Nicolas Pundel kommt zu den Ausgaben für die älteren Mitbürger. 2021 waren für die kommunale Seniorenstrategie 25.00 Euro eingeplant, wurden aber nicht genutzt. Dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen und der Bürgermeister bestätigt, dass ein Auftrag an den Verein Centre d'Étude et de Formation Interculturelles et Sociales asbl (CEFIS) erteilt wurde, um eine demographische Studie der betroffenen Population durchzuführen. Diese Studie wird dann zur Grundlage der Strategie. Die Ausgaben für den Seniorenclub beliefen sich im berechtigten Haushalt 2021 auf 276.000 Euro, 2022 sind 273.000 Euro geplant. Der Bürgermeister freut sich sehr darüber, dass der Seniorenclub seine Tätigkeit trotz der Pandemie wiederaufnehmen konnte und erwähnt, dass eine neue Mitarbeiterin im Club eingestellt wurde. Er betont ebenfalls, dass der Club Einnahmen erwirtschaftete, die einen großen Teil seiner Kosten decken. Der Start des Projektes „Super Senior“ kostete 2021 17.380 Euro, die laufenden Kosten für das Projekt im Jahr 2022 belaufen sich auf 9.000 Euro. Der Bürgermeister erwähnt, dass er in nächster Zeit die Teilnehmerzahl am Projekt ankündigen wird. Das Centre Riedgen hat das Budget 2021 von 313.666 Euro komplett genutzt, für 2022 sind 397.000 Euro vorgesehen. Der Bürgermeister erklärt die Erhöhung des Budgets mit der gestiegenen Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden des Pflegepersonals, diese Erhöhung wurde im Rahmen der Pandemie nötig. 11.000 Euro wurden für die Weihnachtsfeier der Senioren geplant, die Feier konnte aber aufgrund der sanitären Lage nicht stattfinden. 12.000 Euro sind für 2022 vorgesehen, sofern es die sanitäre Lage erlaubt. Das Budget des Service „Essen auf Rädern“ bleibt 2022 auf demselben Niveau mit Ausgaben in Höhe von 142.850 Euro sowie Einnahmen in Höhe von 78.000 Euro. Der Bürgermeister meint, dass die entsprechende Abgabe in nächster Zeit erhöht werden muss, da sich die Ausgaben für diese Dienstleistungen durch die Pandemie allgemein erhöht haben.

Der Bürgermeister erläutert anschließend die ordentlichen Ausgaben für Sport und Vereine. 40.500 Euro der geplanten 44.700 Euro wurden 2021

ausgegeben für Aktivitäten im Bereich Sport und Freizeit. Der Bürgermeister erklärt, dass dieser Posten 2022 auf 71.700 Euro erhöht wird, denn diese Aktivitäten erfreuten sich immer größerer Beliebtheit während der Pandemie. Aus diesem Grund hat der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) die Anzahl der angebotenen Aktivitäten erhöht. 161.500 Euro der geplanten 185.443 Euro wurden 2021 für die Instandhaltung der Sportplätze ausgegeben, 2022 sind 185.500 Euro vorgesehen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde gerade prüft, ob diese Summe verringert werden kann, da der alte Fußballplatz in vier Jahren ersetzt werden sollte. Die Sporthallen kosteten 509.650 Euro statt der 2021 geplanten 593.015 Euro. Dieser Posten wird 2022 auf 585.650 Euro erhöht. Die Erlöse aus der staatlichen Subvention für Sportinfrastruktur verringern sich 2022 von 409.400 auf 223.900 Euro. Die Ausgaben für Förderungen und die Betreuung von Vereinen bezifferte sich 2021 auf 306.000 Euro, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Der Bürgermeister kündigt an, dass die Finanzkommission einen Vorschlag ausgearbeitet hat, um den Verteilungsschlüssel der Subventionen neu zu berechnen. Dieser neue Verteilungsschlüssel wird dem Gemeinderat demnächst vorgestellt. Das Clubhaus der Pfadfinder kostete 2021 vor allem aufgrund der Renovierungsarbeiten der Sanitäreanlagen und der Küche 406.600 Euro. 2022 gehen die Kosten wieder auf das normale Niveau von 36.600 Euro zurück.

Bezüglich der ordentlichen Ausgaben für Kultur und Events wurden 110.000 Euro der für 2021 geplanten 150.000 Euro für Kommunikation ausgegeben. 2022 sind ebenfalls 150.000 Euro vorgesehen. Der Bürgermeister erläutert, dass dieser Posten die Aktivitäten des Kommunikationsdienstes der Gemeinde betrifft. Der Posten mit 30.000 Euro für die Kirmes wurde 2021 vollständig genutzt und bleibt auf demselben Niveau im Jahr 2022. Von den 2021 geplanten 25.000 Euro für das Event „Stroossen wibbelt & Spill mat“ wurden lediglich 8.600 Euro 2021 genutzt, da das Event aufgrund der Pandemie umgeplant werden musste. 2022 sind 20.000 Euro geplant, um ein ähnliches Event zu veranstalten. Die Ausstellung „100 Joer Lëtzebuurger Konscht“ kostete 87.000 Euro. Der Bürgermeister betont, dass diese Ausstellung während der Pandemie einer der Höhepunkte des Luxemburger Kulturlebens war. Ein weiteres großes Kultur-Event wird für 2022 geplant in Form einer Biennale der zeitgenössischen

Kunst in Strassen, für welche 65.000 Euro vorgesehen sind. Der Budgetposten für das „Stroossefestival“ beläuft sich auf 250.000 Euro, welche komplett genutzt wurden. Der Bürgermeister begrüßt die Tatsache, dass dieses Event trotz der sanitären Einschränkungen stattfinden konnte. Jedoch konnte die Aktion „Kufika“ und Kunst in der Schule nicht stattfinden aufgrund der Pandemie. Ein identischer Budgetposten von 15.000 Euro findet sich wieder im Haushalt 2022. Der Weihnachtsmarkt kostete 125.000 Euro statt der 2021 geplanten 100.000 Euro, die Mehrkosten sind auf die Sanitärmaßnahmen zurückzuführen. 125.000 Euro sind auch für 2022 geplant. Der mit 90.000 Euro bezifferte Budgetposten für öffentliche Feste und Konzerte wurde 2021 vollständig ausgegeben. 2022 sind 120.000 Euro vorgesehen, auch hier ist die Pandemie der Grund für die Steigerung. Die Summe der Ausgaben im Bereich öffentliche Feste beläuft sich somit auf 826.900 Euro statt auf die 2021 geplanten 909.407 Euro. 2022 beträgt diese Summe 820.800 Euro.

Nicolas Pundel spricht anschließend von den ordentlichen Ausgaben im Bereich Natur, Klima und Energie. 286.468 Euro der 2021 geplanten 343.200 Euro wurden für Forstwirtschaft ausgegeben. 389.250 Euro sind für 2022 vorgesehen. Lediglich 40.000 Euro der geplanten 100.000 Euro für Pflanzungen konnten 2021 genutzt werden. 100.000 Euro sind ebenfalls für 2022 geplant. 2021 kostete das Heizkraftwerk 565.000 Euro, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Die für die Ökoprämie im Bereich Elektromobilität vorgesehenen 75.000 Euro wurden 2021 vollständig genutzt und dieselbe Summe ist für das nächste Jahr vorgesehen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass 120 Anträge für Elektrofahrräder und 23 Anträge für Autos mit Elektroantrieb gestellt wurden. 70.000 Euro wurden 2021 darauf verwendet ein Energiekonzept auszuarbeiten, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Nur 5.000 Euro wurden 2021 zur energetischen Sanierung von Gebäuden genutzt statt der geplanten 100.000 Euro. Dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen.

Der Bürgermeister stellt anschließend die ordentlichen Ausgaben im Rahmen der verschiedenen Pakte vor, an denen sich die Gemeinde beteiligt. 2021 kostete der Klimapakt 30.000 Euro, dieselbe Summe ist für 2022 geplant. Der Bürgermeister betont, dass die Gemeinden für Ausgaben im Rahmen dieser Pakte in Vorkasse

gehen, bevor sie vom Staat eine Rückerstattung erhalten. Die Höhe dieses Transfers beträgt 150.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022. Die 2021 geplanten 15.000 Euro für das „Klimateam“ wurden nicht genutzt trotz der zahlreichen Aktivitäten des Teams. Dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. 30.000 Euro sind 2022 für den Klimapakt und den Pacte Logement 2.0 vorgesehen.

Im Bereich der Ausgaben für öffentliche Plätze und Straßen wurden die 2021 geplanten 543.000 Euro für Spielplätze, Stadtmöbel und Ausstattungen rund um das Fahrrad vollständig ausgegeben. Dieser Budgetposten bleibt 2022 gleich. 2021 wurden 70.000 Euro für Mobilitätsstudien ausgegeben, diese Summe bleibt 2022 gleich. Von den 2021 geplanten 351.400 Euro für die Wartung der Straßen wurden nur 191.400 Euro genutzt. Für das Jahr 2022 sind ebenfalls 351.400 Euro vorgesehen. 290.100 Euro der 2021 geplanten 346.100 Euro wurden für die Instandhaltung der Parks genutzt, nächstes Jahr sind 390.100 Euro vorgesehen. Der kommunale Friedhof kostete 144.635 Euro statt der 2021 vorgesehenen 407.300 Euro. Der Grund für diese Differenz liegt in den Arbeiten, die aufgrund der Pandemie nicht durchgeführt werden konnten. 307.635 Euro sind also für 2022 vorgesehen. Die öffentliche Beleuchtung kostete 255.000 Euro statt der 2021 vorgesehenen 310.000 Euro. Dieselbe Summe von 310.000 Euro ist für 2022 geplant.

Der Bürgermeister erläutert anschließend die Ausgaben für den technischen Dienst. 2021 wurden 143.691 Euro für den Ankauf von Fahrzeugen ausgegeben. Diese Summe wird 2022 auf 140.000 fixiert. Der Bürgermeister betont, dass die Gemeinde so sehr wie möglich versucht alte Fahrzeuge durch elektrische Fahrzeuge zu ersetzen. 37.000 Euro wurden für Kraftstoff ausgegeben, 80.000 Euro für die Wartung und Reparatur der Fahrzeuge und 22.000 für die Versicherungen. All diese Posten werden 2022 gleich bleiben. Externe Unterstützung für den Dienst durch das Unternehmen Luxconsult kostete 100.000 Euro im Jahr 2021, dieser Posten wird für 2022 auf 130.000 Euro festgelegt. Die Gemeinde hat ebenfalls 30.000 der 2021 geplanten 40.000 Euro in die Honorare von Architekten und Städteplanern investiert. Für 2022 wird dieser Posten auf 60.000 Euro geschätzt. Die Software „Trigis“, welche der technische Dienst nutzt, kostet jährlich 51.000

Euro. 40.000 Euro wurden 2021 für Weiterbildungen ausgegeben. Diese Summe wird für 2022 auf 35.100 Euro festgesetzt.

Zu den ordentlichen Kosten im Bereich der Abfallentsorgung erklärt der Bürgermeister, dass die 2021 existierenden Summen für 2022 übernommen werden. Er verkündet, dass die neue Regelung der Abfallsteuer bei der nächsten Gemeinderatssitzung erläutert wird. Das Entleeren der Abfallbehälter kostete 660.500 Euro. Die Einnahmen aus der Abfallsteuer belaufen sich auf 788.000 Euro. Der Kauf neuer Müllbehälter kostete 100.000 Euro im Jahr 2021. Diese Summe erhöht sich auf 200.000 Euro im Jahr 2022, da ein neuer Glasabfalleimer eingeführt werden soll. Die Beteiligung an der Biogasanlage „Naturgas Kielen“ betrug 60.100 Euro und die für die Müllverbrennungsanlage Sidor belief sich auf 280.000 Euro. Die Gesamtkosten im Bereich Abfallentsorgung beliefen sich also 2021 auf 1.280.000 Euro und auf 1.360.000 Euro im Jahr 2022.

Bezüglich der Ausgaben für die Instandhaltung des Abwassernetzes wurden 65.000 Euro von den 2021 geplanten 140.000 Euro genutzt. 140.000 Euro sind ebenfalls für 2022 vorgesehen. Die Aufwendungen für die Abwasseraufbereitung durch STEP Luxemburg belaufen sich auf 1.200.000 Euro im Jahr 2021 und 700.000 im Jahr 2022. Die Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben für die Abwasseraufbereitung belaufen sich also auf 949.840 Euro im Jahr 2022, die ordentlichen Einnahmen auf 1.100.200 Euro. Die Instandhaltung des Beckens und des Trinkwassernetzes werden sich 2022 auf 409.500 Euro belaufen und die Kosten für die Beschaffung von Trinkwasser bei SEBES auf 850.000 Euro. Die Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben für Trinkwasser beläuft sich also auf 1.107.500 Euro für das Jahr 2022, die ordentlichen Einnahmen auf 1.008.500 Euro.

Der Bürgermeister kommt dann zu den Ausgaben im Bereich des kommunalen Wohnraumes und des medizinischen Zentrums. Für Wohnraum zu Marktpreisen wurden 120.600 Euro ausgegeben im Jahr 2021. Für das Jahr 2022 wird dieser Posten mit 106.600 Euro beziffert. Wohnraum zu reduzierten Preisen kostete 307.717 Euro im Jahr 2021, eine Summe von 331.717 Euro ist für das Jahr 2022

vorgesehen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Kosten vor allem mit der Instandhaltung zusammenhängen. Das medizinische Zentrum kostete 67.100 Euro im Jahr 2021, 106.600 Euro sind für nächstes Jahr eingeplant. 2022 betragen die Kosten für die technische Verwaltung 50.000 Euro.

Die Ausgaben im Bereich Transport betreffend, steigen die Beteiligungskosten am CFL Flex-Netz von 32.656 Euro im Jahr 2021 auf 46.000 Euro im Jahr 2022 durch die Erweiterung des Flex-Angebotes mit zusätzlichen Fahrzeugen. Das Netz an Leihfahrrädern „Vel’OH“ kostete 70.000 Euro im Jahr 2021, 200.000 Euro sind für 2022 vorgesehen, ebenfalls aufgrund einer Erweiterung des Netzes. 100.000 Euro sind für die Bushaltestellen vorgesehen, sowohl 2021 wie 2022. Der Budgetposten für elektrische Ladesäulen in Höhe von 27.000 Euro wurde 2021 nicht genutzt, dieselbe Summe ist also für 2022 vorgesehen. 90.000 der geplanten 100.000 Euro wurden 2021 für den elektrischen Bus ausgegeben, 90.000 Euro sind ebenfalls für 2022 geplant. Die Höhe der Beteiligung an den Netzen „Late night“, „Night Rider“ und „Rollibus“ bleibt unverändert bei 22.000 Euro im Jahr 2022. Der Budgetposten für die drei Schulbusse bleibt ebenfalls gleich, also bei 310.000 Euro.

Nicolas Pundel erläutert anschließend die ordentlichen Ausgaben für die öffentlichen Gebäude. 51.600 Euro sind 2022 geplant für kleinere Renovierungsarbeiten in der Brauerei „Lion d’Or“. Umfassendere Arbeiten sind im Zentrum Barblé vorgesehen und der entsprechende Budgetposten ist auf 538.600 Euro im Jahr 2022 festgelegt. Die Gebäude des Pfarrvereins (Œuvre paroissiale) werden 19.700 Euro kosten im Jahr 2022. Es sind 100.000 Euro für Malerarbeiten im Innenraum der Kirche vorgesehen. Die Kosten für die Arbeiten zur Normeinhaltung und Sicherung der kommunalen Gebäude belaufen sich auf 600.000 Euro und auf 400.000 für das Jahr 2022.

Im Bereich Bildung kostet der Unterhalt der Schulgebäude 306.000, 375.000 und 210.100 Euro, jeweils für die Früherziehung, die Vorschulbildung und die Grundschulbildung. 621.600 Euro sind für didaktische Materialien vorgesehen und die Betriebskosten. Dem schulischen Projekt der UNESCO werden 2022 30.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die

20.000 Euro, welche dem „Klimateam“ zur Verfügung gestellt wurden, wurden 2021 nicht genutzt, da der Staat eine Ausstellung zum Thema „Gegen die Verschwendung“ vollständig finanziert hat. Für die Ski-Klassenfahrten in Steinach wird, wie schon die Jahre zuvor, eine Summe in Höhe von 40.000 Euro für 2022 geplant. Die ordentlichen Ausgaben für den Bereich Bildung belaufen sich also auf 1.879.895 Euro im berichtigten Haushalt 2021 und auf 2.113.077 Euro im Haushaltsentwurf 2022.

Die Ausgaben für die musische Bildung im Rahmen der „Museksschoul am Westen“ belaufen sich auf 510.000 Euro im Jahr 2021 und auf 599.669 Euro im Jahr 2022. Der Bürgermeister erklärt, dass die entsprechenden Einnahmen zwischen 30 und 40% der Kosten darstellen. Die Abendkurse sind 2022 mit 210.000 Euro vorgesehen.

Der Bürgermeister beendet die Vorstellung der ordentlichen Ausgaben mit dem Rücklagenfonds, der 2021 mit 3.867.474 Euro ausgestattet war.

Unter den außerordentlichen Einnahmen erwähnt der Bürgermeister die 850.941 Euro des Pacte Logement 1.0 im Jahr 2021 sowie die staatlichen Subventionen von 530.500 Euro für die Karatehalle und 2.079.500 Euro für die Renovierung der Mehrzwecksporthalle.

Im Anschluss kommt Nicolas Pundel zu den außerordentlichen Projektausgaben. 100.000 Euro sind 2022 vorgesehen für die Entwicklung eines städtebaulichen Projektes „Stroossen 2030“. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich hierbei um die Kosten für Studien des Büros Luxplan handelt. 400.000 Euro sind 2022 für die Gestaltung des Rathauses vorgesehen. Der Bürgermeister erklärt, dass Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen umgesetzt werden und dass das Projekt bald dem Gemeinderat vorgestellt werden wird. 300.000 Euro sind ebenfalls 2022 vorgesehen für Renovierungsarbeiten am Centre Riedgen. Ein Anlaufkredit in Höhe von 100.000 Euro für die Ausarbeitung eines Projektes zum Bau eines neuen integrierten Altenwohnheimes (CIPA) ist ebenfalls 2022 verfügbar. Beträge von 150.000 Euro und 120.000 Euro sind im Jahr 2022 für die neue Maison relais, beziehungsweise für die neue Schule vorgesehen. Nicolas Pundel erklärt, dass die Gemeinde gerade nach

einem Architekten suche und dass die Diskussionen rund um diese Projekte bald beginnen können.

2022 sind 500.000 Euro vorgesehen für den Umbau der Maison Feltgen in ein Jugendhaus. 150.000 Euro sind ebenfalls vorgesehen für den Umbau der Maison Kohnen, die das kommunale Haus der Solidarität beherbergen wird. 808.500 Euro sind 2022 vorgesehen für das Projekt der neuen Pumpstation in Helfent, welches schon zur letzten Gemeinderatssitzung vorgestellt wurde. 650.000 Euro sind ebenfalls vorgesehen für die Erweiterung der Kläranlage in Beggen. 200.000 Euro sind vorgesehen für den Aufbau von Solarpanels. Der Bürgermeister erklärt, dass dieses letzte Projekt nicht im Jahr 2021 umgesetzt werden konnte und dass es also ins nächste Jahr verschoben wird. Die Panels sollen auf der neuen Schule aufgebaut werden. Weitere Standorte werden ebenfalls in Betracht gezogen.

Der Budgetposten zur unterirdischen Verlegung der Hochspannungsleitung Sotel wurde 2021 nicht abgerufen, dieselbe Summe ist für 2022 vorgesehen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde immer noch auf den Verkauf der Grundstücke wartet. 500.000 Euro sind 2022 vorgesehen für das Projekt „tiny houses“. Der Bürgermeister ist sich sicher, dass die Gemeinde bald ein Grundstück finden wird, um dieses Projekt umzusetzen. 269.992 Euro wurden 2021 ausgegeben für die Errichtung eines Wohnhauses an der Adresse 38, Route d'Arlon, 1.000.000 Euro sind zusätzlich für 2022 vorgesehen. Der Bürgermeister erinnert noch einmal daran, dass dieses Wohnhaus Wohngemeinschaften aufnehmen wird. 2022 sind 450.000 Euro vorgesehen zur Errichtung einer Skateboard-Strecke neben dem Beach-Volleyball-Feld. 700.000 Euro sind vorgesehen zur Errichtung zweier öffentlicher Toiletten. Der Bürgermeister erläutert, dass die Toiletten in der Nähe der Kirche und in der Nähe des Beach-Volleyball-Feldes errichtet werden. 600.000 Euro sind vorgesehen zur Gestaltung des „Schoulgaard“ (Schulgarten) und des Unabhängigkeitsparks. Nicolas Pundel führt aus, dass der „Schoulgaard“ auf einem Grundstück neben der Sportmehrzweckhalle eingerichtet wird. 250.000 Euro sind für die Gestaltung der Fahrradwege vorgesehen. 300.000 Euro sind ebenfalls vorgesehen für die Renovierung der Brauerei „Lion d'Or“. Der Bürgermeister erklärt, dass die

nötigen Bauarbeiten mit dem neuen Geschäftsführer besprochen wurden.

7.000 Euro wurden 2021 für den Waldfriedhof ausgegeben, weitere 70.000 Euro sind für 2022 vorgesehen. Nicolas Pundel kündigt an, dass dieses Projekt wahrscheinlich verzögert wird, da das Umweltministerium eine Umweltverträglichkeitsprüfung fordern könnte. 40.000 Euro wurden bereits 2021 in die Errichtung einer neuen Leichenhalle auf dem Friedhof investiert, weitere 150.000 Euro sind für 2022 geplant. Nicolas Pundel kündigt an, dass dieses Projekt im Februar vorgestellt werden wird. 450.000 Euro wurden bereits 2021 ausgegeben für die Umgestaltung der Wohnsiedlung „Piisch“, zusätzlich sind 600.000 Euro für 2022 vorgesehen. 2021 kostete die Umgestaltung der Rue de Reckenthal 4.517.628 Euro, 3.580.000 Euro sind für 2022 vorgesehen. 2021 wurden 3.100.000 Euro in den Kauf bereits erbauter Gebäude investiert, 9.500.000 Euro sind für 2022 geplant. Der Bürgermeister kündigt an, dass der Ankauf mehrerer Grundstücke bald dem Gemeinderat vorgeschlagen würde. 4.581.747 Euro wurden ebenfalls 2021 ausgegeben für den Erwerb neuer PAP-Sozialwohnungen. Derselbe Budgetposten wird 2022 mit 368.738 Euro ausgestattet. 2021 hat das Bauprojekt eines neuen Fußballplatzes 150.000 Euro gekostet, für 2022 sind 2.500.000 Euro vorgesehen. 400.000 Euro sind ebenfalls 2022 vorgesehen für die Renovierung des bereits existierenden Kunstrasens des Fußballplatzes. Nicolas Pundel erklärt, dass der Kunstrasen abgenutzt sei und dass er ersetzt werden müsse.

Der Budgetposten zum Umbau der Apotheke wird für 2022 auf 100.000 Euro festgelegt. Der Bürgermeister erklärt, dass die Arbeiten einen neuen Eingang vorsehen sowie eine Vergrößerung der Lagerfläche der Apotheke. 492.838 Euro wurden für die Renovierung der Karatehalle, des Outdoor-Platzes und dem Zugang ab der Rue de Reckenthal ausgegeben. Zusätzlich sind 1.250.000 Euro vorgesehen für 2022. Weitere 250.000 Euro sind 2022 vorgesehen für die Gestaltung eines Outdoor-Fitnessplatzes im Park, unweit des Gemeindehauses.

Bürgermeister Nicolas Pundel kommt anschließend zum Punkt Personal und verweist darauf, dass dieser Punkt in der nächsten Gemeinderatssitzung

detaillierter behandeln wird. Die Gemeinde verfügt über 112,31 Vollzeitstellen im Jahr 2022, dies entspricht einem Personalaufwand von 10.042.895 Euro. Die Ausgaben für den Ersatz des Personals durch Privatfirmen betragen 1.200.000 Euro für 2021 und 1.000.000 Euro für 2022. Die Gesamtsumme für Personalausgaben erreicht also 38.000.800 Euro oder 26,4% der gewöhnlichen Ausgaben im Jahr 2022. Der Bürgermeister hält dies für eine angemessene Höhe.

Was den aktuellen Stand der Rücklagen und Kredite angeht, so ist der Rücklagenfonds derzeit mit 9.045.755 Euro ausgestattet. Weitere 3.867.474 Euro werden dem Fonds bis zum Ende des Jahres 2021 zugeführt. Der Fonds kommt so auf 12.923.233 Euro im Jahr 2022. Zusätzlich 7.646.453 Euro sind dank des Pacte Logement verfügbar, dem bis zum Ende des Jahres 2021 weitere 850.941 Euro zugeführt werden und so Ende 2022 eine Gesamtsumme von 8.497.398 Euro erreichen wird. Die Gesamtsumme der Rücklagen beziffert sich so auf 21.420.632 Euro zum 31. Dezember 2022.

930.004 Euro wurden vom Kredit über 6.875.411 Euro im Jahr 2021 zurückgezahlt, es bleibt für 2022 also eine Summe von 5.945.406 Euro. Der Bürgermeister bemerkt, dass die Gemeinde dementsprechend also ebenfalls ein Recht auf positive Zinsen in Höhe von 18.249 Euro im Jahr 2021 hat. Die Schulddlast der Gemeinde beläuft sich auf 577 Euro pro Kopf im Jahr 2022. Es besteht das Risiko, dass die Gemeinde ebenfalls negative Bankenzinsen in Höhe von 60.000 Euro auf ihr Girokonto zahlen muss. Nicolas Pundel glaubt, dass die Gemeinde versuchen wird dies zu verhindern, indem sie die betroffenen Gelder nutzt.

Der Bürgermeister schließt seine Präsentation mit einer Wiederholung der Kernzahlen des Budgets. In Bezug auf den berichtigten Haushalt 2021, erreichen die ordentlichen Einnahmen 43.044.903 Euro und die ordentlichen Ausgaben 39.082.963 Euro, also einen Überschuss des Haushaltsjahres von 3.961.939 Euro. Die Gesamtsumme der außergewöhnlichen Einnahmen beträgt 1.062.629 Euro und die Summe der außergewöhnlichen Ausgaben beläuft sich auf 17.473.638 Euro, also ein Fehlbetrag des Haushaltsjahres von 16.411.008 Euro. Der Überschuss des Jahres 2020 belief sich auf 36.445.775 Euro, der generelle



Überschuss auf 40.407.715 Euro. Nach Übertragung der ordentlichen auf die außergewöhnlichen Ein- und Ausgaben bleibt ein mutmaßlicher Überschuss von 23.996.706 Euro Ende 2021.

Im Rahmen des Haushaltsentwurfes 2022 liegen die gewöhnlichen Einnahmen bei 44.244.073 Euro und die ordentlichen Ausgaben 38.000.800 Euro also ein Überschuss des Haushaltsjahres von 6.243.273 Euro. Die Gesamtsumme der außergewöhnlichen Einnahmen beträgt 3.065.000 Euro und die Summe der außergewöhnlichen Ausgaben beläuft sich auf 29.734.771 Euro, also ein Fehlbetrag des Haushaltsjahres von 26.669.771 Euro. Der mutmaßliche Überschuss des Jahres 2021 beläuft sich auf 23.996.706 Euro, der generelle Überschuss auf 30.239.980 Euro und der generelle Fehlbetrag auf 26.669.771 Euro. Nach Übertragung der ordentlichen auf die außergewöhnlichen Ein- und Ausgaben bleibt ein definitiver Überschuss von 3.570.209 Euro für 2022.

Der Bürgermeister beendet die Vorstellung des Haushaltes, indem er sich bei allen beteiligten Personen an der Ausarbeitung des Haushaltes für Ihre exzellente Arbeit bedankt. Die Haushaltsdebatte wird zur nächsten Gemeinderatssitzung stattfinden.

#### **4. Genehmigung eines Abkommens mit dem Naturschutzsyndikat SICONA.**

Der Gemeinderat wird gebeten ein Abkommen mit SICONA Süd-West im Rahmen des „Naturpark“ zu genehmigen, welches während der Ratssitzung des 10. Novembers 2021 genehmigt wurde. Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass das Abkommen die Bereitstellung eines Beraters vorsieht, welcher die Gemeinde im Rahmen der Definition und Umsetzung einer Strategie für den Pacte Nature begleitet. Die Gemeinde kann auf seine Dienste zurückgreifen bei der Erarbeitung eines Teilbebauungsplanes (PAP) sowie in anderen Bereichen, wie dem Schutz ländlicher Gebiete, der Wälder und Wasserläufe. Teil des Aufgabenbereiches des Beraters ist ebenfalls die Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie zu den Maßnahmen im Rahmen des Pacte Nature.

Das Abkommen sieht eine jährliche Vorauszahlung von 30.000 Euro vor, welche durch den Staat rückerstattet

werden wird. Dies entspricht 250 Arbeitsstunden. Das Abkommen wird während der gesamten Dauer des Pacte Nature gültig bleiben, also bis zum 31. Dezember 2030.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erinnert daran, dass ihre Fraktion sich zur Abstimmung des Pacte Nature enthalten habe, betont aber, dass sie trotzdem die konkreten Zielsetzungen des Pacte begrüßt. Sie begrüßt die Tatsache, dass der Pacte die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden im Bereich Umweltschutz zum Ziel hat. Sie sagt, dass ihre Fraktion unter diesen Bedingungen die Zielsetzungen, auf welche der Pacte zielt voll unterstützte. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) unterstützt diesen Standpunkt vollkommen.

Das Abkommen mit SICONE wird einstimmig genehmigt.

#### **5. Bestätigung des vorübergehenden Verkehrsreglements.**

Der Gemeinderat wird gebeten mehrere vorübergehende Verkehrsreglements im Rahmen der Baustellen in der Rue du Kiem, der Route d'Arlon, der Rue Federspiel, der Rue Thomas Edison, der Rue du Bois und der Rue des Carrefours zu bestätigen.

Die Reglements werden einstimmig bestätigt.

#### **6. Genehmigung einer notariellen Urkunde.**

Der Gemeinderat wird gebeten eine Urkunde bezüglich der kostenfreien Übertragung der Gesellschaft Stugalux S.A. an die Gemeinde zu genehmigen. Die Übertragung betrifft zwei Grundstücke in der Route d'Arlon von einer Gesamtfläche von 1,14 Ar.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) bemerkt, dass die beiden Grundstücke eigentlich dem Fußweg an dieser Stelle der Route d'Arlon entsprechen. Er denkt, dass diese Verhältnisse längst hätten geklärt werden müssen und würde gerne erfahren wie viele solcher Orte es noch in der Gemeinde gäbe, an denen der Bürgersteig sich in Privateigentum befände. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass es wahrscheinlich noch mehr als hundert solcher

Stellen gäbe. Er denkt, dass dieses Problem in der Vergangenheit vernachlässigt wurde und erklärt, dass solche Fälle beim Antrag einer Baugenehmigung ans Tageslicht kämen. Die Regelung erfolgt also im Einzelfall.

Die Urkunde zur kostenfreien Übertragung wird einstimmig genehmigt

### **7. Genehmigung des Budgets des Sozialamtes für das Jahr 2022.**

Der Gemeinderat wird gebeten das Budget des Sozialamtes Strassen zu genehmigen. Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt die Kernzahlen des Budgets vor. Die gewöhnlichen Einnahmen betreffend, sind 76.500 Euro vorgesehen unter dem Punkt „weitere sonstige Forderungen“. Es handelt sich hierbei vor allem um erstattungsfähige Vorauszahlungen seitens der Nationalen Gesundheitskasse (CNS), des Nationalen Solidaritätsfonds und anderer öffentlicher Instanzen. Ein weiterer Punkt mit 6.000 Euro stellen die direkten Leistungen für einkommensschwache Personen (tiers payant social) dar, welche vom Empfänger zurückzuerstatten sind. Die Gesamtsumme der Rückerstattungen beläuft sich auf 82.500 Euro. Ein Posten in Höhe von 20.520 Euro steht aus als Anteil an Verwaltungskosten und als Personalausgleichszahlung. 3.000 Euro sind vorgesehen als Aufwandsentschädigung für die administrative Unterstützung durch Anne Reuter.

Zwei Posten in Höhe von jeweils 157.600 Euro stellen die Unterstützung für Bedürftige dar, welche von Gemeinde und Staat versichert werden. 34.000 Euro sind erfasst als Zuweisung für die Erträge der Nationalen Lotterie. Das Nationalamt für soziale Inklusion (ONIS) steuert 52.650 Euro zu den Personalkosten der ARIS-Sozialarbeiterin Tamara Maia Romao bei. Die Summe der gewöhnlichen Einnahmen beträgt also 519.970 Euro.

Zu den gewöhnlichen Ausgaben: dort gibt es die bereits erwähnten erstattungsfähigen Vorauszahlungen in Höhe von 76.500 Euro sowie die Vorauszahlungen der direkten Leistungen für einkommensschwache Personen (tiers payant social) in Höhe von 7.000 Euro. Zwei Budgetposten in Höhe von 4.980 Euro und 4.680

Euro stellen die Erstattung der Kosten des Leiters des Sozialamtes und die Sitzungsgelder der Mitglieder dar. Die allgemeinen Kosten in Höhe von 4.150 Euro sind eher gering und durch die teilweise Integrierung des Sozialamtes in die Gemeindeverwaltung zu erklären. 20.520 Euro sind die Entschädigung für die administrative Unterstützung durch den Gemeinsekretär und den Gemeindekassenbeamten. Ein Budgetposten über 219.000 Euro bezieht sich auf die Bereitstellung von anderthalb Stellen für Sozialarbeiter. Betty Welter-Gaul betont, dass diese Kosten ebenfalls die Vertretung im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaft umfassen sowie Unterstützungsdienste. Ein Posten mit 89.000 Euro ist vorgesehen für verschiedene Unterstützungsleistungen für Bedürftige. Ein Posten mit 22.376 Euro stellt den Anteil der Gemeinde am sozialen Supermarkt dar. Die Gesamtsumme der gewöhnlichen Ausgaben beläuft sich auf 519.956 Euro.

Der berichtige Haushalt des Haushaltsjahres 2021 zeigt eine Summe der Einnahmen von 499.937 Euro auf, welche einer Summe der Ausgaben von 495.230 Euro gegenübersteht. Der Überschuss des Haushaltsjahres beläuft sich auf 4.707 Euro. Der Kontoüberschuss des Jahres 2020 beläuft sich auf 93.142 Euro und der Fehlbetrag auf 3.911 Euro. Daraus ergibt sich ein genereller Überschuss von 769 Euro bei den ordentlichen Einnahmen und 93.142 Euro bei den außerordentlichen Einnahmen dies entspricht dem erwarteten Überschuss für Ende 2021.

Im Rahmen des Haushaltes 2022 liegt die Summe der Einnahmen bei 519.970 Euro und die Summe der Ausgaben bei 519.956 Euro. Der Überschuss des Haushaltsjahres liegt bei 13 Euro. Der angenommene Überschuss Ende 2021 liegt bei 796 Euro in der gewöhnlichen Bilanz und bei 93.142 Euro in der außergewöhnlichen Bilanz. Der generelle Überschuss und der definitive Überschuss liegen bei 809 Euro in der gewöhnlichen Bilanz und bei 93.142 Euro in der außergewöhnlichen Bilanz.

Der Schöffe Betty Welter-Gaul beendet die Präsentation des Haushaltes und macht anschließend einige detaillierten Angaben zu den Aktivitäten des Sozialamtes im Jahr 2021. Von den insgesamt 260 behandelten Fällen wurden 157 dem Rat des Sozialamtes vorgelegt. 100 neue Fälle wurden

im Jahr 2021 eröffnet. 45 Hausbesuche wurden durchgeführt und 487 Personen besuchten die Räumlichkeiten des Sozialamtes. Des Weiteren wurden 5 Besuche in Institutionen durchgeführt. Die regionale Beauftragte für soziale Inklusion (ARIS) Tamara Maia Romao betreut aktuell 33 Personen, von denen 20 an Stabilisierungsmaßnahmen teilnehmen. 4 Personen haben eine temporäre Befreiung und 8 Personen arbeiten im Rahmen einer gemeinnützigen Beschäftigung (TUC).

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) denkt, dass die Zahl der durch das Sozialamt behandelten Fälle stark angestiegen ist. Aufgrund des starken demographischen Zuwachses mit bald über 11.000 Einwohnern, begrüßt er die Tatsache, dass die Gemeinde über ihr eigenes Sozialamt verfügt. Er denkt, dass dieses nicht nur finanzielle Unterstützung biete, sondern auch einen wichtigen Beitrag leiste für Personen, die administrativen oder sprachlichen Hürden gegenüberstehen. Er dankt den Mitarbeitern des Sozialamtes für ihre exzellente Arbeit.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) denkt ebenfalls, dass das Amt einen wichtigen Beitrag leiste. Er würde gern wissen wie viele Einwohner Strassens regelmäßig den sozialen Supermarkt „Croix Rouge Buttek“ in Steinfort nutzen. Der Schöffe Betty Welter-Gaul verspricht diese Informationen bald nachzuliefern. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer kündigt an, dass er sich in diesem Falle aus Prinzip seiner Stimme enthalten würde. Er erfrage diese Informationen seit fünf Jahren und habe bisher noch keine Antwort erhalten. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Beteiligung am sozialen Supermarkt aufgrund der tatsächlichen Nutzungszahlen dieses Angebotes durch die Einwohner Strassens überprüft werden solle. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) betont, dass diese Zahlen existieren und dass sie bereits im Rat diskutiert wurden. Er kündigt an, dass die Gemeinde vielleicht ihren eigenen sozialen Supermarkt in Strassen gründen wolle und erklärt, dass die Maison „Kohnen“ ebenfalls aus diesem Grund angekauft wurde. Der Hauptgrund hierfür ist nicht die Tatsache, dass sich der „Croix Rouge Buttek“ in einer anderen Gemeinde befinde, sondern dass das Gebäude, in dem sich der soziale Supermarkt befindet, sich in einem sehr schlechten Zustand befände. Die Kunden aus

Strassen seien in letzter Zeit ebenfalls unzufrieden mit dem Angebot des sozialen Supermarktes. All diese Gründe hätten den Willen des Schöffenkollégiums untermauert eine Lösung in Strassen zu finden. Der Bürgermeister betont, dass die Statistiken zur Nutzung des sozialen Supermarktes niemals geheim gehalten wurden und dass sie direkt beim Sozialamt einsehbar seien.

Der Gemeindesekretär Christian Muller weist darauf hin, dass derzeit weniger als 50 Einwohner der Gemeinde einen Zugang zum sozialen Supermarkt haben. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) räumt ein, dass diese Zahl bereits erwähnt worden sei, betont aber ebenfalls, dass er genaue Zahlen über die tatsächliche Frequentierung seit Jahren schon verlange. Er ist der Meinung, dass ein sozialer Supermarkt eine sehr nützliche Einrichtung sei, aber äußert Zweifel über den Nutzen einer solchen Struktur außerhalb der Gemeinde.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) bedankt sich bei allen Mitarbeitern des Sozialamtes für ihre exzellente Arbeit. Sie begrüßt das Projekt eines sozialen Supermarktes in Strassen sowie die Tatsache, dass dieser Ort als tatsächlicher Ort der Integration und der Inklusion gestaltet wird, der zahlreiche Aktivitäten anbieten wird, auch über die eigentliche Funktion als Supermarkt hinaus. Sie ist der Meinung, dass ein solcher Ort eine wichtige Rolle auf sozialer Ebene spielen könne und ermutigt das Schöffenkollégium weiter in diese Richtung zu gehen.

Der Haushalt des Sozialamtes für das Jahr 2022 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

## **8. Beschluss im Rahmen der Ausübung des Vorkaufrechtes.**

Das Schöffenkollégium hat mehrere Anfragen erhalten bezüglich der Ausübung des Vorkaufrechtes. Der Bürgermeister erklärt, dass die erste Anfrage ein kleines Grundstück von lediglich 0,40 Ar aus einer Veräußerung betrifft. Das Schöffenkollégium schlägt vor auf das Vorkaufsrecht zu verzichten. Der Gemeinderat bestimmt einstimmig auf das Vorkaufsrecht zu verzichten.

Eine zweite Anfrage betrifft mehrere Grundstücke, die Teil eines bereits existierenden Teilbebauungsplans in der Rue Marguerite Thomas-Clément sind. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass solche Fälle äußerst heikel sind, denn trotz des attraktiven Preises, seien die betreffenden Grundstücke wahrscheinlich kurz vor dem Verkauf an Privatpersonen. Er denkt, dass die Gemeinde in solchen Fällen nicht Gebrauch ihres Vorkaufsrechtes machen solle. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) stimmt dieser Ansicht zu. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) denkt, dass die Verantwortung beim Verkäufer liege. Der Gemeinderat bestimmt einstimmig auf das Vorkaufsrecht zu verzichten.

## **9. Ernennungen und Rücktritte in lokalen Kommissionen.**

Der Gemeinderat wird gebeten mehrere Änderungen in den lokalen Kommissionen zu genehmigen.

Das Schöffenkollégium schlägt vor dem Antrag von Jeanne Schneider auf Rücktritt von ihrem Posten als Mitglied der Kommission für Sport und lokale Vereine zuzustimmen. Das Schöffenkollégium schlägt vor dem Antrag von Marion Schneider-Schetgen auf Rücktritt von ihrem Posten als Mitglied der Kommission für Sport und lokale Vereine zuzustimmen. Das Schöffenkollégium schlägt vor dem Antrag von Carine Enders auf Rücktritt von ihrem Posten als Mitglied der Kommission für Soziales und Senioren zuzustimmen. Das Schöffenkollégium schlägt vor Christian Muller auf den Posten des Sekretärs der Mietkommission zu ernennen infolge des Renteneintrittes des Beamten, der bisher diesen Posten innehatte.

Der Bürgermeister dankt den ausscheidenden Mitgliedern für ihr Engagement und bedauert die Rücktritte von Jeanne Schneider und Marion Schneider-Schetgen, welche unterschiedlichen Standpunkten auf die Arbeitsorganisation innerhalb der Kommissionen geschuldet seien. Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ist der Meinung, dass die Rücktritte zum Teil berechtigt seien, da die Kommissionsmitglieder mehr und mehr den Eindruck hätten, dass ihre Beteiligung am Entscheidungsprozess nicht erwünscht sei. Sie werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne wirklich noch einen

Einfluss nehmen zu können. Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, es sei normal, dass die zahlreichen Aktivitäten und Projekte, welche in den Kommissionen behandelt werden Themen betreffen, die vorbereiten sein müssten. Er denkt, dass die Kommissionsmitglieder diese Themen vorbereiten könnten, da sie über die Tagesordnung jeder der monatlichen Sitzungen der Kommission verfügten. Bei jeder Sitzung gibt es einen Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“, über diesen könnten die Mitglieder frei Themen ansprechen, die ihnen wichtig sind und Vorschläge machen. Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin antwortet, dass es nicht lediglich darum ginge nach der Meinung der Kommissionsmitglieder zu fragen, sondern sie von Anfang an in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) gibt Maryse Bestgen-Martin Recht und denkt, dass die Arbeitsweise der Kommissionen überarbeitet werden müsse. Er ist der Meinung, dass die Bürgerbeteiligung derzeit nicht wirklich garantiert sei. Der Schöffe Jean Claude Roob verkündet, dass er sich der Tatsache, dass monatlich zwei Sitzungen der Kommissionen organisiert werden nicht entgegenstelle. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer ist der Ansicht, dass die Funktionsweise der Kommissionen als solche auf die Tagesordnung der Kommissionen gehöre. Jean Claude Roob sieht nicht, was dem widerspräche und verspricht, dass es umgesetzt würde. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich dem Standpunkt der Gemeinderatsmitglieder Marc Fischer und Maryse Bestgen-Martin an. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass die Mitglieder eingebunden werden müssten, um eine bessere Beteiligung zu erzielen.

Alle Rücktritte und Ernennungen werden einstimmig genehmigt.

## **10. Stadtplanung: Beschluss über die Parzellierung eines Grundstückes.**

Der Gemeinderat wird gebeten die Parzellierung eines Grundstückes, eingetragen im Kataster unter der Nummer 12/2773, Sektion A in Strassen in der Rue Ignace Semmelweis zu genehmigen. Die Parzellierung sieht die Schaffung zweier neuer Parzellen vor mit einer Fläche von jeweils 3,89 Ar.

Die Parzellierung wird einstimmig genehmigt.

### 11. Genehmigung eines Verkaufsvorvertrages.

Der Gemeinderat wird gebeten den Verkaufsvorvertrag über die Maison „Kohnen“ zu genehmigen. Der Verkaufspreis der drei Parzellen mit einer Gesamtfläche von 5,25 Ar in der Rue des Romains beträgt 2.119.000 Euro.

Auf Anfrage des Gemeinderatsmitgliedes Marc Fischer (DP) bestätigt das Schöffenkollégium, dass dieses Gebäude zukünftig das Haus der Solidarität Strassen beherbergen soll. Die Frage, ob dieses Gebäude ebenfalls einen sozialen Supermarkt beherbergen könnte, muss noch diskutiert werden.

Der Verkaufsvorvertrag wird einstimmig genehmigt.

### 12. Verschiedenes.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) fragt, ob eine Übertragung der Gemeinderatssitzungen über das Internet möglich sei. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass es eine Möglichkeit sei, deren Umsetzung aber noch überprüft werden müsse. Marc Fischer bemerkt, dass die Verkehrsprobleme auf dem Autobahnkreuz der A4 auf Höhe der Route d'Arlon ein unzumutbares Niveau erreicht haben. Er ist der Meinung, dass in dieser Sache nach den Ursachen gesucht werden müsse. Er bemerkt ebenfalls, dass die Gemeinde Düdelingen vor Kurzem recht massive Schallschutzmaßnahmen errichtet habe. Er ist der Meinung, dass der Staat ähnliche Maßnahmen für die Gemeinde Strassen umsetzen sollte und fordert, dass das Schöffenkollégium in dieser Sache mehr Druck auf das Ministerium ausüben solle. Das Schöffenkollégium verspricht dies zu tun. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass vor Kurzem ein erneutes Treffen mit den Vertretern des Ministeriums stattgefunden habe und dass die Bitte der Gemeinde auf Gehör gestoßen sei. Trotzdem sei nicht zu erwarten, dass Maßnahmen kurzfristig umgesetzt würden.

Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass der Staat die Absicht habe eine weitere Spur auf der Autobahn für Car-Sharing zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grunde seien die Schallschutzmaßnahmen derzeit noch nicht umsetzbar.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) schließt sich der Position Marc Fischers an. Er ist der Meinung, dass

sich die Verkehrsprobleme in Zukunft weiter durch den Knotenpunkt mit dem Luxtram-Netz verschlimmern, welcher auf der Route d'Arlon geplant ist.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) teilt diese Standpunkte. Darüber hinaus zweifelt er an, dass die Erweiterungspläne der Autobahn umsetzbar seien und ist der Meinung, dass die Gemeinde auf die Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen pochen solle. Laurent Glesener würde ebenfalls gerne wissen, ob die Einwohner der Gemeinde Zugang zum Altenwohnheim hätten, welches in der Rue des Carrefours gebaut wird. Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) verneint dies und erklärt, dass es sich hierbei um eine Struktur in privater Trägerschaft handle, die noch kein Übereinkommen mit dem Staat habe.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khourry (LSAP) erklärt, dass einige Anwohner der Rue du Reckenthal sich über den schlechten Zustand der Straße aufgrund der Baustelle beschwert haben. Sie würde gerne wissen, ob die Gemeinde die Möglichkeit habe auf das Bauunternehmen Einfluss auszuüben, um zu versuchen dieses Problem zu lösen. Der Bürgermeister verspricht, die Frage weiterzugeben, betont aber auch, dass es sich um eine sehr schwierige und unangenehme Baustelle für die Anwohner dieser Straße handle.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist ebenfalls der Meinung, dass die Gemeinde die partizipatorische Demokratie ausweiten sollte, indem sie die Möglichkeit anbiete, den Gemeinderatssitzungen per Video-Stream im Internet zu folgen. Sie möchte ebenfalls die Aufmerksamkeit auf eine Diskussion im sozialen Medium „Hoplr“ ziehen, welche vor Kurzem stattgefunden habe über die Möglichkeit einen Hundepark in der Gemeinde zu schaffen. Sie schlägt vor, darüber in den Kommissionen zu sprechen. Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass die Gemeinde bereits den Willen gehabt habe ein solches Projekt umzusetzen und dass ein entsprechendes Grundstück gefunden wurde, aber dass das Projekt nicht umgesetzt werden konnte durch den hartnäckigen Widerstand der Anwohner. Martine Dieschburg-Nickels ist der Meinung, dass die Wahl eines Grundstückes tatsächlich schwierig sei. Der Bürgermeister meint, dass sich die Gemeinderatsmitglieder als Träger eines politischen

Amtes nicht an solch einer Diskussion auf „Hoplr“ beteiligen sollten.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist der Meinung, dass ein Hundepark gut für das Wohlergehen der Hunde sei und dazu beitragen könne, dass die Hunde ihre Haufen nicht an anderen öffentlichen Plätzen hinterlassen würden. Der Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) ist der Meinung, dass dies in der Verantwortung der Hundebesitzer läge.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) ist ebenfalls der Meinung, dass die Gemeinderatssitzungen online übertragen werden sollten. Ihre Fraktion habe

übrigens in der Vergangenheit schon eine solche Lösung vorgeschlagen. Gemeinderatsmitglied Paul Klensch stimmt mit diesem Standpunkt überein. Er schlägt vor, dass sich die Gemeinde von den Praktiken der Stadt Luxemburg inspirieren lasse, die in dieser Hinsicht vorbildlich sei. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer ist der Meinung, dass eine solche Lösung ebenfalls im Sinne erhöhter Transparenz sei, da die Bürger so die Diskussion im Rat exakt nachverfolgen könnten.

**13. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

# Séance du conseil communal du 8 décembre 2021

## ORDRE DU JOUR

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 06.10.2021 et du 20.10.2021.**
2. **Présentation du calendrier des séances du conseil communal pour l'année 2022.**
3. **Présentation du projet de budget rectifié 2021 et du projet de budget prévisionnel 2022.**
4. **Approbation d'une convention avec le SICONA.**
5. **Confirmation des règlements temporaires de circulation.**
6. **Approbation d'un acte notarié.**
7. **Approbation du budget de l'Office social pour l'année 2022.**
8. **Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.**
9. **Nominations et démissions au sein des commissions locales.**
10. **Urbanisme : Décision portant sur un lotissement de terrain.**
11. **Approbation d'un compromis de vente.**
12. **Divers.**
13. **Affaires de personnel (huis clos) :**
  - a. **Décision portant sur un changement de groupe.**

## PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre, par visioconférence ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>er</sup> échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>e</sup> échevin.

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP), par visioconférence ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers, par visioconférence. Secrétaire : Christian Muller.

## ABSENTS (EXCUSÉS)

Jean-Marie Durrer (CSV), Marc Fischer (DP), conseillers, ne peut pas assister à une partie de la réunion.

### 1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 06.10.2021 et du 20.10.2021.**

Le conseil est appelé à approuver les procès-verbaux des séances du 06.10.2021 et du 20.10.2021. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) répond à une question de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) à propos du procès-verbal du 20.10.21.

Les procès-verbaux sont approuvés sans autre observation.

### 2. **Présentation du calendrier des séances du conseil communal pour l'année 2022.**

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) donne quelques détails sur le calendrier des séances du conseil communal pour l'année 2022.

### 3. **Présentation du projet de budget rectifié 2021 et du projet de budget prévisionnel 2022.**

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) entame la présentation du projet de budget rectifié 2021 et du projet de budget prévisionnel 2022. Au niveau du budget rectifié 2021, les revenus provenant de l'impôt foncier se chiffrent à 1.038.171 euros. Pour 2022, ces mêmes revenus sont estimés à 1.100.000 euros. Les revenus provenant de l'impôt commercial ont dépassé les estimations avec 5.143.491 euros et le même montant est prévu pour 2022. Le total des deux impôts atteint donc 6.181.661 euros. Pour 2022, cette somme est estimée à 6.243.491 euros.

Les revenus provenant du fonds de dotation globale des communes (FDGC) se chiffrent à 29.817.021 euros pour le budget rectifié 2021. Les estimations pour 2022 se situent à 30.978.723 euros. Le total des deux impôts et de la dotation s'élève donc à 35.998.684 euros pour 2021, soit largement au-dessus des 33.445.905 euros prévus. La même somme est estimée à 37.222.214 euros pour le budget 2022. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) se félicite que ces revenus soient restés au-dessus des estimations et qu'ils n'aient pas été impactés par la crise due à la pandémie. Cette somme

est augmentée d'un dernier versement dans le cadre du pacte logement 1.0 à hauteur de 850.941 euros. La somme des revenus principaux du budget rectifié 2021 s'élève donc à 36.849.625 euros au lieu des 34.296.846 euros initialement prévus. Cette même somme devrait atteindre 37.222.214 euros en 2022.

En y ajoutant tous les autres revenus générés par la commune, le grand total des revenus ordinaires en 2021 s'élève à 43.044.903 euros au lieu des 40.324.676 euros prévus, soit 2.061.040 euros de plus que l'estimation initiale. Une augmentation supplémentaire de 1.199.170 euros est prévue pour le budget prévisionnel 2022, dont le grand total devrait atteindre 44.244.073 euros.

Le bourgmestre détaille ensuite les principales dépenses ordinaires en commençant par les participations aux budgets des syndicats intercommunaux. La part pour le Centre de Natation Intercommunal « Les Thermes », initialement prévue à 1.695.500 euros a été dépassée en 2021 pour atteindre 2.401.500 euros. Selon Nicolas Pundel, ce serait dû aux pertes en raison de la crise, mais aussi à des travaux de réparation nécessaires. Pour 2022, les dépenses prévues s'élèvent à 1.546.000 euros. Le bourgmestre souligne que cette prévision se base sur l'espoir que les revenus se normalisent au cours de l'année après une sortie de crise.

En 2021, les dépenses pour le Syndicat Intercommunal de Gestion Informatique (SIGI) correspondent exactement aux 310.380 euros initialement prévus. Cette somme devrait atteindre 349.180 euros en 2022. Pour le Syndicat des Eaux du Centre (SEC), les dépenses pour 2021 et 2022 sont identiques et s'élèvent à 700.000 euros pour l'acquisition de l'eau potable auprès du SEBES. Pour le Syndicat intercommunal du Centre pour la conservation de la nature (SICONA), les dépenses en 2021 correspondent aux 98.188 euros initialement prévus. Ce poste de dépenses augmente en 2022 pour atteindre 160.264 euros. Le bourgmestre explique que cette augmentation est due au fait que l'État a modifié son système de rémunération. La commune devra ainsi avancer ces dépenses pour se faire rembourser plus tard.

Les dépenses pour le Syndicat intercommunal pour la gestion des déchets SIDOR correspondent exactement aux prévisions pour 2021 avec 280.000 euros.

Cette somme restera inchangée pour 2022. Les dépenses pour le syndicat intercommunal à vocation multiple SYVICOL pour l'année 2021 correspondent également au montant prévu de 14.832 euros. Le montant prévu pour 2022 atteindra 20.498 euros. Le montant prévu pour le Syndicat de communes ayant pour objet la construction, l'entretien et l'exploitation d'un crématorium sur base intercommunale (SICEC) s'élève à 1.235 euros au lieu des 900 euros prévus en 2021. La même somme est prévue pour 2022.

Nicolas Pundel détaille ensuite les autres dépenses ordinaires de la commune. Le poste de dépenses pour les organes politiques correspond exactement aux 100.999 euros prévus pour 2021. Une légère augmentation à 102.561 euros est prévue en 2022. Les commissions consultatives ont coûté 65.000 euros en 2021, la même somme est prévue pour 2022. Avec 127.000 euros, le poste de dépenses pour honoraires juridiques n'a pas atteint les 185.741 euros prévus en 2021. En 2022, 132.000 euros seront prévus. Les honoraires pour le délégué à la protection des données et le contrôle de conformité RGPD s'élèvent à 12.300 euros en 2021, la même somme est prévue pour 2022. La commune prévoit 10.000 euros au budget 2022 pour l'analyse structurelle et l'audit de l'administration communale.

Les dépenses pour assurances sur biens et responsabilité civile ont atteint 88.000 euros en 2021, et restent ainsi en-dessous des 101.000 euros prévus initialement. Pour 2022, 95.000 euros sont prévus pour ce poste. La somme de 173.000 euros prévue pour frais postaux et télécoms a été entièrement utilisée en 2021, le même montant est prévu pour l'année prochaine. Les frais pour équipements informatiques, logiciels et copieurs se chiffrent à 376.800 euros au lieu des 429.927 euros prévus. Ce poste est provisoirement fixé à 384.950 euros en 2022. La somme de 44.500 euros prévue pour le réseau sans fil « Hot City » a été entièrement utilisée en 2021 et sera augmentée à 50.500 euros en 2022. Le site web de la commune aura coûté 47.000 euros en 2021, les frais s'élèveront à 60.000 euros en 2022, en raison d'une mise à jour technique. Les 25.000 euros prévus en 2021 pour des annonces dans les journaux ont été intégralement utilisés, la même somme est prévue pour l'année prochaine. Sur les dépenses



prévues pour l'acquisition de panneaux d'annonce digitaux, 75.000 euros sur 100.000 euros ont été dépensés en 2021. En 2022, 75.000 euros sont également prévus pour ce poste. Le bourgmestre explique que deux panneaux ont été commandés pour être installés près de la maison communale. Deux autres panneaux prévus pour la route d'Arlon ne sont pas encore commandés, car il faut attendre une permission de l'administration des Ponts & Chaussées. Sur le budget de 142.000 euros prévu pour l'information au public, seulement 70.000 euros ont été dépensés en 2021. Ce poste est fixé provisoirement à 170.000 euros pour 2022. Le réseau social communal « Hoplr » a coûté 9.000 euros en 2021, le même montant est prévu pour l'année prochaine.

Le budget 2021 pour le service des agents municipaux a été légèrement dépassé en 2021, avec une dépense de 485.098 euros au lieu des 483.704 euros prévus. En 2022, ce poste est provisoirement fixé à 492.835 euros. Le bourgmestre explique que l'un des quatre agents vient de démissionner. La commune attend la nouvelle loi sur les compétences des agents municipaux avant d'engager un remplaçant. Les revenus du service ont connu une légère baisse par rapport aux prévisions, atteignant 144.600 au lieu de 156.300 euros.

Le service d'incendie et de secours, pour lequel 413.665 euros étaient prévus en 2021, a finalement coûté 421.084 euros. Ce poste augmente à 516.940 euros en 2022. La recette de 27.813 euros correspond au loyer du bâtiment CGDIS appartenant à la commune.

Le bourgmestre Nicolas Pundel détaille ensuite les dépenses pour la protection sociale. Avec 209.075 euros, l'office social a légèrement dépassé les 200.520 euros prévus en 2021. Pour 2022, ce poste augmente à 210.475 euros. Le bourgmestre estime qu'il s'agit d'un budget comparativement faible au vu de l'excellent travail accompli par l'office social. L'aide à la vie chère se chiffre à 92.000 euros en 2021, pour atteindre 100.000 euros en 2022. Le bourgmestre explique que la commune a décidé d'augmenter sa part dans cette aide de 25 à 30 % en raison de la crise, ce qui explique l'augmentation. La subvention loyer a coûté 80.000 euros en 2021, la même somme est prévue pour l'année prochaine. Les dépenses pour le Centre d'Initiative et de Gestion Locale (CIGL) passent

de 100.000 euros en 2021 à 200.000 euros en 2022. Le plan communal handicap n'a disposé d'aucun budget en 2021, mais une somme de 25.000 euros est prévue pour 2022. Un article concerne les aides étatiques du fonds pour l'emploi à hauteur de 20.356 euros en 2021, ainsi que de la même somme pour 2022. Les dépenses pour dons aux ONG, associations et subventions humanitaires, qui se chiffraient à 75.000 euros en 2021, sont ramenées à 50.000 euros en 2022. Les dépenses pour les actions en faveur de l'intégration ont coûté 333.974 euros au lieu des 402.974 euros prévus en 2021. Pour l'année 2022, ce poste passe à 403.845 euros. Le bourgmestre rappelle que la commune a créé sa charte de l'intégration cette année et que de nombreux projets sont en cours.

Au niveau des dépenses ordinaires pour la jeunesse, le poste relatif aux crèches et garderies « Pescher » et « Wibbeldewapp » s'élève à 748.851 euros en 2021, dont 675.750 euros ont été dépensés. Ce poste passe à 822.437 euros pour l'année 2022. Le bourgmestre explique que les variations de ce poste sont dues aux frais de personnel. Pour la maison relais, 2.356.700 euros ont été dépensés sur les 2.387.900 euros prévus en 2021. Ce poste passe à 2.429.000 euros pour l'année 2022. Les recettes ordinaires de la maison relais s'élèvent à 1.024.000 dans le budget rectifié 2021, pour passer à 1.027.800 dans le budget prévisionnel 2022. Les dépenses pour le service jeunesse et la Maison des Jeunes, initialement estimées à 172.830 se chiffrent à 134.330 en 2021. Ce poste passe à 200.430 euros en 2022. 175.000 euros sont prévus en 2022 pour les activités du nouveau responsable du service jeunesse Ben Boulanger. Pour les activités de vacances, 30.000 euros sur 40.000 euros ont été dépensés en 2021. Pour 2022, 40.000 euros sont également prévus. Les emplois étudiants ont coûté 46.000 euros en 2021, la même somme est prévue pour 2022. Le poste à hauteur de 110.000 euros pour les primes de réussite scolaire a été intégralement utilisé en 2021, la même somme est prévue pour 2022.

Le bourgmestre Nicolas Pundel passe aux dépenses ordinaires pour seniors. Pour le plan communal senior, 25.000 euros étaient prévus en 2021, mais n'ont pas été utilisés. La même somme est prévue pour 2022 et le bourgmestre confirme qu'une commande a été passée au Centre d'Étude et de Formation

Interculturelles et Sociales asbl (CEFIS) afin d'élaborer une étude démographique de la population concernée. Cette étude servira de base au plan. Les dépenses pour le club senior se chiffrent à 276.000 euros dans le budget rectifié 2021, 273.000 euros sont prévus pour 2022. Le bourgmestre se réjouit du fait que le club senior ait pu reprendre ses activités en dépit de la pandémie, et indique qu'une nouvelle collaboratrice a été engagée pour le club. Il souligne aussi que le club génère des recettes couvrant une grande partie des dépenses. Le lancement du projet « Super Senior » a coûté 17.380 euros en 2021, les frais prévus pour le fonctionnement en 2022 s'élèvent à 9.000 euros en 2022. Le bourgmestre indique qu'il annoncera prochainement le nombre de participants au projet. Le Centre Riedgen a intégralement utilisé son budget de 313.666 euros en 2021, 397.000 euros sont prévus pour 2022. Le bourgmestre explique que la hausse de budget s'explique par l'augmentation des heures prestées par le personnel soignant, prestations devenues nécessaires en raison de la pandémie. 11.000 euros ont été prévus pour la fête de Noël pour les seniors, qui n'a finalement pas pu avoir lieu en raison de la situation sanitaire. 12.000 euros sont prévus pour 2022, sous réserve que la situation sanitaire le permette. Le poste de budget pour le service « repas sur roues » reste identique en 2022 avec des dépenses de 142.850 euros, ainsi que des recettes de 78.000 euros. Le bourgmestre estime que la taxe correspondante devra être augmentée prochainement car les dépenses pour les services ont connu une hausse générale en raison de la pandémie.

Le bourgmestre détaille ensuite les dépenses ordinaires pour les sports et les associations. 40.500 euros sur les 44.700 euros prévus ont été dépensés en 2021 pour les activités de sports-loisirs. Le bourgmestre explique que ce poste passera à 71.700 euros en 2022 car ces activités ont connu un succès croissant pendant la pandémie. Pour cette raison, l'échevin Jean Claude Roob (LSAP) a augmenté le nombre d'activités offertes. 161.500 euros sur les 185.443 euros prévus ont été utilisés en 2021 pour l'entretien des terrains de sport, 185.500 euros sont prévus pour 2022. Le bourgmestre explique que la commune est en train de voir si cette dépense peut être réduite, vu que l'ancien terrain de football sera remplacé dans quatre ans. Les halls sportifs ont

coûté 509.650 euros au lieu des 593.015 euros prévus en 2021. Ce poste est augmenté à 585.650 euros en 2022. Les recettes, qui correspondent à la subvention étatique pour infrastructures sportives, baissent de 409.400 à 223.900 euros en 2022. Les dépenses pour les subventions et l'encadrement des associations se chiffrent à 306.000 euros en 2021, la même somme est prévue pour 2022. Le bourgmestre annonce que la commission des finances a élaboré dans le passé une proposition pour une nouvelle clé de répartition des subventions. Cette nouvelle clé de répartition sera présentée prochainement au conseil. Le chalet des scouts a coûté 406.600 euros en 2021, principalement en raison des travaux de rénovation des espaces sanitaires et de la cuisine. En 2022, les frais repassent à leur niveau normal avec 36.600 euros.

Au niveau des dépenses ordinaires pour culture et événements, 110.000 euros sur les 150.000 euros prévus en 2021 pour la communication ont été utilisés. En 2022, 150.000 euros sont également prévus. Le bourgmestre explique que ce poste concerne les activités du service communication de la commune. Le poste de budget de 30.000 euros pour la kermesse, entièrement utilisé en 2021, reste inchangé en 2022. Sur les 25.000 euros prévus en 2021 pour l'événement « Stroossen wibbelt & Spill mat », seulement 8.600 euros ont été utilisés en 2021 car la formule a été modifiée à cause de la pandémie. Pour 2022, 20.000 euros sont prévus pour organiser un événement similaire. L'exposition « 100 Joer Lëtzebuerger Konscht » a coûté 87.000 euros. Le bourgmestre souligne que cette exposition constitue l'un des moments forts de la vie culturelle luxembourgeoise en ces temps de pandémie. Une autre grande manifestation culturelle sera planifiée en 2022 avec la biennale d'art contemporain de Strassen, pour laquelle 65.000 euros sont prévus. Le poste de budget pour le « Stroossefestival » à hauteur de 250.000 euros, a été utilisé intégralement. Le bourgmestre se félicite du fait que cet événement ait pu avoir lieu en dépit des restrictions sanitaires. Par contre, l'action « Kufika » et l'art à l'école n'ont pas pu avoir lieu à cause de la pandémie. Un poste de budget identique de 15.000 euros est prévu pour l'édition 2022. Le marché de Noël a coûté 125.000 euros au lieu des 100.000 euros prévus en 2021, les frais supplémentaires étant dus aux mesures sanitaires. 125.000 euros sont également

prévus pour l'édition 2022. Le poste de budget à hauteur de 90.000 euros pour les fêtes publiques et concerts a été intégralement dépensé en 2021. En 2022, 120.000 euros sont prévus, la hausse étant également due à la pandémie. Le total des dépenses pour fêtes publiques a ainsi atteint 826.900 euros au lieu des 909.407 euros prévus en 2021. Ce montant total passe à 820.800 euros en 2022.

Nicolas Pundel passe ensuite aux dépenses ordinaires pour la nature, le climat et l'énergie. 286.468 euros sur les 343.200 euros prévus ont été dépensés en 2021 pour la sylviculture. 389.250 euros sont prévus pour 2022. Seulement 40.000 euros sur les 100.000 euros prévus pour des plantations ont été dépensés en 2021. 100.000 euros sont également prévus pour 2022. La centrale de cogénération a coûté 565.000 euros en 2021, la même somme étant prévue pour 2022. Les 75.000 euros prévus pour les primes écologiques pour l'électromobilité ont été utilisés intégralement en 2022, le même montant étant prévu pour l'année prochaine. Le bourgmestre indique que 120 demandes pour vélos électriques et 23 demandes pour voitures électriques ont été faites. 70.000 euros ont été utilisés pour l'élaboration d'un concept énergétique en 2021, le même montant étant prévu pour 2022. Seulement 5.000 euros ont été utilisés pour l'amélioration énergétique de bâtiments en 2021, au lieu des 100.000 euros prévus. Ce dernier montant est également prévu pour l'année prochaine.

Le bourgmestre détaille ensuite les dépenses ordinaires liées aux différents pactes auxquels la commune participe. Le Pacte Climat a coûté 30.000 euros en 2021, la même somme étant prévue en 2022. Le bourgmestre souligne que les dépenses pour ces pactes sont avancées par la commune, avant d'être remboursées par l'État. Le montant de ce transfert se chiffre à 150.000 euros en 2021 et en 2022. Les 15.000 euros prévus pour le « Klimateam » en 2021 n'ont pas été dépensés en dépit des nombreuses activités de l'équipe. Le même montant est prévu pour 2022. 30.000 euros sont prévus en 2022 pour le Pacte Climat ainsi que pour le Pacte Logement 2.0.

Au niveau des dépenses ordinaires pour places publiques et voiries, les 543.000 euros prévus pour les aires de jeu, le mobilier urbain et les équipements vélo

ont entièrement été dépensés en 2021. Ce poste de budget reste au même niveau en 2022. 70.000 euros ont été dépensés en 2021 pour les honoraires pour des études de mobilité, ce montant restant identique en 2022. Sur les 351.400 euros prévus pour l'entretien des voiries, seulement 191.400 euros ont été dépensés en 2021. Pour 2022, 351.400 euros sont également prévus. 290.100 euros sur les 346.100 euros prévus pour l'entretien des parcs ont été dépensés en 2021, 390.100 euros sont prévus pour l'année prochaine. Le cimetière communal a coûté 144.635 euros au lieu des 407.300 euros prévus en 2021. La différence s'explique par des travaux qui n'ont pas pu être réalisés en raison de la pandémie. 307.635 euros sont donc prévus pour 2022. L'éclairage public a coûté 255.000 euros au lieu des 310.000 euros initialement prévus en 2021. Le même montant initial de 310.000 euros est prévu pour 2022.

Le bourgmestre passe ensuite aux dépenses pour le service technique. En 2021, 143.691 euros ont été dépensés pour l'acquisition de véhicules. Ce montant passe à 140.000 euros en 2022. Le bourgmestre souligne que la commune essaie autant que possible de remplacer les vieux véhicules par des véhicules électriques. 37.000 euros ont été dépensés pour le carburant, 80.000 euros pour l'entretien et les réparations de véhicules, et 22.000 euros pour les assurances. Tous ces postes restent au même niveau en 2022. Une aide externe pour le service, aide apportée par le bureau Luxconsult, a coûté 100.000 euros en 2021, ce même poste étant fixé à 130.000 euros pour 2022. La commune a aussi déboursé 30.000 de 40.000 euros prévus en 2021 pour les frais d'architecte et d'urbaniste. En 2022, ce poste est évalué à 60.000 euros. Le logiciel « Trigis » utilisé par le service technique coûte 51.000 euros chaque année. 40.000 euros ont été dépensés pour des formations en 2021. Ce montant passe à 35.100 euros en 2022.

Au niveau des dépenses ordinaires pour la gestion des déchets, le bourgmestre explique que les montants existants de 2021 sont repris pour 2022. Il annonce qu'un nouveau règlement sur les taxes « déchets » sera présenté lors de la prochaine réunion du conseil. La collecte des poubelles a coûté 660.500 euros. Les recettes provenant de la taxe « déchets » se chiffrent à 788.000 euros. L'acquisition de nouvelles poubelles

a coûté 100.000 euros en 2021. Ce montant passe à 200.000 euros en 2022, car une nouvelle poubelle pour verre sera introduite. La participation à la centrale de biogaz « Naturgas Kielen » s'élève à 60.100 euros et celle pour l'incinérateur Sidor à 280.000 euros. Le coût total de la gestion des déchets s'élève donc à 1.280.000 euros en 2021 et à 1.360.000 euros en 2022.

Au niveau des dépenses pour l'entretien du réseau des eaux usées, 65.000 euros sur les 140.000 euros prévus pour 2021 ont été utilisés. 140.000 euros sont également prévus pour 2022. Les frais pour le traitement des eaux usées au STEP Luxembourg s'élèvent à 1.200.000 euros en 2021 et à 700.000 euros en 2022. Le total des dépenses ordinaires pour le traitement des eaux usées se chiffre donc à 949.840 euros en 2022, les recettes ordinaires à 1.100.200 euros. L'entretien du bassin et du réseau d'eau potable coûtera 409.500 euros en 2022 et les frais pour l'achat d'eau potable chez SEBES 850.000 euros. Le total des dépenses ordinaires pour l'eau potable s'élève donc à 1.107.500 euros pour l'année 2022, les recettes ordinaires à 1.008.500 euros.

Le bourgmestre passe ensuite aux dépenses pour les logements communaux et le centre médical. Pour les logements au prix du marché, 120.600 euros ont été dépensés en 2021. Pour 2022, ce poste sera doté de 106.600 euros. Les logements à prix réduit ont coûté 307.717 euros en 2021, un montant de 331.717 étant prévu pour 2022. Le bourgmestre explique que ces frais sont principalement dus à des travaux d'entretien. Le centre médical a coûté 67.100 euros en 2021, 106.600 euros sont prévus pour l'année prochaine. Les frais pour la gérance technique s'élèvent à 50.000 euros en 2022.

Au niveau des dépenses pour les transports, les frais pour la participation au réseau CFL Flex passent de 32.656 euros en 2021 à 46.000 euros en 2022, en raison de l'extension de l'offre Flex avec des véhicules supplémentaires. Le réseau de vélos de location « Vel'OH » a coûté 70.000 euros en 2021, 200.000 euros sont prévus pour 2022, également en raison de l'extension du réseau. 100.000 euros sont prévus pour les arrêts de bus, aussi bien en 2021 qu'en 2022. Le poste de budget pour bornes de recharge électriques à hauteur de 27.000 euros n'a pas été utilisé en 2021, la même somme est donc prévue pour 2022. 90.000 euros sur

les 100.000 euros prévus pour le bus électrique de la commune ont été dépensés en 2021, 90.000 euros sont également prévus pour 2022. Le montant pour la participation aux réseaux « Late night », « Night Rider » et « Rollibus » reste inchangé à 22.000 euros en 2022. Le poste de budget pour les trois bus du transport scolaire est également maintenu à 310.000 euros.

Nicolas Pundel donne ensuite des détails sur les dépenses ordinaires pour les bâtiments communaux. 51.600 euros sont prévus en 2022 pour des travaux de rénovation mineurs dans la brasserie « Lion d'Or ». Des travaux plus conséquents sont prévus au Centre Barblé et le poste de budget correspondant est fixé à 538.600 euros en 2022. Les bâtiments de l'œuvre paroissiale coûteront 19.700 euros en 2022. Pour l'église, 100.000 euros sont prévus pour des travaux de peinture à l'intérieur. Les frais pour la mise en conformité et la mise en sécurité des bâtiments communaux s'élèvent à 600.000 euros et à 400.000 euros pour l'année 2022.

En ce qui concerne l'enseignement, l'entretien des bâtiments scolaires coûtera 306.000, 375.000 et 210.100 euros, pour l'éducation précoce, l'éducation préscolaire et l'éducation primaire, respectivement. 621.600 euros sont prévus pour le matériel didactique et les frais de fonctionnement. Le projet UNESCO scolaire disposera de 30.000 euros en 2022. Les 20.000 euros mis à la disposition du « Klimateam » n'ont pas été utilisés en 2021, puisque l'État a entièrement financé une exposition sur l'anti-gaspillage. Pour les classes de neige à Steinach, un montant identique aux années précédentes de 40.000 euros est prévu pour 2022. Les dépenses ordinaires totales pour l'enseignement s'élèvent donc à 1.879.895 euros au budget rectifié 2021, et à 2.113.077 euros au budget prévisionnel 2022.

Les dépenses pour l'enseignement musical dans le cadre de la « Museksschoul am Westen » s'élèvent à 510.000 euros en 2021 et à 599.669 euros en 2022. Le bourgmestre explique que les recettes correspondantes représentent entre 30 et 40 % des frais. Les cours du soir sont dotés de 210.000 euros en 2022.

Le bourgmestre conclut la présentation des dépenses ordinaires avec le fonds de réserve qui a été pourvu de 3.867.474 euros en 2021.

Parmi les recettes extraordinaires, le bourgmestre mentionne les 850.941 euros du Pacte Logement 1.0 en 2021, ainsi que des subventions étatiques de 530.500 euros pour le hall de karaté et 2.079.500 euros pour la rénovation du hall omnisports.

Nicolas Pundel passe ensuite aux dépenses extraordinaires pour projets. 100.000 euros sont prévus en 2022 pour le développement du projet d'aménagement « Stroossen 2030 ». Le bourgmestre explique qu'il s'agit de frais pour travaux d'études exécutés par le bureau Luxplan. 400.000 euros sont prévus en 2022 pour l'aménagement de la mairie. Le bourgmestre explique que des travaux de transformation et d'agrandissement seront effectués et que le projet sera bientôt présenté au Conseil communal. 300.000 euros sont également prévus en 2022 pour des travaux de rénovation au centre Riedgen. Un crédit de démarrage à hauteur de 100.000 euros pour l'élaboration d'un projet de construction du nouveau centre intégré pour personnes âgées (CIPA) est également disponible en 2022. Des montants de 150.000 euros et de 120.000 euros sont prévus en 2022 pour la nouvelle maison relais, respectivement la nouvelle école. Nicolas Pundel explique que la commune est en train de chercher un architecte et que les discussions sur ces projets pourront commencer bientôt.

500.000 euros sont prévus en 2022 pour la transformation de la maison Feltgen en Maison des Jeunes. 150.000 euros sont également prévus pour la transformation de la maison Kohnen qui devra accueillir la maison solidaire de la commune. 808.500 euros sont prévus en 2022 pour le projet de la nouvelle station de pompage à Helfent, projet qui a été présenté lors de la dernière réunion du Conseil communal. 650.000 euros sont également prévus pour l'extension de la station d'épuration à Beggen. 200.000 euros sont prévus pour l'installation de panneaux solaires. Le bourgmestre explique que ce dernier projet n'a pas pu être réalisé en 2021 et qu'il est donc reporté à l'année prochaine. L'installation de panneaux solaires est prévue sur la nouvelle école. D'autres endroits sont également à l'étude.

Le poste budgétaire relatif à la mise en souterrain de la ligne à haute tension Sotel n'a pas été utilisé

en 2021, le même montant est prévu pour 2022. Le bourgmestre explique que la commune attend toujours la vente du terrain. 500.000 euros sont prévus en 2022 pour le projet des « tiny houses ». Le bourgmestre est confiant dans le fait que la commune trouvera bientôt un terrain afin de réaliser ce projet. 269.992 euros ont été dépensés en 2021 pour la construction d'une résidence au numéro 38, route d'Arlon, 1.000.000 d'euros supplémentaires sont prévus pour 2022. Le bourgmestre rappelle que cette résidence accueillera des logements communautaires. 450.000 euros sont prévus en 2022 pour l'aménagement d'une piste de skateboard en marge du terrain de beach-volleyball. 700.000 euros sont prévus pour l'installation de deux nouvelles toilettes publiques. Le bourgmestre explique que les toilettes seront installées près de l'église et près du terrain de beach-volleyball. 600.000 euros sont prévus pour l'aménagement du « Schoulgaart » (jardin scolaire) et du parc de l'indépendance. Nicolas Pundel explique que le « Schoulgaart » sera aménagé sur un terrain à côté du hall omnisports. 250.000 euros sont prévus pour l'aménagement de pistes cyclables. 300.000 euros sont aussi prévus pour la rénovation de la brasserie « Lion d'Or ». Le bourgmestre explique que les travaux nécessaires ont été discutés avec le nouveau gérant.

7.000 euros ont été dépensés en 2021 pour le cimetière forestier, 70.000 euros supplémentaires sont prévus pour 2022. Nicolas Pundel annonce que ce projet risque d'être retardé parce que le Ministère de l'Environnement pourrait exiger une étude d'impact environnemental. 40.000 euros ont déjà été investis dans la construction d'une nouvelle morgue au cimetière en 2021, 150.000 euros supplémentaires sont prévus en 2022. Nicolas Pundel annonce que ce projet sera présenté en février. 450.000 euros ont été dépensés en 2021 pour le réaménagement du lotissement « Piisch », 600.000 euros supplémentaires sont prévus pour 2022. Le réaménagement de la rue de Reckenthal a coûté 4.517.628 euros en 2021, 3.580.000 euros sont prévus en 2022. 3.100.000 euros ont été investis en 2021 dans l'acquisition d'immeubles bâtis, 9.500.000 euros sont prévus en 2022. Le bourgmestre annonce que l'acquisition de plusieurs nouveaux terrains sera proposée prochainement au Conseil. 4.581.747 euros ont aussi été dépensés en 2021 pour l'acquisition de nouveaux logements

sociaux PAP en 2021. Le même poste budgétaire sera doté de 368.738 euros en 2022. Le projet de construction du nouveau terrain de foot a coûté 150.000 euros en 2021, 2.500.000 euros sont prévus en 2022. 400.000 euros sont aussi prévus en 2022 pour la rénovation du terrain de foot synthétique existant. Nicolas Pundel explique que le gazon synthétique est abîmé et qu'il doit être remplacé.

Le poste budgétaire relatif au réaménagement de la pharmacie est fixé à 100.000 euros en 2022. Le bourgmestre explique que les travaux prévoient une nouvelle entrée ainsi que l'agrandissement de l'espace de stockage de la pharmacie. 492.838 euros ont été dépensés pour la rénovation du hall de karaté, du terrain outdoor et de l'accès depuis la rue de Reckenthal. 1.250.000 euros supplémentaires sont prévus pour 2022. 250.000 euros sont aussi prévus en 2022 pour l'aménagement d'un terrain de fitness outdoor au parc, à proximité de la maison communale.

Le bourgmestre Nicolas Pundel passe ensuite au relevé de personnel, tout en remarquant qu'il rentrera plus en détail sur ce sujet lors de la prochaine réunion du Conseil communal. La commune dispose de 112,31 postes à temps plein en 2022, ce qui équivaut à une masse salariale de 10.042.895 euros. Les dépenses pour remplacement de personnel par des entreprises privées s'élèvent à 1.200.000 euros pour 2021 et à 1.000.000 euros pour 2022. Le total des dépenses de personnel atteint ainsi 38.000.800 euros ou 26,4 % des dépenses ordinaires en 2022. Le bourgmestre estime qu'il s'agit d'un niveau de dépenses raisonnable.

Au niveau de la situation des réserves et emprunts, le fonds de réserve est actuellement doté de 9.045.755 euros. 3.867.474 euros supplémentaires seront versés au fonds jusqu'à la fin de l'année 2021. Le fonds sera donc doté de 12.923.233 euros en 2022. 7.646.453 euros supplémentaires sont disponibles grâce au Pacte Logement qui sera alimenté de 850.941 euros jusqu'à la fin de l'année 2021, atteignant ainsi un total de 8.497.398 euros fin 2022. Le total des réserves s'élève ainsi à 21.420.632 euros au 31 décembre 2022.

930.004 euros ont été remboursés sur l'emprunt de 6.875.411 euros en 2021, laissant ainsi la somme de 5.945.406 euros en 2022. Le bourgmestre remarque

que la commune a aussi droit à des intérêts positifs de 18.249 euros en 2021. La dette communale se chiffre à 577 euros par habitant en 2022. La commune risque aussi de devoir payer des intérêts bancaires négatifs sur son compte courant à hauteur de 60.000 euros. Nicolas Pundel estime que la commune essaiera d'éviter autant que possible cette dernière dépense en utilisant les fonds concernés.

Le bourgmestre conclut sa présentation en rappelant les chiffres-clés des budgets. Au niveau du budget rectifié 2021, le total des recettes ordinaires s'élève à 43.044.903 euros et le total des dépenses ordinaires à 39.082.963 euros, arrivant ainsi à un boni propre à l'exercice de 3.961.939 euros. Le total des recettes extraordinaires s'élève à 1.062.629 euros et le total des dépenses extraordinaires à 17.473.638 euros, arrivant ainsi à un mali propre à l'exercice de 16.411.008 euros. Le boni du compte 2020 se chiffre à 36.445.775 euros, le boni général à 40.407.715 euros. Après transfert de l'ordinaire vers l'extraordinaire, il reste un boni présumé de 23.996.706 euros à la fin 2021.

Au niveau du budget prévisionnel 2022, le total des recettes ordinaires s'élève à 44.244.073 euros et le total des dépenses ordinaires à 38.000.800 euros, arrivant ainsi à un boni propre de l'exercice de 6.243.273 euros. Le total des recettes extraordinaires s'élève à 3.065.000 euros et le total des dépenses extraordinaires à 29.734.771 euros, arrivant ainsi à un mali propre à l'exercice de 26.669.771 euros. Le boni présumé fin 2021 se chiffre à 23.996.706 euros, le boni général à 30.239.980 euros et le mali général à 26.669.771 euros. Après transfert de l'ordinaire vers l'extraordinaire, le boni définitif 2022 s'élève donc à 3.570.209 euros.

Le bourgmestre conclut sa présentation budgétaire en remerciant toutes les personnes impliquées dans l'élaboration du budget pour leur excellent travail. Le débat budgétaire aura lieu pendant la prochaine réunion du Conseil.

#### **4. Approbation d'une convention avec le SICONA.**

Le Conseil communal est appelé à approuver une convention avec le SICONA Sud-Ouest dans le cadre du « Naturpakt », qui a été approuvée lors de la réunion du Conseil du 10 novembre 2021. L'échevin Betty Welter-

Gaul (LSAP) explique que la convention prévoit la mise à disposition d'un conseiller qui doit accompagner la commune lors de la définition et de la mise en œuvre d'une stratégie pour le Pacte Nature. La commune pourra recourir à ses services lors de l'élaboration de plans d'aménagement particuliers (PAP), ainsi que dans des domaines comme la protection du milieu rural, des forêts et des cours d'eau. Le conseiller aura également pour mission de développer la communication autour des mesures prises dans le cadre du Pacte Nature.

La convention prévoit une avance annuelle de 30.000 euros qui sera remboursée par l'État. Cela équivaut à 250 heures de travail. La convention sera valable pendant toute la durée du Pacte Nature, c'est-à-dire jusqu'au 31 décembre 2030.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle que sa fraction s'était abstenue lors du vote sur le Pacte Nature, mais souligne qu'elle salue néanmoins les objectifs concrets visés par le pacte. Elle se réjouit du fait que le pacte ait aussi comme objectif de renforcer la coopération entre communes dans le domaine de la protection de la nature. Elle annonce que, dans ces conditions, sa fraction pourra pleinement soutenir les mesures visées par le pacte. Le conseiller Laurent Glesener (DP) se rattache entièrement à cette vue.

La convention avec le SICONA est approuvée unanimement.

#### **5. Confirmation de règlements temporaires de circulation.**

Le Conseil est appelé à approuver plusieurs règlements temporaires de circulation en relation avec des chantiers dans la rue du Kiem, la route d'Arlon, la rue Federspiel, la rue Thomas Edison, la rue du Bois et la rue des Carrefours.

Les règlements sont approuvés unanimement.

#### **6. Approbation d'un acte notarié.**

Le Conseil est appelé à approuver un acte de cession gratuite de la société Stugalux S.A. à la commune. La cession concerne deux parcelles dans la route d'Arlon, d'une surface totale de 1,14 ares.

Le conseiller François Gleis (CSV) remarque que les deux parcelles correspondent en fait à la voie piétonne à cet endroit de la route d'Arlon. Il estime que de telles situations auraient dû être redressées depuis longtemps et il aimerait savoir combien d'endroits existent encore dans la commune où le trottoir se trouve sur des terrains privés. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique qu'il existe probablement plus d'une centaine d'endroits où c'est le cas. Il estime que ce problème a été négligé dans le passé et explique que de tels dossiers se présentent souvent lorsqu'un permis de construire est demandé. La régularisation se fait alors au cas par cas.

L'acte de cession gratuite est approuvé à l'unanimité.

#### **7. Approbation du budget de l'Office social pour l'année 2022.**

Le Conseil est appelé à approuver le budget 2022 de l'Office social de Strassen. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) présente les chiffres-clés du budget. Au niveau des recettes ordinaires, 76.500 euros sont prévus sous l'article « autres créances diverses ». Il s'agit principalement d'avances remboursables de la part de la Caisse Nationale de Santé (CNS), du Fonds National de Solidarité et d'autres instances publiques. Un autre article de 6.000 euros représente le tiers payant social à rembourser par le bénéficiaire. Le total des remboursements se chiffre à 82.500 euros. Un poste à hauteur de 20.520 euros est dû en tant que participation aux frais administratifs et comme indemnité de personnel. 3.000 euros sont prévus comme indemnité pour Anne Reuter, pour son support administratif.

Deux articles à hauteur de 157.600 euros chacun correspondent à l'aide aux nécessiteux assurée par la commune et par l'État. 34.000 euros sont également comptabilisés en tant que dotation aux gains réalisés par la Loterie Nationale. L'Office National d'Inclusion Sociale (ONIS) contribue aussi à hauteur de 52.650 euros à la participation aux frais de personnel pour l'assistante sociale ARIS Tamara Maia Romao. Le total des recettes ordinaires s'élève ainsi à 519.970 euros.

Au niveau des dépenses ordinaires, il y a les avances remboursables mentionnées plus haut à hauteur

de 76.500 euros, ainsi que les avances sur le tiers payant social à hauteur de 7.000 euros. Deux articles budgétaires de 4.980 euros et de 4.680 euros représentent les indemnités du président de l'Office social et les jetons de présence des membres. Les frais généraux à hauteur de 4.150 euros sont relativement faibles en raison de l'intégration partielle de l'Office social au sein de l'administration communale. 20.520 euros sont utilisés comme indemnité pour le support administratif par le secrétaire et le receveur communal, et 3.000 euros comme indemnité pour Anne Reuter. Un article budgétaire de 219.000 euros représente la mise à disposition d'un poste et demi pour assistantes sociales. Betty Welter-Gaul souligne que ces frais englobent aussi les remplacements en cas de maladie ou de maternité, ainsi que des services de support. Un article de 89.000 euros est prévu pour différentes aides offertes aux nécessiteux. Un article de 22.376 euros représente la part de la commune aux dépenses de l'épicerie sociale. Le total général des dépenses ordinaires s'élève ainsi à 519.956 euros.

Au niveau du budget rectifié de l'exercice 2021, il y a un total des recettes de 499.937 euros face à un total des dépenses de 495.230 euros. Le boni propre à l'exercice s'élève à 4.707 euros. Le boni du compte 2020 s'élève à 93.142 euros, le mali à 3.911 euros. Il en résulte un boni général de 769 euros au service ordinaire et de 93.142 euros au service extraordinaire, équivalent au boni présumé fin 2021.

Pour le budget de l'exercice 2022, le total des recettes est de 519.970 euros et le total des dépenses s'élève à 519.956 euros. Le boni propre à l'exercice s'élève à 13 euros. Le boni présumé fin 2021 est de 796 euros au service ordinaire et de 93.142 euros au service extraordinaire. Le boni général et le boni définitif sont de 809 euros au service ordinaire et de 93.142 euros au service extraordinaire.

L'échevin Betty Welter-Gaul conclut sa présentation du budget et donne ensuite quelques détails sur les activités de l'Office social en 2021. Sur les 260 dossiers traités, 157 ont été référés au conseil de l'Office social. 100 nouveaux dossiers ont été ouverts en 2021. 45 visites à domicile ont été effectuées et 487 personnes ont été accueillies dans les bureaux de l'Office social. De plus, 5 visites dans des institutions ont eu lieu.

L'agente régionale d'inclusion sociale (ARIS) Tamara Maia Romao a actuellement 33 personnes à encadrer, dont 20 participent à une activité de stabilisation. 4 personnes bénéficient d'une dispense temporaire, et 8 personnes travaillent dans le cadre d'une activité d'utilité collective (TUC).

Le conseiller François Gleis (CSV) estime que le nombre de dossiers traités par l'Office social a fortement augmenté. Au vu de la forte croissance démographique avec bientôt plus de 11.000 habitants, il se félicite que la commune dispose de son propre Office social. Il estime que celui-ci n'offre pas seulement des aides financières, mais qu'il apporte aussi une aide précieuse à beaucoup de personnes face à des problèmes administratifs ou linguistiques. Il remercie les membres de l'Office social pour leur excellent travail.

Le conseiller Marc Fischer (DP) estime également que l'office accomplit un travail précieux. Il aimerait savoir combien d'habitants de Strassen utilisent régulièrement l'épicerie sociale « Croix Rouge Buttek » à Steinfort. L'échevin Betty Welter-Gaul promet de livrer ces informations prochainement. Le conseiller Marc Fischer annonce que, dans ce cas, il s'abstiendra du vote par principe. Il demande ces informations depuis cinq ans et n'a jamais reçu de réponse. Il est également d'avis que la participation à l'épicerie sociale devrait être réévaluée sur base de chiffres réels sur l'utilisation de cette offre par des habitants de Strassen. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne que ces chiffres existent bien et qu'ils ont déjà été discutés au Conseil. Il annonce que la commune compte éventuellement créer sa propre épicerie sociale à Strassen et explique que la maison « Kohnen » a aussi été achetée pour cette raison. La raison principale derrière ce projet n'est pas le fait que le « Croix Rouge Buttek » se trouve dans une autre commune, mais que le bâtiment qui accueille l'épicerie est dans un très mauvais état. Les clients de Strassen ont aussi été mécontents de l'offre de l'épicerie ce dernier temps. Toutes ces raisons ont renforcé la volonté du Collège échevinal de trouver une solution à Strassen. Le bourgmestre souligne aussi que les statistiques sur l'utilisation de l'épicerie n'ont jamais été dissimulées et qu'elles sont directement disponibles auprès de l'Office social.



Le secrétaire communal Christian Muller indique qu'actuellement au moins 50 habitants de la commune ont accès à l'épicerie sociale. Le conseiller Marc Fischer (DP) concède que ce chiffre a déjà été mentionné, mais souligne aussi qu'il demande des chiffres précis sur la fréquentation réelle depuis des années. Il est d'avis qu'une épicerie sociale est une structure très utile, mais exprime des doutes quant à l'utilité d'une telle structure en-dehors de la commune.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) remercie tous les collaborateurs de l'Office social pour leur excellent travail. Elle salue le projet d'une épicerie solidaire à Strassen, ainsi que le fait que ce lieu sera conçu comme un véritable tiers-lieu d'intégration et d'inclusion permettant d'offrir de nombreuses activités au-delà d'un simple magasin. Elle est d'avis qu'un tel endroit pourra jouer un rôle important au niveau social et elle encourage le Collège échevinal à aller dans ce sens.

Le budget de l'Office social pour l'année 2022 est approuvé avec une abstention.

#### **8. Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.**

Le Collège échevinal a reçu plusieurs demandes relatives à l'exercice du droit de préemption. Le bourgmestre explique que la première demande concerne une petite parcelle de seulement 0,40 are issue d'une cession. Le Collège échevinal propose de renoncer au droit de préemption. Le Conseil décide unanimement de renoncer au droit de préemption.

Une deuxième demande concerne un ensemble de terrains faisant partie d'un PAP existant dans la rue Marguerite Thomas-Clément. Le bourgmestre est d'avis que de tels cas sont délicats, car en dépit d'un prix attractif, les terrains concernés sont vraisemblablement sur le point d'être vendus à des particuliers. Il estime que la commune ne devrait pas faire usage de son droit de préemption dans de tels cas. Le conseiller Laurent Glesener (DP) se rattache à cette position. Le conseiller Léandre Kandel (DP) estime que la responsabilité incombe au vendeur. Le Conseil décide unanimement de renoncer au droit de préemption.

#### **9. Nominations et démissions au sein des commissions locales.**

Le Conseil est appelé à approuver plusieurs changements au sein des commissions locales.

Le Collège échevinal propose d'accepter la demande de démission de Jeanne Schneider de son poste de membre de la commission sportive et des associations locales. Le Collège échevinal propose d'accepter la demande de démission de Marion Schneider-Schetgen de son poste de membre de la commission sportive et des associations locales. Le Collège échevinal propose d'accepter la demande de démission de Carine Enders de son poste de membre de la commission sociale et du 3e âge. Le Collège échevinal propose de nommer Christian Muller au poste de secrétaire de la commission des loyers suite au départ à la retraite du fonctionnaire ayant occupé le poste auparavant.

Le bourgmestre remercie les membres sortants pour leur engagement et regrette que les départs de Jeanne Schneider et Marion Schneider-Schetgen aient été causés par des divergences de vue au niveau de l'organisation de travail au sein des commissions. La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) est d'avis que les démissions sont en partie fondées, car les membres des commissions ont de plus en plus souvent l'impression que leur implication dans les processus décisionnels n'est pas souhaitée. Ils sont souvent mis devant le fait accompli, sans pouvoir réellement influencer les choses. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique qu'il est normal que les nombreux activités et projets abordés dans les commissions concernent des sujets qui doivent être préparés à l'avance. Il estime que les membres des commissions peuvent se préparer à ces sujets puisqu'ils disposent de l'ordre du jour avant chaque réunion mensuelle de la commission. Lors de chaque réunion, il y a un point « divers » à l'ordre du jour, grâce auquel les membres peuvent librement aborder tout sujet qui leur tient à cœur et faire des propositions. Il invite tous les membres des commissions à profiter de ces possibilités. La conseillère Maryse Bestgen-Martin répond qu'il ne s'agit pas seulement de demander leur avis aux membres des commissions, mais de les impliquer dans le processus décisionnel depuis le début. Le conseiller Marc Fischer (DP) donne raison à Maryse Bestgen-Martin et estime

que le fonctionnement des commissions devrait être revu. Il est d'avis que la participation citoyenne n'est pas réellement assurée actuellement. L'échevin Jean Claude Roob annonce qu'il ne s'oppose pas à ce que deux réunions mensuelles soient organisées pour les commissions. Le conseiller Marc Fischer estime que le fonctionnement des commissions en tant que tel doit être mis à l'ordre du jour des commissions. Jean Claude Roob ne voit pas d'obstacle à cela et promet que ce sera fait. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) se rattache à la position de Marc Fischer et de Maryse Bestgen-Martin. Elle est également d'avis qu'il faut impliquer les membres en vue d'une meilleure participation.

Toutes les démissions et nominations sont approuvées unanimement.

#### **10. Urbanisme : Décision portant sur un lotissement de terrain.**

Le Conseil est appelé à approuver un lotissement de terrain concernant une parcelle inscrite au cadastre sous le numéro 12/2773, Section A de Strassen, dans la rue Ignace Semmelweis. Le morcellement prévoit la création de deux parcelles de 3,89 ares chacune.

Le lotissement de terrain est approuvé unanimement.

#### **11. Approbation d'un compromis de vente.**

Le Conseil est appelé à approuver le compromis de vente concernant la maison « Kohnen ». Le prix de vente des trois parcelles d'une surface totale de 5,26 ares dans la rue des Romains s'élève à 2.119.000 euros.

Sur demande du conseiller Marc Fischer (DP), le Collège échevinal confirme que la maison doit accueillir la future maison solidaire de Strassen. La question de savoir si la maison pourra aussi accueillir une épicerie solidaire devra encore être débattue.

Le compromis de vente est approuvé à l'unanimité.

#### **12. Divers.**

Le conseiller Marc Fischer (DP) demande s'il serait possible d'offrir une retransmission des réunions

du Conseil communal via Internet. Le bourgmestre estime que c'est une possibilité dont la faisabilité devra être examinée. Marc Fischer remarque que les problèmes de circulation au niveau de l'échangeur de l'autoroute A4, au niveau de la route d'Arlon, ont atteint un niveau intolérable. Il est d'avis qu'il faudrait en analyser les raisons. Il remarque aussi que des mesures anti-bruit assez conséquentes ont récemment été mises en place dans la commune de Dudelange. Il estime que l'État devrait prendre des mesures similaires à Strassen et exige que le Collège échevinal augmente la pression sur le ministère dans ce dossier. Le Collège échevinal promet de faire cela. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique qu'une nouvelle réunion avec des représentants du ministère a récemment eu lieu et que le message de la commune a été entendu. En dépit de cela, il n'est pas probable que des mesures soient prises à court terme.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'État a l'intention d'ajouter une bande supplémentaire à l'autoroute pour le covoiturage. Pour cette raison, la réalisation de mesures anti-bruit n'est pas encore possible à l'heure actuelle.

Le conseiller François Gleis (CSV) se rattache à la position de Marc Fischer. Il estime que les problèmes de circulation risquent d'empirer à l'avenir à cause du pôle d'échange avec le réseau Luxtram prévu sur la route d'Arlon.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) partage ces points de vue. Il doute par ailleurs que les projets d'agrandissement de l'autoroute soient réalisables et estime que la commune devrait insister sur l'installation de mesures anti-bruit. Laurent Glesener aimerait aussi savoir si les habitants de la commune auront accès à la maison de retraite qui est en train d'être construite dans la rue des Carrefours. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) répond par la négative et explique qu'il s'agit d'une structure privée qui n'a pas encore de convention avec l'État.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) explique que certains habitants de la Rue du Reckenthal se sont plaints de l'état déplorable de la route en raison du chantier. Elle aimerait savoir si la commune peut intervenir auprès de l'entreprise de construction pour

essayer de résoudre ce problème. Le bourgmestre promet de faire suivre le message, mais souligne aussi qu'il s'agit d'un chantier très difficile et pénible pour les habitants de la rue.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime également que la commune devrait développer la démocratie participative en offrant la possibilité de suivre les réunions du Conseil via streaming vidéo sur Internet. La conseillère veut aussi attirer l'attention sur une récente discussion sur le réseau social « Hoplr » relative à la possibilité de créer un parc pour chiens dans la commune. Elle propose d'en débattre en commission. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que la commune avait déjà l'intention de réaliser un tel projet et qu'un terrain approprié avait été trouvé, mais que le projet n'a pas abouti en raison de l'opposition marquée des voisins. Martine Dieschburg-Nickels estime que le choix d'un site est effectivement délicat. Le bourgmestre estime que les membres du Conseil communal ne devraient pas s'impliquer dans de telles discussions sur « Hoplr » en tant que mandataires politiques.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) est d'avis qu'un parc pour chiens serait favorable pour le bien-être des canins et permettrait d'éviter que les chiens laissent leurs crottes dans d'autres endroits publics. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) estime qu'une telle prescription est difficile à mettre en œuvre. Le conseiller Laurent Glesener (DP) est d'avis que la responsabilité incombe aux propriétaires des chiens.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) est également d'avis que les réunions du Conseil devraient être retransmises en ligne. Sa fraction a d'ailleurs déjà proposé une telle solution par le passé. Le conseiller Paul Klensch se rattache à cette position. Il propose que la commune s'inspire des pratiques de la Ville de Luxembourg, qui sont exemplaires en la matière. Le conseiller Marc Fischer estime qu'une telle solution est également dans l'intérêt d'une meilleure transparence, puisque les citoyens peuvent retracer exactement les discussions au sein du Conseil.

### **13. Affaires de personnel (huis clos).**

# Communal Council meeting of 8 December 2021

## AGENDA

1. Approval of the minutes of the meetings of 06.10.2021 and 20.10.2021.
2. Presentation of the schedule of the Communal Council meetings for 2022.
3. Presentation of the 2021 rectified draft budget and the 2022 provisional draft budget.
4. Approval of an agreement with SICONA.
5. Confirmation of the temporary traffic regulations.
6. Approval of a notarial deed.
7. Approval of the 2022 Social Office budget.
8. Decision on the exercise of the right of pre-emption.
9. Appointments and resignations in local committees.
10. Urban planning - Decision on a plot of land.
11. Approval of a sales agreement.
12. Any other business.
13. Staff matters (in camera):
  - a. Decision on a change of group.

## PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor, by videoconference; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>st</sup> Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>nd</sup> Alderman.

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors, by videoconference.  
Secretary: Christian Muller.

## ABSENT (EXCUSED)

Jean-Marie Durrer (CSV); Marc Fischer (DP), Councillors, for part of the meeting.

### 1. Approval of the minutes of the meetings of 06.10.2021 and 20.10.2021.

The Communal Council is requested to approve the minutes of the meetings held on 06.10.2021 and 20.10.2021. Mayor Nicolas Pundel (CSV) answered a question from Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) about the minutes of 20.10.21.

The minutes were approved without further comment.

### 2. Presentation of the schedule of the Communal Council meetings for 2022.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) gives some details on the schedule of meetings of the Communal Council for the year 2022.

### 3. Presentation of the 2021 rectified draft budget and the 2022 provisional draft budget.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) began the presentation of the rectified draft budget for 2021 and the provisional draft budget for 2022. For the 2021 rectified budget, the income from property tax amounts to 1,038,171 EUR. For 2022, the revenue from property tax is estimated at 1,100,000 EUR. The revenue from business tax surpassed expectations, totalling 5,143,491 EUR, and the same amount is expected for 2022. The total revenue from the two taxes is therefore 6,181,661 EUR. For 2022, this sum is estimated at 6,243,491 EUR.

Income from the Communal Global Endowment Fund (FDGC, "Fonds de dotation globale des communes") amounts to EUR 29,817,021 for the 2021 rectified budget. The estimate for 2022 is 30,978,723 EUR. The total of both taxes and the endowment is therefore of 35,998,684 EUR for 2021, well above the estimated 33,445,904 EUR. The same sum is estimated at 37,222,214 EUR for the 2022 budget. Mayor Nicolas Pundel (CSV) is pleased that these revenues have remained above estimates and have not been affected by the pandemic. This sum is increased by a final payment under the Housing Pact 1.0 of 850,941 EUR. The sum of the main revenues of the rectified 2021

budget thus amounts to 36,849,625 EUR instead of the 34,296,846 EUR initially planned. This amount should reach 37,222,214 EUR in 2022.

Adding all the other income generated by the Commune, the grand total of ordinary income in 2021 amounts to 43,044,903 EUR instead of the 40,324,676 EUR expected, i.e. 2,061,040 EUR more than the initial estimate. An additional increase of 1,199,170 EUR is foreseen for the 2022 forecast budget, which is expected to reach a grand total of 44,244,073 EUR.

The Mayor then detailed the main ordinary expenses, starting with the contributions to the budgets of the intercommunal syndicates. The share for the Intercommunal Swimming Centre “Les Thermes”, initially planned at 1,695,500 EUR, was exceeded in 2021, reaching 2,401,500 EUR. According to Nicolas Pundel, this is because of losses due to the crisis, but also to necessary repair work. For 2022, the planned expenditure is 1,546,000 EUR. The Mayor stresses that this forecast is based on the hope that income will normalise during the year after the crisis has passed.

In 2021, the expenditure for SIGI (Intercommunal IT Management Association) corresponds exactly to the 310,380 EUR initially planned. This sum should reach 349,180 in 2022. For SEC (Water Association for Central Luxembourg), the expenditure for 2021 and 2022 is identical and amounts to 700,000 EUR for the acquisition of drinking water from SEBES (Water Association for the Esch-sur-Sûre Dam). For SICONA (Nature Conservation Association for Central and Western Luxembourg), the expenditure in 2021 corresponds to the 98,188 EUR initially planned. This expenditure item increases in 2022 to 160,264 EUR. The Mayor explains that this increase is due to the fact that the State has changed its remuneration system. The Commune will therefore have to cover these expenses and will be reimbursed later.

The expenditure for the SIDOR (Intercommunal Waste Management Association) is exactly as forecast for 2021 with 280,000 EUR. This amount will remain unchanged for 2022. Expenditure for the multi-purpose intercommunal body SYVICOL (Association of Towns and Communes) for 2021 is also in line with the forecast amount of 14,832 EUR. The amount planned for 2022

will be 20,498 EUR. The amount foreseen for SICEC (Intercommunal Association for the Construction, Maintenance and Operation of a Crematorium), amounts to 1,235 EUR instead of the 900 EUR foreseen in 2021. The same amount is planned for 2022.

Nicolas Pundel then details the other ordinary expenses of the Commune. The expenditure item for political bodies corresponds exactly to the 100,999 EUR planned for 2021. A slight increase to 102,561 EUR is planned for 2022. The consultative committees cost 65,000 EUR in 2021 and the same amount is planned for 2022. Totalling 127,000 EUR, the expenditure item for legal fees has not reached the 185,741 EUR planned for 2021. In 2022, 132,000 EUR are planned. The fees for the Data Protection Officer and the GDPR compliance check amount to 12,300 EUR in 2021, the same amount is planned for 2022. The Commune plans 10,000 EUR for the 2022 budget for the structural analysis and audit of the Communal Administration.

Expenditure for insurance of goods and civil liability reached 88,000 EUR in 2021, and thus remains below the 101,000 initially planned. A sum of 95,000 EUR is planned for this item in 2022. The sum of 173,000 EUR for postage and telecoms was fully utilised in 2021 and the same amount is planned for next year. The costs for computer equipment, software and copiers amount to 376,800 EUR instead of the 429,927 EUR planned. This item is provisionally set at 384,950 EUR in 2022. The sum of 44,500 EUR for the Hot City wireless network was fully used in 2021 and will be increased to 50,500 EUR in 2022. The Commune’s website cost 47,000 EUR in 2021, with costs rising to 60,000 EUR in 2022 due to a technical update. The 25,000 EUR planned for newspaper advertisements in 2021 were fully spent, and the same amount is planned for 2022. Of the planned expenditure on the acquisition of digital billboards, 75,000 EUR out of 100,000 EUR were spent in 2021. For 2022, 75,000 EUR are also planned for this item. The Mayor explained that two signs had been ordered to be installed near the Town Hall. Two other signs planned for the Route d'Arlon have not yet been ordered, as the authorisation from the National Roads Administration was pending. Of the 142,000 EUR budget for public information, only 70,000 EUR were spent in 2021. This item is provisionally set at 170,000 EUR for 2022. The communal social media app “Hoplr” cost 9,000 EUR in

2021, and the same amount is planned for next year.

The 2021 budget for communal staff was slightly exceeded in 2021, with an expenditure of 485,098 EUR instead of the 483,704 EUR planned. For 2022, this item is provisionally set at 492,835 EUR. The Mayor explained that one of the four agents had just resigned. The Commune is waiting for the new law on the competences of communal employees before hiring a replacement. The Department's income was slightly lower than forecast, reaching 144,600 EUR instead of 156,300 EUR.

The Fire and Rescue Service, for which 413,665 EUR were planned in 2021, ended up costing 421,084 EUR. This item increases to 516,940 EUR in 2022. The revenue of 27,813 EUR corresponds to the rent for the CGDIS building owned by the Commune.

Mayor Nicolas Pundel then detailed the expenditure on social welfare. At 209,075 EUR, the Social Office has slightly exceeded the 200,520 EUR planned for 2021. For 2022, this item increases to 210,475 EUR. The Mayor believes that this is a comparatively low budget in view of its excellent work. The cost-of-living allowance amounts to 92,000 EUR in 2021, rising to 100,000 EUR in 2022. The Mayor explained that the Commune has decided to increase its share of this aid from 25 to 30% because of the crisis. Rent subsidies cost 80,000 EUR in 2021, and the same amount is planned for 2022. Expenditure for the Local Initiative and Management Centre (CIGL) increases from 100,000 EUR in 2021 to 200,000 EUR in 2022. The Communal Disability Plan has no budget in 2021, but a sum of 25,000 EUR is planned for 2022. One article concerns state aid from the Employment Fund, amounting to 20,356 EUR in 2021, and the same amount is planned for 2022. Expenditure on donations to NGOs, associations and humanitarian bodies, which amounted to 75,000 EUR in 2021, will be reduced to 50,000 EUR in 2022. Expenditure on integration activities cost 333,974 EUR instead of 402,974 EUR in 2021. For the year 2022, this item increases to 403,845 EUR. The Mayor reminds the participants that the Commune drafted its Integration Charter this year and that many projects are underway.

In terms of ordinary expenditure for youth, the item for the "Pescher" and "Wibbelde wapp" day care centres

amounts to 748,851 EUR in 2021, of which 675,750 EUR have been spent. This item increases to 822,437 EUR for 2022. The Mayor explains that the variations in this item are due to personnel costs. 2,356,700 EUR were spent on the "Maison relais" out of the 2,387,900 EUR planned for 2021. This item increases to 2,429,000 EUR for the year 2022. Ordinary income from the "Maison relais" amounts to 1,024,000 EUR in the rectified budget for 2021, rising to 1,027,800 EUR in the provisional budget for 2022. Expenditure for the Youth Service and the "Maison des jeunes" (youth club), initially estimated at 172,830 EUR, amounted to 134,330 EUR in 2021. This item increases to 200,430 EUR in 2022. 175,000 EUR are planned in 2022 for the activities of the new Youth Service manager, Ben Boulanger. For holiday activities, 30,000 EUR out of 40,000 EUR were spent in 2021. For 2022, 40,000 EUR are also planned. 46,000 EUR were spent on student jobs in 2021, and the same amount is planned for 2022. The 110,000 EUR reserved for school success bonuses were fully used in 2021, and the same amount is planned for 2022.

Mayor Nicolas Pundel moves on to ordinary expenditure for senior citizens. 25,000 EUR were planned for 2021 for the Senior Citizens' Plan but they were not used. The same amount is planned for 2022. The Mayor confirms that CEFIS asbl, the Intercultural and Social Study and Training Centre, has been commissioned to carry out a demographic study of the population concerned. This study will serve as the basis for the plan. Expenditure on the Senior Club amounts to 276,000 EUR in the rectified budget for 2021, and 273,000 EUR are planned for 2022. The Mayor was pleased that the Senior Club was able to resume its activities despite the pandemic. He added that a new employee had been hired for the Club. He also pointed out that the Senior Club generates income that covers a large part of its expenses. 17,380 EUR were spent in 2021 to launch the "Super Senior" project. The planned costs to operate the Club in 2022 amount to 9,000 EUR. The Mayor indicated that he would soon announce the number of participants in the project. The "Riedgen Centre" fully used its budget of 313,666 EUR in 2021, with 397,000 EUR being planned for 2022. The Mayor explained that the increase in the budget was due to an increase in the number of hours worked by the nursing staff - a necessity because of the pandemic. 11,000 EUR were planned for the Christmas party for senior citizens,

which could not take place in the end due to the health situation. The sum of 12,000 EUR is planned for the 2022 party, provided that the situation allows for it. The budget item for the “meals on wheels” service remains unchanged in 2022 with an expenditure of 142,850 EUR and income of 78,000 EUR. The Mayor believes that the corresponding tax will have to be increased in the near future because of an overall rise in expenditure on the services due to the pandemic.

The Mayor then detailed the ordinary expenditure for sports and associations. 40,500 EUR of the 44,700 EUR planned were spent in 2021 on sports and leisure activities. The Mayor explained that this item would rise to 71,700 EUR in 2022 because these activities had been increasingly successful during the pandemic. For this reason, Alderman Jean Claude Roob (LSAP) has increased the number of activities offered. 161,500 EUR of the 185,443 EUR planned were used in 2021 for the maintenance of the sports fields, and 185,500 EUR are planned for 2022. The Mayor explains that the Commune is looking into whether this expenditure can be reduced, as the old football pitch will be replaced in four years' time. The sports halls cost 509,650 EUR instead of the 593,015 EUR planned for 2021. This item is increased to 585,650 EUR in 2022. The income, which corresponds to the state subsidy for sports facilities, will decrease from 409,400 EUR to 223,900 EUR in 2022. Expenditure on subsidies and support for associations will amount to 306,000 EUR in 2021, and the same amount is planned for 2022. The Mayor announced that the Finance Committee had drawn up a proposal for a new distribution key for subsidies. This new distribution key will soon be presented to the Council. The Scouts' hut cost 406,600 EUR in 2021, mainly due to the renovation of the bathrooms and the kitchen. In 2022, the costs will return to their normal level of 36,600 EUR.

In terms of ordinary expenditure on culture and events, 110,000 EUR of the 150,000 EUR planned in 2021 for communication were used. 150,000 EUR are also planned for 2022. The Mayor explained that this item concerns the activities of the Communication Service of the Commune. The budget item of 30,000 EUR for the fair, which was fully used in 2021, remains unchanged in 2022. Of the 25,000 EUR planned in 2021 for the “Stroossen wibbelt & Spill mat” event, only

8,600 EUR were used in 2021 because changes were made due to the pandemic. For 2022, 20,000 EUR are planned to organise a similar event.

The exhibition “100 Joer Lëtzebuerger Konscht” cost 87,000 EUR. The Mayor emphasised that this exhibition was one of the highlights of Luxembourg's cultural scene during the pandemic. Another major cultural event is planned for 2022 with the Biennial of Contemporary Art in Strassen, for which 65,000 EUR are planned. The budget item for the “Stroossefestival” of 250,000 EUR has been used in full. The Mayor was pleased that it was possible for this event to take place despite pandemic-related restrictions. However, this was not the case for the “Kufka” event and art school projects, which did not take place. An identical budget item of 15,000 EUR is planned for the 2022 edition. The Christmas market cost 125,000 EUR instead of the 100,000 EUR planned for 2021, the additional costs being due to health measures. 125,000 EUR is also planned for the 2022 edition. The budget item of 90,000 EUR for public celebrations and concerts was fully spent in 2021. In 2022, 120,000 EUR are planned for this item, the increase also being due to the pandemic. The total expenditure for public festivals thus reached 826,900 EUR instead of the 909,407 EUR planned in 2021. This total amount will decrease to 820,800 EUR in 2022.

Nicolas Pundel then delved into the ordinary expenditure on nature, climate and energy. 286,468 EUR were spent on forestry in 2021 out of the planned 343,200 EUR, and 389,250 EUR are expected to be spent in 2022. Only 40,000 EUR of the 100,000 EUR planned for planting was spent in 2021. A sum of 100,000 EUR is also planned for 2022. The cogeneration plant cost 565,000 EUR in 2021, with the same amount planned for 2022. The 75,000 EUR earmarked for ecological premiums for electromobility were used in full in 2022, with the same amount planned for 2022. The Mayor indicated that 120 applications for electric bicycles and 23 applications for electric cars were made. 70,000 EUR were used for the development of an energy concept in 2021, with the same amount planned for 2022. Only 5,000 EUR were used for the improvement of energy efficiency for buildings in 2021, instead of the planned 100,000 EUR. The latter amount is also planned for next year.

The Mayor then detailed the ordinary expenses related to the various pacts in which the Commune participates. The Climate Pact cost 30,000 EUR in 2021, with the same amount expected in 2022. The Mayor pointed out that the expenses for these pacts are covered by the Commune, before being reimbursed by the State. The amount totals 150,000 EUR in 2021 and 2022. 15,000 EUR for the “Climate Team” in 2021 have not been spent despite its many activities. The same amount is planned for 2022. 30,000 EUR are foreseen in 2022 for the Climate Pact as well as for the Housing Pact 2.0.

In terms of ordinary expenditure for public spaces and roads, the 543,000 EUR planned for playgrounds, street furniture and bicycle equipment were fully spent in 2021. This item remains at the same level in 2022. 70,000 EUR were spent in 2021 on fees for mobility studies, and the amount will remain the same in 2022. Out of the 351,400 EUR planned for road maintenance, only 191,400 EUR were spent in 2021. 351,400 EUR are also planned for 2022. 290,100 EUR of the planned 346,100 EUR for park maintenance were spent in 2021, and 390,100 EUR are planned for the next year. The communal cemetery cost 144,635 EUR instead of the 407,300 EUR planned in 2021. The difference is due to work that could not be carried out because of the pandemic. 307,635 EUR are therefore planned for 2022. Street lighting cost 255,000 EUR instead of the 310,000 EUR initially planned for 2021. The same initial amount of 310,000 EUR is planned for 2022.

The Mayor then moved on to the expenditure for the Technical Service. In 2021, 143,691 EUR were spent on the acquisition of vehicles. This amount increases to 140,000 EUR in 2022. The Mayor emphasised that the Commune is trying to replace old vehicles with electric ones as much as possible. 37,000 EUR were spent on fuel, 80,000 EUR on vehicle maintenance and repairs, and 22,000 EUR on insurance. All these items remain at the same level in 2022. External support for the service, provided by Luxconsult, cost 100,000 EUR in 2021, with this item set at 130,000 EUR for 2022. The Commune also paid 30,000 of the 40,000 EUR planned for 2021 for the costs of the architect and urban planner. In 2022, this item is estimated at 60,000 EUR. The “Trigis” software used by the Technical Service costs 51,000 EUR each year. 40,000 EUR were spent on

training in 2021. This amount increases to 35,100 EUR in 2022.

With regard to ordinary expenditure on waste management, the Mayor explained that the existing amounts for 2021 would be taken over for 2022. He announced that a new regulation on waste fees would be presented at the next Council meeting. The collection of the waste bins cost 660,500 EUR. The revenue from the waste tax amounts to 788,000 EUR. The acquisition of new bins cost 100,000 EUR in 2021. This amount increases to 200,000 EUR in 2022, as a new bottle bin will be introduced. The contribution to the “Naturgas Kielen” biogas plant amounts to 60,100 EUR and the contribution to the Sidor incinerator to 280,000 EUR. The total cost of waste management is therefore 1,280,000 EUR in 2021 and 1,360,000 EUR in 2022.

In terms of expenditure on the maintenance of the wastewater network, 65,000 EUR of the 140,000 EUR planned for 2021 have been used. 140,000 EUR are also planned for 2022. The costs for wastewater treatment at STEP Luxembourg amounted to 1,200,000 EUR in 2021 and 700,000 EUR in 2022. The total ordinary expenditure for wastewater treatment therefore amounts to 949,840 EUR in 2022, and the ordinary income to 1,100,200 EUR. The maintenance of the reservoir and the drinking water network will cost 409,500 EUR in 2022 and the costs for the purchase of drinking water from SEBES will cost 850,000 EUR. The total ordinary expenditure for drinking water for the year 2022 is therefore 1,107,500 EUR, the ordinary income being 1,008,500 EUR.

The Mayor then moves on to the expenditure for communal housing and the medical centre. For market-rate housing, 120,600 EUR were spent in 2021. For 2022, this item will be allocated 106,600 EUR. Low-cost housing cost 307,717 EUR in 2021, with 331,717 EUR planned for 2022. The Mayor explained that these costs are mainly due to maintenance work. The medical centre cost 67,100 EUR in 2021, and 106,600 EUR are planned for 2022. The costs for technical management amount to 50,000 EUR in 2022.

In terms of expenditure on transport, the cost of participation in the CFL Flex network will rise from



32,656 EUR in 2021 to 46,000 EUR in 2022, due to the extension of the Flex offer with additional vehicles. The “Vel’OH” rental bicycle network cost 70,000 EUR in 2021, with 200,000 EUR planned for 2022, also due to the extension of the network. 100,000 EUR are planned for bus stops both in 2021 and 2022. The item for electric charging stations amounting to 27,000 EUR was not used in 2021, so the same amount is planned for 2022. 90,000 EUR of the planned 100,000 EUR for the communal electric bus service were spent in 2021, and 90,000 EUR are also planned for 2022. The amount for participation in the “Late Night”, “Night Rider” and “Rollibus” networks remains unchanged at 22,000 EUR in 2022. The budget item for the three school buses is also maintained at 310,000 EUR.

Nicolas Pundel then gave details of the ordinary expenditure for the communal buildings. 51,600 EUR are planned in 2022 for minor renovation work in the “Lion d’Or” brewery. More extensive work is planned for the Barblé Centre and the corresponding budget item is set at 538,600 EUR in 2022. The parish buildings will cost 19,700 EUR in 2022. For the church, 100,000 EUR are planned for interior paint work. The costs of bringing communal buildings into line with regulations and making them safe amount to 600,000 EUR and 400,000 EUR in 2022.

As regards education, the maintenance of school buildings will cost 306,000 EUR, 375,000 EUR and 210,100 EUR for early education (“précoce”), pre-school education (“préscolaire”) and primary education (“primaire”), respectively. 621,600 EUR are foreseen for teaching materials and running costs. 30,000 EUR will be available for the UNESCO school project in 2022. The 20,000 EUR available for the “Climate Team” were not used in 2021, as the State fully funded an anti-waste exhibition. 40,000 EUR are planned for 2022 for ski trips to Steinach, the same amount as in previous years. The total ordinary expenditure for education therefore amounts to 1,879,895 EUR in the rectified budget for 2021, and 2,113,077 EUR in the provisional budget for 2022.

Expenditure on music education within the framework of the “Museksschoul am Westen” will amount to 510,000 EUR in 2021 and 599,669 EUR in 2022. The

Mayor explained that the corresponding income represents between 30 and 40% of the costs. 210,000 EUR are allocated to evening classes in 2022.

The Mayor concluded the presentation of the ordinary expenditure with the reserve fund which was provided with 3,867,474 EUR in 2021.

Among the extraordinary revenues, the Mayor mentioned the 850,941 EUR from the Housing Pact 1.0 in 2021, as well as state subsidies of 530,500 EUR for the karate hall and 2,079,500 EUR for the renovation of the sports hall.

Nicolas Pundel then described the extraordinary expenditure for projects. 100,000 EUR are planned for 2022 for the development of the “Stroossen 2030” development project. The Mayor explained that these were costs for the studies carried out by the Luxplan office. 400,000 EUR are planned for the development of the Town Hall in 2022. The Mayor explained that conversion and extension work will be carried out and that the project will soon be presented to the Communal Council. 300,000 EUR are also planned in 2022 for renovation work in the “Riedgen” centre. A start-up loan of 100,000 EUR for the development of a construction project for the new Integrated Centre for the Elderly (CIPA) is also available in 2022. 150,000 EUR and 120,000 EUR are available in 2022 for the new nursing home and the new school respectively. Nicolas Pundel explains that the Commune is currently looking for an architect and that discussions on these projects can start soon.

500,000 EUR are planned in 2022 for the conversion of the “Feltgen” building into a youth club. 150,000 EUR are also planned for the conversion of the “Kohnen” building into a communal solidarity centre. 808,500 EUR are planned for the new pumping station project in Helfent in 2022, a project that was presented at the last Council meeting. 650,000 EUR are also planned for the extension of the wastewater treatment plant in Beggen. 200,000 EUR are planned for the installation of solar panels. The Mayor explained that the latter project could not be carried out in 2021 and was therefore postponed until 2022. The installation of solar panels is planned for the new school. Other locations are also being considered.

The budget item for the underground installation of the Sotel high-voltage line was not used in 2021; the same amount is planned for 2022. The Mayor explained that the Commune is still waiting for the sale of the land. 500,000 EUR are planned in 2022 for the “tiny houses” project. The Mayor is confident that the Commune will soon find a plot of land to carry out this project. 269,992 EUR were spent in 2021 for the construction of a residence at number 38, Route d'Arlon, and 1,000,000 EUR more are planned for 2022. The Mayor recalled that this residence will be occupied by community housing. 450,000 EUR are planned in 2022 for the construction of a skateboard track alongside the beach volleyball court. 700,000 EUR are planned for the installation of two new public toilets. The Mayor explained that the toilets will be installed near the church and near the beach volleyball court. 600,000 EUR are planned for the development of the “Schoulgaard” (school garden) and the “Parc de l'Indépendance”. Nicolas Pundel explains that the “Schoulgaard” will be built on a plot of land next to the sports hall. 250,000 EUR have been set aside for the construction of cycle paths. 300,000 EUR are also planned for the renovation of the “Lion d'Or” brewery. The Mayor explained that the necessary work has been discussed with the new manager.

7,000 EUR were spent in 2021 on the forest cemetery, and another 70,000 EUR are planned for 2022. Nicolas Pundel said that this project may be delayed because the Ministry of the Environment may require an environmental impact assessment. 40,000 EUR were already invested in the construction of a new mortuary at the cemetery in 2021, with a further 150,000 EUR planned for 2022. Nicolas Pundel announced that this project would be presented in February. 450,000 EUR were spent in 2021 on the redevelopment of the “Piisch” housing estate, with a further 600,000 EUR planned for 2022. 4,517,628 was spent in 2021 for the redevelopment of Rue de Reckenthal, with a further 3,580,000 EUR planned for 2022. 3,100,000 EUR were invested in 2021 in the acquisition of buildings, 9,500,000 EUR are planned for 2022. The Mayor announced that the acquisition of several new plots of land would be proposed to the Council in the near future. 4,581,747 EUR were also spent in 2021 for the acquisition of new Special Development Plan (PAP) social housing in 2021. 368,738 EUR will be allocated

to that budget item in 2022. The project to build the new football field cost 150,000 EUR in 2021, and 2,500,000 EUR are planned for 2022. 400,000 EUR are also planned for 2022 for the renovation of the existing synthetic football pitch. Nicolas Pundel explained that the artificial turf is damaged and needs to be replaced.

The budget item for the refurbishment of the pharmacy is set at 100,000 EUR in 2022. The Mayor explained that the work includes a new entrance and the expansion of the pharmacy's storage area. 492,838 EUR were spent on the renovation of the karate hall, the outdoor area and the access from the Rue de Reckenthal. A further 1,250,000 EUR are planned for 2022. A further 250,000 EUR will be spent in 2022 on the construction of an outdoor fitness area in the park near the Communal Hall.

Mayor Nicolas Pundel then moved on to the staffing situation, noting that he would go into more detail on this subject at the next meeting of the Communal Council. The Commune has 112.31 full-time posts in 2022, which is equivalent to a wage bill of 10,042,895 EUR. Expenditure on the replacement of staff by private companies amounts to 1,200,000 EUR for 2021 and 1,000,000 EUR for 2022. This brings the total staff costs to 38,000,800 EUR or 26.4% of ordinary expenditure in 2022. The Mayor considers this to be a reasonable level of expenditure.

As regards the situation of reserves and loans, the reserve fund currently has 9,045,755 EUR. 3,867,474 EUR will be added to the fund by the end of 2021. The fund will therefore have 12,923,233 EUR in 2022. A further 7,646,453 EUR are available from the Housing Pact, which will be topped up by 850,941 EUR by the end of 2021, bringing the total to 8,497,398 EUR by the end of 2022. The total reserves thus amount to 21,420,632 EUR on 31 December 2022.

930,004 EUR were repaid on the loan of 6,875,411 EUR in 2021, leaving the sum of 5,945,406 EUR in 2022. The Mayor noted that the Commune is also entitled to positive interest of 18,249 EUR in 2021. In 2022, the communal debt will amount to 577 EUR per inhabitant. The Commune also risks having to pay negative bank interest on its current account to the tune of 60,000 EUR. Nicolas Pundel believes that the Commune will try

to avoid this last expense as much as possible by using the funds concerned.

The Mayor concluded his presentation by recalling the key figures of the budgets. In the rectified 2021 budget, total ordinary income amounts to 43,044,903 EUR and total ordinary expenditure to 39,082,963 EUR, thus arriving at a surplus of 3,961,939 EUR for the financial year. The total extraordinary income amounts to 1,062,629 EUR and the total extraordinary expenditure to 17,473,638 EUR, resulting in a deficit of 16,411,008 EUR. The surplus of the 2020 account amounts to 36,445,775 EUR, and the general surplus to 40,407,715 EUR. After the transfer from the ordinary to the extraordinary budget, there will be a presumed surplus of 23,996,706 EUR at the end of 2021.

In the 2022 provisional budget, total ordinary income amounts to 44,244,073 EUR and total ordinary expenditure to 38,000,800 EUR, resulting in a surplus of 6,243,273 EUR. The total extraordinary income amounts to 3,065,000 EUR and the total extraordinary expenditure to 29,734,771 EUR, resulting in a deficit for the financial year of 26,669,771 EUR. The presumed surplus at the end of 2021 amounts to 23,996,706 EUR, the general surplus to 30,239,980 EUR and the general deficit to 26,669,771 EUR. After the transfer from the ordinary to the extraordinary budget, the final surplus for 2022 is therefore 3,570,209 EUR.

The Mayor concluded his budget presentation by thanking all those involved in the preparation of the budget for their excellent work. The budget debate will take place during the next Council meeting.

#### **4. Approval of an agreement with SICONA.**

The Communal Council is asked to approve an agreement with SICONA Sud-Ouest in the context of the Nature Pact ("Naturpakt"), which was approved at the Council Meeting on 10 November 2021. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the agreement provides for the provision of an advisor who is to accompany the Commune in the definition and implementation of a strategy. The Commune will be able to call on their services when drawing up Special Development Plans (PAPs), as well as in areas such as the protection of the countryside, forests and

waterways. The advisor will also be responsible for developing communication about the measures taken under the Nature Pact. The agreement provides for an annual advance of 30,000 EUR to be reimbursed by the State. This is equivalent to 250 hours of work. The agreement will be valid for the duration of the Nature Pact, i.e. until 31 December 2030.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) recalled that her party had abstained from voting on the Nature Pact but stressed that it nevertheless welcomed its concrete objectives. She welcomed the fact that the Pact also aims to strengthen cooperation between communes in the field of environmental protection. She announced that, under these conditions, her party would be able to fully support the measures set out in the Pact. Councillor Laurent Glesener (DP) fully endorsed this view.

The agreement with SICONA was unanimously approved.

#### **5. Confirmation of temporary traffic regulations.**

The Council is asked to approve several temporary traffic regulations in relation to construction sites on Rue du Kiem, Route d'Arlon, Rue Federspiel, Rue Thomas Edison, Rue du Bois and Rue des Carrefours.

The regulations were unanimously approved.

#### **6. Approval of a notarial deed.**

The Council is called upon to approve a deed of gratuitous transfer from the company Stugalux S.A. to the Commune. The transfer concerns two plots of land on the Route d'Arlon, with a total surface area of 1.14 ares.

Councillor François Gleis (CSV) notes that the two plots of land actually correspond to the footpath at this location on the Route d'Arlon. He believes that such situations should have been rectified long ago and would like to know how many places still exist in the Commune where pavements lie on private land. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that there are probably more than a hundred places where this is the case. He believes that this problem has been neglected in the

past and explains that such cases often arise when a building permit is requested. The situation is then resolved on a case-by-case basis.

The deed of gratuitous transfer was unanimously approved.

### **7. Approval of the 2022 Social Office budget.**

The Council is asked to approve the 2022 budget of the Strassen Social Office. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the key figures of the budget. In terms of ordinary income, 76,500 EUR are foreseen under the article "Other miscellaneous receivables". These are mainly refundable advances from the National Health Fund (CNS), the National Solidarity Fund and other public bodies. Another item of 6,000 EUR represents the social third-party payment to be reimbursed by the beneficiary. Total reimbursements amount to 82,500 EUR. 20,520 EUR are due as a contribution to administrative costs and as a staff allowance. 3,000 EUR are foreseen as an allowance for Anne Reuter, for her administrative support.

Two items amounting to 157,600 EUR each correspond to aid to the needy provided by the Commune and the State. 34,000 EUR are also accounted for as an allocation of the profits made by the National Lottery. The National Office for Social Inclusion (ONIS) also contributes 52,650 EUR towards the personnel costs of the ARIS social worker Tamara Maia Romao. The total ordinary income thus amounts to 519,970 EUR.

In terms of ordinary expenditure, there are the reimbursable advances mentioned above to the tune of 76,500 EUR, as well as advances on the social third-party payer to the tune of 7,000 EUR. Two budget items of 4,980 EUR and 4,680 EUR represent the allowances of the President of the Social Office and the members' attendance fees. Overheads amounting to 4,150 EUR are relatively low due to the partial integration of the Social Office into the Communal Administration. 20,520 EUR are used as an allowance for administrative support by the Secretary and the Communal Receiver, (and 3,000 EUR as an allowance for Anne Reuter). A budget item of 219,000 EUR represents the provision of 1.5 posts for social workers. Betty Welter-Gaul points out that these costs also include replacements in the event of illness or maternity, as

well as support services. An article of 89,000 EUR is foreseen for various aids offered to the needy. An article of 22,376 EUR represents the Commune's share of the expenses for the Social Grocery Shop. The overall total for ordinary expenditure thus amounts to 519,956 EUR.

In the rectified budget for the financial year of 2021, there is a total income of 499,937 EUR and total expenditure of 495,230 EUR. The surplus for the year amounts to 4,707 EUR. The surplus of the 2020 account amounts to 93,142 EUR, and the deficit to 3,911 EUR. This results in a general surplus of 769 EUR in the ordinary service and 93,142 EUR in the extraordinary service, equivalent to the surplus assumed at the end of 2021.

For the budget for the financial year 2022, the total income is 519,970 EUR and the total expenditure is 519,956 EUR. The surplus for the financial year amounts to 13 EUR. The presumed surplus at the end of 2021 is 796 EUR in the ordinary service and 93,142 EUR in the extraordinary service. The general and definitive bonus is 809 EUR for the ordinary service and 93,142 EUR for the extraordinary service.

Alderman Betty Welter-Gaul concluded her presentation of the budget and then gave some details on the activities of the Social Office in 2021. Of the 260 cases handled, 157 were referred to the Social Office Board. 100 new files were opened in 2021. 45 home visits were made and 487 people were received at the Social Office facilities. In addition, 5 visits to institutions took place. The Regional Social Inclusion Officer (ARIS) Tamara Maia Romao currently has 33 people to support, 20 of whom are participating in a stabilisation activity. Four people are temporarily exempted from this activity, and eight people are doing community work (TUC).

Councillor François Gleis (CSV) believes that the number of cases dealt with by the Social Office has increased significantly. In view of the strong demographic growth, with Strassen soon having over 11,000 inhabitants, he was pleased that the Commune had its own Social Office. He believes that the facility not only offers financial assistance, but also provides valuable help to many people with administrative or language problems. He thanked the members of the Social Office for their excellent work.

Councillor Marc Fischer (DP) also believes that the Social Office does good work. He would like to know how many Strassen residents regularly use the “Croix Rouge Buttek” social grocery shop in Steinfort. Alderman Betty Welter-Gaul promises to provide this information soon. Councillor Marc Fischer announced that, in this case, he will abstain from voting on principle. He has been asking for this information for five years and has never received an answer. He is also of the opinion that the participation to the Social Grocery Shop should be re-evaluated on the basis of real figures regarding its use by the inhabitants of Strassen. Mayor Nicolas Pundel (CSV) underlines that these figures do exist and that they have already been discussed in the Council. He announces that the Commune intends to eventually create its own social grocery shop in Strassen and explains that the “Kohnen” building has also been bought for this reason. The main reason for this is not that the “Croix Rouge Buttek” is in another commune, but that the building where the shop is located is in a very bad condition. Customers in Strassen have also been dissatisfied with the grocery shop’s offer in recent times. All these reasons have strengthened the will of the College of Aldermen to find a solution in Strassen. The Mayor also emphasised that the statistics on the use of the shop have never been concealed and are directly available from the Social Office.

Communal Secretary Christian Muller reports that at least 50 inhabitants of the Commune currently have access to the social grocery shop. Councillor Marc Fischer (DP) concedes that this figure has already been mentioned, but also stresses that he has been asking for precise figures on the actual attendance for years. He was of the opinion that a social grocery shop was a very useful structure but expressed doubts as to the usefulness of such a structure outside the Commune.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) thanked all the employees of the Social Office for their excellent work. She welcomes the project of a solidarity grocery shop in Strassen, as well as the fact that this place will be conceived as a real third place of integration and inclusion allowing for many activities beyond simple shopping. She is of the opinion that it could play an important social role and she encourages the College of Aldermen to go in this direction.

The budget of the Social Office for the year 2022 was approved with one abstention.

### **8. Decision on the exercise of a right of pre-emption.**

The College of Aldermen has received several requests to exercise their right of pre-emption. The Mayor explained that the first request concerns a small plot of land of only 0.40 ares resulting from a transfer. The College of Aldermen proposes to waive their right of pre-emption. The Council unanimously decides to waive such right of pre-emption.

A second request concerns a group of plots of land that are part of an existing Special Development plan (PAP) in Rue Marguerite Thomas-Clément. The Mayor is of the opinion that such cases are delicate, because despite the attractive price, the land concerned is probably about to be sold to private individuals. In his opinion, the Commune should not make use of its right of pre-emption in such cases. Councillor Laurent Glesener (DP) supports this position. Councillor Léandre Kandel (DP) considers that the responsibility lies with the seller.

The Council unanimously decides to waive its right of pre-emption.

### **9. Appointments and resignations in local committees.**

The Council is asked to approve several changes in the local committees.

The College of Aldermen proposes to accept Jeanne Schneider’s and Marion Schneider-Schetgen’s requests to resign from their positions as members of the Sports and Local Associations Committee. The College of Aldermen proposes to accept Carine Enders’ request to resign from her position as member of the Social and Senior Citizens Committee. The College of Aldermen proposes to appoint Christian Muller to the position of secretary of the Rent Committee following the retirement of the civil servant who previously held the position.

The Mayor thanked the outgoing members for their commitment and regretted that the departures of

Jeanne Schneider and Marion Schneider-Schetgen had been caused by differences of opinion regarding the organisation of work in the committees. Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) believes that the resignations are partly justified, as committee members increasingly feel that their involvement in decision-making processes is not desired. They are often presented with a *fait accompli*, without being able to really influence matters. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that it is normal that the many activities and projects discussed in the committees concern subjects that have to be prepared in advance. He believes that committee members can prepare themselves for these topics as they have the agenda before each monthly committee meeting. At each meeting, there is an “Any other business” item on the agenda, through which members can freely address any topic that is important to them and make proposals. He invited all committee members to take advantage of these opportunities. Councillor Maryse Bestgen-Martin replied that it was not just a matter of asking the committee members for their opinion, but of involving them in the decision-making process from the outset. Councillor Marc Fischer (DP) agreed with Maryse Bestgen-Martin that the functioning of the committees should be reviewed. He believes that citizens’ participation is not really ensured at present. Alderman Jean Claude Roob announced that he was not opposed to holding two monthly meetings for the committees. Councillor Marc Fischer believes that the functioning of the committees as such should be put on the agenda of the committees. Jean Claude Roob sees no obstacle to this and promises that it will be done. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agreed with Marc Fischer and Maryse Bestgen-Martin. She was also of the opinion that members should be involved in order to improve participation.

All resignations and appointments were unanimously approved.

#### **10. Urban planning – decision on a plot of land.**

The Council is called upon to approve a land allotment concerning a plot of land registered in the Land Register under no. 12/2773, Section A of Strassen, in Rue Ignace Semmelweis. The subdivision provides for the creation of two plots of 3.89 ares each.

The land allotment was approved unanimously.

#### **11. Approval of a sales agreement.**

The Council is called upon to approve the sales agreement for the “Kohnen” building. The sales price of the three plots of land with a total surface area of 5.26 ares in Rue des Romains amounts to 2,119,000 EUR.

At the request of Councillor Marc Fischer (DP), the College of Aldermen confirmed that the aim of the agreement is for the building to house the future Strassen Solidarity House (“Maison solidaire”). The question of whether the facility could also accommodate a solidarity grocery shop still needs to be discussed.

The sales agreement was unanimously approved.

#### **12. Any other business.**

Councillor Marc Fischer (DP) asked whether it would be possible to offer a webcast of the Communal Council meetings. The Mayor thought that this was a possibility albeit its feasibility would have to be examined. Marc Fischer remarked that the traffic problems at the A4 motorway junction on the Route d’Arlon had reached an intolerable level. In his opinion, the underlying reasons for this issue should be analysed. He also notes that fairly substantial anti-noise measures have recently been put in place in the Commune of Dudelange. He believes that the State should take similar measures in Strassen and demands that the College of Aldermen increase the pressure on the Ministry concerning this matter. The College of Aldermen promises to do so. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that a new meeting with representatives of the Ministry recently took place and that the message of the Commune was heard. Despite this, it is not likely that any action will be taken in the short term.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the State intends to add an extra lane to the motorway for carpooling. For this reason, the realisation of noise protection measures is not yet possible.

Councillor François Gleis (CSV) agreed with Marc Fischer. He believes that the traffic problems are

likely to worsen in the future because of the planned interchange with the Luxtram network on the Route d'Arlon.

Councillor Laurent Glesener (DP) shared these views. He also doubts that the plans to extend the motorway are feasible and felt that the Commune should insist on the installation of noise protection measures. Laurent Glesener would also like to know if the inhabitants of the Commune will have access to the old people's home that is being built on the Rue des Carrefours. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) answered in the negative and explained that it is a private structure that does not yet have an agreement with the State.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) explained that some residents of Rue du Reckenthal have complained about the poor state of the road due to construction work. She would like to know if the Commune can intervene with the construction company to try to solve this problem. The Mayor promised to pass on the message, but also stressed that it was a very complicated and annoying construction site for the inhabitants of the street.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also believes that the Commune should develop participatory democracy by offering the possibility to follow Council meetings via video streaming on the internet. She also drew attention to a recent discussion on the social network "Hoplr" about the

possibility of creating a dog park in the Commune. She proposes to discuss this in her committee. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the Commune had already intended to carry out such a project and that a suitable plot of land had been found, but that the project had not come to fruition because of strong opposition from neighbours. Martine Dieschburg-Nickels believes that the choice of a site is indeed delicate. The Mayor felt that the members of the Communal Council should not get involved in such discussions on "Hoplr" as political representatives.

Councillor Paul Klensch (LSAP) is of the opinion that a dog park would be good for the well-being of the dogs and would prevent dogs from pooping in other public places. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) believes that such a requirement is difficult to implement. Councillor Laurent Glesener (DP) is of the opinion that the responsibility lies with the dog owners.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) also believes that Council meetings should be broadcast online. Her party already proposed this in the past. Councillor Paul Klensch agreed with this position. He proposed that the Commune should follow the example of the City of Luxembourg, which is exemplary in this respect. Councillor Marc Fischer believes that it would also be in the interest of greater transparency, as citizens could follow the exact discussions in the Council.

### **13. Personnel matters (in camera).**

# Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2021

## TAGESORDNUNG

1. **Diskussion und Abstimmung über den Entwurf des Berichtigungshaushalts 2021 und über den Haushaltsvorentwurf für 2022.**
2. **Genehmigung des Reglements und der Gebührenordnung für die Abfallentsorgung.**
3. **Änderung des kommunalen Reglements vom 05.10.2016 zur Festlegung der Kriterien für die Zuteilung der Teuerungszulage.**
4. **Genehmigung einer notariellen Urkunde.**
5. **Bestätigung von befristeten Verkehrsreglements**
6. **Verschiedenes.**
7. **Personalangelegenheiten:**
  - a. **Schaffung einer Angestelltenstelle („poste de salarié“) für den solidarischen Dienst.**
  - b. **Schaffung einer kommunalen Beamtenstelle für den technischen Dienst.**
  - c. **Schaffung von Stellen im Team Gebäudebewirtschaftung und Hausmeisterdienste.**
8. **Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen (neuer Punkt auf der Tagesordnung).**
9. **Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):**
  - i. **Kommunale Beamtenstelle Gruppe A2 (technischer Dienst).**
  - ii. **Kommunale Beamtenstelle Gruppe B1 (Gemeindekasse).**
10. **Entscheidung im Rahmen eines Vorschlags für den Erwerb einer Immobilie (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

## ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

## ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Jean-Marie Durrer (CSV), Gemeinderatsmitglied.



## 1. Diskussion und Abstimmung über den Entwurf des Berichtigungshaushalts 2021 und über den Haushaltsvorentwurf für 2022.

Nach der Präsentation des Berichtigungshaushalts für 2021 und des Haushaltsentwurfs für 2022 bei der Gemeinderatssitzung vom 8. Dezember sind die Gemeinderatsmitglieder nun aufgefordert, vor der Abstimmung hierüber zu diskutieren. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) informiert die Gemeinderatsmitglieder darüber, dass der Haushaltsentwurf ebenfalls in der Finanzkommission behandelt wurde, und erinnert daran, dass der Bericht den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt wurde.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) eröffnet die Aussprache und dankt zunächst allen, die an der Ausarbeitung des Haushalts beteiligt waren. Sie ist der Ansicht, dass der Haushalt für 2022 eine wesentliche Anzahl positiver Punkte enthält, was auch der Arbeit ihrer Fraktion, die seit 29 Jahren im Gemeinderat vertreten ist, geschuldet ist. Jedoch gibt es eine gewisse Reihe von Aspekten, die die politischen Versäumnisse der Mehrheit illustrieren. So ist ihre Fraktion der Ansicht, dass bestimmte kommunale Abgaben regelmäßiger angepasst werden müssten. Als Beispiel erwähnt sie die Hundesteuer oder die Parkgebühren, die seit 2008 nicht mehr angepasst wurden. Die Gebühr für die Abwasserbewirtschaftung wurde seit 2010 nicht mehr angepasst. Auch wenn das „Verursacherprinzip“ 2012 auf Ebene der nationalen Gesetzgebung eingeführt wurde, ist es immer noch nicht in der Gemeinde umgesetzt worden. Zahlreiche Ideen und Vorschläge diesbezüglich, die von der Partei déi Gréng Anfang 2021 formuliert wurden, sind im Übrigen nicht berücksichtigt worden. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) begrüßt jedoch, dass das Schöffenkollégium endlich angekündigt hat, ein neues Reglements zur Abfallbewirtschaftung vorzulegen, über das heute abgestimmt werden soll. Sie begrüßt es, dass das Verursacherprinzip somit endlich in der Gemeinde eingeführt wird.

Zu den positiven Aspekten des Haushalts gehört nach Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) die Stabilität bei den Gemeindeeinnahmen. Sie ruft in Erinnerung, dass ihre Fraktion die erhöhten Ausgaben für Kulturveranstaltungen wie das „Stroossefestival“

und die Ausstellung „100 Joer Lëtzebuurger Konscht“ während der Pandemie kritisiert hatte. In Anbetracht des großen Erfolgs dieser Veranstaltungen hat ihre Fraktion mittlerweile ihren Standpunkt geändert, da sich gezeigt hat, dass derartige Ereignisse aus sozialer Sicht sehr wichtig sind. Die für den Haushalt 2022 vorgesehenen Kulturausgaben sind daher zu begrüßen. Dasselbe gilt für die Ausgaben zugunsten des Sports, insbesondere in Bezug auf den neuen Fußballplatz. Das Gemeinderatsmitglied bedauert allerdings, dass das Projekt „Stroosse wibbelt“ gestrichen wurde. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) freut sich ebenfalls darüber, dass die Finanzkommission in befriedigender Weise in die Ausarbeitung des neuen Haushalts eingebunden wurde. Sie äußert den Wunsch, dass dies künftig bei allen beratenden Kommissionen der Fall sein wird.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) begrüßt es, dass das Schöffenkollégium im neuen Haushalt eine erhebliche Anzahl von ökologischen Projekten aufgegriffen hat. Als Beispiel erwähnt sie das „Tiny Houses“ Projekt, die Unterstützung des „Klimateams“, die Teilnahme am „Klimapakt“ und am „Naturpakt“, die Anbindung an das System „vé'l'OH“, den Fahrradweg in der Rue des Romains und die Installation von Photovoltaik-Modulen. Das Gemeinderatsmitglied ist jedoch der Ansicht, dass die Gemeinde noch mehr für die Verbesserung ihrer Klimabilanz tun könnte, indem sie ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert, ihre Biodiversität schützt oder indem sie die sanfte Mobilität stärkt. Sie meint, dass der Umweltschutz nie von Budgetkürzungen betroffen sein darf und fordert das Schöffenkollégium auf, in diese Richtung weiterzuarbeiten.

Claire Remmy (déi Gréng) lobt auch die Sozialpolitik der Gemeinde mit einem leistungsstarken Sozialamt, der Schaffung von Sozialwohnungen und der Unterstützung von Projekten wie „Abricoeur“, dem „Streetwork“ für junge Menschen, der Beteiligung am sozialen Lebensmittelgeschäft oder die Anhebung der Teuerungszulage. Die Fraktion déi Gréng ermutigt das Schöffenkollégium, mehr Wohnraum zu erschwinglichen Mieten zu schaffen, um die Wohnungskrise abzufedern. Die Initiativen der Gemeinde für die Jugend sind ebenfalls zu begrüßen, insbesondere die Einrichtung eines Jugendzentrums, die Schaffung

eines „Jugenddienstes“ und der Bau einer Skaterbahn. Sie ist der Meinung, dass durch diese Projekte eine größere Zahl von Jugendlichen Orte der Begegnung und Entwicklung findet, die über das schulische Umfeld oder die Kommunikation im Internet hinausgehen. Das Mitglied des Gemeinderates hofft, dass die Jugendkommission ihrer Rolle bei der Umsetzung all dieser Projekte gerecht wird. Sie ist der Ansicht, dass die beratenden Kommissionen, im Interesse einer partizipativen Demokratie, allgemein besser in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten. Sie plädiert auch für eine Anpassung der Sitzungsgelder der Kommissionsmitglieder. Das Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) versichert abschließend, dass ihre Fraktion das Schöffenkollégium in seiner Ausrichtung unterstützen wird, und kündigt an, dass ihre Fraktion den Haushalt genehmigen wird.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verspricht, dass die Anpassung der erwähnten Gebühren so bald wie möglich vorgenommen wird. Was „Stroosse wibbelt“ betrifft, so erklärt er, dass das Projekt noch nicht fallengelassen wurde, und dass es in anderer Form wieder aufgenommen werden könnte. Er bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission bei der Ausarbeitung des Haushalts hervorragend war. Er betont auch, dass das Schöffenkollégium beabsichtigt, den Schwerpunkt auf ökologische Projekte zu legen, und dass er die Herausforderungen des Klimawandels sehr ernst nimmt. Die Anpassung der Sitzungsgelder sei kein Problem, da er ebenfalls der Ansicht ist, dass die Arbeit der Kommissionen stärker gewürdigt werden sollte.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt zunächst allen, die an der Ausarbeitung des Haushalts mitgewirkt haben. Sie ist der Meinung, dass die Vorlage des Haushalts der Opposition die Möglichkeit gibt, Bilanz zu ziehen und in Verbindung mit den politischen Prioritäten des Schöffenkollégiums ihre eigenen Ideen zu präsentieren. Sie bedauert, dass weder die Opposition noch die Finanzkommission sich direkt an der Ausarbeitung des Haushalts beteiligen konnten, und dass ihre Rolle sehr oft auf das Kommentieren bereits getroffener Entscheidungen begrenzt war. Sie betont, dass der Europarat das Konzept „Open Government“ befürwortet, welches ein starkes Gewicht auf die Teilhabe der Bürger und auf Transparenz legt.

Dieser Grundsatz wird bereits von einigen Gemeinden in Luxemburg und in Europa und sogar in Ländern wie der Ukraine angewendet. Leider tut sich das Schöffenkollégium bei der Anwendung solcher Prinzipien schwer, da Bürgern bei derlei Entscheidungen keinerlei echtes Mitspracherecht eingeräumt wird. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang, dass kürzlich zwei Mitgliedern von beratenden Kommissionen zurückgetreten sind, aus Frust darüber, keinen wirklichen Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu haben.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) meint, dass die Gemeinde sich in den kommenden Jahren wichtigen Herausforderungen stellen muss. Die Gesundheitskrise dauert an, aber es gibt auch reelle Herausforderungen in Bezug auf demokratische Regierungsführung und Bürgerbeteiligung. Die aktuelle Krise hat auch eine gesellschaftliche Krise hervorgerufen und das Vertrauen in die politischen Institutionen nimmt ab. Deshalb sind die politischen Instanzen auf kommunaler Ebene aufgerufen, ihre Entscheidungen transparenter zu gestalten. Es ist wichtig, dass der Bürger den Eindruck hat, dass seine Interessen ernst genommen werden. Eine effiziente und schnelle Kommunikation ist hierbei von besonderer Bedeutung. Deshalb findet das Gemeinderatsmitglied, dass eine Übertragung der Gemeinderatssitzungen per Video-Streaming angeboten werden sollte. Mit Blick auf die sprachliche Zusammensetzung der Gemeinde wäre es ebenfalls wichtig, derartige Informationen in verschiedenen Sprachen anzubieten - zumindest auf Französisch.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass auch der Sozialpolitik eine Schlüsselrolle zukommt. Die Gemeinde steht in der Verantwortung, dass dem Wohl der Schwächsten in der Gesellschaft - wie den sozial Benachteiligten, den Jugendlichen oder den Senioren - Rechnung getragen wird. Der Haushalt 2022 enthält diesbezüglich in der Tat positive Elemente. Die DP Fraktion nimmt ihre Verantwortung sehr ernst, und stellt deshalb auch systematisch Fragen in Bezug auf die Entscheidungen des Schöffenkollégiums. Der Gemeinderat trägt stets die Verantwortung, über die öffentlichen Ausgaben zu wachen. Sie ist der Meinung, dass das Schöffenkollégium auch in der Lage sein sollte, seine Fehler oder Niederlagen einzugestehen und zu kommunizieren und damit eine gewisse politische Größe unter Beweis zu stellen.

Im Bereich Umweltpolitik bemängelt ihre Fraktion das Fehlen eines starken politischen Engagements seitens des Schöffenkollégiums, so wie im Bereich Sozialpolitik. Die Gemeinde beschränkt sich darauf, den großen Linien der Regierungspolitik zu folgen, und sie zögert, schon lange geforderte Konzepte wie das Verursacherprinzip umzusetzen. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise wünscht ihre Fraktion ein konsequenteres Engagement und eine innovativere Herangehensweise seitens des Schöffenkollégiums. Sie ist der Ansicht, dass die Gemeinde bei innovativen und spezifischen Projekten aktiv werden könnte, ohne Initiativen der Regierung abzuwarten. Sie schlägt zum Beispiel vor, auf der Deponie für Inertabfälle „An den Dielen“ einen Solarpark einzurichten, da dieser Ort ihrer Ansicht nach dafür geeignet wäre.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt außerdem eine konsequente Erweiterung des kommunalen Radwegnetzes vor, mit der Möglichkeit, eine Brücke für Fahrradfahrer und Fußgänger auf Höhe der Route d'Arlon vorzusehen. Ein solches Projekt würde zur Vision einer „grünen Lunge“ für die Dorfmitte beitragen und wurde im Übrigen auch schon in der Vergangenheit vorgeschlagen. Die Sensibilisierung für Umweltthemen in der Schule ist in diesem Kontext ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten des Europarates beabsichtigt, demnächst ein Handbuch für Schüler herauszubringen, dessen Ziel es ist, gute Umweltpraktiken zu fördern. Sie ist der Ansicht, dass sich die Gemeinde dieser Initiative anschließen sollte.

Der massive Straßenverkehr mit seinen vielfältigen Belastungen stellt ebenfalls ein schwerwiegendes Problem für die Gemeinde dar. Sie fordert das Schöffenkollégium auf, nicht zu resignieren, sondern standhaft bei seinen Forderungen zu bleiben angesichts der zögerlichen Haltung von staatlicher Seite und zu verlangen, dass Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen gegen die Verkehrsprobleme so rasch wie möglich in Angriff genommen werden. Sie zitiert den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, der jüngst betonte, dass eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltig verwaltete Umwelt ein Grundrecht ist, und dass der Schutz dieser Rechte Teil einer guten Governance ist. Sie hebt die Bedeutung dieser Forderungen hervor,

auch in Anbetracht der Tatsache, dass laut Weltgesundheitsorganisation 24% der jährlichen Todesfälle weltweit auf Umweltverschmutzung und -probleme zurückzuführen sind.

Nach Meinung von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist der Haushalt für 2022 zahlreiche positive Aspekte auf. Die Fraktion DP hegt allerdings Zweifel bezüglich einiger der vorgeschlagenen Maßnahmen und auch was die vorgesehenen Ausgaben angeht. Abschließend kündigt sie an, dass ihre Fraktion aus den genannten Gründen den Haushalt in seiner Gesamtheit nicht genehmigen kann, dass sie aber einzelne Maßnahmen und Projekte unterstützen werde, die sie für sinnvoll hält.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) schließt sich den Positionen von Martine Dieschburg-Nickels (DP) vollkommen an. Gleiches gilt für die Bemerkungen von Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déli Gréng) in Bezug auf die kommunalen Gebühren. Er erinnert daran, dass die DP-Fraktion seit Jahren auf dieses Problem hinweist, und ist der Ansicht, dass eine Lösung gefunden werden muss, bei der sowohl die Finanzkommission als auch die anderen beratenden Kommissionen einbezogen werden. Seiner Meinung nach ist auch die Kommission für Großprojekte ein wertvolles Instrument, das systematischer zum Einsatz kommen sollte. Auch betont er, dass seine Fraktion immer bereit ist, die Maßnahmen des Schöffenkollégiums zu unterstützen, sofern sie davon überzeugt ist, dass diese sinnvoll sind und solange die Grundsätze der partizipatorischen Demokratie respektiert werden.

Laurent Glesener (DP) vertritt ebenfalls die Auffassung, dass eine gute Governance für die Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen der heutigen Zeit grundsätzlich wichtig ist. Transparenz in der Verwaltung, Kontrolle und Begleitung der Projekte sowie das Recht der gewählten Vertreter und Bürger auf Informationen sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Das Gemeinderatsmitglied bedauert, dass gewisse Zielvorgaben des Haushalts sich nicht kurzfristig umsetzen lassen. Er begrüßt, dass das von seiner Fraktion seit langem geforderte Projekt der elektronischen Informationstafeln jetzt endlich von der Gemeinde umgesetzt wird. Es sei bedauerlich,

dass die Reaktion des Schöffenkollégiums auf derartig Forderungen häufig lange auf sich warten lasse. Als Beispiel erwähnt er die Sanierung des Zufahrtsweges zum Sportkomplex in der Rue de Reckenthal, die trotz ihrer Dringlichkeit lange hinausgezögert wurde.

Die Enthaltung der DP Fraktion bei der Abstimmung über die Teilnahme am „Naturpakt“ gründet in der Überzeugung, dass es besser sei, wenn die Gemeinde hier ihre eigenen Mittel einsetzt, statt lediglich auf eine staatliche Initiative zu reagieren. Er meint, dass die Gemeinde in der Lage ist, ein eigenes Umweltreferat zu gründen und das „Klimateam“ sowie die Bürger direkt einbinden kann, um zielgerichtete und an die lokale Problematik angepasste Maßnahmen durchzuführen. Es fehle immer noch eine kohärente Strategie für die Erreichung der Klimaneutralität. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) findet, dass die Gemeinde einen Teil ihrer Rücklagen für eigene Umweltprojekte einsetzen sollte, anstatt Negativzinsen zu zahlen. Er merkt an, dass der Großteil der Projekte im Rahmen des Natur- und Klimapakts nur in einem längeren Zeitraum umgesetzt werden können und findet, dass die Gemeinde in der Zwischenzeit aus eigenem Antrieb handeln sollte.

Der Gesamthaushalt wirkt ausgeglichen, doch muss berücksichtigt werden, dass die geringe Verschuldung der Gemeinde auch bedeutet, dass die Umsetzung zahlreicher großer Projekte verzögert wird. Er vertritt auch den Standpunkt, dass beim Projekt „Stroossen 2030“ immer noch ein kohärentes städtebauliches Konzept fehlt, und dass somit das Risiko einer Verzögerung bei der Neugestaltung der Dorfmitte besteht. Abschließend schlägt er vor, die Mitglieder des Gemeinderates noch besser in den Kommissionen für „Großprojekte“ zu informieren, um ihnen so ihre Arbeit zu erleichtern.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) kündigt an, dass er sich in seinem Beitrag auf konkrete Punkte des Haushalts konzentrieren wird. Er ist der Meinung, dass die Gemeinde nicht länger jährliche Ausgaben in Höhe von 50.000 Euro auf die Teilnahme am öffentlichen WLAN-Netzwerk „Hotcity“ aufwenden sollte, da dieses Angebot aufgrund der Entwicklung von leistungsstarken Kommunikationssystemen wie 5G weitestgehend überflüssig geworden ist. Er meint

auch, dass die Gemeinde darüber nachdenken sollte, die Pfadfinderhütte an einem besser geeigneten Ort zu errichten, anstatt immer mehr Geld für Renovierungsarbeiten einzusetzen, deren Nutzen fraglich ist. Er kritisiert auch dass 30.000 Euro für das Ausrichten einer „Kirmes wie früher“ aufgewendet werden, die nur für Kleinkinder wirklich interessant ist. Seiner Ansicht nach wäre eine richtige Kirmes mit Attraktionen für alle Altersgruppen vorzuziehen. Das Gemeinderatsmitglied ist der Auffassung, dass auch die Beteiligung an der Zentrale „Naturgas Kielen“ überdacht werden und eine Alternative gefunden werden sollte, denn es stehe zu befürchten, dass diese Zentrale in naher Zukunft ihren Betrieb einstellen werde. Er erkundigt sich auch, ob die Gemeinde noch einmal die Ausgaben für winterliche Klassenfahrten nach Steinach begleichen muss, falls die Reise pandemiebedingt annulliert werden muss.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass man zum jetzigen Zeitpunkt daran festhält, die „classes de neige“, also die winterlichen Klassenfahrten, zu organisieren. Man muss abwarten, wie sich die Gesamtsituation entwickelt. Was das „Hotcity“-Netz betrifft, so erläutert der Bürgermeister, dass das Netzwerk gegenwärtig immer noch genutzt wird, dass die Gemeinde aber bereit ist, eine Entscheidung zu treffen, je nachdem, wie sich die Lage entwickelt. Nicolas Pundel (CSV) teilt den Standpunkt des Gemeinderatsmitglieds bezüglich der Pfadfinderhütte, erklärt aber, dass die jüngsten Arbeiten dringend gewesen seien. Seiner Ansicht nach kann mittelfristig ein anderer Standort für die Hütte gefunden werden. Hinsichtlich der „Kermesse à l'ancienne“, der „Kirmes wie früher“ ist seine Einschätzung, dass man sich in der Vergangenheit für dieses Konzept entschieden hat, weil es Probleme gab, geeignete Schausteller zu finden. Er bestätigt, dass das Risiko besteht, dass die Zentrale „Naturgas Kielen“ kurzfristig den Betrieb einstellt und erklärt, dass die Gemeinde eine Anknüpfung an den „Minett Kompost“ erwägt.

Bei den außerordentlichen Ausgaben kritisiert Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) das Umbauprojekt des Hauses „Feltgen“ in ein Jugendzentrum. Er meint, dass die für die Renovierung anfallenden Kosten beträchtlich sind, und es an einem Gesamtkonzept fehlt. Er ist der Ansicht, dass der Neubau mehr

Sinn machen würde, und dass ein solches Projekt Raum für andere Projekte wie z.B. eine neue Apotheke oder ein Café bieten würde. Er merkt ebenfalls an, dass ein konkreter Plan für das Grundstück „Tëschel“ weiterhin fehlt, und dass die Gemeinde endlich tätig werden sollte, um die Sache voranzubringen.

Der Bürgermeister verteidigt das Projekt für das Jugendzentrum, aber gibt dem Gemeinderatsmitglied Recht, was die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Umgebung des Hauses angeht. Die Verzögerung beim „Tëschel“-Grundstück sind auf die Schwierigkeiten der Firma Hein zurückzuführen, die unter der sanitären Krise zu leiden hat. Die Gemeinde verfügt im Übrigen über keinerlei Druckmittel. Man muss also abwarten, wie sich die Lage weiterentwickelt. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) meint, dass ein Großteil der erwähnten Probleme auch darauf zurückzuführen ist, dass es kein Konzept für die langfristige Planung gibt.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) erkundigt sich, wo das Projekt der „Tiny Houses“ umgesetzt werden wird. Der Bürgermeister erklärt, dass das Projekt zunächst einmal auf einer freien Parzelle im „Pescher“ realisiert wird. Eine weitere Möglichkeit wäre es, die „Tiny Houses“ mittels einer befristeten Vermietung auf private, noch unbebaute Grundstücke aufzustellen. Er betont, dass derartige Bauwerke leicht versetzt werden können, was die Sache vereinfacht.

Léandre Kandel (DP) kritisiert ebenfalls die für die neuen öffentlichen Toiletten vorgesehen Ausgaben in Höhe von 700.000 Euro. Seiner Ansicht nach sind diese Ausgaben exorbitant. Der Bürgermeister erklärt, dass solche Einrichtungen in der Nähe von Sporteinrichtungen wie Beachvolleyball oder dem Mehrzwecksportplatz notwendig sind. Der relativ hohe Preis ist akzeptabel, da diese recht ausgeklügelten Toiletten gut auf die Bedürfnisse der Gemeinde zugeschnitten sind. Dasselbe Toilettenmodell wird im Übrigen derzeit von der Stadt Luxemburg verwendet. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) äußert sich auch kritisch in Bezug auf die hohen Ausgaben für den Schulgarten. Der Bürgermeister erläutert, dass der Preis die Umgestaltung des gesamten Geländes unter Berücksichtigung eines pädagogischen Konzepts umfasst, wodurch der Preis gerechtfertigt ist.

Léandre Kandel (DP) beendet seinen Beitrag mit der Erwähnung einer Reihe von positiven Punkten im Haushalt. Er begrüßt den Plan für das neue CIPA, die Installation von Sonnenkollektoren und den Kauf von Elektrofahrzeugen. Er bringt auch seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass die Gemeinde in Immobilien investiert, was angesichts der Negativzinsen auf Geldrücklagen richtig sei. Er schlägt auch vor, ein neues Café vorzusehen, das als Begegnungsstätte dienen soll sowie die Schaffung von Räumlichkeiten für Coworking zwecks Unterstützung von Jungunternehmern.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich diesen Vorschlägen an und meint, dass derlei Projekte eine gute Verwendung für die derzeit ungenutzten Flächen darstellen. Sie bittet außerdem um detailliertere Angaben bezüglich der Skaterbahn, da das Budget hierfür recht hoch ist. Der Bürgermeister erläutert, dass es eine Bahn aus Beton sein wird, was auch den Preis erklärt. Das Gemeinderatsmitglied fragt auch, wann die Zuschüsse für die Karatehalle und die Renovierung der Mehrzwecksporthalle an die Gemeinde überwiesen werden. Der Bürgermeister erklärt, dass man warten muss, bis die Abrechnung für beide Projekte erfolgt ist. Das Gemeinderatsmitglied ist der Auffassung, dass die Gemeinde Zwischenabrechnungen hätte erstellen und eine etappenweise Rückerstattung erhalten können.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass die Skaterbahn in der Nähe des Beachvolleyball-Platzes gebaut wird. Laurent Glesener (DP) bemerkt ebenfalls, dass die Ausgaben für die Anpassung der kommunalen Gebäude an geltende Vorschriften mit 600.000 Euro im Haushalt 2022 recht hoch angesetzt zu sein scheinen. Er wüsste gerne, wann diese Konformität erreicht sein wird. Die Mitglieder des Schöffenkollégiums erklären, dass die Übereinstimmung mit den Vorschriften praktisch nie erreicht wird, da die Bestimmungen sich fortlaufend ändern, und da sich immer vereinzelte, nicht vorhersehbare Probleme ergeben.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) merkt an, dass der Haushalt Ausgaben für die Ausarbeitung eines Konzepts für sanfte Mobilität und eines Mobilitätskonzepts vorsieht. Sie erkundigt sich, wie der Stand der Dinge bei diesen Projekten ist. Der

Bürgermeister erklärt, dass das „Klimateam“ bereits verbesserungswürdige Punkte im Radwegnetz der Gemeinde identifiziert hat. Es wurde auch Kontakt mit dem „Klimabündnis“ aufgenommen. Dieses wäre an einer Zusammenarbeit mit den Gemeinden interessiert, um ein Konzept für einen sicheren Schulweg zu entwickeln. Dennoch muss man abwarten und sehen, inwiefern sich diese Pläne konkretisieren.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) begrüßt, dass die Investitionen der Gemeinde in kulturelle und soziale Aktivitäten trotz der Pandemie auf einem hohen Niveau verblieben sind. Die sehr positiven Reaktionen auf Veranstaltungen wie das „Stroossefestival“ haben gezeigt, wie wichtig solche Ereignisse sind, insbesondere nach einer schwierigen Periode mit Lockdown und sozialen Abstandsregeln. Sie begrüßt, dass die Gemeinde vorhat, auch 2022 in diesem Sinne weiterzumachen, mit einem gut dotierten Budget von 820.800 Euro für kulturelle Veranstaltungen und öffentliche Feste. Sie freut sich ebenfalls über die hervorragenden Ergebnisse im Bereich Integration und gesellschaftliches Leben. Victoria El Khoury (LSAP) erwähnt, dass das soziale Netzwerk „Hoplr“ nach seiner raschen und effizienten Einführung die Hoffnungen weit übertroffen hat. Auch der Nachbarschaftsmediationsdienst und die Unterstützung der Gemeinde für das Projekt zur sozialen Integration „PINSS“ sind in ihren Augen beispielhaft. Victoria El Khoury (LSAP) begrüßt auch das Vorhaben, ein Haus der Solidarität zu schaffen, also ein Wohnumfeld, in dem man von Neuem lernt zu arbeiten und gleichzeitig soziale Kontakte knüpft. Sie präzisiert, dass es sich hierbei um einen wirklich neutralen Ort handelt, der die Integration und das Zusammenleben fördert. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) verweist darauf, dass das Thema dieser neutralen Orte das Hauptthema der 7. Ausgabe der „Groupe d'Échange et de Soutien en matière d'Intégration au niveau Local (GRESIL)“ war. Sie fand am 17. November 2021 statt. Die Gemeinderätin begrüßt auch die Tatsache, dass das Schöffenkollégium den Vorschlag angenommen hat, den Dienst eines öffentlichen Schreibers, eines sogenannten „écrivain public“ einzurichten, der in einer kosmopolitischen Gemeinde wie Stroossen notwendig ist.

Im Bereich „Inklusion und Sozialschutz“ begrüßt Victoria El Khoury (LSAP), dass für die Verbesserung

des Betriebs des CIGL im Haushalt die beträchtliche Summe von 200.000 Euro vorgesehen ist sowie 50.000 Euro für die Erstellung eines kommunalen Plans für Menschen mit Behinderungen und eines kommunalen Seniorenplans und 100.000 Euro für das Bauvorhaben für ein neues CIPA. Das Gemeinderatsmitglied ist der Ansicht, dass die 500.000 Euro, die für die Umsetzung des Projekts „Tiny Houses“ vorgesehen sind, ebenfalls gerechtfertigt sind, da es sich um ein ökologisches Konzept handelt, das dem Bevölkerungszuwachs von Strassen Rechnung trägt. Victoria El Khoury (LSAP) begrüßt auch die Absicht des Schöffenkollégiums, eine neue Gebührenordnung für Abfälle einzuführen, die nach dem Verursacherprinzip funktioniert. Sie ist dem Schöffenkollégium auch dankbar, die Arbeit des „Klimateams“ bei der Verwirklichung von Projekten wie dem „Repair Café“ und dem Flohmarkt erleichtert zu haben. Sie weist darauf hin, dass das „Klimateam“, in dem sie Mitglied ist, auch Workshops zum Thema „Upcycling“ für das Jahr 2022 plant.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) fordert das Schöffenkollégium auf, die vorgesehenen Ausgaben für die Einrichtung der neuen Toiletten nach unten zu korrigieren. Auch wenn der Bedarf für solche Infrastrukturen unumstritten ist, ist sie der Ansicht, dass das vorgeschlagene Budget von 700.000 Euro exorbitant ist. Sie ist zuversichtlich, dass eine vernünftige Alternative gefunden werden kann. Victoria El Khoury (LSAP) präzisiert, dass der Haushalt 2022 den Willen des Schöffenkollégiums zeigt, den Empfehlungen der Regierung zu folgen, indem Investitionen auf einem relativ hohen Niveau beibehalten werden. Dies zeigt sich unter anderem beim Kauf von bebauten und unbebauten Grundstücken durch die Gemeinde sowie bei den beträchtlichen Investitionen in die Sportinfrastruktur. Abschließend spricht Victoria El Khoury (LSAP) allen Personen, die an der Ausarbeitung des ihrer Ansicht nach zufriedenstellenden Haushalts für 2022 beteiligt waren, ihren Dank aus.

Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass die Gemeinde bei der Integration in der Tat viel erreicht habe. Das sei vor allem auf die hervorragende Arbeit aller an diesen Projekten beteiligten Personen zurückzuführen. Er betont auch, dass der Erfolg zahlreicher Projekte wie des CFL Flex Systems oder des Netzwerks „Hoplr“ zum Teil darauf beruhen, dass die Gemeinde konsequent

für ein verbesserte Kommunikation mit den Bürgern gesorgt hat. Gleiches gilt in Bezug auf das Projekt des öffentlichen Schreibers, die Nachbarschaftsmediation und das Projekt „Super Senior“. All dies zeigt die Bedeutung einer guten Kommunikation, an der es in der Vergangenheit oft gemangelt hat. Er betont auch den Stellenwert des Sozialamts bei der Kommunikation mit einer schwer erreichbaren Population. Nicolas Pundel (CSV) räumt ein, dass die Ausgaben für Kultur recht hoch waren, meint aber, dass die Wirkung und die Qualität der Veranstaltungen diese Ausgaben auf jeden Fall rechtfertigen. Er erkennt an, dass der Preis für die öffentlichen Toiletten hoch erscheinen mag, meint aber auch, dass derartige Infrastrukturen schwierig zu betreiben sind. Es ist deshalb nicht sinnvoll zu sparen, nur um nach kurzer Zeit das Material erneuern zu müssen. Nicolas Pundel (CSV) betont auch, dass das „Klimateam“ exzellente Arbeit leistet, wodurch die Gemeinde eine Vielzahl von Projekten, die auf nationaler Ebene innovativ sind, durchführen kann.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist der Meinung, dass die Gemeinde Strassen in der Tat eine sehr kosmopolitische Gemeinde ist, die sich sehr stark entwickelt, insbesondere dank einer ehrgeizigen Politik. Dies führt dazu, dass sie sich, insbesondere aufgrund des Bevölkerungswachstums, ständig anpassen muss. Ein Beispiel hierfür ist die neue Gebührenordnung für Abfälle. Durch die Einführung einer nachhaltigeren Bewirtschaftung gelingt es der Gemeinde, die Abfallmengen zu reduzieren. Ein weiterer Bereich, auf den sich wachsende Einwohnerzahl auswirkt, ist die Trinkwasserwasserversorgung und die Wasseraufbereitung. Auch hier wendet die Gemeinde beträchtliche Mittel auf, um sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Das Gemeinderatsmitglied ist auch der Ansicht, dass die Gemeinde eine konsequent soziale Haushaltspolitik verfolgt, indem sie versucht, die Lebensqualität ihrer Einwohner zu wahren und Schulen, bezahlbaren Wohnraum und Sport- und Freizeitinfrastrukturen zur Verfügung stellt. In Anbetracht der Tatsache, dass die Einwohnerzahl von Strassen innerhalb eines Jahrzehnts von 7.000 auf mehr als 10.000 angestiegen ist, sind all diese Maßnahmen dringlich. Der bedeutende Anstieg zeigt, dass die Gemeinde als Wohnort sehr beliebt ist, und auch, dass die Einwohner gern in einer Gemeinde leben, in der die Lebensqualität hoch ist. Es gibt allerdings

auch negative Effekte wie die steigenden Immobilienpreise, Verkehrsprobleme, Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung.

Paul Klensch (LSAP) ist der Ansicht, dass der Haushalt für das Jahr 2022 dazu beitragen wird, die Lebensqualität der Bürger zu wahren und zu verbessern sowie künftige Herausforderungen in den Bereichen Wohnraum, Mobilität, Bildung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Klimaschutz und nachhaltige und soziale Entwicklung zu bewältigen. Da die Gemeinde derzeit über eine ausgeglichene Finanzlage verfügt, kann in neue, zukunftsorientierte Projekte investiert werden.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist der Meinung, dass die Gemeinde auch eine beispielhafte Rolle in den Bereiche Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung spielen sollte. Die LSAP/CSV-Mehrheit im Gemeinderat setzt sich für eine Umweltpolitik ein, die zukünftigen Generationen zugutekommt, zum Beispiel indem die Schüler mit der Natur vertraut gemacht und für die ökologischen Herausforderungen sensibilisiert werden oder indem eine den Nachhaltigkeitsgrundsätzen entsprechende Energie- und Mobilitätspolitik umgesetzt wird. Dies ist insbesondere bei der Schaffung von Fahrradwegen, dem Ausbau der sanften Mobilität, der Einführung von Elektrofahrzeugen oder der Förderung des Personennahverkehrs erkennbar. Die Mehrheit setzt sich auch für den Aufbau einer partizipatorischen Demokratie ein, indem den Bürgern neue Instrumente der Kommunikation und Teilhabe angeboten werden. Die Gemeinde steht für eine konsequente Förderung des Sports durch den Ausbau der Sportinfrastrukturen aber auch durch ein großes Angebot an Kursen und die Unterstützung der Sportvereine. Seiner Ansicht nach dient der Sport nicht nur der Verbesserung der eigenen Gesundheit, sondern erfüllt auch wichtige soziale Integrationsfunktionen.

Paul Klensch (LSAP) merkt an, dass die Verschuldung pro Einwohner weiterhin rückläufig ist und von 1.000 Euro pro Einwohner im Jahre 2019 auf weniger als 600 Euro im Jahre 2021 gefallen ist. Deshalb ist die Gemeinde in der Lage, ihre Finanzreserven in die Schaffung neuer Infrastrukturen zu investieren. Aufgrund des Bevölkerungswachstums erreichen diese

zum aktuellen Zeitpunkt ein beeindruckendes Niveau mit einem geschätzten Investitionsvolumen von 120 Mio. Euro bei einem Zeithorizont bis 2030. Der Plan „Stroossen 2030“ bildet dabei das zentrale Element dieser Investitionen, mit der Gestaltung einer neuen Dorfmitte, dem Bau eines neuen CIPAs, der Erweiterung der Schulinfrastrukturen, der Einrichtung eines Hauses der Solidarität, dem Bau des Skaterparks, der Schaffung eines Waldfriedhofs, dem Bau einer neuen Leichenhalle und der Installation neuer öffentlicher Toiletten. Die Gemeinde hat auch eine Vorreiterrolle inne, wenn es um die Schaffung von Wohnraum geht. Der Erwerb zusätzlicher Grundstücke hilft beim Kampf gegen die Wohnraumkrise, denn so können Sozialwohnungen und Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen, „Tiny Houses“ und Wohngemeinschaften entstehen.

Die Kulturausgaben befinden sich ebenfalls auf einem hohen Niveau. Paul Klensch (LSAP) meint, dass die Kultur eine Schlüsselrolle spielen kann, wenn es darum geht den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde zu bewahren. Die Biennale für zeitgenössische Kunst, das „Stroossefestival“ oder die „Fête de la Musique“ spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Das kulturelle Angebot des Kulturzentrums Paul Barblé und der Galerie „A Spiren“ wird ebenfalls konsequent ausgebaut. Das Gemeinderatsmitglied betont abschließend, dass die Haushaltspolitik der Gemeinde immer im Sinne der Stärkung des sozialen Zusammenhalts gestaltet werden soll.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist ebenfalls der Meinung, dass Strassen sich einer hohen Attraktivität erfreut. Die Gemeinde hat immer versucht, ihre Infrastrukturen an ihr Wachstum anzupassen, um ihre Attraktivität zu bewahren.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) dankt zunächst den an der Ausarbeitung des Haushalts beteiligten Personen. Er schätzt die Finanzlage der Gemeinde als gut ein, mit hohen Einnahmen und ausreichenden Rücklagen, so dass eine Politik im Interesse der Bürger geführt werden kann. Trotz der Pandemie ist es der Gemeinde gelungen, die letzten zwei Jahre ein attraktives Kulturangebot aufrechtzuerhalten, mit Veranstaltungen auf hohem Niveau wie der Ausstellung „100 Joer Lëtzebuurger Konscht“, so dass die Einwohner weiterhin ein aktives

und abwechslungsreiches gesellschaftliches Leben führen konnten. Das Gemeinderatsmitglied freut sich auch über die zahlreichen Aktivitäten für Senioren, die in diesem Zeitraum stattfinden konnten.

Im Gegensatz zur Opposition ist François Gleis (CSV) der Ansicht, dass der Umbau des „Feltgen“-Hauses zum Jugendzentrum dringlich ist, da das Jugendhaus für diese Nutzung nicht mehr geeignet ist. Es freut ihn ebenfalls, dass das Sozialamt der Gemeinde den Einwohnern wertvolle Unterstützung anbieten kann, wobei es sich nicht nur um Hilfen finanzieller Art handelt, sondern auch um eine Vielzahl anderer Leistungen. Er glaubt, dass das künftige Haus der Solidarität im Haus „Kohnen“ diesbezüglich weitere Verbesserungen mit sich bringen wird. Auch begrüßt er, dass die Gemeinde ihre Teuerungszulage in diesen Krisenzeiten beträchtlich angehoben hat. Im Bereich Sozialpolitik sind die Erweiterung des CIGL, die Beiträge zum Beschäftigungsfonds und die Schaffung von Wohnraum für Wohngemeinschaften ebenfalls begrüßenswert. François Gleis (CSV) meint auch, dass der künftige Waldfriedhof und die neue Leichenhalle wichtig sind, da sie der zunehmenden Anzahl von zivilen Bestattungen Rechnung tragen.

Das Gemeinderatsmitglied vertritt auch die Auffassung, dass die erhöhten Ausgaben für die neuen öffentlichen Toiletten gerechtfertigt sind, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass schlecht gestaltete Toiletten zu erheblichen Problemen führen können. Insbesondere begrüßt er den Plan, ein neues CIPA zu bauen, denn dies entspricht der steigenden Nachfrage, die zurzeit nicht durch die vorhandenen Einrichtungen abgedeckt werden kann. Er ist auch der Ansicht, dass dieses Projekt so schnell wie möglich verwirklicht werden muss. François Gleis (CSV) begrüßt ebenfalls den Bau eines neuen Sportkomplexes mit Fußballplatz. Angesichts der stark wachsenden Einwohnerzahl und des hohen Niveaus der lokalen Mannschaft ist dies wichtig.

Der Erwerb von Grundstücken für die Schaffung von Wohnraum ist ebenfalls begrüßenswert. Aufgrund der steigenden Immobilienpreise müssen Konzepte wie Erbpachtverträge entwickelt werden, da es selbst für Haushalte mit normalem Einkommen immer schwieriger wird, Wohnraum zu erwerben. François Gleis (CSV)



teilt den Standpunkt des Gemeinderatsmitglieds Léandre Kandel (DP) bezüglich der Pfadfinderhütte. Der Bau einer neuen Hütte sei einer Sanierung der bestehenden Hütte auf jeden Fall vorzuziehen.

Das Mitglied des Gemeinderates meint ebenfalls, dass die Mobilität einer der problematischsten Bereiche für die Gemeinde ist. Er verweist darauf, dass mehr als 1.500 Einwohner der Gemeinde eine Petition unterschrieben haben, in der sie konkrete Maßnahmen gegen die mit dem übermäßigen Verkehr in der Gemeinde verbundenen Probleme fordern. Die Route d'Arlon ist seit langem eine problematische Zone, aber es fehlt immer noch an Lösungen für dieses Problem. Der von staatlicher Seite unterbreitete Plan für eine Umsteigeplattform in der Nähe von "Bâtiself" sei keine Lösung, sondern könne sogar noch zu neuen Problemen führen. Er appelliert an die Mitglieder des Gemeinderates, sich an ihre politischen Parteien zu wenden, damit diese in Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen im Jahr 2023 Druck auf die Regierung ausüben.

Abschließend erklärt François Gleis (CSV), dass er angesichts der guten Finanzlage der Gemeinde keinerlei Problem bei der Genehmigung des Haushalts für 2022 sieht. Es handelt sich seiner Ansicht nach um einen ausgewogenen Haushalt, der auf einer langfristigen Vision beruht.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) dankt allen Gemeinderatsmitgliedern für ihre jeweiligen Beiträge. Er stellt fest, dass es im Gemeinderat auf der Ebene der Kultur- und Sozialpolitik einen breiten Konsens gibt. Er ist auch der Auffassung, dass die Gemeinderatsmitglieder sich Sorgen machen in Bezug auf das Wachstum und dessen Auswirkungen, und betont gleichzeitig, dass es sich hier um einen Bereich handelt, wo es äußerst schwierig ist, präzise Voraussagen zu treffen. Er teilt voll und ganz den Frust der Gemeinderatsmitglieder bezüglich der Mobilitätsprobleme und erklärt, dass das Schöffenkollegium weiterhin resolut nach Lösungen in diesem Bereich suchen wird. Auf Anfrage von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) gibt der Bürgermeister an, dass der nächste mehrjährige Finanzplan im Februar präsentiert wird.

Der Berichtigungshaushalt für 2021 wird mit einer Mehrheit von 9 Stimmen angenommen. Es gibt 4 Gegenstimmen.

Der Haushaltsentwurf für 2022 wird mit einer Mehrheit von 9 Stimmen angenommen. Es gibt 4 Gegenstimmen.

## **2. Genehmigung des Reglements und der Gebührenordnung für die Abfallentsorgung.**

Dem Gemeinderat wird ein neues Reglement zur Abfallentsorgung sowie die entsprechende Gebührenordnung zur Genehmigung vorgelegt. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert daran, dass das neue Reglement ausführlich in verschiedenen Kommissionen diskutiert wurde, bevor es vom Ministerium abgesegnet wurde. Er erklärt, dass das neue Reglement im Prinzip ab Januar 2022 gelten wird, dass allerdings der Ankauf von neuem Material, unter anderem von LKWs, abgewartet werden muss. Da die Abrechnung halbjährlich erfolgt, ist die tatsächliche Inkraftsetzung zum 1. Juli 2022 geplant.

Nicolas Pundel (CSV) erläutert, dass die Gebühr aus einem festen Anteil von 100 Euro pro Jahr besteht, der pro Haushalt oder Einheit (Unternehmen) berechnet wird, und nicht pro Gebäude. Mit diesem Anteil werden die allgemeinen Betriebskosten des kommunalen Hygienesdienstes gedeckt. Es gibt auch eine Basisgebühr, die vom Rauminhalt der Mülltonne abhängig ist. Diese Gebühr deckt die Standardanzahl von 26 Entleerungen pro Jahr. Es ist möglich, die Entleerungen während der Ferien in die Reserve einzustellen, um sein Entleerungskontingent zu erhalten. Für weitere Entleerungen, die über das normale Kontingent von 26 hinausgehen, ist eine zusätzliche, variable Gebühr vorgesehen. Die variablen Gebühren richten sich nach dem Verursacherprinzip und sind abhängig vom Gewicht. Sie liegen bei 0,45 Euro pro Kilogramm Abfall. Pro Rechnungsadresse kann nur für einen Abfallbehälter die Basisgebühr für jährlich 26 Entleerungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Entleerungen werden nach dem variablen Tarif in Rechnung gestellt.

Für die Mengen, die gelegentlich den Rauminhalt der gewählten Mülltonne übersteigen, sind 100-Liter-Müllsäcke gegen eine Gebühr von 5 Euro erhältlich. Das

Abholen von Sperrmüll wird mit 20 Euro pro Tranche von 50 Kilo (ganz oder angebrochen) abgerechnet. Es gibt auch eine Abgabe für das Abholen von Elektrogeräten, nämlich 25 Euro pro Gerät. Die einmalige Gebühr beim Erwerb der grauen (Haushaltsabfälle), grünen (organische Abfälle), blauen (Papier und Papp) und gelben Mülltonnen (Glas) liegt je nach Rauminhalt zwischen 35 und 800 Euro.

Im Falle eines Umzugs werden die Abgaben anteilig nach der Wohndauer in der Gemeinde abgerechnet. Haushalte, aber auch Unternehmen, Vereine und anderen Institutionen, die aufgrund ihrer Aktivitäten Abfälle generieren, sind verpflichtet, sich für die Müllentsorgung anzumelden.

Der Bürgermeister merkt an, dass der Vorlagetext noch einige kleine materielle Fehler enthält, die korrigiert werden. Er schlägt auch vor, ein zusätzliches Reglement über Haushalte mit Kleinkindern zur Abstimmung zu bringen, da diese wegen der Babywindeln eine ungewöhnlich hohe Menge an Abfall erzeugen. Es wird vorgeschlagen, diesen Haushalten während der ersten zwei Jahre zwei kostenlose Rollen mit Müllsäcken anzubieten.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) fragt, wie man bei den Eigentümergemeinschaften vorgeht, um diese über die Änderungen in Bezug auf die Mülltonnen mit Mikrochip zu informieren. Der Bürgermeister erklärt, dass dies von der Gemeinde übernommen wird.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich, ob eine Simulation durchgeführt wurde, um festzustellen, wie das neue Reglement sich auf die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde und auf die Preise für die Nutzer auswirken wird. Der Bürgermeister bestätigt, dass man in der Tat eine derartige Berechnung für die Festlegung der Gebühren zugrunde gelegt hat. Das Gemeinderatsmitglied merkt an, dass, ausgehend von den Ausgaben im Budget, es derzeit 2.492 primäre und 375 zusätzliche graue Mülltonnen gibt. Wenn man diese Anzahl von Mülltonnen mit einem Durchschnitt von 20 Kilo Müll pro 80-Liter-Mülltonne bei 26 Entleerungen berücksichtigt, würden sich ihrer Berechnung nach, die jährlichen Einnahmen der Gemeinde auf ungefähr

1.005.000 Euro belaufen. Sie ist der Auffassung, dass dies im Verhältnis zu den Kosten, die der Gemeinde für die Abfallentsorgung entstehen, ein sehr hoher Betrag ist, umso mehr, wenn man bedenkt, dass für die Berechnung nur die Hälfte der vorgesehenen 40 Kilo berücksichtigt wurde, und dass dabei die Container nicht mitgerechnet wurden. Der Bürgermeister erklärt, dass die Berechnung auf Grundlage der tatsächlich erzeugten Abfallmenge erfolgt und nicht auf Grundlage einer theoretischen Menge, die sich auf die Anzahl und Größe der Mülltonnen gründet. Er fügt hinzu, dass diese Berechnungsmethode bei der Präsentation in der Kommission „Großprojekte“ erklärt wurde. Martine Dieschburg-Nickels (DP) fürchtet, dass diese neue Art der Berechnung zu einem beträchtlichen Kostenanstieg für die Haushalte führen wird. Der Bürgermeister meint, dass das neue Reglement darauf abzielt, einen Anreiz zu geben, Abfälle besser zu sortieren. Die Mülltrennung ist im Übrigen immer noch gratis. Er ist der Ansicht, dass die für die Haushalte anfallenden Kosten gering bleiben, wenn man sich bei der Mülltrennung an bewährte Praktiken hält. Martine Dieschburg-Nickels (DP) möchte die den Berechnungen zugrunde liegenden Zahlen einsehen. Der Bürgermeister verspricht, dem Gemeinderat diese Statistiken zur Verfügung zu stellen. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) befürchtet, dass die neue Art der Berechnung für einige Haushalte eine Verdoppelung der Kosten nach sich zieht. Er meint außerdem, dass sie für die Unternehmen problematisch ist. Auf Grundlage der Kosten für sein eigenes Unternehmen hat er ausgerechnet, dass diese von 192 auf 580 Euro ansteigen werden. Der Bürgermeister bestätigt, dass in bestimmten Fällen das Risiko eines Kostenanstiegs besteht, betont aber, dass die Gebührenordnung seit langem nicht mehr angepasst wurde. Er merkt auch an, dass die Einführung des Verursacherprinzips selbstverständlich zu höheren Kosten führt, sollte sich das Verhalten der Haushalte und Unternehmen nicht ändern. Im Übrigen sei genau das die zugrundeliegende Idee. Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass am Jahresende Bilanz gezogen wird, um zu sehen, wie sich das Verhalten der Nutzer geändert hat. Er betont auch, dass die Gemeinde mit der Abfallbewirtschaftung keinerlei Profite macht.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) schlägt vor, eine Informationssitzung zu organisieren um das Konzept zu erläutern, und die

Nutzer auf die neuen Bestimmungen vorzubereiten. Der Bürgermeister erklärt, dass das Kontingent der 26 Entleerungen in jedem Fall für die zweite Jahreshälfte ab dem 1. Juli 2022 gilt. Die Nutzer werden also reichlich Zeit haben, ihre Gewohnheiten anzupassen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist der Meinung, dass Abfallreduzierung und -vermeidung zum Schlüsselkonzept des neuen Reglements gehören. Deshalb sei eine gute Informationskampagne zum Thema Abfallvermeidung von entscheidender Bedeutung. Er meint, dass die Gemeinde auch ein System einführen könne, welches eine schrittweise Reduzierung der Abfallmengen unterstützt. Er bedauert diesbezüglich, dass das Reglement seit 2014 nicht mehr angepasst wurde, denn das Verursacherprinzip stand bereits damals in der Diskussion. Wäre die Reform früher umgesetzt worden, hätte es seiner Ansicht nach die Möglichkeit gegeben, die Nutzer besser im Bereich Abfallvermeidung zu schulen, und parallel dazu nach und nach das neue Berechnungsmodell einzuführen. Damit hätte man vermeiden können, dass die Kosten schlagartig drastisch ansteigen.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) schlägt vor, die Nutzer während der ersten Jahreshälfte zu sensibilisieren, indem man ihnen zusammen mit ihrer aktuellen Rechnung eine Simulation der künftigen Kosten zukommen lässt. Er meint auch, dass man im Rahmen einer Kampagne auf die Möglichkeiten, die das "Valorlux" System bietet, hinweisen sollte. Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitglieds bestätigt der Bürgermeister, dass die feste Abgabe von 100 Euro pro Haushalt oder Unternehmen zu entrichten ist, unabhängig von der Anzahl der betroffenen Personen. Er bestätigt ebenfalls, dass diese Summe auf der Grundlage der Gesamtkosten für den Hygienedienst berechnet wird. Nicolas Pundel (CSV) weist ebenfalls darauf hin, dass eine Informationskampagne geplant ist, und zwar mit Broschüren, in denen ganz genau erklärt wird, wie man Müll trennt und Abfall vermeidet. Er glaubt, dass sich der Kostenanstieg für Nutzer, die sich an die bewährten Praktiken halten, im Rahmen halten wird.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass die auf 100 Euro festgesetzte Abgabe von sämtlichen

Haushalten gezahlt werden muss, auch wenn diese nicht über eine eigene Mülltonne verfügen. Dies ist bei Mehrfamilienhäusern der Fall, wo ein gemeinsamer Container benutzt wird.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass der Vorschlag von Laurent Glesener (DP) über die der Rechnung beigefügten Simulation in die Praxis umgesetzt werden sollte. Sie glaubt auch, dass die Nutzer daran erinnert werden sollten, wozu die verschiedenen Mülltonnen genutzt werden können, da es hier immer noch große Unklarheit gibt. Der Bürgermeister sieht kein Problem damit, diesem Vorschlag zu folgen. Er erläutert außerdem, dass eine Arbeitsgruppe des „Klimateams“ die Entwicklung der Abfallmengen und die Auswirkung der neuen Abgabenverordnung mitverfolgen wird.

Zum Thema Windeln führt Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) aus, dass es im Ausland Unternehmen gibt, die einen Reinigungsdienst für wiederverwendbare Windeln anbieten. Ihrer Meinung nach sollte die Gemeinde die Nutzer auch über diese Möglichkeit informieren, sobald es diese in Luxemburg gibt. Der Bürgermeister erklärt, dass es ein solches Angebot auch in Luxemburg gibt und ist einverstanden, die Nutzer diesbezüglich zu informieren.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) ist ebenfalls der Meinung, dass die Sensibilisierung und Information der Nutzer entscheidend sind. Er ist der Ansicht, dass die vielen anstehenden Änderungen bei den einzelnen Abgaben für sehr viele Haushalte eine Belastung sein werden. Der Bürgermeister meint, dass dies zutrifft, insbesondere in Bezug auf die Energiekosten. Aus diesem Grund plane der Staat auch, die Beihilfen für Haushalte mit geringem Einkommen demnächst zu erhöhen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) erinnert nochmals daran, dass die Tatsache, dass die Abgaben über einen sehr langen Zeitraum hinweg nicht angepasst worden sind, ein reelles Problem darstellt, da die jetzige Anpassung eine drastische Erhöhung mit sich bringt. Er appelliert an das Schöffenkollégium, die Abgaben regelmäßig zu überprüfen, um in Zukunft derartige Probleme zu vermeiden.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) bemerkt, dass in Wohnanlagen mit mehreren Parteien die Anzahl der Entleerungen davon abhängt, wie die Container verwaltet werden. Er wüsste gern, wie dies geregelt wird. Der Bürgermeister erklärt, dass die Miteigentümergeinschaft dies entscheidet, und dass die Gemeinde sich nicht in die interne Verwaltung dieser Eigentümergeinschaften einmischt. Paul Klensch (LSAP) ist der Ansicht, dass es deshalb wichtig sei, die Bewohner dieser Wohnanlagen über die neue Methode zur Berechnung der Abgaben zu informieren, damit sie verstehen, wie sich diese Kosten auf ihre Nebenkostenabrechnung niederschlagen.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass für Eigentümergeinschaften dieselben Bedingungen gelten wie für andere Haushalte, einschließlich der Möglichkeit, spezielle Abfallbehälter für Abfälle zu bekommen, die kein Hausmüll sind.

Abschließend begrüßt Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP), die Tatsache, dass die Gemeinde endlich den Grundsatz der Abgabeberechnung nach Gewicht statt nach Volumen einführt, weil es sich hierbei um die gerechteste Methode handelt.

Das neue Abfallreglement wird einstimmig angenommen.

Die neue Gebührenordnung für Abfälle wird einstimmig angenommen.

### **3. Änderung des kommunalen Reglements vom 05.10.2016 zur Festlegung der Kriterien für die Zuteilung der Teuerungszulage.**

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erläutert, dass 2020 die staatliche Teuerungszulage verdoppelt hat. Eine alleinstehende Person mit einem Höchstehinkommen von 2.329 Euro hatte also Anspruch auf 2.640 Euro vom Staat und 600 Euro von der Gemeinde. 2021 hat der Staat seine Beihilfe nochmals um 10 % im Vergleich zum Betrag von 2019 angehoben. Eine alleinstehende Person mit einem maximalen Einkommen von 2.329 Euro hatte somit Anspruch auf eine Beihilfe von 1.452 Euro statt 1.320 Euro.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden der Sozial- und Seniorenkommission Josée Majerus hat das Schöffenkollégium entschieden, den Anteil der Gemeinde von 25 auf 30% des staatlichen Betrages anzuheben. Betty Welter-Gaul (LSAP) meint, dass diese Entscheidung angesichts der steigenden Energie- und Trinkwasserpreise notwendig war. Zum Vergleich merkt sie an, dass der kommunale Anteil 30% in Bartringen und 35% in Steinfort beträgt. Der entsprechende Artikel des Haushaltsplans wurde auf 100.000 Euro angehoben. 2018 erhielt die Gemeinde 81 Anträge auf diese Beihilfe, wobei 80 stattgegeben wurde. 2019 gab es 83 Anträge, von denen 80 berechtigt waren. 2020 waren es 106 Anträge, von denen 104 bewilligt wurden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Vergleich von Gemeinden in diesem Bereich schwierig ist, weil kommunale Beihilfen stark variieren. Das Gesamtniveau der Beihilfen in Strassen ist relativ hoch. Betty Welter-Gaul (LSAP) fügt hinzu, dass Strassen auch einen Mietzuschuss gewährt, den es nicht in allen Gemeinden gibt.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) begrüßt in Anbetracht des allgemeinen Preisanstiegs die Anhebung der Hilfe. Es ist insbesondere wichtig, Alleinstehende zu unterstützen.

Auch Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt diese Anhebung. Er ist der Ansicht, dass die Gemeinde die Einwohner, die nicht vom Sozialamt betreut werden, darüber informieren sollte, wie man eine solche Beihilfe beantragen kann. Der Bürgermeister meint, dass es möglich wäre, eine Mitteilung im Gemeindeblatt zu machen.

Die Änderung des kommunalen Reglements zur Festlegung der Kriterien für die Zuteilung der Teuerungszulage wird einstimmig angenommen.

### **4. Genehmigung einer notariellen Urkunde.**

Eine unentgeltliche Abtretung mit dem Unternehmen Stugalux wurde genehmigt.

### **5. Bestätigung von befristeten Verkehrsreglements.**

Dem Gemeinderat werden mehrere zeitlich befristete Verkehrsreglements, welche die Bauarbeiten in der

Siedlung Pescher, der Rue des Romains und der Rue du Bois betreffen, zur Genehmigung vorgelegt.

Die zeitlich befristeten Verkehrsreglements werden einstimmig angenommen.

## 6. Verschiedenes.

Nachdem Gemeinderatsmitglieds Marc Fischer (DP) bei der Gemeinderatssitzung vom 8. Dezember 2021 eine diesbezügliche Frage gestellt hatte, gibt Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) eine Reihe von Informationen bezüglich Nutzung des sozialen Lebensmittelladens. In den letzten 11 Monate haben 61 Haushalte aus Strassen das soziale Lebensmittelgeschäft in Steinfort besucht. Das entspricht 105 Erwachsenen und 40 Minderjährigen. Neun dieser Kunden haben das Angebot nicht regelmäßig in Anspruch genommen oder haben irgendwann ganz aufgehört, den sozialen Lebensmittelladen zu besuchen. Dies sei teilweise auf Umzüge zurückzuführen, aber auch auf eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage. Keiner der Begünstigten hat bemängelt, dass man sich nach Steinfort begeben muss.

Betty Welter-Gaul (LSAP) betont, dass der Vorteil des Konzepts dieses sozialen Lebensmittelladens darin liegt, dass die Einrichtung von drei Sozialämtern verwaltet wird, und dass diese die Fixkosten unter sich aufteilen. Ihrer Ansicht nach wären diese Kosten weitaus höher, wenn Strassen beschließen würde, einen eigenen Laden einzurichten. Der Schöffe erläutert auch, dass die Verwaltung des sozialen Lebensmittelladens durch das Rote Kreuz und die Caritas hervorragend ist, und dass die Einrichtung sogar auf internationaler Ebene anerkannt wurde. Sie ergänzt, dass die Einrichtung auch an einem Projekt des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) teilnimmt, indem den Kunden eine bestimmte Anzahl von Basiswaren kostenlos zur Verfügung gestellt wird. So hat eine Ein-Eltern-Familie mit zwei Kindern monatlich Anrecht auf 12 Liter Milch, 1,5 kg Nudeln, 1 kg Reis, 1 kg Sonnenblumenöl, 1 kg Zucker, dreimal 120 g Thunfisch, 1 Liter Olivenöl, zwei Tuben Zahnpasta, zwei Flaschen Duschgel, zwei Flaschen Shampoo, drei Packungen mit je sechs Rollen Toilettenpapier sowie eine Packung medizinische Schutzmasken. Betty Welter-Gaul (LSAP) ist der Meinung, dass es sich hier

um eine beträchtliche Menge an kostenlosen Waren handelt, die in den meisten Fällen mehr als ausreichend ist.

Der Schöffe erinnert daran, dass die Entscheidung über die Teilnahme an einer solchen Einrichtung ursprünglich darauf zurückzuführen war, dass die Gemeinde Steinfort seinerzeit über eine geeignete Räumlichkeit verfügte. Jedoch trifft es zu, dass dieses Lokal zurzeit in einem schlechten Zustand ist. Deshalb hat das Schöffenkollégium beschlossen, mit den teilnehmenden Sozialämtern und Gemeinden Gespräche einzuleiten, um zu prüfen, ob der soziale Lebensmittelladen eventuell in die neuen Räumlichkeiten der Gemeinde in der Nr. 38 Route d'Arlon umziehen könnte. Diese Gespräche befinden sich allerdings noch im Anfangsstadium, und man müsse die Fortsetzung abwarten.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) dankt dem Schöffenkollégium für diese Informationen. Er ist jedoch weiterhin der Ansicht, dass es nicht ideal ist, eine derartige Einrichtung in einer Nachbargemeinde zu haben. Betty Welter-Gaul (LSAP) denkt, dass sie im Verhältnis zu anderen Gemeinden relativ leicht von Strassen aus zu erreichen ist. Sie betont nochmals, dass kein einziger Kunde sich über die Anfahrt beschwert hat. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) denkt, dass Strassen nach einer anderen Lösung suchen wird, sobald die jetzige Handhabung nicht mehr zufriedenstellend ist. Er betont, dass man auf jeden Fall eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden anstreben sollte, da Strassen allein nicht über die kritische Masse an Kunden verfügt, die es rechtfertigt, eine derartige Einrichtung zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) gibt Betty Welter-Gaul (LSAP) an, dass die Kunden den sozialen Lebensmittelladen im Durchschnitt vier bis fünf Mal pro Monat besuchen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erinnert daran, dass bei der Präsentation des Projekts versprochen worden war, dass die Kunden durch Angebote wie Kochkurse begleitet werden würden. Sie erkundigt sich, ob dies in die Praxis umgesetzt worden ist. Betty Welter-Gaul (LSAP) erläutert, dass der Lebensmittelladen in der Tat über eine professionelle

Küche verfügt, dass dieses Angebot aber nie den entsprechenden Anklang gefunden hat.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) weist darauf hin, dass die Beleuchtung der kommunalen Anzeigetafel („Reider“) unzureichend sei. Der Bürgermeister geht davon aus, dass die alte Tafel in Kürze durch eine elektronische Anzeigetafel ersetzt werden könnte. Marc Fischer (DP) merkt auch an, dass die Gemeinderatssitzungen fast nicht mehr von der Presse abgedeckt werden. Dies bestätigt der Bürgermeister, meint aber, dass die Gemeinde keinerlei Einfluss auf die redaktionellen Entscheidungen der Medien hat. Er bedauert im Übrigen, dass die Presse sich immer weniger für lokale Nachrichten interessiert.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erinnert daran, dass das Schöffenkollégium bei der letzten Gemeinderatssitzung dafür plädiert hatte, dass die Mitglieder des Gemeinderats das „Hoplr“ Netzwerk nicht als politische Plattform nutzen. Sie hat jedoch festgestellt, dass mehrere Gemeinderatsmitglieder sich mit ihrem Namen und ihrer politischen Funktion zu erkennen geben. Sie glaubt im Übrigen, dass eine derartige Plattform sich immer von selbst politisiert und fragt, welchen Ansatz das Schöffenkollégium in diesem Zusammenhang befürwortet. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) betont, dass er auf „Hoplr“ nie in seiner Funktion als Bürgermeister auf Fragen antwortet. Er ist immer noch der Ansicht, dass die Mitglieder des Gemeinderats in diesen Netzwerken politisch neutral bleiben. Falls Fragen gestellt werden die die Politik betreffen, muss die Antwort im Namen der Gemeinde formuliert werden. Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, dass die Gemeinderatsmitglieder sich in diesem Fall nur mit ihrem Namen zu erkennen geben und politische Funktionen nicht erwähnen. Das Schöffenkollégium schließt sich diesem Vorschlag an.

Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (déi Gréng) bestätigt ebenfalls, dass man sich an sie in ihrer Funktion als Mitglied des Gemeinderates gewandt hat. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) ist der Meinung, dass die Gemeinderatsmitglieder sehr wohl in ihrer politischen Funktion auf Hoplr auftreten können. Dies verstößt nicht gegen die Nutzungsregeln der Plattform. Allerdings wird Werbung für eine politische Partei auf Hoplr nicht geduldet. Sie ist der Ansicht, dass

man auf die Fragen der Nutzer eingehen muss, eben gerade um eine Annäherung zwischen den Bürgern und ihrer Verwaltung zu erreichen. Das ist im Übrigen eines der Ziele der Plattform. Der Bürgermeister wiederholt, dass er persönlich nicht die Absicht hat, in seiner Funktion als Bürgermeister auf der Plattform zu kommunizieren.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) merkt an, dass er kein Problem damit hat, wenn ein Mitglied des Gemeinderats eine politische Funktion oder ein politisches Mandat in seine persönliche Biografie im „Hoplr“ Netzwerk hinzufügt. Er schließt sich der Entscheidung des Schöffenkollégiums an.

## 7. Personalangelegenheiten:

### a. Schaffung einer Angestelltenstelle („poste de salarié“) für den solidarischen Dienst.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass die Gemeinde eine Angestelltenstelle für die solidarischen Projekte, insbesondere im Rahmen des zukünftigen Hauses der Solidarität, schaffen möchte. Diese Aufgabe kann nicht durch das Sozialamt abgedeckt werden, da die Aufgaben grundlegend verschieden sind.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) wüsste gern, welches Profil für einen solchen Posten erforderlich ist. Der Bürgermeister erläutert, dass die Gemeinde bereits eine Person ausgemacht hat, die Erfahrung mit Solidaritätsprojekten hat, ohne jedoch Sozialarbeiter zu sein. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) denkt, dass es vorzuziehen sei, wenn bei der Schaffung einer Stelle eine Stellenbeschreibung vorliegt. Er kündigt an, dass er sich aus diesem Grund in jedem Fall der Stimme enthalten wird. Der Bürgermeister nimmt diese Bemerkung zur Kenntnis.

Die Schaffung der Stelle wird mehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

### b. Schaffung einer kommunalen Beamtenstelle für den technischen Dienst.

Der Bürgermeister erläutert, dass der technische Dienst einen Mitarbeiter zur Unterstützung der Ingenieure benötigt. Es hat sich herausgestellt, dass

ein Beschäftigter der Laufbahn C1, der ursprünglich für diese Rolle vorgesehen war, letztlich nicht das richtige Profil hatte. Deshalb schlägt die Gemeinde vor, für diese Aufgabe einen Posten der Laufbahn B1 zu schaffen.

Die Schaffung der Stelle wird mehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

### **c. Schaffung von Stellen im Team Gebäudebewirtschaftung und Hausmeisterdienste.**

Der Bürgermeister erklärt, dass im Organigramm mehrere Personen in den Teams für Gebäudebewirtschaftung und den technischen Dienst fehlen. Die freien Stellen betreffen Posten in den Dienststellen Wasserdienst, Gartendienst, Hygienesdienst, Baudienst, eine Stelle als Hausmeister und zwei Stellen im Reinigungsdienst.

Die Schaffung der Stellen wird mehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

### **8 Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen (neuer Punkt auf der Tagesordnung).**

Um die lokalen Kommissionen vervollständigen zu können, schlägt das Schöffenkollegium dem Gemeinderat Folgendes zur Abstimmung vor:

- Rücktritt von Liz Bieber von ihrem Posten als Mitglied der Kommission für Chancengleichheit.
- Rücktritt von Anna Daraio von ihrem Posten als Mitglied der Kommission für Mobilität.

- Ernennung von Anna Daraio für den Posten als Mitglied der Kommission für Sport und lokale Vereine.
- Ernennung von Myriam Wagner für den Posten als Mitglied der Kommission für Sport und lokale Vereine.
- Rücktritt von Tun Gierenz von seinem Posten als Vorsitzender der Jugendkommission.
- Ernennung von Claire Remmy für den Posten der Vorsitzenden der Jugendkommission.
- Ernennung von Victoria El Khoury für den Posten als Mitglied der Sozial- und Seniorenkommission.

Alle Rücktritte und Ernennungen für die lokalen Kommissionen werden einstimmig angenommen.

### **Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):**

#### **a. Ernennungen für freie Stellen:**

Kommunale Beamtenstelle Gruppe A2 (technischer Dienst).

Kommunale Beamtenstelle Gruppe B1 (Gemeindekasse).

### **9. Entscheidung im Rahmen eines Vorschlags für den Erwerb einer Immobilie (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

# Séance du conseil communal du 15 décembre 2021

## ORDRE DU JOUR

1. Discussion et vote du projet de budget rectifié 2021 et du projet de budget prévisionnel 2022.
2. Adoption du règlement et du règlement-taxé relatif à la gestion des déchets.
3. Modification du règlement communal du 05.10.2016 fixant les critères d'attribution de l'allocation de vie chère.
4. Approbation d'un acte notarié.
5. Confirmation de règlements temporaires de circulation.
6. Divers.
7. Affaires de personnel :
  - a. Création d'un poste de salarié pour le service solidaire.
  - b. Création d'un poste de fonctionnaire communal pour le service technique.
  - c. Création de postes au sein de l'équipe de régie et de conciergerie.
8. Nominations et démissions au sein des commissions locales (ajout à l'ordre du jour).
9. Affaires de personnel (huis clos) :
  - a. Nominations aux postes vacants :
    - i. Fonctionnaire communal groupe A2 (service technique).
    - ii. Fonctionnaire communal groupe B1 (recette communale).
10. Décision dans le cadre d'une proposition d'acquisition immobilière (huis clos).

## PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>er</sup> échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>e</sup> échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Victoria El Houry (LSAP) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers.  
Secrétaire : Christian Muller.

## ABSENTS (EXCUSÉS)

Jean-Marie Durrer (CSV), conseiller.



## 1. Discussion et vote du projet de budget rectifié 2021 et du projet de budget prévisionnel 2022.

Après la présentation du budget rectifié 2021 et du budget prévisionnel 2022 lors de la réunion du conseil communal du 8 décembre, les membres du Conseil sont maintenant appelés à en débattre avant le vote. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) informe les conseillers que le budget a aussi été discuté au sein de la commission des finances et rappelle que le rapport a été envoyé aux conseillers.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ouvre le débat en remerciant tout d'abord les personnes impliquées dans l'élaboration du budget. Elle estime que le budget 2022 contient un nombre important de points positifs, ce qui est aussi dû au travail de sa fraction, présente au conseil communal depuis maintenant 29 ans. Il y a toutefois un certain nombre d'aspects illustrant les lacunes politiques de la majorité. Sa fraction est ainsi d'avis que certaines taxes communales devraient être adaptées plus régulièrement. En exemple, elle cite la taxe pour les chiens ou les frais de parking, qui n'ont plus été adaptés depuis 2008. La taxe relative à la gestion des eaux usées n'a pas été adaptée depuis 2010. Bien que le principe du « pollueur payeur » ait été introduit au niveau de la législation nationale en 2012, il n'a toujours pas été implémenté dans la commune. Dans ce contexte, de nombreuses idées et propositions du parti déi Gréng formulées début 2021 n'ont d'ailleurs pas été prises en compte. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) salue toutefois le fait que le collègue échevinal ait enfin annoncé la présentation d'un nouveau règlement relatif à la gestion des déchets, dont le vote est prévu aujourd'hui. Elle salue le fait que le principe du pollueur-payeur sera ainsi enfin introduit dans la commune.

Parmi les points positifs à relever dans le budget, Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) cite la stabilité des revenus de la commune. Elle rappelle que sa fraction avait critiqué les dépenses élevées pour des manifestations culturelles comme le « Stroossefestival » et l'exposition « 100 Joer Lëtzebuurger Konscht » durant la pandémie. Considérant le grand succès de ces manifestations, sa fraction a cependant changé d'avis puisqu'il s'est avéré que de telles manifestations sont très importantes du point de vue social. Les dépenses culturelles prévues au budget 2022 sont

donc à saluer. Le même constat est à faire au sujet des dépenses en faveur du sport, notamment en ce qui concerne le nouveau terrain de football. La conseillère regrette cependant que le projet « Stroosse wibbelt » ait été supprimé. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) est également satisfaite du fait que la commission des finances ait pu contribuer de façon satisfaisante à l'élaboration du nouveau budget. Elle exprime le souhait que ce soit le cas pour toutes les commissions consultatives à l'avenir.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) salue le fait que le collègue échevinal ait repris un nombre important de projets à vocation écologique dans le nouveau budget. En exemple, elle cite le projet des « tiny houses », le soutien du « Klimateam », la participation au « Pacte Climat » et au « Pacte Nature », le rattachement au système « vél'OH », la voie cyclable dans la rue des Romains et l'installation de panneaux photovoltaïques. La conseillère estime cependant que la commune pourrait encore mieux faire en améliorant son bilan énergétique, en réduisant ses émissions de dioxyde de carbone, en protégeant sa biodiversité ou en renforçant la mobilité douce. Elle estime que la protection de l'environnement ne devrait jamais donner lieu à des restrictions budgétaires et encourage le collègue échevinal à continuer dans ce sens.

Claire Remmy (déi Gréng) applaudit également la politique sociale de la commune avec un office social performant, la création de logements sociaux et le soutien à des projets comme « Abricoeur », le « streetwork » pour jeunes, la participation à l'épicerie sociale ou l'augmentation des aides à la vie chère. La fraction déi Gréng tient à encourager le collègue échevinal à créer davantage de logements à loyer abordable afin de pallier la crise du logement. Les initiatives de la commune pour les jeunes sont également à saluer comme notamment la création d'un centre pour jeunes, la création d'un service « jeunesse » et la construction d'une piste de skateboard. Elle estime que ces projets permettront à un plus grand nombre de jeunes de profiter d'un espace de rencontre et de développement, autre que le milieu scolaire ou la communication en ligne. La conseillère espère que la commission de la jeunesse pourra jouer son rôle dans la mise en œuvre de tous ces projets. Elle est d'avis que les commissions consultatives devraient en général

être mieux impliquées dans les processus de décision, dans l'intérêt d'une démocratie participative. Elle plaide aussi pour une adaptation des jetons de présence des membres des commissions. La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) conclut en assurant que sa fraction soutiendra le collège échevinal dans sa direction et annonce que sa fraction approuvera le budget.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) promet que l'adaptation des taxes mentionnées sera entreprise dès que possible. En ce qui concerne « Stroosse wibbelt », il explique que le projet n'est pas encore abandonné et qu'il pourrait être repris sous une autre forme. Il confirme que la collaboration avec la commission des finances a été excellente dans l'élaboration du budget. Il souligne aussi que le collège échevinal compte en effet mettre l'accent sur les projets écologiques et qu'il prend les défis du changement climatique très au sérieux. L'adaptation des jetons de présence n'est pas un problème car il estime également que le travail des commissions devrait être mieux valorisé.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie d'abord toutes les personnes impliquées dans l'élaboration du budget. Elle estime que la présentation du budget offre la possibilité à l'opposition de faire un bilan et de présenter ses propres idées face aux priorités politiques du collège échevinal. Elle regrette que ni l'opposition, ni la commission des finances n'aient pu s'impliquer directement dans l'élaboration du budget et que leur rôle se borne le plus souvent à commenter des décisions déjà prises. Elle souligne que le Conseil de l'Europe veut promouvoir le concept du « open government » qui met fortement l'accent sur la participation citoyenne et la transparence. Ce principe est déjà appliqué par certaines communes au Luxembourg et en Europe et même dans des pays comme l'Ukraine. Malheureusement, le collège échevinal peine à appliquer de tels principes en ne concédant aucun droit de regard réel aux citoyens dans de telles décisions. Elle mentionne dans ce contexte la démission récente de deux membres des commissions consultatives, frustrées de ne pas avoir eu d'influence réelle sur les processus décisionnels.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que la commune devra faire face à d'importants défis dans les

années qui viennent. La crise sanitaire persiste, mais il y a aussi de réels défis au niveau de la gouvernance démocratique et de la participation citoyenne. La crise actuelle a aussi provoqué une crise sociétale et une baisse de confiance dans les institutions politiques. À cause de cela, les instances politiques communales sont appelées à montrer plus de transparence dans leurs décisions. Il est important que le citoyen ait l'impression que ses intérêts sont pris au sérieux. Une communication efficace et rapide joue un rôle prépondérant dans ce contexte. La conseillère estime dans ce contexte qu'une retransmission des réunions du conseil communal via streaming vidéo devrait être mise en place. Au vu de la composition linguistique de la commune, il serait également important d'offrir de telles informations dans différentes langues, dont au moins la langue française.

Aux yeux de Martine Dieschburg-Nickels (DP), la politique sociale joue également un rôle-clé. La commune a la responsabilité de veiller au bien-être des plus faibles dans la société, comme les personnes socialement défavorisées, les jeunes ou les personnes âgées. Le budget 2022 contient effectivement des éléments positifs en ce sens. La fraction DP prend cette responsabilité très au sérieux et c'est pour cette raison qu'elle pose systématiquement des questions à propos des décisions du collège échevinal. Le conseil communal a toujours la responsabilité de veiller aux dépenses de ses deniers publics. Elle estime que le collège échevinal doit aussi être capable d'admettre et de communiquer ses erreurs ou échecs, et de montrer ainsi une certaine grandeur politique.

Au niveau de la politique environnementale, sa fraction déplore le manque d'un fort engagement politique de la part du collège échevinal, à l'instar de sa politique sociale. La commune se borne à suivre les grandes lignes de la politique gouvernementale et elle tarde à transposer des concepts réclamés de longue date comme le principe du pollueur-payeur. Au vu de l'urgence de la crise climatique, sa fraction souhaite voir un engagement plus conséquent et une approche plus innovatrice de la part du collège échevinal. Elle est d'avis que la commune pourrait initier des projets innovants et spécifiques sans attendre l'initiative du gouvernement. Elle propose par

exemple la création d'un parc photovoltaïque sur la décharge pour déchets inertes « An den Dielen » qui, à ses yeux, se prête bien à cela.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose également une extension conséquente du réseau de pistes cyclables de la commune avec la possibilité d'un pont pour cyclistes et piétons au niveau de la route d'Arlon. Un tel projet constituerait à ses yeux une contribution à la vision d'un « poumon vert » pour le centre du village. Celui-ci a d'ailleurs déjà été proposé dans le passé. La sensibilisation aux sujets écologiques à l'école est également cruciale dans ce contexte. La commission des questions d'actualité du Conseil de l'Europe compte d'ailleurs publier prochainement un manuel destiné aux écoliers et visant à promouvoir les bonnes pratiques en matière d'écologie. Elle estime que la commune doit se rattacher à cette initiative.

Le volume élevé de trafic routier, avec ses nuisances multiples, représente également un problème majeur dans la commune. Elle appelle le collège échevinal à ne pas céder à la résignation, à persister dans ses revendications face aux réticences de l'État et à exiger que des mesures contre le bruit ou contre les problèmes de circulation soient réalisées dans les meilleurs délais. Elle cite le Conseil des Droits de l'Homme des Nations-Unies qui a récemment souligné qu'un environnement sûr, propre, sain et durablement géré est un droit humain fondamental et que la protection de ce droit fait partie d'une bonne gouvernance. Elle souligne l'importance de cette revendication, considérant que selon l'Organisation Mondiale de la Santé, 24 % des décès annuels au monde sont dus à la pollution et aux problèmes environnementaux.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que le budget 2022 contient de nombreux points positifs. La fraction DP a cependant des doutes au sujet d'un certain nombre de mesures proposées ainsi qu'au sujet des dépenses prévues. Pour conclure, elle annonce que, pour toutes ces raisons, sa fraction ne pourra pas approuver le budget dans son entièreté, mais qu'elle prêtera par contre son support ponctuel aux mesures et aux projets qu'elle considère comme bien-fondés.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) se rattache entièrement aux positions de Martine Dieschburg-Nickels (DP). Il partage également les observations de la conseillère Claire Remmy (déi Gréng) au sujet des taxes communales. Il rappelle que la fraction DP thématise ce problème depuis des années et estime qu'une solution doit être trouvée en impliquant aussi bien la commission des finances que les autres commissions consultatives. Il estime aussi que la commission des grands projets constitue un instrument précieux qui devrait être engagé de façon plus systématique. Il souligne également que sa fraction est toujours prête à soutenir les actions du collège échevinal dans la mesure où elle est persuadée de leur pertinence, et aussi longtemps que les principes de la démocratie participative seront respectés.

Laurent Glesener (DP) est également d'avis qu'une bonne gouvernance est essentielle pour faire face aux nombreux défis actuels. Dans ce contexte, la transparence administrative, le contrôle et le suivi des projets, ainsi que le respect du droit à l'information des élus et des citoyens sont d'une importance primordiale. Le conseiller regrette que certains objectifs du budget ne soient pas réalisables à court terme. Il salue le fait que la commune ait enfin lancé le projet des panneaux électroniques d'information qui correspond à une revendication de longue date de sa fraction. Il est regrettable que la réponse du collège échevinal à de telles revendications tarde souvent à se réaliser. En exemple, il cite le réaménagement de l'accès routier au complexe sportif de la rue de Reckenthal, longtemps retardé en dépit de son urgence.

L'abstention de la fraction DP lors du vote relatif à la participation au « Pacte Nature » a été motivée par la conviction qu'il est préférable que la commune engage ses propres moyens dans ce contexte au lieu d'uniquement répondre à une initiative étatique. Il estime que la commune est à même de créer son propre service environnement et qu'elle peut directement impliquer le « Klimateam » et les citoyens afin de réaliser des actions ciblées et adaptées aux problématiques locales. Une stratégie cohérente pour atteindre une neutralité carbone fait toujours défaut. Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que la commune devrait engager une partie de ses réserves dans ses propres projets écologiques au lieu de devoir payer des intérêts

négatifs. Il remarque que la plupart des projets prévus dans le cadre des pactes nature et climat prendront du temps à se réaliser. Il estime que la commune devrait agir par ses propres moyens en attendant.

Le budget global présente un aspect équilibré, mais il faut voir que le faible endettement de la commune signifie aussi que de nombreux grands projets tardent à être réalisés. Il estime aussi qu'un concept urbanistique cohérent fait toujours défaut dans le projet « Stroossen 2030 » et que cela risque de retarder le réaménagement du centre du village. Pour conclure, il propose d'encore mieux informer les membres du conseil communal dans le cadre des commissions « grand projet », afin de faciliter leur travail.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) annonce qu'il entend focaliser son intervention sur des points concrets du budget. Il estime que la commune ne devrait plus engager des dépenses à hauteur de 50.000 euros annuels dans sa participation au réseau Wifi public « Hotcity » puisque cette offre est devenue largement redondante à cause du développement des réseaux de communication performants comme la 5G. Il estime aussi que la commune devrait réfléchir à reconstruire le chalet de scouts à un endroit plus adapté au lieu d'engager toujours plus d'argent dans des travaux de rénovation d'une utilité incertaine. Il critique aussi que 30.000 euros soient investis dans l'organisation d'une « kermesse à l'ancienne » qui ne s'avère finalement attractive que pour les enfants en très bas âge. Il estime qu'une vraie kermesse, avec des attractions pour toutes les tranches d'âge, serait préférable. Le conseiller est d'avis qu'il faut aussi remettre en question la participation à la centrale « Naturgas Kielen » et chercher une alternative puisque l'on peut craindre que cette centrale cesse ses activités dans un futur proche. Il aimerait aussi savoir si la commune devra encore une fois régler des frais pour les classes de neige à Steinach si le voyage doit être annulé en raison de la pandémie.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que l'organisation des classes de neige est actuellement maintenue. Il faut attendre de voir comment la situation générale évolue. En ce qui concerne le réseau « Hotcity », le bourgmestre explique que ce réseau est actuellement toujours utilisé, mais que la commune est prête à prendre une décision en fonction de

l'évolution de la situation. Nicolas Pundel (CSV) partage l'avis du conseiller quant au chalet des scouts, mais explique que les travaux récents étaient urgents. Il estime qu'un autre endroit pour le chalet pourra être trouvé à moyen terme. À propos de la « kermesse à l'ancienne », il estime que ce concept a été choisi en raison des problèmes que l'engagement de forains ordinaires avait posés dans le passé. Il confirme que la centrale « Naturgas Kielen » risque effectivement de cesser ses activités à court terme et explique que la commune prend en considération un rattachement au « Minett Kompost ».

Au niveau des dépenses extraordinaires, le conseiller Léandre Kandel (DP) critique le projet de transformation de la maison « Feltgen » en centre pour jeunes. Il estime que les frais engagés dans la rénovation sont importants et qu'il manque un véritable concept. Il est d'avis que la construction d'une nouvelle structure ferait plus de sens et qu'un tel projet pourrait offrir un espace pour réaliser d'autres projets, comme une nouvelle pharmacie ou un café. Il remarque aussi qu'un projet concret pour le terrain « Tëschel » fait toujours défaut et que la commune devrait enfin agir pour faire avancer les choses.

Le bourgmestre défend le projet du centre pour jeunes, mais donne raison au conseiller en ce qui concerne la nécessité de réaménager les abords de la maison. Le retard du développement du terrain « Tëschel » est dû aux difficultés de l'entreprise Hein, touchée par la crise sanitaire. La commune n'a par ailleurs aucun moyen pour faire pression. Il faut donc attendre l'évolution de la situation. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que la plupart des problèmes mentionnés sont aussi dus à un manque de concept dans la planification à long terme.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) aimerait savoir à quel endroit le projet des « tiny houses » sera réalisé. Le bourgmestre explique que, dans un premier temps, le projet sera réalisé sur une parcelle libre au « Pescher ». Une autre piste serait de placer les « tiny houses » sur des parcelles privées non construites sur base d'une location temporaire. Il souligne que de telles structures peuvent facilement être déplacées, ce qui facilite les choses.

Léandre Kandel (DP) critique également les dépenses à hauteur de 700.000 euros prévues pour les nouvelles toilettes publiques. Ces dépenses sont exorbitantes à ses yeux. Le bourgmestre explique que de telles structures sont nécessaires à proximité des structures sportives comme le beach-volley ou le terrain multisports. Le coût relativement élevé est acceptable parce que ces toilettes assez sophistiquées correspondent bien aux besoins de la commune. Le même modèle de toilettes est d'ailleurs actuellement utilisé par la Ville de Luxembourg. Le conseiller Léandre Kandel (DP) critique également le coût élevé du jardin scolaire. Le bourgmestre explique que ce coût comprend l'aménagement du terrain entier en respectant un concept pédagogique, ce qui justifie le prix.

Léandre Kandel (DP) finit son intervention en mentionnant un nombre de points positifs dans le budget. Il salue le projet du nouveau CIPA, l'installation des panneaux photovoltaïques et l'achat de véhicules électriques. Il est également satisfait de voir que la commune investit dans l'immobilier, ce qui est judicieux au vu des intérêts négatifs sur les réserves financières. Il suggère également l'implantation d'un nouveau café comme point de rencontre, ainsi que la création d'un espace de coworking pour soutenir les jeunes entrepreneurs.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) se rattache à ces suggestions et estime que de tels projets représentent une bonne utilisation des terrains qui sont actuellement inoccupés. Elle demande également des détails à propos de la piste de skateboard puisque le budget est assez élevé. Le bourgmestre explique que la piste sera construite en béton, ce qui explique le prix. La conseillère demande aussi quand les subventions relatives au hall de karaté et à la rénovation du hall omnisports seront versées à la commune. Le bourgmestre explique qu'il faudra attendre que le décompte soit fait pour les deux projets. La conseillère estime que la commune aurait pu émettre des factures intermédiaires et se faire rembourser par étapes.

Sur demande du conseiller Laurent Glesener (DP), le bourgmestre confirme que la piste de skateboard sera construite à proximité du beach-volley. Laurent Glesener (DP) remarque également que les dépenses

pour la mise en conformité des bâtiments communaux semblent assez élevées, avec 600.000 euros au budget 2022. Il aimerait savoir quand la mise en conformité sera achevée. Les membres du collège échevinal expliquent que la mise en conformité n'est pratiquement jamais achevée, puisque les réglementations changent en permanence et que des problèmes isolés et imprévisibles se présentent toujours.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) remarque que le budget prévoit des dépenses pour l'élaboration d'un concept de mobilité douce et d'un concept de mobilité. Elle aimerait savoir où en sont ces projets. Le bourgmestre explique que le « Klimateam » a déjà identifié les points à améliorer sur le réseau cyclable de la commune. Il y a aussi eu une prise de contact avec le « Klimabündnis » qui serait intéressé par une collaboration avec les communes pour développer un concept de chemin scolaire sécurisé. Il faut néanmoins attendre pour voir dans quelle mesure ces plans se concrétiseront.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) salue le fait que les investissements de la commune dans les activités culturelles et sociales soient restés à un niveau élevé en dépit de la pandémie. Les échos très positifs suite à des manifestations comme le « Stroossefestival » ont démontré l'importance de telles manifestations, surtout après une période difficile de confinement et de distanciation sociale. Elle salue le fait que la commune compte continuer dans ce sens en 2022, avec un budget confortable de 820.800 euros pour les manifestations culturelles et les fêtes publiques. Elle applaudit également les excellents résultats obtenus au niveau du volet intégration et vie sociale. Victoria El Khoury (LSAP) mentionne qu'après une mise en place rapide et efficace, le succès du réseau social « Hoplr » a largement dépassé les espérances. Le recours à un service de médiation de voisinage et le soutien de la commune au projet d'intégration sociale « PINSS » sont également exemplaires à ses yeux. Victoria El Khoury (LSAP) salue aussi le projet de création d'une maison solidaire qui sera un espace de vie où l'on réapprend à travailler tout en tissant des liens sociaux. Elle précise qu'il s'agit là d'un véritable tiers-lieu permettant de promouvoir l'intégration et le vivre-ensemble. D'ailleurs, la conseillère Victoria El Khoury (LSAP) rappelle que le thème des tiers-lieux

a été le sujet phare de la 7ème édition du Groupe d'Échange et de Soutien en matière d'Intégration au niveau Local (GRESIL) qui s'est déroulée le 17 novembre 2021. La conseillère salue également l'adoption par le collègue échevinal de sa proposition qui consiste à mettre en place un service d'écrivain public nécessaire dans une commune cosmopolite comme Strassen.

Dans le volet « inclusion et protection sociale », Victoria El Khoury (LSAP) salue l'allocation d'un budget conséquent de 200.000 euros pour améliorer le fonctionnement du CIGL, de 50.000 euros pour la mise en place d'un plan communal handicap et d'un plan communal senior et de 100.000 euros pour le projet de construction d'un nouveau CIPA. La conseillère estime que les 500.000 euros prévus pour la réalisation du projet « tiny houses » sont également justifiables puisqu'il s'agit d'un concept écologique adapté à la croissance démographique de Strassen. Victoria El Khoury (LSAP) salue également l'intention du collègue échevinal de mettre en place un nouveau règlement-taxe sur les déchets respectant le principe du pollueur-payeur. Elle est également reconnaissante au collègue échevinal d'avoir facilité le travail du « Klimateam » dans la réalisation de projets comme le « repair café » et le vide-grenier. Elle précise que le « Klimateam », dont elle est membre, prévoit également des ateliers de « upcycling » pour l'année 2022.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) invite le collègue échevinal à revoir à la baisse les dépenses prévues pour la mise en place de nouvelles toilettes publiques. Bien que le besoin de telles infrastructures soit indiscutable, elle est d'avis que le budget proposé de 700.000 est exorbitant. Elle est confiante dans le fait qu'une alternative plus raisonnable puisse être trouvée. Victoria El Khoury (LSAP) précise que le budget 2022 montre la volonté du collègue échevinal de suivre les recommandations du gouvernement en maintenant les investissements à un niveau relativement élevé. Ceci se manifeste entre autres par l'acquisition de terrains bâtis et non bâtis dans la commune, ainsi que par des investissements considérables dans les infrastructures sportives. Pour conclure, Victoria El Khoury (LSAP) tient à remercier toutes les personnes impliquées dans l'élaboration du budget 2022 qui lui paraît satisfaisant.

Le bourgmestre estime que la commune a effectivement accompli beaucoup en matière d'intégration. C'est notamment dû à l'excellent travail de toutes les personnes impliquées dans ces projets. Il souligne aussi que le succès de nombreux projets, comme le système CFL Flex ou le réseau « Hoplr », est en partie dû au fait que la commune a renforcé la communication avec les citoyens de façon conséquente. Le même constat est à faire en ce qui concerne le projet d'écrivain public, la médiation de voisinage et le projet « Super senior ». Tout cela illustre l'importance d'une bonne communication qui a d'ailleurs souvent fait défaut par le passé. Il souligne aussi la valeur de l'office social dans la communication avec une population difficilement joignable. Nicolas Pundel (CSV) concède également que les dépenses en matières culturelles étaient certes élevées, mais il estime que l'impact et la qualité des événements justifient largement ces dépenses. Il concède que le coût des toilettes publiques peut sembler élevé, mais estime aussi que de telles infrastructures sont difficiles à gérer. Il n'est donc pas judicieux de faire des économies, sous peine de devoir remplacer le matériel après peu de temps. Nicolas Pundel (CSV) souligne aussi que le « Klimateam » fait un excellent travail, permettant ainsi à la commune de réaliser une multitude de projets innovants au niveau national.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime que la commune de Strassen est effectivement une commune très cosmopolite qui se développe fortement, notamment grâce à une politique ambitieuse. Cela l'oblige à s'adapter en permanence, notamment à cause de la croissance démographique. Un exemple en est le nouveau règlement-taxe sur les déchets qui permet à la commune de réduire son volume de déchets en introduisant des éléments de la gestion durable. Un autre domaine impacté par la croissance est l'approvisionnement en eau potable ainsi que le traitement des eaux usées. Dans ce domaine aussi, la commune engage des moyens importants pour faire face aux défis à venir. Le conseiller est également d'avis que la commune mène une politique budgétaire à caractère résolument social en essayant de conserver la qualité de vie de ses habitants et en créant des écoles, des logements abordables et des infrastructures de sport et de loisir. Considérant que la population de Strassen est passée de 7.000 habitants à plus de

10.000 habitants en une décennie, toutes ces mesures sont urgentes. La croissance importante montre que la commune est très populaire comme lieu de résidence, mais aussi que les habitants sont contents d'habiter dans une commune où la qualité de vie est élevée. Il y a toutefois aussi des effets négatifs, comme la hausse des prix de l'immobilier, les problèmes de circulation, la pollution et les nuisances sonores.

Paul Klensch (LSAP) estime que le budget 2022 aidera à protéger et aussi à améliorer la qualité de vie des habitants et à relever les défis futurs dans des domaines comme le logement, la mobilité, l'éducation, l'accompagnement des jeunes et des enfants, la protection du climat ainsi que le développement durable et social. La commune se trouve actuellement dans une situation financière équilibrée, ce qui permet des investissements pour réaliser de nouveaux projets dans l'avenir.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime que la commune doit également jouer un rôle exemplaire dans les domaines de l'écologie et du développement durable. La majorité LSAP/CSV au conseil communal s'engage à mener une politique environnementale au profit des générations futures, par exemple en initiant les écoliers à la nature et en les sensibilisant aux défis écologiques ou en mettant en œuvre une politique énergétique et de mobilité répondant à des principes durables. Cela se constate notamment dans la création de pistes cyclables, le développement de la mobilité douce, l'adoption de véhicules électriques ou la promotion des transports en commun. La majorité soutient aussi le développement d'une démocratie participative en offrant aux citoyens de nouveaux outils de communication et de participation. La commune assure aussi un support conséquent au sport en développant les infrastructures sportives, mais aussi en offrant une multitude de cours et en supportant les associations sportives. Il estime dans ce contexte que le sport n'est pas seulement un moyen d'améliorer sa santé, mais qu'il remplit aussi des fonctions importantes sociales et d'intégration.

Paul Klensch (LSAP) remarque que la dette par habitant continue de baisser, passant de 1.000 euros par habitant en 2019 à moins de 600 euros en 2021. La commune est ainsi à même d'investir ses réserves

dans la création de nouvelles infrastructures. En raison de la croissance démographique, celles-ci atteignent actuellement un niveau impressionnant, avec un volume d'investissement estimé à 120 millions d'euros à l'horizon 2030. Le projet « Stroossen 2030 » constitue la pièce maîtresse de ces investissements, avec la création d'un nouveau centre du village, la construction d'un nouveau CIPA, l'extension des infrastructures scolaires, la création d'une maison solidaire, la construction d'un parc de skateboard, la création d'un cimetière forestier, la construction d'une nouvelle morgue et l'installation de nouvelles toilettes publiques. La commune joue aussi un rôle de précurseur en matière de création de logements. L'acquisition de terrains supplémentaires permet ainsi de combattre la crise du logement en permettant de réaliser des logements sociaux et à loyer modéré, des « tiny houses », et des appartements en colocation.

Les dépenses culturelles se situent également à un niveau élevé. Paul Klensch (LSAP) estime que la culture peut jouer un rôle clé dans le maintien de la cohésion sociale dans la commune. La biennale d'art contemporain, le « Stroossefestival » ou la fête de la musique jouent un rôle important dans ce contexte. L'offre culturelle du centre culturel Paul Barblé et de la galerie « A Spiren » est également développée de façon conséquente. Le conseiller conclut en soulignant que la politique budgétaire de la commune doit toujours se faire dans l'esprit d'un renforcement de la cohésion sociale.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) est également d'avis que Strassen jouit d'une grande attractivité. La commune a toujours essayé d'adapter ses infrastructures à sa croissance afin de conserver son attractivité.

Le conseiller François Gleis (CSV) remercie tout d'abord les personnes impliquées dans l'élaboration du budget. Il estime que la situation financière de la commune est effectivement bonne, avec un niveau de recettes élevé et des réserves suffisantes, permettant ainsi de mener une politique dans l'intérêt des citoyens. En dépit de la pandémie, la commune a réussi ces deux dernières années à maintenir une offre culturelle attractive, avec des événements de haut niveau comme l'exposition « 100 Joer Lëtzebuenger Konscht », permettant ainsi

aux habitants de maintenir une vie sociale active et variée. Le conseiller se réjouit également du nombre important d'activités pour personnes âgées qui ont pu se dérouler pendant cette période.

Contrairement à l'opposition, François Gleis (CSV) est d'avis que la transformation de la maison « Feltgen » en centre pour jeunes est urgente, car la Maison des Jeunes actuelle n'est plus adaptée à cette utilisation. Il se réjouit aussi du fait que l'office social de la commune puisse apporter une aide précieuse aux habitants, aide qui ne consiste pas uniquement en aides financières, mais aussi en une multitude d'autres services. Il estime que la future maison solidaire dans la maison « Kohnen » apportera encore une amélioration à ce niveau. Il salue également le fait que la commune ait substantiellement augmenté ses aides à la vie chère en ces temps de crise. En matière de politique sociale, le renforcement du CIGL, les contributions au fonds pour l'emploi et la création de logements en colocation sont également à saluer. François Gleis (CSV) estime aussi que le futur cimetière forestier et la nouvelle morgue sont importants car ils tiennent compte du nombre croissant d'enterrements civils.

Le conseiller est aussi d'avis que les dépenses élevées pour les nouvelles toilettes publiques sont justifiées car l'expérience a montré que les toilettes mal conçues peuvent créer des problèmes importants. Il salue particulièrement le projet de construction d'un nouveau CIPA, car celui-ci répond à une demande croissante qui n'est actuellement pas satisfaite par les structures existantes. Il estime également que ce projet doit être réalisé aussi rapidement que possible. François Gleis (CSV) salue également la construction d'un nouveau complexe sportif avec terrain de football. C'est important en raison de la forte croissance de la population et du haut niveau de l'équipe locale.

L'acquisition de terrains en vue de la création de logements est également à saluer. Les prix élevés de l'immobilier rendent nécessaire le développement de concepts tels que le bail à emphytéose, puisqu'il devient de plus en plus difficile, même pour les ménages disposant d'un revenu normal, d'acquérir un logement. François Gleis (CSV) partage l'opinion du conseiller Léandre Kandel (DP) en ce qui concerne le chalet de

scouts. Il estime que la construction d'un nouveau chalet serait largement préférable à une rénovation du chalet existant.

Le conseiller estime aussi que la mobilité représente l'un des domaines qui posent le plus de problèmes dans la commune. Il rappelle que plus de 1.500 habitants de la commune ont signé la pétition exigeant des mesures concrètes contre les problèmes liés au trafic excessif dans la commune. La route d'Arlon est une zone problématique depuis longtemps, mais les solutions à ce problème font toujours défaut. Le projet du pôle multimodal près du « Bâtiself » proposé par l'État n'offre pas de solution à ces problèmes, mais risque au contraire d'en créer de nouveaux. Il fait un appel aux membres du conseil communal pour qu'ils s'engagent auprès de leurs partis politiques afin de faire pression sur le gouvernement à ce sujet, en sachant que les élections législatives de 2023 approchent.

Pour conclure, François Gleis (CSV) annonce qu'il ne voit aucun problème à approuver le budget 2022, considérant la bonne situation financière de la commune. Il estime qu'il s'agit d'un budget équilibré reposant sur une vision à long terme.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) remercie tous les conseillers pour leurs interventions respectives. Il constate qu'il existe un large consensus au conseil communal au niveau de la politique culturelle et sociale. Il estime aussi que les membres du conseil communal sont préoccupés par les effets de la croissance, tout en soulignant qu'il s'agit d'un domaine où il est pertinemment difficile de réaliser des prédictions précises. Il partage entièrement les frustrations des conseillers à propos des problèmes de mobilité, et déclare que le collège échevinal continuera résolument à chercher des solutions dans ce domaine. Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre indique que le prochain plan pluriannuel financier sera présenté en février.

Le budget rectifié 2021 est approuvé majoritairement avec 9 voix contre 4.

Le budget prévisionnel 2022 est approuvé majoritairement avec 9 voix contre 4.



## 2. Adoption du règlement et du règlement-taxe relatif à la gestion des déchets.

Le conseil communal est appelé à approuver un nouveau règlement relatif à la gestion des déchets ainsi que le règlement-taxe correspondant. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle que le nouveau règlement a été longuement discuté au sein de diverses commissions avant d'être approuvé par le ministère. Il explique que le règlement sera en principe en vigueur à partir de janvier 2022, mais qu'il faudra attendre l'acquisition de nouveau matériel, dont des camions. Comme la facturation sera semestrielle, la mise en vigueur réelle est planifiée pour le 1<sup>er</sup> juillet 2022.

Nicolas Pundel (CSV) explique que la taxe est composée d'une part fixe de 100 euros par an, calculée par ménage ou par entité (entreprise) et non pas par immeuble. Cette part sert à financer le fonctionnement général du service d'hygiène communal. Il y a aussi une taxe de base dépendant du volume de la poubelle. Cette taxe couvre le nombre standard de 26 vidanges par année. Il est possible de mettre en réserve les vidanges en cas de vacances afin de préserver son contingent de vidanges. Une taxe variable supplémentaire est prévue pour les vidanges supplémentaires, au-delà du contingent normal de 26 vidanges. La taxe variable dépend également du poids des déchets, selon le principe du pollueur-payeur. Celle-ci se chiffre à 0,45 euros par kilogramme de déchets. Par adresse de facturation, une seule poubelle pourra bénéficier de la taxe de base pour 26 vidanges par an. Les vidanges supplémentaires seront facturées sur base du tarif variable.

Pour des quantités dépassant occasionnellement le volume de la poubelle choisie, des sacs-poubelles de 100 litres seront disponibles contre paiement d'une taxe de 5 euros. L'enlèvement de déchets encombrants sera facturé à 20 euros par tranche de 50 kilogrammes entière ou entamée. Il y a aussi une taxe pour l'enlèvement d'appareils électriques, à raison de 25 euros par appareil. La taxe d'acquisition unique pour les poubelles grises (déchets ménagers), vertes (déchets organiques), bleues (papier et carton) et jaunes (verre) varie entre 35 euros et 800 euros selon le volume.

En cas de déménagement, les taxes seront facturées au prorata du temps de résidence dans la commune. L'obligation de raccordement incombe aux ménages, mais aussi aux entreprises, associations et autres institutions qui produisent des déchets en raison de leur activité.

Le bourgmestre remarque que le texte présenté contient encore quelques petites erreurs matérielles, qui seront corrigées. Il propose aussi de voter un règlement supplémentaire pour les ménages comportant des enfants en bas âge, qui produisent un volume de déchets démesuré en raison des couches pour bébé. L'idée est de proposer à ces ménages deux rouleaux de sacs-poubelle gratuits pendant les deux premières années.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) voudrait savoir comment les copropriétés seront informées des changements au niveau des poubelles dotées d'une puce électronique. Le bourgmestre explique que cela sera fait par la commune.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) aimerait savoir si une simulation a été faite pour voir comment le nouveau règlement impactera les dépenses et revenus de la commune et les prix pour les usagers. Le bourgmestre confirme que les tarifs ont effectivement été établis sur base d'un tel calcul. La conseillère remarque qu'en se basant sur les dépenses dans le budget, il y a actuellement 2.492 poubelles grises primaires et 375 poubelles supplémentaires. En considérant ce nombre de poubelles avec en moyenne 20 kilogrammes de déchets par poubelle de 80 litres et avec 26 enlèvements, elle a calculé que les revenus annuels de la commune s'élèvent à près de 1.005.000 euros. Elle est d'avis qu'il s'agit d'une somme très élevée par rapport aux dépenses de la commune pour l'élimination, considérant en plus que ce calcul se base sur la moitié des 40 kilos prévus et qu'il exclut les conteneurs. Le bourgmestre explique que le calcul se base sur le volume réel de déchets générés actuellement, et non pas sur un volume théorique basé sur le nombre et la taille des poubelles. Il remarque aussi que ce mode de calcul a été expliqué lors de la présentation devant la commission « grand projet ». Martine Dieschburg-Nickels (DP) craint que ce nouveau mode de calcul n'entraîne une considérable

hausse des coûts pour les ménages. Le bourgmestre estime que le but du nouveau règlement est d'inciter les personnes à mieux trier leurs déchets. Le tri est d'ailleurs toujours gratuit. Il est d'avis que les frais encourus par les ménages restent faibles si les bonnes pratiques en matière de tri sont respectées. Martine Dieschburg-Nickels (DP) aimerait avoir les chiffres à la base de ces calculs. Le bourgmestre promet de mettre ces statistiques à disposition du Conseil.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) craint que le nouveau mode de calcul n'entraîne un doublement des frais pour certains ménages. Il estime aussi que c'est problématique pour les entreprises. Il a calculé, sur base des frais de sa propre entreprise, que ceux-ci passeront de 192 à 580 euros. Le bourgmestre confirme que les frais risquent d'augmenter dans certains cas, mais souligne que le règlement-taxe n'a plus été adapté depuis longtemps. Il remarque aussi qu'il est évident que l'introduction du principe du pollueur-payeur entraîne une hausse des frais si le comportement des ménages et entreprises reste inchangé. C'est d'ailleurs précisément l'idée derrière ce principe. Nicolas Pundel (CSV) déclare qu'un bilan sera fait en fin d'année afin de voir comment le comportement des usagers a changé. Il souligne aussi que la commune ne fait aucun bénéfice sur la gestion des déchets.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) suggère d'organiser une réunion d'information pour expliquer le concept et préparer les usagers aux nouvelles dispositions. Le bourgmestre explique que, de toute façon, le contingent de 26 passages est valide pour la demi-année à partir du 1er juillet 2022. Les usagers auront donc largement le temps d'adapter leurs habitudes.

Le conseiller Marc Fischer (DP) estime que la réduction et la prévention des déchets représente un concept-clé du nouveau règlement. Il est d'avis qu'une bonne campagne d'information sur la manière d'éviter les déchets est dès lors cruciale. Il estime que la commune pourrait aussi introduire un système encourageant une réduction progressive du volume de déchets. Il regrette dans ce contexte que le règlement n'ait plus été adapté depuis 2014, car le principe du pollueur-payeur a déjà été discuté à cette époque. Il pense que si la réforme avait été entreprise plus tôt, il y aurait eu la possibilité

de mieux éduquer les usagers sur la manière d'éviter les déchets, tout en introduisant progressivement le nouveau mode de calcul. Cela aurait évité une hausse brutale des frais en une seule fois.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) propose de sensibiliser les usagers pendant la première moitié de l'année, en leur fournissant une simulation des frais à venir avec leur facture actuelle. Il estime aussi qu'il faudrait faire une campagne sur les possibilités offertes par le système « Valorlux ». Sur demande du conseiller, le bourgmestre confirme que la taxe fixe de 100 euros est redevable par ménage ou par entreprise, indépendamment du nombre de personnes concernées. Il confirme également que cette somme est calculée sur base des frais globaux du service d'hygiène. Nicolas Pundel (CSV) indique également qu'une campagne d'information est prévue, avec des dépliants expliquant exactement comment faire le tri et éviter les déchets. Il estime que l'augmentation des frais restera tolérable pour les usagers qui respecteront ces bonnes pratiques.

Sur demande du conseiller Léandre Kandel (DP), le bourgmestre confirme que tout ménage est redevable de la taxe fixe de 100 euros, même s'il ne possède pas sa propre poubelle. C'est évident dans le cas des résidences qui utilisent un conteneur en copropriété.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis que la proposition de Laurent Glesener (DP) à propos de la simulation rattachée à la facture devrait être mise en pratique. Elle estime également qu'il faut rappeler aux usagers la manière dont les différentes poubelles peuvent être utilisées, puisqu'il y a toujours de la confusion à ce sujet. Le bourgmestre ne voit pas d'obstacle à cela. Il explique aussi qu'un groupe de travail du « Klimateam » suivra l'évolution du volume de déchets et l'impact du nouveau règlement-taxe.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) explique qu'au niveau des couches pour bébés, il existe des entreprises à l'étranger qui proposent un service de nettoyage pour couches réutilisables. Elle est d'avis que la commune devrait aussi informer les usagers sur cette possibilité, à partir du moment où la possibilité existe au Luxembourg. Le bourgmestre explique qu'un tel service existe aussi au Luxembourg. Il est d'accord pour informer les usagers à ce propos.

Le conseiller François Gleis (CSV) est également d'avis que la sensibilisation et l'information des usagers sont cruciales. Par ailleurs, il pense que la multitude de changements à venir au niveau de différentes taxes constituera un fardeau pour beaucoup de ménages. Le bourgmestre estime que c'est exact, notamment en ce qui concerne les coûts énergétiques. Il explique que l'État compte augmenter prochainement les aides aux ménages à faible revenu pour cette raison.

Le conseiller Marc Fischer (DP) rappelle encore une fois que le fait que les taxes n'aient pas été adaptées pendant longtemps constitue un problème réel, car l'adaptation entraîne maintenant une hausse brutale. Il fait appel au collègue échevinal pour revoir régulièrement les taxes afin d'éviter de tels problèmes à l'avenir.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) remarque que dans les copropriétés, le nombre d'enlèvements dépend de la gestion des conteneurs. Il aimerait savoir comment cela sera réglé. Le bourgmestre explique que c'est aux copropriétés de décider cela et que la commune ne s'impliquera pas dans la gestion interne des copropriétés. Paul Klensch (LSAP) estime qu'il faudra dès lors informer les habitants des copropriétés en détail sur la nouvelle méthode de taxation, afin de leur permettre de comprendre comment ces frais se répercutent sur leurs charges.

Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre confirme que les conditions applicables sont exactement les mêmes pour les copropriétés que pour les autres ménages, y compris la possibilité d'avoir des poubelles spéciales pour déchets autres que les déchets ménagers.

Pour conclure, le conseiller Paul Klensch (LSAP) salue le fait que la commune introduise enfin le principe de la taxation par poids et non par volume, puisqu'il s'agit de la méthode la plus équitable.

Le nouveau règlement relatif à la gestion des déchets est approuvé unanimement.

Le nouveau règlement-taxe relatif à la gestion des déchets est approuvé unanimement.

### **3. Modification du règlement communal du 05.10.2016 fixant les critères d'attribution de l'allocation de vie chère.**

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'État a doublé son aide à la vie chère en 2020. Une personne seule avec un revenu maximal de 2.329 euros a alors eu droit à 2.640 euros de la part de l'État et à 600 euros de la part de la commune. En 2021, l'État a encore augmenté son aide de 10 % par rapport au montant de 2019. Une personne seule avec un revenu maximal de 2.329 euros a alors eu droit à une aide de 1.452 euros au lieu de 1.320 euros.

Sur proposition de la présidente de la commission sociale et du 3<sup>e</sup> âge Josée Majerus, le collègue échevinal a dès lors décidé d'augmenter la part de la commune de 25 à 30 % du montant de l'aide étatique. Betty Welter-Gaul (LSAP) estime que cette décision s'imposait au vu de l'augmentation des prix de l'énergie et de l'eau potable. En guise de comparaison, elle indique que la part communale s'élève à 30 % à Bertrange, à 35 % à Steinfort. L'article de budget correspondant a été augmenté à 100.000 euros. En 2018, la commune a reçu 81 demandes pour cette aide, dont 80 ont été accordées. En 2019, il y a eu 83 demandes, dont 80 demandes éligibles. En 2020, 104 demandes sur 106 ont été accordées.

Le bourgmestre ajoute que la comparaison entre communes est difficile en cette matière car les aides communales diffèrent beaucoup. Le niveau global des aides à Strassen est relativement élevé. Betty Welter-Gaul (LSAP) ajoute dans ce contexte que Strassen accorde également une aide au loyer qui n'existe pas dans toutes les communes.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déli Gréng) salue l'augmentation de l'aide, considérant la hausse générale des prix. Il est particulièrement important de soutenir les personnes seules.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue également l'augmentation. Il est d'avis que la commune devrait informer les habitants ne fréquentant pas l'office social sur la possibilité d'obtenir une telle aide. Le bourgmestre estime qu'une communication pourra être faite dans le journal communal.

La modification du règlement communal fixant les critères d'attribution de l'allocation de vie chère est approuvée unanimement.

#### **4. Confirmation de règlements temporaires de circulation.**

Le Conseil est appelé à approuver plusieurs règlements temporaires de circulation concernant des chantiers dans la cité Pescher, la rue des Romains et la rue du Bois.

Les règlements temporaires de circulation sont approuvés unanimement.

#### **5. Divers.**

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) fournit un certain nombre d'informations sur l'utilisation de l'épicerie sociale suite à la demande du conseiller Marc Fischer (DP) lors de la réunion du conseil communal du 8 décembre 2021. Pendant les 11 derniers mois, 61 ménages de Strassen ont visité l'épicerie sociale à Steinfort. Cela correspond à 105 adultes et 40 mineurs. Parmi ces clients, neuf ménages n'ont pas profité de l'offre de façon régulière ou ont entièrement arrêté d'utiliser l'épicerie à un certain moment. Cela serait dû en partie à des déménagements, mais aussi à une amélioration de leur situation financière. Aucun des bénéficiaires ne s'est plaint de la nécessité de devoir se déplacer jusqu'à Steinfort.

Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne que l'avantage du concept de l'épicerie sociale actuelle est que la structure est gérée par trois offices sociaux et que les frais fixes sont répartis entre eux. Elle estime que ces frais seraient beaucoup plus importants si Strassen décidait de mettre en place sa propre structure. L'échevin explique aussi que la gestion de l'épicerie sociale par la Croix Rouge et la Caritas est excellente, et que la structure a même été reconnue au niveau international. Elle explique que la structure participe aussi à un projet du Fonds Européen d'Aide aux plus Démunis (FEAD) qui consiste à fournir gratuitement aux clients un certain nombre de produits de base. Tous les mois, une famille monoparentale avec deux enfants a ainsi droit à 12 litres de lait, 1,5 kilos de pâtes, 1 kilo de riz, 1 kilo d'huile de tournesol, 1 kilo de

sucré, trois fois 120 grammes de thon, 1 litre d'huile d'olive, deux tubes de dentifrice, deux flacons de gel douche, deux flacons de shampoing, 3 paquets de six rouleaux de papier toilette ainsi qu'une boîte de masques chirurgicaux. Betty Welter-Gaul (LSAP) estime qu'il s'agit là d'une quantité importante de denrées gratuites qui est plus que suffisante dans la plupart des cas.

L'échevin rappelle que la décision de participer à cette structure est initialement due au fait que la commune de Steinfort disposait à cette époque d'un local approprié. Il est cependant vrai que ce local se trouve actuellement dans un mauvais état. Pour cette raison, le collège échevinal a décidé d'entamer des discussions avec les offices sociaux et les communes impliqués afin de voir si l'épicerie sociale pourrait éventuellement déménager dans le nouveau local de la commune au numéro 38 de la route d'Arlon. Ces pourparlers en sont cependant au premier stade et il faut attendre la suite. Le conseiller Marc Fischer (DP) remercie le collègue échevinal pour ces informations. Il est cependant toujours d'avis que ce n'est pas idéal d'avoir une telle structure dans une commune voisine. Betty Welter-Gaul (LSAP) estime que l'accès depuis Strassen est relativement aisé par rapport à d'autres communes. Elle souligne encore une fois qu'aucun client ne s'est plaint à cause du déplacement. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que Strassen cherchera une solution alternative à partir du moment où la gestion actuelle ne sera plus satisfaisante. Il souligne qu'il faudra dans tous les cas chercher une collaboration avec d'autres communes, puisque Strassen à elle seule n'a pas une masse critique de clients justifiant de disposer d'une telle structure.

Sur demande du conseiller Marc Fischer (DP), Betty Welter-Gaul (LSAP) indique que, en moyenne, les clients visitent l'épicerie sociale entre 4 et 5 fois par mois.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle qu'à la présentation du projet, un encadrement des clients avec des offres comme des cours de cuisine avait été promis. Elle aimerait savoir si cela a été mis en pratique. Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'épicerie dispose effectivement d'une cuisine professionnelle pour cela, mais que cette offre n'a jamais eu le succès escompté.

Le conseiller Marc Fischer (DP) déclare avoir remarqué que l'éclairage du tableau d'affichage communal (« Reider ») est insuffisant. Le bourgmestre estime qu'un tableau d'affichage électronique pourra bientôt remplacer l'ancien tableau. Marc Fischer (DP) remarque aussi que les réunions du conseil communal ne sont presque plus couvertes par la presse. Le bourgmestre le confirme, mais estime que la commune n'a aucune influence sur les décisions rédactionnelles des médias. Il regrette par ailleurs que, de façon générale, la presse s'intéresse de moins en moins aux nouvelles locales.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle que lors de la dernière réunion du conseil communal, le collège échevinal avait plaidé pour que les membres du conseil n'utilisent pas le réseau « Hoplr » comme plateforme politique. Elle a cependant remarqué que plusieurs membres du conseil communal s'identifient avec leur nom et leur fonction politique. Elle estime par ailleurs qu'une telle plateforme se politise toujours d'elle-même. Elle aimerait savoir quelle approche est favorisée par le collège échevinal dans ce contexte. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne qu'il ne répond jamais à des questions sur « Hoplr » en tant que bourgmestre. Il est toujours d'avis que les membres du conseil restent politiquement neutres sur ce réseau. Si des questions politiques sont posées, la réponse doit être formulée au nom de la commune. Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose que, dans ce cas, les membres du conseil s'identifient seulement sous leur nom, en laissant de côté toute fonction politique. Le collège échevinal est d'accord avec cette proposition.

La conseillère Claire Remmy (déi Gréng) confirme également qu'elle a été contactée en tant que conseillère. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) est d'avis que les membres du conseil communal peuvent parfaitement s'identifier avec leur fonction politique sur Hoplr. Ceci ne va pas à l'encontre des règles d'utilisation de la plateforme. Par contre, c'est la promotion d'un parti politique qui n'est pas tolérée sur Hoplr. Elle est d'avis qu'il faut répondre aux questions des utilisateurs et justement rapprocher les citoyens de leur administration. C'est d'ailleurs un des objectifs de la plateforme. Le bourgmestre répète que, à titre personnel, il n'a pas l'intention de communiquer en tant que bourgmestre sur la plateforme.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) remarque qu'il n'y a aucun problème si un membre du conseil communal ajoute une fonction ou un mandat politique dans sa biographie personnelle du réseau « Hoplr ». Il se rallie à la décision du collège échevinal.

## **6. Affaires de personnel :**

### **a. Création d'un poste de salarié pour le service solidaire.**

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune compte créer un poste de salarié pour les projets solidaires, notamment dans le cadre de la future maison solidaire. Cette tâche ne peut pas être assurée par l'office social, puisque les missions sont complètement différentes.

Le conseiller François Gleis (CSV) aimerait savoir quel profil est exigé pour ce poste. Le bourgmestre explique que la commune a déjà identifié une personne ayant de l'expérience dans les projets solidaires, sans toutefois être un assistant social. Le conseiller Marc Fischer (DP) estime qu'il est préférable d'accompagner les créations de poste d'une description de poste. Il annonce que, pour cette raison, il s'abstiendra du vote dans tous les cas. Le bourgmestre prend note de cette remarque.

La création de poste est approuvée majoritairement avec une abstention.

### **b. Création d'un poste de fonctionnaire communal pour le service technique.**

Le bourgmestre explique que le service technique a besoin d'un collaborateur en support des ingénieurs. Il s'est avéré qu'un employé de la carrière C1, initialement prévu pour ce rôle, n'avait finalement pas le bon profil. La commune propose donc de créer un poste dans la carrière B1 pour remplir cette mission.

La création de poste est approuvée majoritairement avec une abstention.

### **c. Création de postes au sein de l'équipe de régie et de conciergerie.**

Le bourgmestre explique qu'il manque plusieurs personnes dans l'organigramme des équipes de régie et du service technique. Les disponibilités concernent des postes dans les équipes du service des eaux, du service jardinage, du service d'hygiène, du service bâtiment, un poste de concierge et deux postes au service de nettoyage.

Les créations de ces postes sont approuvées majoritairement avec une abstention.

### **7. Nominations et démissions au sein des commissions locales (ajout à l'ordre du jour).**

Afin de compléter les commissions locales, le collège échevinal propose au conseil communal de procéder aux votes suivants :

- Démission de Liz Biever de son poste de membre de la commission de l'égalité des chances.
- Démission de Anna Daraio de son poste de membre de la commission de la mobilité.
- Nomination de Anna Daraio au poste de membre de la commission des sports et associations locales.

- Nomination de Myriam Wagner au poste de membre de la commission des sports et associations locales.
- Démission de Tun Gierenz de son poste de président de la commission de la jeunesse.
- Nomination de Claire Remmy au poste de présidente de la commission de la jeunesse.
- Nomination de Victoria El Khoury au poste de membre de la commission sociale et du 3<sup>e</sup> âge.

Toutes les démissions et nominations au sein des commissions locales sont approuvées unanimement.

### **8. Affaires de personnel (huis clos) :**

#### **a. Nominations aux postes vacants :**

Fonctionnaire communal groupe A2 (service technique).

Fonctionnaire communal groupe B1 (recette communale).

### **9 Décision dans le cadre d'une proposition d'acquisition immobilière (huis clos).**

# Communal Council meeting of 15 December 2021

## AGENDA

1. Discussion and vote on the 2021 rectified draft budget and the 2022 provisional draft budget.
2. Adoption of the Regulation and the Regulation Tax for Waste Management.
3. Amendment of the Communal Regulation of 05.10.2016 setting the criteria for the allocation of the cost-of-living allowance.
4. Approval of a notarial deed.
5. Confirmation of temporary traffic regulations.
6. Any other business.
7. Staff matters:
  - a. Creation of a salaried position for the Solidarity Service.
  - b. Creation of a position for a communal civil servant for the Technical Service.
  - c. Creation of posts within the Public Services Department (“Régie”) and caretaker team.
8. Appointments and resignations in local committees (addition to the agenda).
9. Staff matters (in camera):
  - a. Appointments to vacant posts:
    - i. Communal employee group A2 (Technical Service).
    - ii. Communal employee group B1 (Communal Revenue).
10. Decision on a proposal to acquire real estate (in camera).

## PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>st</sup> Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>nd</sup> Alderman. Martine Dieschburg-Nickels (DP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

## ABSENT (EXCUSED)

Jean-Marie Durrer (CSV), Councillor.

## 1. Discussion and vote on the 2021 rectified draft budget and the 2022 provisional draft budget.

Following the presentation of the 2021 rectified budget and the 2022 provisional budget at the meeting of the Communal Council on 8 December, the members of the Council were now called upon to discuss them before the vote. Mayor Nicolas Pundel (CSV) informed the councillors that the budget had also been discussed in the Finance Committee and reminded them that the report had been sent to the councillors.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) opened the debate by thanking the people involved in the drafting of the budget. She believes that the 2022 budget contains a large number of positive points, which is also due to the work of her party, which has been present in the Communal Council for 29 years now. However, there are a number of aspects that reveal the political shortcomings of the majority. Her party is of the opinion that certain communal taxes should be adjusted more regularly. For example, she cites the tax for dogs and parking fees, which have not been adjusted since 2008. The wastewater management fee has not been adjusted since 2010. Although the polluter-pays principle was introduced into national legislation in 2012, it has still not been implemented in the Commune. In this context, many of the ideas and proposals of the déi Gréng party formulated in early 2021 have not been taken into account. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) welcomes the fact that the College of Aldermen has finally announced the presentation of a new waste management regulation, which is scheduled for a vote today. She welcomes the fact that the polluter-pays principle will finally be introduced in the Commune.

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) said that the budget’s positive points included the stability of the Commune’s income. She recalls that her party had criticised the high expenses for cultural events such as the “Stroossefestival” and the exhibition “100 Joer Lëtzebuurger Konscht” during the pandemic. In view of the great success of these events, however, her party changed its mind, as it turned out that such events

are very important from a social point of view. The cultural expenditure in the 2022 budget is therefore to be welcomed. The same applies to the expenditure on sport, especially the new football pitch. However, the Councillor regrets that the “Stroosse wibbelt” project has been cancelled. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) was also pleased that the Finance Committee had been able to make a satisfactory contribution to the new budget. She expressed the wish that this would be the case for all advisory committees in the future.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) welcomed the fact that the College of Aldermen had included a large number of environmentally oriented projects in the new budget. As examples, she mentioned the “tiny houses” project, the support of the “Klimateam” (Climate Team), the participation in the “Climate Pact” and the “Nature Pact”, the connection to the “vé'l'OH” system, the cycle lane in the Rue des Romains and the installation of photovoltaic panels. However, the Councillor believes that the Commune could still do better by improving its energy balance, reducing its carbon dioxide emissions, protecting its biodiversity or increasing soft mobility. She believes that environmental protection should never lead to budgetary restrictions and encourages the College of Aldermen to continue in this direction.

Claire Remmy (déi Gréng) also applauds the social policy of the Commune with an efficient social office, the creation of social housing and the support for projects such as “Abricoeur”, “streetwork” for young people, the participation in the Social Grocery or the increase in the cost-of-living allowance. The déi Gréng party would like to encourage the College of Aldermen to create more affordable housing in order to alleviate the housing crisis. The Commune’s initiatives for young people are also to be welcomed, such as the creation of a youth club, the creation of a “Youth Service” and the construction of a skateboard track. She believes that these projects will provide more young people with a space to meet and socialise outside school or online. The Councillor hopes that the Youth Committee will be able to play its role in the implementation of all these projects. Generally speaking, she is of the opinion that the advisory committees should be more involved in decision-making processes, in the interest of participatory democracy. She also advocates for an adjustment of the attendance fees for committee

members. Councillor Claire Remmy (déi Gréng) concluded by assuring that her party would support the College of Aldermen in its plans and announced that her party would approve the budget.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) promises that the adjustment of the aforementioned taxes will be undertaken as soon as possible. With regard to “Stroosse wibbelt”, he explained that the project had not yet been shelved and that it could be taken up again in another form. He confirmed that the collaboration with the Finance Committee had been excellent in drawing up the budget. He also emphasised that the College of Aldermen intends to focus on ecological projects and that it takes the challenges of climate change very seriously. The adjustment of the attendance fees was not a problem, as he also felt that the work of the committees should be better valued.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) began by thanking all those involved in the preparation of the budget. She believes that the presentation of the budget gives the opposition the opportunity to take stock and present its own ideas on the political priorities of the College of Aldermen. She regrets that neither the opposition nor the Finance Committee had been directly involved in the drafting of the budget and that their role is usually limited to commenting on decisions already taken. She underlined that the Council of Europe wants to promote the concept of “open government”, which places great emphasis on citizen participation and transparency. This principle is already applied by some communes in Luxembourg, in Europe and even in countries such as Ukraine. Unfortunately, the College of Aldermen struggles to apply such principles by not granting any real right of scrutiny to citizens in such decisions. In this context, she mentioned the recent resignation of two members of the advisory committees, who were frustrated at not having had any real influence on the decision-making process.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) believes that the Commune will face major challenges in the coming years. The health crisis persists, but there are also real challenges in terms of democratic governance and citizens’ participation. The current crisis has also led to a societal crisis and a decline in confidence in



political institutions. Because of this, local political bodies are called upon to be more transparent in their decisions. It is important that citizens should feel that their interests are taken seriously. Effective and rapid communication plays an important role in this context. In this context, the Councillor believes that the Council meetings should be video streamed in future. In view of the linguistic composition of the Commune, it would also be important to provide related information in different languages, including at least French.

For Martine Dieschburg-Nickels (DP), social policy also plays a key role. The Commune has a responsibility to look after the welfare of the most vulnerable in society, such as the socially disadvantaged, young people or the elderly. The 2022 budget does indeed contain positive elements in this respect. The DP takes this responsibility very seriously and therefore systematically asks questions about the decisions of the College of Aldermen. It is always the responsibility of the Communal Council to watch over the spending of its public money. The DP believes that the College of Aldermen must also be able to admit and communicate its mistakes and shortcomings, and thus demonstrate political dignity.

In terms of environmental policy, her party deplores the lack of a strong political commitment on the part of the College of Aldermen, as is the case with its social policy. The Commune merely follows the broad lines of government policy and is slow to implement long-standing concepts such as the polluter-pays principle. In view of the urgency of the climate crisis, her party would like to see a more consistent commitment and a more innovative approach on the part of the College of Aldermen. She is of the opinion that the Commune could initiate innovative and specific projects without waiting for the Government's initiative. For example, she proposes the creation of a photovoltaic park on the landfill site for inert waste "An den Dielen", which, in her view, is well suited to this.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) also proposed a substantial extension of the Commune's network of cycle paths with the possibility of a bridge for cyclists and pedestrians at the level of the Route d'Arlon. Such a project could fulfil the vision of a "green lung" for

the village centre, which had already been proposed in the past. Raising awareness about ecological issues in schools is also crucial in this context. The Council of Europe's Current Affairs Committee is planning to publish a handbook for schoolchildren in the near future to promote good ecological practice. She believes that the Commune should be involved in this initiative.

The high volume of road traffic and its many consequent problems is also a major issue in the Commune. She called on the College of Aldermen not to give in, but instead to persist in its demands on the State, and to insist that measures against noise and traffic problems be implemented as soon as possible. She cited the United Nations Human Rights Council, which recently stressed that a safe, clean, healthy and sustainably managed environment is a fundamental human right and that the protection of this right is part of good governance. She stressed the importance of this claim, considering that according to the World Health Organisation, 24% of annual deaths worldwide are due to pollution and environmental problems.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) believes that the 2022 budget contains many positive points. However, the DP has doubts about some of the measures proposed and planned expenditure. In conclusion, she announced that for all these reasons, her party could not approve the budget in its entirety, but that it would lend its support to the measures and projects it considers to be well-founded.

Councillor Laurent Glesener (DP) fully agreed with Martine Dieschburg-Nickels (DP). He also agreed with Councillor Maryse Bestgen-Martin's (déi Gréng) observations on the subject of communal taxes. He recalled that the DP had been discussing this problem for years now and believed that a solution should be found by involving both the Finance Committee and the other advisory committees. He also believes that the Large-scale Projects Committee is a valuable instrument that should be used more. He also emphasised that his party is always prepared to support the actions of the College of Aldermen as long as it is convinced of their relevance, and that the principles of participatory democracy are respected.

Laurent Glesener (DP) also believes that good governance is essential to face the many challenges of today. In this context, administrative transparency, control and monitoring of projects, as well as the respect for the right to information of elected representatives and citizens are of paramount importance. The Councillor is saddened by the fact that some of the objectives of the budget are not achievable in the short term. He welcomed the fact that the Commune had finally launched the electronic information panels project, which had been a long-standing demand of his party. It is regrettable that the response of the College of Aldermen to such demands is often slow. As an example, he mentions the redevelopment of the road access to the sports complex in Rue de Reckenthal, which has been delayed for a long time despite its urgency.

The abstention of the DP in the vote on participation in the “Nature Pact” was motivated by the conviction that it is better for the Commune to commit its own resources in this context instead of only responding to a state initiative. He believes that the Commune can create its own environmental department and that it can directly involve the Climate Team and the citizens in order to carry out targeted actions adapted to local problems. A coherent strategy to achieve carbon neutrality is still lacking. Councillor Laurent Glesener (DP) believes that the Commune should commit part of its reserves to its own ecological projects instead of having to pay negative interest. He notes that most of the projects planned within the framework of the Nature and Climate Pacts will take time to be accomplished. He believes that the Commune should act alone in the meantime.

The overall budget looks balanced, but it should be noted that the Commune’s low debt level also means that many large-scale projects are delayed. He also believes that the “Stroossen 2030” project still lacks a coherent urban planning concept and that this runs the risk of delaying the redevelopment of the village centre. In conclusion, he proposed that the members of the Communal Council be better informed within the framework of large-scale project committees, in order to streamline their work.

Councillor Léandre Kandel (DP) announced that he intended to focus his intervention on concrete points in the budget. He believes that the Commune should no longer spend 50,000 EUR a year on the public “Hotcity” Wi-Fi network: this offer has become largely redundant due to the development of high-performance communication networks such as 5G. He also believes that the Commune should consider rebuilding the scouts’ hut in a more suitable location instead of spending increasing amounts of money on renovations, whose utility is often uncertain. He also criticised the fact that 30,000 EUR were invested in the organisation of an old-fashioned fair (“kermesse”), which in the end was only attractive to very young children. He felt that a real fair, with attractions for all age groups, would be preferable. The Councillor is of the opinion that the participation in the “Naturgas Kielen” power plant should also be questioned and an alternative sought, as it is feared that this power plant will cease its activities in the near future. He would also like to know whether the Commune will have to pay for the ski trips in Steinach again if the trip has to be cancelled due to the pandemic.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the organisation of the ski trips shall continue for now, while waiting to see how the situation develops. As regards the “Hotcity” network, the Mayor explained that it was currently still in use, but that the Commune was ready to take a decision depending on future developments. Nicolas Pundel (CSV) agreed with the Councillor regarding the scouts’ hut, but explained that the recent work had been urgent. He thought that another location for the hut could be found in the medium term. Regarding the old-fashioned fair, he felt that this concept had been chosen because of the problems that hiring ordinary fairground workers had caused in the past. He confirmed that the “Naturgas Kielen” plant would indeed cease operations in the short term and explained that the Commune was considering a link-up with the “Minett Kompost”.

In terms of extraordinary expenditure, Councillor Léandre Kandel (DP) criticised the project to convert the Feltgen house into a youth club. He believes that the renovation costs are high and there is no real underlying concept. He believes that the construction of a new structure would make more sense and that such a

project could offer space for other projects, such as a new pharmacy or a café. He also notes that there is still no concrete project for the “Tëschel” plot and that the Commune should finally act to move things forward.

The Mayor defends the youth club project, but agrees with the Councillor on the need to redevelop the surroundings of the building. The delay in the development of the “Tëschel” site is due to the problems at the Hein company, which was affected by the pandemic. The Commune has no means of exerting pressure on it, and it is necessary to see how the situation develops. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) believes that most of the problems mentioned are also due to a lack of long-term planning.

Councillor Léandre Kandel (DP) would like to know where the “tiny houses” project will be carried out. The Mayor explained that, initially, the project would be implemented on a vacant plot of land at “Pescher”. Another possibility would be to place the “tiny houses” on unbuilt private plots on a temporary rental basis. He pointed out that such structures can easily be moved, which makes things more flexible.

Léandre Kandel (DP) also criticised the planned expenditure of 700,000 EUR on new public toilets. In his view, this expenditure is exorbitant. The Mayor explained that such structures are necessary in the vicinity of sports facilities such as beach volleyball or the multi-sports ground. The relatively high cost is acceptable because these fairly sophisticated toilets fulfil the needs of the Commune. The same model of toilets is currently used by the City of Luxembourg. Councillor Léandre Kandel (DP) also criticised the high cost of the school garden. The Mayor explained that this cost included the development of the entire site in accordance with an educational concept, which justified the price.

Léandre Kandel (DP) ended his speech by mentioning a number of positive points in the budget. He welcomed the new CIPA (Integrated Centre for the Elderly) project, the installation of photovoltaic panels and the purchase of electric vehicles. He was also pleased to see that the Commune was investing in real estate, which was sensible in view of the negative interest on the financial reserves. He also proposed the establishment of a new

café as a meeting point, as well as the creation of a coworking space to support young entrepreneurs.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agrees with these suggestions and believes that such projects are a good use of the land that is currently unoccupied. She also asked for details about the skateboard track, as the budget is quite high. The Mayor explained that the track would be built in concrete, which explains the price. The Councillor also asked when the subsidies for the karate hall and the renovation of the sports hall would be paid to the Commune. The mayor explained that it would be necessary to wait until the accounts were drawn up for both projects. The Councillor believes that the Commune could have issued intermediate invoices and been reimbursed in stages.

At the request of Councillor Laurent Glesener (DP), the Mayor confirmed that the skateboard track would be built near the beach volleyball court. Laurent Glesener (DP) also remarked that the expenses for the compliance of the communal buildings seem quite high, with 600,000 EUR in the 2022 budget. He would like to know when the upgrading will be completed. The members of the College of Aldermen explained that compliance is almost never completed, as regulations are constantly changing, and isolated and unforeseeable problems always arise.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) notes that the budget includes expenditure on the development of a soft mobility concept and a mobility concept. She would like to know the status of these projects. The Mayor explained that the Climate Team had already identified the points to be improved on the Commune’s cycle network. There has also been contact with the “Klimabündnis” (Climate Alliance), which would be interested in working with the communes to develop a safe school path concept. However, it remains to be seen to what extent these plans will materialise.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) welcomes the fact that the Commune’s investment in cultural and social activities has remained high despite the pandemic. The very positive feedback from events such as the “Stroossefestival” has shown their importance, especially after a difficult period of lockdowns and

social distancing. She welcomes the fact that the Commune intends to continue in this direction in 2022, with a decent budget of 820,800 EUR for cultural events and public festivals. She also applauded the excellent results achieved in the field of integration and social life. Victoria El Khoury (LSAP) mentioned that after a quick and efficient implementation, the success of the social network “Hoplr” has far exceeded expectations. The use of a neighbourhood mediation service and the Commune’s support for the “PINSS” project (i.e. the Social Inclusion Project for Strassen) were also exemplary in her view. Victoria El Khoury (LSAP) also welcomed the project to create a solidarity house, which will act as a living space where people will learn to work again while making social connections. She specified that this so-called “third place” would promote both integration and cohabitation. Moreover, Councillor Victoria El Khoury (LSAP) recalled that the issue of third places was the main topic of the 7th edition of the GRESIL (Group for Exchange and Support in the field of Local Integration) which took place on 17 November 2021. The Councillor also welcomes the adoption by the College of Aldermen of her proposal to set up a public writing service, which is necessary in a multicultural commune like Strassen.

Under the “Inclusion and social protection” heading, Victoria El Khoury (LSAP) welcomed the allocation of a substantial budget of 200,000 EUR to improve the functioning of the CIGL (Local Initiative and Management Centre), 50,000 EUR for the implementation of a communal disability plan and a communal senior citizens’ plan, and 100,000 EUR for the construction project of a new CIPA (Integrated Centre for the Elderly). The Councillor believes that the 500,000 EUR planned for the implementation of the “tiny houses” project is also justifiable, because it is an ecological concept and is ideal for the demographic growth of Strassen. Victoria El Khoury (LSAP) also welcomed the intention of the College of Aldermen to introduce a new waste tax regulation respecting the polluter-pays principle. She was also grateful to the College of Aldermen for having facilitated the work of the Climate Team in carrying out projects such as the “Repair café” and the garage sale. She said that the Climate Team, of which she is a member, is also planning upcycling workshops for 2022.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) invites the College of Aldermen to review the planned expenditure for the installation of new public toilets. Although the need for such infrastructure is indisputable, she believes that the proposed budget of 700,000 EUR is exorbitant. She is confident that a more reasonable alternative can be found. Victoria El Khoury (LSAP) said that the 2022 budget shows the willingness of the College of Aldermen to follow the Government’s recommendations by maintaining investments at a relatively high level. This is reflected, among other things, in the acquisition of built and unbuilt land in the commune, as well as in considerable investments in sports facilities. In conclusion, Victoria El Khoury (LSAP) thanked all those involved in the preparation of the 2022 budget, which she considered satisfactory.

The Mayor believes that the Commune has indeed achieved a great deal in the field of integration. This is partly thanks to the excellent work of all those involved in these projects. He also points out that the success of many projects, such as the CFL Flex system or the “Hoplr” network, is partly due to the fact that the Commune has consistently strengthened communication with the citizens. The same applies to the public writer project, neighbourhood mediation and the “Super senior” project. All this illustrates the importance of good communication, which has often been lacking in the past. He also underlined the value of the Social Office in communicating with a section of the population that is difficult to reach. Nicolas Pundel (CSV) also conceded that expenditure on cultural matters was certainly high, but he felt that the impact and quality of the events justified it to a large extent. He admitted that the cost of public toilets might seem high but felt that such facilities were difficult to manage. It was therefore unwise to make savings, as the equipment would have to be replaced after a short time. Nicolas Pundel (CSV) also pointed out that the Climate Team is doing an excellent job, enabling the Commune to carry out a multitude of innovative projects at national level.

Councillor Paul Klensch (LSAP) believes that the Commune of Strassen is indeed a very cosmopolitan commune that is in a phase of strong development, in particular thanks to ambitious policies. This forces it to adapt constantly, especially because of the

population growth. One example of this is the new waste tax regulation, which enables the Commune to reduce its waste volume thanks to the introduction of sustainable management concepts. Another area affected by growth is the supply of drinking water and the treatment of waste water. In this area too, the Commune is committing significant resources to meet the challenges ahead. The Councillor is also of the opinion that the Commune is pursuing a social budgetary policy by trying to maintain the quality of life of its inhabitants and by creating schools, affordable housing and sports and leisure facilities. Considering that the population of Strassen has grown from 7,000 to over 10,000 in a decade, all these measures are urgent. This significant growth demonstrates that the Commune is very popular as a place to live, but also that the inhabitants are happy to live in a commune where the quality of life is high. However, there are also negative effects, such as rising property prices, traffic problems, pollution and noise pollution.

Paul Klensch (LSAP) believes that the 2022 budget will help protect and also improve the quality of life of the inhabitants and meet future challenges in areas such as housing, mobility, education, support for young people and children, climate protection as well as sustainable and social development. The Commune is currently in a balanced financial situation, which allows for investments in new projects for the future.

Councillor Paul Klensch (LSAP) believes that the Commune should also play an exemplary role in the fields of ecology and sustainability. The LSAP/CSV majority in the Council is committed to an environmental policy for the benefit of future generations, for example by introducing schoolchildren to nature and making them aware of ecological challenges, or by implementing energy and mobility policies based on sustainability. This can be seen, for example, in the creation of cycle paths, the development of soft mobility, the adoption of electric vehicles or the promotion of public transport. The majority also supports the development of participatory democracy by offering citizens new communication and participation tools. The Commune also provides substantial support for sport by developing sports infrastructures and by offering a multitude of courses and supporting sports associations. In this context, he believes that sport

is not only a means to improve health, but also fulfils important social and integration functions.

Paul Klensch (LSAP) notes that the debt per capita has continued to fall. It fell from 1,000 EUR per capita in 2019 to less than 600 EUR in 2021. This means that the Commune is able to invest its reserves in the creation of new infrastructures. Due to population growth, the estimated investment volume of 120 million EUR by 2030 is considerable. The “Stroossen 2030” project is the centrepiece of these investments, with the creation of a new village centre, the construction of a new CIPA (Integrated Centre for the Elderly), the extension of the school infrastructure, the creation of a solidarity house, the construction of a skateboard park, the creation of a forest cemetery, the construction of a new morgue and the installation of new public toilets. The Commune also plays a pioneering role in the creation of housing. The acquisition of additional land is helping to combat the housing crisis by making it possible to create social and low-cost housing, tiny houses and shared flats.

Cultural expenditure is also high. Paul Klensch (LSAP) believes that culture can play a key role in maintaining social cohesion in the Commune. The contemporary art biennial, the “Stroossefestival” and the music festival play an important role in this context. The cultural offer of the Paul Barblé cultural centre and the “A Spiren” gallery have also grown consistently. The Councillor concludes by emphasising that the budgetary policy of the Commune must always be carried out in the spirit of strengthening social cohesion.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) is also of the opinion that Strassen is very attractive. The Commune has always tried to adapt its infrastructure to its growth in order to maintain its appeal.

Councillor François Gleis (CSV) began by thanking those involved in drafting the budget. He believes that the financial situation of the Commune is indeed good, with a high level of revenue and sufficient reserves, thus allowing a policy to be pursued in the interest of the citizens. Despite the pandemic, the Commune has managed to maintain an attractive cultural offer over the past two years, with high-level events such as the “100 Joer Lëtzebuenger

Konscht” exhibition, thus enabling the inhabitants to maintain an active and varied social life. The Councillor is also pleased with the large number of activities for the elderly that have taken place during this period.

Contrary to the opposition, François Gleis (CSV) is of the opinion that the conversion of the “Feltgen” house into a youth club is urgently needed, as the current one is no longer suitable. He also welcomes the fact that the Social Office of the Commune can provide valuable help to the inhabitants, which does not only consist of financial aid, but also of a multitude of other services. He believes that the future solidarity house in the “Kohnen” house will further improve this situation. He also welcomed the fact that the Commune had substantially increased its cost-of-living allowances in times of crisis. In terms of social policy, the strengthening of the CIGL (Local Initiative and Management Centre), the contributions to the employment fund and the creation of shared accommodation are also to be welcomed. François Gleis (CSV) also believes that the future forest cemetery and the new mortuary are important because they take into account the increasing number of civil burials.

The Councillor also believes that the high expenditure on new public toilets is justified as experience has shown that poorly designed toilets can cause significant problems. He particularly welcomes the plan to build a new CIPA (Integrated Centre for the Elderly), as this meets a growing demand that is currently not met by the existing structures. He also believes that this project should be carried out as quickly as possible. François Gleis (CSV) also welcomes the construction of a new sports complex with a football pitch. This is important because of the strong population growth and the high level of the local team.

The acquisition of land for housing is also to be welcomed. High property prices make it necessary to develop concepts such as long leases, as it is becoming increasingly difficult even for households with a normal income to acquire housing. François Gleis (CSV) shares the opinion of Councillor Léandre Kandel (DP) regarding the scouts’ hut. He believes that the construction of a new one would be much better than renovating the existing hut.

The Councillor also believes that mobility is one of the most problematic areas in the Commune. He recalls that over 1,500 inhabitants from the Commune have signed the petition demanding concrete measures against the problems of excessive traffic in the Commune. The Route d’Arlon has been a problem for a long time, but solutions are still lacking. The multi-modal hub project near the “Bâtiself” proposed by the State does not offer a solution to these problems. On the contrary, it risks creating new ones. He appealed to the members of the Communal Council to engage with their political parties to put pressure on the Government on this issue, bearing in mind that the parliamentary elections of 2023 are approaching.

In conclusion, François Gleis (CSV) announced that he had no problem approving the 2022 budget, considering the good financial situation of the Commune. He believes that it is a balanced budget based on a long-term vision.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) thanked all the councillors for their respective interventions. He noted that there was a broad consensus in the Communal Council on cultural and social policy. He also believes that the members of the Communal Council are concerned about the effects of growth, while stressing that this is an area where it is very difficult to make precise predictions. He fully shares the frustrations of the councillors regarding mobility problems, and states that the College of Aldermen will continue to resolutely seek solutions in this area. At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor said that the next financial multi-annual plan would be presented in February.

The 2021 rectified budget was approved by a majority of 9 votes to 4.

The 2022 provisional budget was approved by a majority of 9 votes to 4.

## **2. Adoption of the Regulation and the Regulation Tax for Waste Management.**

The Communal Council is asked to approve a new Waste Management Regulation and the corresponding Tax Regulation. Mayor Nicolas Pundel (CSV) recalls that

the new regulation was discussed at length in various committees before being approved by the Ministry. He explained that the regulation would in principle be in force from January 2022, but that it would be necessary to wait for the acquisition of new equipment, including trucks. As the billing will be semi-annual, the actual implementation is planned for 1 July 2022.

Nicolas Pundel (CSV) explained that the tax consists of a fixed part of 100 EUR per year, calculated per household or per entity (company) and not per building. This share is used to finance the general operations of the communal hygiene services. There is also a basic tax depending on the volume of the waste bin. This fee covers the standard number of 26 household waste collections per year. It is possible to put the waste collections on hold in case of holidays in order to preserve the quota of the collections. An additional variable charge is levied for additional waste collections beyond the standard quota of 26. The variable charge also depends on the weight of the waste, according to the polluter-pays principle. This amounts to 0.45 EUR per kilogram of waste. For each billing address, only one bin can be charged the basic fee for 26 collections per year. Additional waste collections will be charged at the variable rate.

For quantities occasionally exceeding the volume of the chosen bin, 100 litre refuse bags will be available on payment of a fee of 5 EUR. The removal of bulky waste will be charged at a rate of 20 EUR per 50 kilograms or part thereof. There is also a fee for the collection of electrical appliances, at the rate of 25 EUR per appliance. The one-off acquisition fee for grey (household waste), green (organic waste), blue (paper and cardboard) and yellow (glass) bins varies between 35 EUR and 800 EUR depending on the volume.

In the event of moving house, the fees will be charged in proportion to the time of residence in the Commune. Households, but also companies, associations and other institutions that produce waste as a result of their activities, are obliged to adhere to the waste collection system.

The Mayor noted that the text presented still contained a few small material errors which would be corrected. He also proposed that an additional regulation be passed

for households with small children, who produce an inordinate amount of waste due to baby nappies. The idea is to offer these households two free rolls of bin liners for the first two years.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) wanted to know how condominiums would be informed of the changes to the electronic chip bins. The Mayor explained that this would be done by the Commune.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted to know whether a simulation had been made to see how the new regulations would affect the Commune's expenditure and income and the prices for users. The Mayor confirmed that the tariffs had indeed been established on the basis of such a calculation. The Councillor notes that, based on the expenditure in the budget, there are currently 2,492 primary grey bins and 375 additional bins. Considering this number of bins with an average of 20 kilograms of waste per 80-litre bin and with 26 collections, she calculated that the annual income of the Commune would amount to almost 1,005,000 EUR. In her opinion, this is very high in relation to the Commune's expenditure on disposal, considering furthermore that this calculation is based on half of the 40 kilos provided and excludes the containers. The Mayor explained that the calculation was based on the actual volume of waste generated at the moment, and not on a theoretical volume based on the number and size of bins. He also noted that this method of calculation was explained during the presentation to the Large-scale Projects Committee. Martine Dieschburg-Nickels (DP) feared that this new calculation method would lead to a considerable increase in costs for households. The Mayor believes that the aim of the new regulation is to encourage people to sort their waste better. Sorting is still free of charge. He believes that the costs incurred by households will remain low if good sorting practices are followed. Martine Dieschburg-Nickels (DP) would like to know the figures on which these calculations are based. The Mayor promised to make these statistics available to the Council.

Councillor Léandre Kandel (DP) fears that the new calculation method will lead to a doubling of costs for some households. He also believes that this is problematic for businesses. Based on his own

company's costs, he calculated that these would rise from 192 to 580 EUR. The Mayor confirmed that the costs could increase in some cases, but pointed out that the tax regulation had not been adjusted for a long time. He also pointed out that it was obvious that the introduction of the polluter-pays principle would lead to an increase in charges if the behaviour of households and businesses remained unchanged. This is precisely the idea behind the principle. Nicolas Pundel (CSV) said that an assessment would be made at the end of the year to see how the behaviour of users had changed. He also emphasised that the Commune does not make any profit on waste management.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) suggested organising an information meeting to explain the concept and prepare users for the new arrangements. The Mayor explained that, in any case, the quota of 26 passages is valid for the half year from 1 July 2022. Users will therefore have plenty of time to adjust their habits.

Councillor Marc Fischer (DP) believes that waste reduction and prevention is a key concept in the new regulation. He believes that a good information campaign on how to prevent waste is therefore crucial. He believes that the Commune could also introduce a system to encourage a gradual reduction in the volume of waste. In this context, he regrets that the regulation had not been adjusted since 2014, as the polluter-pays principle was already discussed at that time. He believes that if the reform had been undertaken earlier, there would have been an opportunity to better educate users on how to prevent waste, while gradually introducing the new calculation method. This would have avoided a sudden increase in fees all at once.

Councillor Laurent Glesener (DP) proposes to raise awareness among users during the first half of the year by providing them with a simulation of future costs with their current bill. He also felt that a campaign should be run on the possibilities offered by the "Valorlux" system. At the Councillor's request, the Mayor confirmed that the fixed fee of 100 EUR is payable per household or company, regardless of the number of people. He also confirmed that this sum is calculated on the basis of the overall costs of the hygiene service. Nicolas Pundel (CSV) also indicated that an information campaign was

planned, with leaflets explaining exactly how to sort and avoid waste. He believes that the increase in fees will remain tolerable for users who respect these good practices.

At the request of Councillor Léandre Kandel (DP), the Mayor confirmed that every household is liable for the fixed tax of 100 EUR, even if it does not have its own bin. This is obvious in the case of residences that use a condominium container.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was of the opinion that Laurent Glesener's (DP) proposal about the simulation attached to the bill should be implemented. She also felt that users should be reminded of the way in which the various bins can be used, as there is always confusion about this. The Mayor saw no obstacle to this. He also explained that a working group of the Climate Team would follow the evolution of waste volumes and the impact of the new tax regulation.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) explained that there are companies abroad that offer a cleaning service for reusable nappies. She thought that the Commune should also inform users about this possibility, if it exists in Luxembourg. The Mayor explained that such a service was indeed existent in Luxembourg. He agreed to inform users about this.

Councillor François Gleis (CSV) also believes that awareness-raising and information to users is crucial. Furthermore, he believes that the multitude of upcoming changes in various taxes will be a burden for many households. The Mayor believes that this is true, particularly with regard to energy costs. He explained that the State will soon be increasing support for low-income households for this reason.

Councillor Marc Fischer (DP) once again recalls that the fact that the taxes have not been adjusted for a long time is a real problem, as the adjustment now leads to a sharp increase. He appealed to the College of Aldermen to regularly review the taxes in order to avoid such problems in the future.

Councillor Paul Klensch (LSAP) notes that in condominiums, the number of removals depends on the management of the containers. He would like to



know how this will be regulated. The Mayor explained that it was up to the condominiums to decide this and that the Commune would not get involved in the internal management of the condominiums. Paul Klensch (LSAP) believes that the residents of the condominiums should therefore be informed in detail about the new method of taxation, so that they can understand how these costs are reflected in their costs.

At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor confirmed that the conditions applicable are exactly the same for condominiums as for other households, including the possibility of having special bins for waste other than household waste.

In conclusion, Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomes the fact that the Commune is finally introducing the principle of taxation by weight and not by volume, since this is the fairest method.

The new Waste Management Regulation was unanimously approved.

The new Waste Management Tax Regulation was unanimously approved.

### **3. Amendment of the Communal Regulation of 05.10.2016 setting the criteria for the allocation of the cost-of-living allowance.**

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the State doubled its cost-of-living allowance in 2020. A single person with a maximum income of 2,329 EUR was entitled to 2,640 EUR from the State and 600 EUR from the Commune. In 2021, the State increased its support by a further 10% compared to the 2019 amount. A single person with a maximum income of 2,329 EUR was entitled to 1,452 EUR instead of 1,320 EUR.

On the proposal of the Chair of the Social and Senior Citizens Committee Josée Majerus, the College of Aldermen decided to increase the Commune's share from 25% to 30% of the amount of state aid. Betty Welter-Gaul (LSAP) believes that this decision was necessary in view of the increase in the price of energy

and drinking water. By way of comparison, she said that the communal share was 30% in Bertrange and 35% in Steinfort. The corresponding budget article was increased to 100,000 EUR. In 2018, the Commune received 81 applications for this aid, of which 80 were granted. In 2019, there were 83 applications, of which 80 were eligible. In 2020, 104 applications out of 106 were granted.

The Mayor adds that the comparison between communes is difficult in this matter because communal aid differs a lot. The overall level of aid in Strassen is relatively high. Betty Welter-Gaul (LSAP) adds in this context that Strassen also grants a rent subsidy which does not exist in all communes.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) welcomes the increase in aid, considering the general rise in prices. It is particularly important to support single people.

Councillor François Gleis (CSV) also welcomes the increase. He believes that the Commune should inform residents who do not use the Social Office about the possibility of obtaining such aid. The Mayor believes that this could be communicated in the local newspaper.

The amendment to the Communal Regulation setting the criteria for the allocation of the cost-of-living allowance was unanimously approved.

### **4. Approval of a notarial deed.**

A gratuitous transfer with the company Stugalux was approved.

### **5. Confirmation of temporary traffic regulations.**

The Council has been requested to approve several temporary traffic regulations concerning construction sites in the Cité Pescher, Rue des Romains and Rue du Bois.

The temporary traffic regulations were unanimously approved.

### **6. Any other business.**

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) provided some information on the use of the Social Grocery following the request of Councillor Marc Fischer (DP) at the Communal Council meeting of 8 December 2021. During the last 11 months, 61 households from Strassen have visited the Social Grocery in Steinfort. This corresponds to 105 adults and 40 minors. Of these clients, nine households did not use the offer on a regular basis or stopped using it entirely at some point. This was partly due to people moving house, but also to an improvement in their financial situation. None of the beneficiaries complained about having to travel to Steinfort.

Betty Welter-Gaul (LSAP) pointed out that the advantage of the current concept is that the structure is managed by three social offices and the fixed costs are shared between them. She believes that these costs would be much higher if Strassen decided to set up its own structure. The Alderman also explained that the management of the store by the Red Cross and Caritas is excellent, and that the structure has even received international recognition. She explains that the structure also participates in a project of the Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD), which consists of providing clients with a number of basic products free of charge. Every month, a single-parent family with two children is entitled to 12 litres of milk, 1.5 kilos of pasta, 1 kilo of rice, 1 kilo of sunflower oil, 1 kilo of sugar, three times 120 grams of tuna, 1 litre of olive oil, two tubes of toothpaste, two bottles of shower gel, two bottles of shampoo, three packs of six rolls of toilet paper and a box of surgical masks. Betty Welter-Gaul (LSAP) believes that this is a significant amount of free food that is more than enough in most cases.

The Alderman recalls that the decision to participate in this structure was initially due to the fact that the Commune of Steinfort had an appropriate facility at that time. However, it is true that it is currently in a bad state. For this reason, the College of Aldermen decided to start discussions with the social offices and the communes involved in order to see if the Social Grocery could possibly move to the new premises of the Commune, located at no. 38, Route d'Arlon. However, these talks are at an early stage and the outcome is yet unknown.

Councillor Marc Fischer (DP) thanks the College of Aldermen for this information. However, he is still of the opinion that it is not ideal to have such a structure in a neighbouring commune. Betty Welter-Gaul (LSAP) considers that access from Strassen is relatively easy compared to other communes. She underlines once again that no customer has complained of having to travel. Mayor Nicolas Pundel (CSV) believes that Strassen will look for an alternative solution as soon as the current management is no longer satisfactory. He underlines that it will be necessary in any case to look for collaboration with other communes, since Strassen alone does not have a critical mass of customers justifying such a structure.

At the request of Councillor Marc Fischer (DP), Betty Welter-Gaul (LSAP) reported that, on average, clients visit the Social Grocery between four and five times a month.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) recalls that when the project was presented, it was said that customers would receive offers such as cooking courses. She would like to know whether these proposals have come to fruition. Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the Social Grocery does indeed have a professional kitchen for this purpose, but that the courses were never as successful as expected.

Councillor Marc Fischer (DP) said that he had noticed that the lighting on the communal notice board ("Reider") was inadequate. The Mayor believes that an electronic notice board will soon replace the old one. Marc Fischer (DP) also remarked that the meetings of the Communal Council were hardly covered by the press anymore. The Mayor confirmed this, but felt that the Commune had no influence on the editorial decisions of the media. He also regretted that, in general, the press was less and less interested in local news.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) recalls that at the last meeting of the Communal Council, the College of Aldermen had pleaded that the Council members should not use the "Hoplr" network as a political platform. However, she noted that several members of the Communal Council identify themselves on it with their name and political function. She also believes that such a platform always politicizes itself.

She would like to know what approach the College of Aldermen would favour in this context. Mayor Nicolas Pundel (CSV) emphasised that he never answers questions about “Hoplr” in his role as the mayor. He is always of the opinion that the members of the Council must remain politically neutral on this network. If political questions are asked, the answer must be formulated in the name of the Commune. Martine Dieschburg-Nickels (DP) proposed that in this case, Council members should identify themselves only by name, leaving aside any political function. The College of Aldermen agreed with this proposal.

Councillor Claire Remmy (déi Gréng) also confirmed that she had been contacted as a councillor. Councillor Victoria El Khoury (LSAP) is of the opinion that members of the local Council can perfectly well identify themselves with their political function on “Hoplr”. This does not go against the rules of the platform. However, it is the promotion of political parties that is not tolerated on “Hoplr”. She is of the opinion that it is necessary to answer users’ questions and bring citizens closer to their administration. This is one of the objectives of the platform. The Mayor reiterates that, personally, he does not intend to communicate in his political role on the platform.

Councillor Paul Klensch (LSAP) notes that there is no problem if a member of the Communal Council adds a political function or mandate to his or her personal biography on the “Hoplr” network. He agrees with the decision of the College of Aldermen.

## **7. Staff matters:**

### **a. Creation of a salaried position for the Solidarity Service.**

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explains that the Commune intends to create a salaried position for solidarity projects, particularly in the context of the future solidarity house. This task cannot be carried out by the Social Office, as the tasks are completely different.

Councillor François Gleis (CSV) would like to know what profile is required for this position. The Mayor explained that the Commune had already identified

a person with experience in solidarity projects, but not a social worker. Councillor Marc Fischer (DP) thought that it was preferable to accompany the creation of posts with a job description. He announced that for this reason he would abstain from voting in all cases. The Mayor took note of this remark.

The creation of the position was approved by a majority with one abstention.

Creation of a position for a communal civil servant for the Technical Service:

The Mayor explained that the Technical Service needed an employee to support the engineers. It turned out that a C1 communal employee, initially intended for this role, did not have the right profile. The Commune therefore proposes to create a post in career B1 to fulfil this mission.

The creation of a position was approved by a majority with one abstention.

### **b. Creation of posts within the Public Services (“Régie”) and caretaker team.**

The Mayor explained that there were several people missing from the organisational chart of the Public Services Department (“Régie”) and Technical Service teams. The vacancies concern positions in the water service, gardening service, hygiene service, building service, a caretaker’s position and two positions in the cleaning service.

The creation of these posts was approved by a majority with one abstention.

## **8. Appointments and resignations in local committees (addition to the agenda).**

In order to complete the local committees, the College of Aldermen proposes to the Communal Council to proceed with the following votes:

- Resignation of Liz Biever from the Equal Opportunities Committee,
- Resignation of Anna Daraio from her post as member of the Mobility Committee,

- Appointment of Anna Daraio to the post of member of the Sports and Local Associations Committee,
- Appointment of Myriam Wagner to the post of member of the Sports and Local Associations Committee,
- Resignation of Tun Gierenz from his post as Chair of the Youth Committee,
- Appointment of Claire Remmy to the post of Chair of the Youth Committee,
- Appointment of Victoria El Khoury to the post of member of the Social and Elderly Committee.

All the resignations and appointments the local committees were unanimously approved.

**9. Staff matters (in camera):**

**a. Appointments to vacant positions:**

Communal employee group A2 (Technical Service),

Communal employee group B1 (Communal Revenue).

**10. Decision on a proposal to acquire real estate (in camera).**



COMMUNE DE  
**Strassen**

